Tätigkeitsbericht der Landrätin

Die Arbeit der Kreisverwaltung im Jahr 2021

LANDKREIS TELTOW-FLÄMING
unverkennbar stark - südlich von Berlin

Inhalt

Landrätin 4
Krisenstäbe der Verwaltung 4
ASP-Krisenstab 4
Corona-Krisenstab 5
Büro der Landrätin 9
Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie 9
Kreistagsbüro 9
Öffentlichkeitsarbeit 9
Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal 15
Aufgabenbereich Zentrale Steuerung und Organisation 15
Aufgabenbereich Personal 21
Rechnungsprüfungsamt 27
Untere Kommunalaufsichtsbehörde 28
Büro für Chancengleichheit und Integration 30
Bundesprogramm „Demokratie leben!“ 30
Jugendforum Teltow-Fläming 32
Beauftragte für Bürgerbeteiligung 35
Engagement-Stützpunkt 37
Sachbearbeitung LAP/MBS-Gewinnausschüttung 39
Behinderten- und Seniorenbeauftragte 41
Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte 43
Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie 43
Behördlicher Datenschutzbeauftragter 44
Beauftragter für Korruptionsprävention und -bekämpfung 44
IT Sicherheitsbeauftragter 44
Rettungsdienst 45
Dezernat I 46
Hauptamt 46
Sachgebiet Zentrale Dienste 46
Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement 48
Sachgebiet Infrastrukturmanagement 51
Kämmerei 55
Bereich Geschäftsbuchhaltung 55
Sachgebiet Kasse/Vollstreckung 56
Amt für Bildung und Kultur 59
Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur 59
Sachgebiet Haushalt und Finanzen 62
Volkshochschule Teltow-Fläming 64
Kreismedienzentrum 65

Kreismusikschule Teltow-Fläming 68
Museum des Teltow 69
Sachgebiet IT-Service 70
Dezernat II 73
Stabsstelle Grundsatzsachbearbeitung SGB II 73
Vertretung des Landkreises im Jobcenter und gegenüber der Bundesagentur für Arbeit 73
Führungsunterstützung und Grundsatzsachbearbeitung 73
Wohnraumversorgung 74
Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie 74
Sozialamt 76
Pakt für Pflege – Pflege vor Ort 76
Eingliederungshilfe und Betreuungsbehörde 76
Betreuungsbehörde 79
Grundsicherung und Hilfe zur Pflege 81
Sonstige Soziale Hilfen 82
Jugendamt 85
Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen 85
Sachgebiet Sozialpädagogischer Dienst 86
Sachgebiet Prävention und Vormundschaft 88
Sachgebiet Kindertagesbetreuung und Elterngeld 90
Sachgebiet Unterhalt 93
Gesundheitsamt 94
Pandemiebekämpfung 94
Psychiatriekoordination, Gesundheitsberichterstattung und kommunale Gesundheitsförderung 97
Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst 99
Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst 102
Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst 103
Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst 103
Dezernat III 106
Fluglärmschutz und Schallschutzberatung 106
Aufgaben des Fluglärmschutzbeauftragten 106
Flughafenbelange 106
Schallschutzberatung 107
Rechtsamt 108
Versicherungsangelegenheiten 108
Rechtsangelegenheiten 110
Das Rechtsamt bildet aus 114
Beteiligungsmanagement 114

Grundstücksverkehrsgenehmigungen und Bestellung gesetzlicher Vertreter 115
Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie 116
Ordnungsamt 118
Sachgebiet Ordnung, Sicherheit, Jagd- und Fischerei 118
Sachgebiet Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen 124
Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz 127
Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz 131
Sachgebiet Veterinärwesen 131
Sachgebiet Lebensmittelüberwachung 134
Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde 141
Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie 147
Untere Bauaufsichtsbehörde 148
Bauantragsaufkommen 148
Bautätigkeit in den Gemeinden 150
Besonderheiten in der Bauantragsbearbeitung nach Prüfbezirken 151
Ordnungsverfügungen 152
Baulastenverzeichnis 153
Umweltamt 154
Bereich Amtsleitung 154
Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall 154
Sachgebiet Untere Naturschutzbehörde 156
Klimaschutz-Koordinierungsstelle 160
Dezernat IV 163
Straßenverkehrsamt 163
Bereich Amtsleitung 163
Sachgebiet Kraftfahrzeug-Zulassung 164
Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen 165
Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten 166
Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung 167
Kataster- und Vermessungsamt 175
Gutachterausschuss 175
Ausbildung 176
Antragsstatistik 176
Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung 177
Sachgebiet Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität 177
Sachgebiet Kreisentwicklung 186
Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik 190
Landwirtschaftsamt 193
Landwirtschaftsschule 193
Statistik 194

Sachgebiet Agrarstruktur 195
Sachgebiet Agrarförderung 198
Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie 200
Abbildungsverzeichnis 201
Tabellenverzeichnis 202

LANDRÄTIN

Krisenstäbe der Verwaltung

In der Kreisverwaltung Teltow-Fläming waren 2021 zwei Krisenstäbe im Einsatz:

- ASP-Krisenstab zur Prävention und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest unter Leitung der Beigeordneten Dietlind Biesterfeld
- Corona-Krisenstab unter Leitung der Amtsleiterin Dr. Silke Neuling bis (Oktober 2021) und des Amtsleiters Ive Marschall (ab November 2021).

Beide Krisenstäbe berichteten an die Hauptverwaltungsbeamtin.

ASP-Krisenstab

Der Krisenstab wurde bereits im Herbst 2020 eingerichtet. 2021 oblag die operative Leitung der amtlichen Tierärztin Dr. Schell. Der Stab widmete sich 2021 weiterhin der Prävention der ASP und einer umfassenden Vorbereitung des Landkreises für den Fall des Eintritts einer ASP-Lage.

Neben der Durchführung regelmäßiger Stabstreffen unter Beteiligung des Landwirtschaftsamtes, der Jagd- und Fischereibehörde, des Katastrophenschutzes, des Personalbereichs und des Umweltamtes wurden Besprechungen und Beratungen mit Vertretungen der Landwirtschaft und der Jagd im Landkreis durchgeführt. Im Zuge der Vorbereitung auf die ASP-Bekämpfung wurden

- Materialien angeschafft,
- eine Lagerhalle zur Aufbewahrung und Vorbereitung insbesondere des Zaunmaterials angemietet,
- weitere Kadaversammelstellen eingerichtet,
- das vom Jobcenter finanzierte Projekt „Waldläufer“ als Arbeitsgelegenheit mit der GAG weitergeführt und
- die Ausbildung von Kadaversuchhunden beim Landesjagdverband beauftragt.

Anlass für die eigene Organisation und Finanzierung der Ausbildung von Kadaversuchhunden war der Mangel an entsprechend ausgebildeten Tieren in Brandenburg. Es hat sich gezeigt, dass die Fallwildsuche mit Hunden mit Abstand die effektivste Methode ist. Der erste Ausbildungslehrgang konnte noch im Jahr 2021 gestartet werden.

Im Spätherbst ordnete der Landestierarzt eine risikoorientierte Fallwildsuche an, auch in den bisher nicht von der ASP betroffenen Landkreisen. In Teltow-Fläming wurde mit Beschäftigten der Unteren Jagdbehörde und des Veterinärwesens unter anderem um die Autobahnrastplätze eine intensive Fallwildsuche durchgeführt. Dies geschah mit Hilfe der „Waldläufer“ und in unwegsamen Gelände zum Teil auch mit einem Kadaversuchhund.

Die Kadaversammelstellen werden von den Jagdausübenden regelmäßig genutzt. Insbesondere dadurch wird eine bisher erfolgreiche und wirksame aktive Präventionsstrategie gegen die Afrikanische Schweinepest im Landkreis praktiziert.

Der Krisenstab arbeitete besonders eng mit den Fachbereichen (Untere Jagdbehörde, Sachgebiet Veterinärwesen) zusammen. Die Leiterin hielt wiederum engen Kontakt zu den Landesbehörden. Unter Leitung des Krisenstabs wurde zahlreiche Maßnahmen organisiert. Einzelheiten dazu sind in den jeweiligen Berichten der Ämter enthalten:

- Sachgebiet Veterinärwesen: Afrikanische Schweinepest
- Untere Jagdbehörde: Afrikanische Schweinepest

Corona-Krisenstab

Das Jahr 2021 war ein weiteres Mal vor allem durch die Corona-Pandemie geprägt. Deshalb sind die Informationen über die Arbeit des Krisenstabes abermals dem Tätigkeitsbericht der Landrätin vorangestellt. Die einzelnen Bereiche und Fachämter gehen zudem gesondert auf ihre Rolle bei der Pandemiebekämpfung ein.

Bildung des Krisenstabes

Der Krisenstab wurde im Landkreis Teltow-Fläming zur Unterstützung der Fachaufgaben des Gesundheitsamtes bei der Bewältigung der Corona-Pandemie bereits am 9. März 2020 gebildet und führte seine Arbeit 2021 fort. Die Krisenstabsleitung übernahm die Gesamtkoordinierung der pandemiebekämpfenden Maßnahmen des Landkreises. Zudem übernahm die Krisenstabsleitung die Verbindung zu den Landeskrisenstäben, angesiedelt beim Gesundheitsministerium (MSGIV) und Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK) des Landes Brandenburg. Ständige Mitglieder des Krisenstabes waren das Gesundheitsamt, das Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal, das Hauptamt und das Ordnungsamt sowie der Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Anlassunterstützend waren insbesondere der IT-Service und das Rechtsamt im Krisenstab vertreten.

Die Landrätin hatte die Gesamtverantwortung für alle Maßnahmen des Krisen- und Verwaltungsstabes für den Landkreis und die Kreisverwaltung. Sie pflegte die notwendigen ontakte mit der Landesregierung und den Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte.

Maßnahmen

Der Krisenstab hat zahlreiche Maßnahmen in eigener Zuständigkeit veranlasst. Hier ein Auszug:

Überprüfung und Anpassung von Allgemeinverfügungen (AV) und Bekanntgabe von Eindämmungsmaßnahmen:

Mehrmals musste die Allgemeinverfügung des Landkreises zur häuslichen Absonderung und Beobachtung von Personen, die mit dem neuartigen Corona-Virus (SARS-CoV-2) infiziert sind, von Verdachtspersonen und engen Kontaktpersonen lagebedingt angepasst werden. Diese Regelung verfolgt das Ziel, Menschen, die infiziert sind oder aufgrund von Kontakten oder Symptomen infiziert sein könnten, frühzeitig abzusondern.

Nach der Eindämmungsverordnung des Landes Brandenburg waren bestimmte Eindämmungsmaßnahmen an den 7-Tage-Inzidenzwert und die Hospitalisierungsrate gekoppelt. Der Landkreis war danach verpflichtet, bei Überschreitung der Werte Maßnahmen wie z. B. eine nächtliche Ausgangsbeschränkung bekanntzugeben.

Tägliche Bewertung der allgemeinen Lage

- für den coronabedingt eingeschränkten Betrieb der Verwaltung,
- für Regelungen im und für den Landkreis (entsprechende Anpassung des Hygienekonzeptes, Stellungnahmen zur Änderungen der Eindämmungs-VO, der Test- und Impf-VO;

Teilnahme an Videokonferenzen der Landeskrisenstäbe mit den Landkreisen und kreisfreien Städten)
- Überwachung und Meldung von Ausfällen in der kritischen Infrastruktur (beginnend ab Ende des Berichtsjahres)

Koordinierung der fachamtsspezifischen Aufgaben

In Abstimmung mit den ereignisbezogenen Krisenstabsmitgliedern wurden fachamtsspezifische Aufgaben koordiniert.

Das **Gesundheitsamt** zeichnet für die Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes verantwortlich. Es hat Ermittlungen zur Art, Ursache und Quellen der Ansteckung vorgenommen, Kontaktpersonen beraten, über präventive Maßnahmen entschieden, Quarantänen und deren Kontrolle angeordnet, die Kontrollen und Ahndung der Verstöße gegen die Eindämmungs-VO organisiert und die Meldung der Zahlen zur Infektion an den Stab, ans LAVG und MSGIV veranlasst. Die Beschäftigten des Gesundheitsamtes wurden durch zusätzliches Personal aus allen anderen Ämtern der Kreisverwaltung unterstützt.

In enger Zusammenarbeit mit dem Krisenstab wurden im Gesundheitsamt zusätzliche Unterstützungskräfte der Bundeswehr angefordert. Die Einarbeitung und Koordinierung der Bundeswehrkräfte erfolgte durch Beschäftigte des Gesundheitsamtes.

Das **Bürgertelefon** hat in Zusammenarbeit mit dem Stab und den Fachämtern die Flut der Anfragen von Bürger*innen bewältigt, die Fachfragen den zuständigen Stellen weitergeleitet und die Beantwortung veranlasst.

Der Bereich **Öffentlichkeitsarbeit** war sehr stark involviert. Er war für den Aufbau und Pflege eines umfangreichen Informationsangebots auf www.teltow-flaeming zuständig, auf dem auch ein vom **IT-Service** entwickeltes Corona-Dashboard publiziert wurde. Erarbeitet und publiziert wurden Informationen zum Thema Corona-Virus in Leichter Sprache und mehreren Fremdsprachen. Der Internetauftritt wurde täglich (auch an Wochenenden und Feiertagen) aktualisiert, ein Frage-Antwort-Katalog mit allgemeinen Informationen sowie zu speziellen Themen rund um die Corona-Pandemie erarbeitet und fortlaufend aktualisiert. Verantwortlich hat die Öffentlichkeitsarbeit auch in Zusammenarbeit mit dem Krisenstab für eine intensive Medienarbeit gezeichnet. So sind z. T. tägliche Presse-Informationen zum Infektionsgeschehen und anderen wichtigen Themen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie herausgegeben worden, ebenso Publikationen und Amtsblätter mit den Allgemeinverfügungen zum Thema Corona.

Das **Hauptamt** war mit dem Rettungsdienst bei der Beschaffung von Material gefordert. Außerdem waren die Beschäftigten mit der praktischen Umsetzung vieler Maßnahmen betraut. Das Hauptamt unterstützte beispielsweise bei der Wiederinbetriebnahme des Impfzentrums Luckenwalde ab November 2021.

Das **Ordnungsamt** war als Fachaufsichtsbehörde tätig und stand mit den Ordnungsämtern der Kommunen sowie der Polizei in ständigem Kontakt. Hier ging es u. a. um die Durchsetzung und Auslegung der Eindämmungsverordnung im Auftrag und in Verantwortung des Gesundheitsamtes.

Weitere Beschäftigte aus anderen Bereichen waren z. T. fachfremd eingebunden. Die Einzelheiten dazu sind in den jeweiligen Berichten der Ämter enthalten. Hier ein Auszug:

- Gesundheitsamt: Pandemiebekämpfung
- Büro der Landrätin: Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

- Sachgebiet Personal: Personalbeschaffung für das Impfzentrum
- Öffentlichkeitsarbeit: Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Büro für Chancengleichheit und Integration: Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte

Anlässlich des internationalen Aktionstages „Nein zu Gewalt an Frauen“ wurde am 25. November 2021 vor dem Kreishaus die Flagge „Wir sagen NEIN! zu Gewalt gegen Frauen!“ gehisst. Wie auch in den vergangenen Jahren rief die Gleichstellungsbeauftragte zur Teilnahme an dieser Aktion auf. Das Recht auf ein Leben ohne Gewalt ist ein Menschenrecht – auch für Frauen und Mädchen. Leider sieht die Realität anders aus. Gewalt gegen Frauen gibt es nach wie vor auch hier in Deutschland. Sie hat viele Erscheinungsformen und ist nicht an das Alter und die soziale Stellung gebunden. Betroffene wie Täter kommen aus allen sozialen Schichten mit unterschiedlichsten Bildungsniveaus und kulturellen Hintergründen. Mit dem Hissen der Fahne wurde wieder einmal mehr ein Zeichen gesetzt

Auch in den Kommunen Blankenfelde-Mahlow, Ludwigsfelde, Zossen, Rangsdorf und Luckenwalde wurde in den Foyers der Rathäuser mit dem Banner gegen Gewalt an Frauen auf den Aktionstag aufmerksam gemacht.

- Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie
- Beauftragter für IT-Sicherheit: Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie
- IT-Service: Ausstattung des Gesundheitsamtes zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, IT-Lösungen für den Betrieb des Impfzentrums Teltow-Fläming
- Stabsstelle Grundsatzsachbearbeitung SGB II: Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie
- Psychiatriekoordination, Gesundheitsberichterstattung: Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie
- Rechtsamt: Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie
- Untere Denkmalschutzbehörde: Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie
- Landwirtschaftsamt: Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Aufbau und Betrieb von Impfstellen

Der Landkreis Teltow-Fläming übernahm gemäß Kreistagsbeschluss vom 21. Juni 2021 den Betrieb des Impfzentrums Luckenwalde in kommunaler Trägerschaft. Die Übernahme erfolgt zunächst vom 1. August 2021 bis zum 30. September 2021.

Aufgrund der dramatischen Entwicklung des Infektionsgeschehens im Land Brandenburg fand am 19. November 2021 ein Impfgipfel statt. Teilnehmer waren die Landesregierung, die Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg, der Hausärzteverband, die Landrät*innen und Oberbürgermeister*innen, der Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindebund, die Landeskrankenhausgesellschaft und die Landesärztekammer. Die Impfgipfelteilnehmer stellten fest, dass der exponentielle Anstieg der Inzidenzen und die Wintersaison befürchten ließen, dass es alsbald zu einer weiteren Zunahme schwerer Erkrankungen und Todesfälle kommen würde.

Ergänzend zu den Impfangeboten im Regelsystem sollten 100 niedrigschwellige Impfstellen (Impfpunkte, mobile Impfteams u. v. m.) unter Koordinierung der Landkreise und kreisfreien Städte und in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg und der Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg sowie unter Einbeziehung der Krankenhäuser, Medizinischen Versorgungszentren, Rehabilitationskliniken, der Hilfsorganisationen und anderer

Partner mit dem Ziel von mindestens weiteren 50.000 Impfungen pro Woche geschaffen werden.

Der Landkreis Teltow-Fläming war sich seiner Verantwortung bewusst und hat in Kooperation mit der DRK-Flüchtlingshilfe in kurzer Zeit den Aufbau und Betrieb von Impfstellen organisiert. Es wurden Impfstellen in der Fläminghalle in Luckenwalde und im Krankenhaus Ludwigsfelde errichtet und in Betrieb genommen. Zudem begann die Planung und Umsetzung eines einsatzfähigen mobilen Impfteams.

Büro der Landrätin

Das Büro koordiniert die Aktivitäten und Aufgaben der Hauptverwaltungsbeamtin sowie die der zugehörigen Arbeitsbereiche (Sekretariat, Kreistagsbüro, Öffentlichkeitsarbeit, Büro für Chancengleichheit). Dabei ist eine Vielzahl dezernats- und amtsübergreifender Querschnittsaufgaben zu leisten, u. a. Assistenz bei Führungsaufgaben, Sitzungsdienst, Protokoll und vieles mehr.

Vor- und nachbereitet werden außerdem die Dienstberatungen mit den Bürgermeister*innen und dem Amtsdirektor. Vier davon fanden als Präsenzveranstaltungen statt.

Die Landrätin ist bei Datenschutzvorfällen verantwortlich für die Meldungen an die Landesdatenschutzbeauftragte und die Überwachung der Umsetzung von Festlegungen. Hier arbeitete das Büro eng mit dem Behördlichen Datenschutzbeauftragten zusammen. 2021 waren 6 Fälle zu bearbeiten.

2021 wurden drei Studierende im Rahmen von Praktika und vorlesungsfreier Zeit betreut. Sie wurden mit der Arbeit aller Bereiche des Büros der Landrätin vertraut gemacht. Im Rahmen des Praktikums wurde folgender Prüfauftrag bearbeitet:

- Einsichtsnahmerechte der Behindertenbeauftragten

Des Weiteren wurde ein „Kennenlerntag“ für Studierende ÖVBB am 6. September im Bereich der Landrätin organisiert.

Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Die Landrätin leitete das Krisenmanagement im Rahmen der Corona-Pandemie. Damit waren auch für das Büro zusätzliche Aufgaben verbunden. So waren 21 Telefonschaltkonferenzen mit den Bürgermeister*innen und dem Amtsdirektor und dem Kreistagsvorsitzenden zu organisieren, durchzuführen und nachzubereiten.

Das Büro der Landrätin aktualisierte regelmäßig die Hygienekonzepte für die Beratungen der Landrätin entsprechend der geltenden Verordnung.

Auch die Arbeitsorganisation war von der pandemischen Lage betroffen. Mehrere Beschäftigte arbeiteten dauerhaft bzw. im Rahmen von Abordnungen für das Pandemieteam. Die Erfüllung der originären Aufgaben des Bereichs unter diesen Bedingungen war auch im Jahr 2021 eine besondere Herausforderung.

Kreistagsbüro

2021 waren folgende Gremiensitzungen inhaltlich und organisatorisch zu betreuen:

- 6 Kreistagssitzungen
- 6 Kreisausschusssitzungen
- 44 Sitzungen der Fachausschüsse

Öffentlichkeitsarbeit

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit untersteht der Landrätin als Leiterin der Kreisverwaltung und rechtlicher Vertreterin und Repräsentantin des Landkreises. Er ist zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalist*innen, Bürger*innen, Behörden und Firmen. Die Aufgaben umfassen vier Themenschwerpunkte:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Web-Entwicklung/Online-Redaktion
- Organisation von Veranstaltungen/Protokoll/Ehrungen
- partnerschaftliche Beziehungen

Medienarbeit

2021 wurde die Kreisverwaltung rund 500-mal von Medienvertreter*innen kontaktiert, um Interviewwünsche zu erfüllen, zum Teil sehr umfangreiche Fragekataloge zu beantworten oder aufwendige Dreharbeiten zu organisieren. Im Fokus standen auch im zweiten Jahr der Pandemie die Entwicklung der pandemischen Situation und die Maßnahmen der Kreisverwaltung zur Bewältigung derselben (33 Prozent aller Anfragen). Ein weiteres Thema von Bedeutung waren die Wahl der Landrätin und die Stichwahl im September/Oktober 2021.

Etwa ein Viertel der im Jahr 2021 herausgegeben Pressemitteilungen (insgesamt rund 400) hatte die Corona-Pandemie zum Thema. Diese Informationen wurden im Internetauftritt des Landkreises Teltow-Fläming veröffentlicht, den Medien, den Bürgermeister*innen/dem Amtsdirektor sowie den Kreistagsabgeordneten zugänglich gemacht.

Für die Verwaltungsleitung werden täglich mehrere regionale und überregionale Medien ausgewertet und in einem gedruckten Pressespiegel zusammengestellt. Im Intranet werden zusätzlich die Schlagzeilen des Tages veröffentlicht, um alle Beschäftigten über die Themen zu informieren, die in den Medien eine Rolle spielen.

In Zusammenarbeit mit den Ämtern, dem Kreistagsbüro und nachgeordneten Einrichtungen bot der Bereich 23 anlassbezogene Pressetermine und -gespräche zu unterschiedlichsten Themen an. Sie wurden in vielen Fällen organisatorisch betreut sowie redaktionell vor- und nachbereitet (Aufbereitung als Presse-Info, Berichterstattung auf der Homepage).

Anzeigen/Ausschreibungen

Es wurden 9 Print-Anzeigen (u. a. zur Fachkräftegewinnung und Nachrufe) gestaltet und in diversen Tageszeitungen und Fachzeitschriften veröffentlicht. Außerdem wurden im Internetauftritt des Landkreises 53 Informationen über Ausschreibungen (VOL/VOB, Interessenbekundungsverfahren) und Zuschlagserteilungen publiziert sowie über 113 Stellenausschreibungen informiert.

Reden, Grußworte, weitere Schreiben und Dokumente

Im Berichtszeitraum wurden rund 180 Grußworte, Reden, Laudationes, Glückwunsch-, Kondolenz- und andere Schreiben für die unterschiedlichsten Zwecke vorbereitet, redigiert und verfasst. Einen großen Raum nahm das Redigieren von Texten oder Druckerzeugnissen für einzelne Ämter der Kreisverwaltung ein.

Es wurden 10 Mitarbeiter-Informationen mit der Landrätin verfasst und im Intranet publiziert.

Auch 2021 veröffentlichte die Landrätin monatlich eine Kolumne bei Hitradio SKW unter dem Titel „Mein Landkreis“.

Dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit obliegt die Endredaktion des Tätigkeitsberichts der Landrätin.

Druckerzeugnisse

Der Bereich gab 44 Ausgaben des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming heraus.

Im Bereich wird zudem die Einhaltung der Richtlinien des Corporate-Design-Handbuchs überwacht.

14 Veröffentlichungen der Ämter wurden im Haus redaktionell und gestalterisch betreut, neugestaltet oder aktualisiert, z. B. Faltblätter, Broschüren, Kataloge, Kalender und vieles mehr. Zahlreiche Formulare der Ämter für den Online-Auftritt wurden zudem angepasst.

Internetauftritt

Um die Internet-Auftritte der Kreisverwaltung kümmern sich der Bereich Öffentlichkeitsarbeit (Online-Redaktion) und der Bereich IT-Service gemeinsam.

Von der Online-Redaktion inhaltlich und vom Web-Team technisch betreute Internet-Präsenzen:

- www.teltow-flaeming.de

Websites, für die der IT-Service den technischen Support und der Bereich Öffentlichkeitsarbeit zum Teil die Betreuung der Redakteure bietet:

- www.flaeming-skate.de – inhaltlich verantwortlich: SG Tourismus
- vhs.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Volkshochschule TF
- medienzentrum.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kreismedienzentrum
- musikschule.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kreismusikschule
- museum.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Museum des Teltow
- kinderschutz.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kinderschutz-Koordinatorin
- schullandheim.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Schullandheim
- ftz.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: SG Brand- und Katastrophenschutz
- intranet.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: die einzelnen Ämter
- www.boden-geo-pfad.de – inhaltlich verantwortlich: Umweltamt

Zudem werden weitere Sites und Web-Applikationen, auf die von www.teltow-flaeming.de verlinkt wird, von den Entwicklern im IT-Service betreut (Bauportal, Wunschkennzeichen, Geoportal u. a.).

Die Online-Redaktion betreut die Internet-Redaktionen in den Ämtern der Kreisverwaltung und unterstützt sie bei der Konzipierung eigener Unterportale unter www.teltow-flaeming.de bzw. bei der Darstellung spezieller Themen auf der Homepage des Landkreises. Sie berät zudem Dritte, wenn in Kooperation mit dem Landkreis Internetangebote entstehen sollen.

Der Webauftritt www.teltow-flaeming.de bildet das Dienstleistungsangebot der Kreisverwaltung ab und informiert ausführlich über den Landkreis. Angeboten werden Kontaktmöglichkeiten, eine Dienstleistungsdatenbank und ein Formularservice. Darüber hinaus sind Merkblätter, Informationsbroschüren, Satzungen und andere Dokumente auf www.teltow-flaeming.de zu finden. Hier wie auf den anderen Internetpräsenzen werden regelmäßig aktuelle Meldungen eingestellt (Mitteilungen der Verwaltung und wichtige Informationen über den Landkreis – 2021: 485 Meldungen).

Relaunch www.teltow-flaeming.de

Der Relaunch – die Neuentwicklung, Aktualisierung und Anpassung des Internetauftritts – der Seite www.teltow-flaeming.de nahm mehr Zeit in Anspruch als geplant. Ein Grund dafür war die Vielzahl der pandemiebedingten Aufgaben. Zudem musste der Auftragnehmer die Leistung immer wieder nachbessern. Um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten, wurden im Quartal IV/2021 sowohl der damals aktuelle als auch der neue Internetauftritt parallel gepflegt. Seit dem 19. Januar 2022 ist www.teltow-flaeming.de mit seinem neuen Erscheinungsbild online. Da dies „nur" das Startdatum ist und die Arbeiten im Jahr 2021 erfolgten, wird im Tätigkeitsbericht 2021 das Projekt ausführlich beschrieben:

Die wichtigste Neuerung: Die zahlreichen Informationen der Kreisverwaltung werden nun auch auf mobilen Endgeräten übersichtlich dargestellt. Zudem sind komfortablere Suchfunktionen als bisher verfügbar.

Bewährtes wurde übernommen

Wie bisher sind die aktuellen Meldungen auf der Startseite und in den Unterrubriken (auf den thematischen Seiten). Tägliche Zugänge sorgen für Bewegung auf der Seite und damit für ein besseres Suchmaschinen-Ranking.

Was ist neu?

Deutlich sichtbarer als bisher sind die wichtigsten **Online-Dienstleistungen** der Kreisverwaltung präsentiert. Dorthin führen jetzt direkte Links von der Startseite.

Stellenangebote und **Ausschreibungen** sind ebenfalls dort direkt verlinkt und schnell zu finden, ebenso das Bürger-Informationssystem des Kreistags, das Geoportal und die Kreisvolkshochschule.

Die **Top-Themen** erhalten auf der Startseite einen prominenten Platz. Das sind derzeit die Informationen zum Corona-Virus, den Impfungen gegen Covid-19, zur Geflügel- und zur Schweinepest.

Wie bisher sind auch **weitere aktuelle Meldungen** zu anderen Themen auf der Startseite aufgelistet.

Neu ist auch ein **Kalender** auf der Startseite. Er zeigt die nächsten Termine des Kreistags, seiner Ausschüsse und weitere Events (in) der Verwaltung an.

Erstmals gibt es die **Veranstaltungsübersicht** des Bereichs Kultur nicht mehr als PDF-Dokument, sondern als Kalender, der ebenfalls von der Startseite aus erreichbar ist. Damit wird dem Wunsch vieler Nutzer*innen und des zuständiges Amtes nachgekommen. In dessen Verantwortung liegt auch die Pflege des Kalenders.

Die Pflege des neuen Internetauftritts erfolgt mit dem **Content-Management-System** Contao. Damit einher ging ein umfangreicher Schulungs- und Lernprozess, der noch nicht abgeschlossen ist und auf die Internetredakteur*innen der Ämter ausgedehnt wird.

Warum war der neue Auftritt erforderlich?

Seit dem letzten Relaunch der Internetseiten des Landkreises Teltow-Fläming 2011 haben sich die Seh- und Nutzungsgewohnheiten bei den User*innen mehrfach gewandelt und vor allem weiterentwickelt. Insbesondere die Nutzung mobiler Endgeräte stellt Anforderungen an den Webauftritt des Landkreises, die mit der alten Seite nicht mehr zu erfüllen waren.

Für die Neugestaltung des Internetauftritts der Kreisverwaltung zeichnet ein Web-Team verantwortlich, zu dem ein Mitarbeiter aus dem IT-Service sowie Katrin Melzer und André Muskewitz aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit gehören. Technisches Konzept und Design stammen von blueforest® Design.Medien.

Barrierefreiheit/Verständlichkeit

Die Angebote im Internet sollen möglichst barrierefrei dargestellt werden. Das geschieht nicht nur durch entsprechende Programmierung. Auch eine verständliche Sprache, strukturierte Texte und nicht zuletzt barrierefreie PDF-Dokumente gehören dazu. Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert regelmäßig die Fachämter dafür.

Das Thema Leichte Sprache wird auch im neuen Internetauftritt berücksichtigt werden. Die Arbeiten daran wurden begonnen und werden im ersten Quartal 2022 beendet.

Auf sprachliche Fallstricke jeglicher Art weist eine wöchentliche Kolumne des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit im Intranet hin.

Veranstaltungen und Ehrungen

In enger Zusammenarbeit mit den Fachämtern der Kreisverwaltung und teilweise den Städten und Gemeinden wurden folgende Aktivitäten vorbereitet und durchgeführt:

- digitale Durchführung der Verleihung des Teltow-Fläming-Preises 2021 am 15. Januar 2021,
- „Veranstaltungswirtschaft unter Corona-Bedingungen“, Gesprächsrunde im Kreistagsaal am 30. April 2021 mit Veranstaltern aus Teltow-Fläming,
- Freigabe Ortsdurchfahrt Bärwalde 18. Mai 2021,
- Namensgebung der „Mosaik-Schule“ -Ludwigsfelde am 19. August 2021,
- Stadtradeln Treffen im „Glauer Tal“ 4. September 2021.

Darüber hinaus sollte der alljährliche Neujahrsempfang als Frühlingsfest ausgerichtet werden. Leider machten die bis dato bestehenden Regeln zum Umgang mit der Corona-Pandemie eine Durchführung der Veranstaltung unmöglich.

Ein geplanter Besuch der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg Manja Schüle am 1. April 2021 wurde vorbereitet, aber ebenfalls aufgrund der Corona-Lage abgesagt.

Auch die Feierstunde zum „Tag des Ehrenamtes 2021“ fiel aufgrund der steigenden Infektionszahlen im Dezember 2021 aus. Es ist geplant, diese Ehrungen im Jahr 2022 auf dem Jahresempfang der Kreisverwaltung nachzuholen.

Darüber hinaus wurden für die Landesregierung Zuarbeiten zu den verschiedensten Ehrungen (z. B. Europapurkunde, Brandenburger Integrationspreis, Landespräventionspreis) erstellt.

Die Medien wurden vorab über Veranstaltungen sowie im Anschluss über deren Ergebnisse informiert.

Partnerschaftliche Beziehungen

Deutsch-polnische Partnerschaft

Die anhaltenden Einschränkungen, die die Corona-Pandemie mit sich brachte, waren auch in den partnerschaftlichen Aktionen und Begegnungen deutlich zu spüren. Gerade unsere Nachbarn und Partner in Polen hatten vielerorts mit hohen Infektionszahlen zu kämpfen und wie der Landkreis Teltow-Fläming wenig Kapazitäten zur Pflege des partnerschaftlichen Austausches.

Ein geplanter Jugendaustausch im Juni 2021 sowie ein Besuch der polnischen Jugendkulturtage im Oktober 2021 von deutschen Jugendlichen mussten daher abgesagt werden. Auch fand ein persönlicher Austausch der Rettungsdienste nicht wie geplant statt, genauso wenig wie die Teilnahme der Partner an der Wirtschaftswoche TF.

Trotz der widrigen Bedingungen konnte am 24. August 2021, stellvertretend für die Landrätin, die erste Beigeordnete Kirsten Gurske den Partnern im Kreis Gniezno einen Arbeitsbesuch mit folgenden Stationen abstatten:

- Eröffnung des modernsten Krankenhauses in der Region (10.000 qm, 7. Etagen, 5 Operationssäle)
- Besichtigung einer im Neubau befindlichen Jugendwohneinrichtung
- Besuch des Museums („Die Wiege Polens“; im Aufbau befindlich)
- Besuch des neu renovierten Kulturzentrums eStEdE-Kulturzentrum

Zusammenarbeit mit dem Kreis Paderborn/Bezirk Tempelhof-Schöneberg

Am ersten virtuellen Neujahrsempfang des Kreises Paderborn nahmen Landrätin Kornelia Wehlan und Kreistagsvorsitzender Danny Eichelbaum am 15. Januar 2021 teil. Mit diesem Veranstaltungsformat hatte der Partnerlandkreis eine Möglichkeit gefunden, trotz der Corona-Pandemie Begegnungen zu ermöglichen – wenn auch auf ganz andere Art und Weise als sonst. Denn im Jahr 2021 jährte sich die Partnerschaft zwischen dem Landkreis Paderborn und dem Landkreis Teltow-Fläming zum 30. Mal.

Der Kontakt und Austausch mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg beschränkte sich pandemiebedingt auf Telefonate.

Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit nahm als Mitglied des Krisenstabs an dessen regelmäßigen Zusammenkünften teil. Mit dem Verfassen und Versenden regelmäßiger und anlassbezogener Medieninformationen und der Gestaltung und Aktualisierung eines umfangreichen Internetauftritts zu den Themen Corona und Impfen sorgte er für die Information der Bevölkerung.

Zwei Beschäftigte waren in das Pandemieteam abgeordnet und koordinierten die Corona-Kontrollen.

Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal

Aufgabenbereich Zentrale Steuerung und Organisation

Das Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal ist als Querschnittsamt Dienstleister für alle Organisationseinheiten der Kreisverwaltung. Es steht dabei für personalrechtliche und organisatorische Beratungen zur Verfügung.

Das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation unterstützt die Fachämter bei der optimalen Ausrichtung ihrer Organisationseinheiten und Arbeitsprozesse. Ziel ist es, in allen Bereichen den Aufgaben und der Prozessoptimierung entsprechend, eine angemessene und auskömmliche Personalausstattung zu gewährleisten.

Neben der Organisationsentwicklung unterstützt das Sachgebiet die Fachämter bei der Erarbeitung von Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofilen und ist als Mitglied der Stellenbewertungskommission für die tarifrechtskonforme Bewertung der Stellen verantwortlich.

Des Weiteren initiiert und koordiniert das Sachgebiet inhaltlich und organisatorisch die Schaffung innerdienstlicher Regelungen und unterrichtet im Rahmen der Beteiligungsverfahren nach dem Landespersonalvertretungsgesetz die Personalvertretung und Beauftragten.

Corona-Pandemie

Auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie hat der Landkreis zahlreiche zusätzliche Herausforderungen zu bewältigen. Der öffentliche Dienst zählt zu den systemrelevanten Bereichen, deren Arbeitsfähigkeit unbedingt zu sichern ist. Der Gesetzgeber hat an keiner Stelle die Pflicht zur Aufgabenerfüllung eingeschränkt – im Gegenteil. Durch die Pandemie und die in diesem Zusammenhang erlassenen Rechtsvorschriften sind dem Landkreis zusätzliche Aufgaben übertragen worden.

Verantwortlich für die Koordinierung von Infektionsschutzmaßnahmen für Beschäftigte der Kreisverwaltung ist das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation.

Verwaltungsstruktur (Aufbauorganisation)

Jugendamt

Zum 1. Februar 2021 änderte sich die Aufbauorganisation des Jugendamtes. Aufgrund der großen Mitarbeiterzahl und der Aufgabenstruktur gliedert sich das Amt seither in die folgenden fünf Sachgebiete:

- SG Planung, Controlling, Finanzen,
- SG Sozialpädagogischer Dienst,
- SG Prävention und Vormundschaft,
- SG Kindertagesbetreuung und Elterngeld sowie
- SG Unterhalt.

Gesundheitsamt

Zu einer besonderen und temporär angelegten Organisationsstruktur kam es mit Bildung der Stabsstelle zur Corona-Bekämpfung. Dort waren alle Stellen konzentriert, die sich mit der Kontaktnachverfolgung, der Ermittlung von Gesundheitsdaten und den Kontrollen zur Umsetzung und Einhaltung von Quarantäneanordnungen und Hygienekonzepten beauftragt waren.

Die Stabsstelle wurde im 3. Quartal 2021 aufgelöst, die befristet eingerichteten Stellen wurden dem Sachgebiet Hygiene und Umweltmedizin angegliedert.

Die jeweils aktuelle Verwaltungsstruktur der Kreisverwaltung ist im Organigramm ersichtlich und wird im Intranet veröffentlicht.

Schwerpunkt Organisationsuntersuchung Untere Bauaufsichtsbehörde

Als Maßnahme auf die Anfrage des Kreistages hinsichtlich der Baugenehmigungsverfahren und deren Bearbeitungszeiten im Landkreis Teltow-Fläming (6-4589/21 KT) regte die Landrätin eine Organisationuntersuchung für den Bereich im Jahr 2022 an. Hierbei sollen organisatorische und personelle Engpässe ermittelt werden, um die Effektivität und Reaktionszeiten der Unteren Bauaufsichtsbehörde zu erhöhen und die Bearbeitungszeiten zu verringern. Kurzfristig wirkende Möglichkeiten zur Optimierung und Beschleunigung wurden vom SG Zentrale Steuerung und Organisation bereits herausgearbeitet und der Unteren Bauaufsichtsbehörde Umsetzung übermittelt.

Innerdienstliche Regelungen (Ablauforganisation)

In zahlreichen Regelungen werden Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten der Beschäftigten und damit stets der Ablauf der Arbeitsprozesse beschrieben. In diesem Zusammenhang hat das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation auf die Einhaltung der Gesetze – wie beispielsweise das Arbeitsschutzgesetz – sowie auf effiziente und klare Verwaltungs- und Organisationsabläufe zu achten.

Im Jahr 2021 wurden folgende innerdienstliche Regelungen neu erlassen:

Dienstordnung

Die Dienstordnung wurde grundlegend überarbeitet. Die Neufassung vom 09.12.2021 wurde von der Landrätin unterzeichnet und trat am 01.01.2022 in Kraft. Sie ist die innerdienstliche Vorschrift für die Kreisverwaltung Teltow-Fläming und enthält Regeln für die innere Organisation, den Verwaltungsablauf, den Geschäftsgang sowie das Verhalten der Führungskräfte und Beschäftigten. Folgende wesentliche Eckpunkte wurden ergänzend geregelt:

- die Zuständigkeiten im Rahmen des Erlasses, der Änderung oder Aufhebung von Dienstanweisungen, amtsinternen Dienstanweisungen, sonstigen innerdienstlichen Regelungen und Dienstvereinbarungen,
- die Definition des Krisenfalls mit Regelungen zum Einsatz eines Krisenstabes,
- die Unterrichtung des Amtes für zentrale Steuerung, Organisation und Personal zur Beteiligung der Beauftragten bzw. der Personalvertretung,
- die Beschreibung des Dienstweges und der Möglichkeiten, von diesem abzuweichen,
- die Zeichnungsbefugnisse,
- die Abstimmung, Genehmigung und Ablehnung von Erholungsurlaub sowie
- der Umgang mit Mitteilungen zu Dienst- und Arbeitsunfähigkeiten.

Die Dienstordnung soll vor allem dazu beitragen, die Arbeit nach einheitlichen Grundsätzen auszurichten und den Geschäftsgang rechtmäßig, zweckmäßig, wirtschaftlich und ergebnisorientiert zu gestalten.

Sie enthält als Anlagen unter anderem die Allgemeine Hausordnung für die Beschäftigten und die Leitlinien der Zusammenarbeit und Führung in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming.

Brandschutzordnung

Es wurde eine neue Brandschutzordnung für das Kreishaus erlassen.

Entsprechend dem Arbeitsschutzgesetzes und i. V. m. der neuen Brandschutzordnung wurden auch die Brandschutzhelfer*innen benannt und vom Brandschutzbeauftragten des Landkreises ausgebildet. Das Sachgebiet hat die Schulungen organisatorisch vor- und nachbereitet.

Dienstanweisungen

Anpassung der Dienstanweisung zum Schutz vor dem Corona-Virus

In der weiterhin bestehenden Pandemiesituation im Jahr 2021 galt es, sowohl den Gesundheitsschutz der Beschäftigten als auch die Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Dementsprechend wurde die Dienstanweisung zum Schutz vor dem Corona-Virus SARS-CoV-2 aufgrund der dynamischen Entwicklung des Pandemiegeschehens und den damit einhergehenden Veränderungen von Rechtsnormen insgesamt fünfmal überarbeitet.

Dienstanweisung zur Nutzung des Webkonferenzsystems „Jitsi Meet“

Insbesondere im Rahmen der Corona-Pandemie ist es unerlässlich und notwendig geworden, Konferenzen und Besprechungen auch digital durchzuführen. Vor diesem Hintergrund wurde die Dienstanweisung zur Nutzung des Webkonferenzsystems „Jitsi Meet“ mit dem Ziel erarbeitet, Regelungen zur Nutzung datenschutzgerecht zu treffen und eine digitale Möglichkeit der Kommunikation (Telefonkonferenzen mit optionaler Bildschirmübertragung sowie Videokonferenzen) für die Kreisverwaltung zu schaffen.

Dienstanweisung Zuständigkeiten für die Bearbeitung von Petitionen

Mit einer neuen Dienstanweisung wurden die Zuständigkeiten für die Bearbeitung von Petitionen geregelt und einheitlich gestaltet.

Dienstanweisung zur Gewährleistung des Datenschutzes beim Arbeiten außerhalb der Diensträume

Im Rahmen der Sonder-AG Telearbeit wurde zur Sicherung und Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen für alle Arbeitsformen außerhalb der Diensträume der Kreisverwaltung eine neue Dienstanweisung erarbeitet. Das Inkrafttreten ist für Februar 2022 vorgesehen.

Dienstvereinbarungen

Dienstvereinbarung zum Arbeiten außerhalb der Diensträume

Die Verwaltungsleitung hat einen Rahmen zum Arbeiten außerhalb der Diensträume beschlossen. Im Rahmen der Sonder-AG Telearbeit wurde ein Entwurf der Dienstvereinbarung zum Arbeiten außerhalb der Diensträume der Kreisverwaltung Teltow-Fläming am 2. Dezember 2021 fertiggestellt. Das Inkrafttreten der Dienstvereinbarung ist für Februar 2022 vorgesehen.

Dienstvereinbarung zur Zahlung von Zulagen aus dem ÖGD-Pakt

Noch im Dezember wurde mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung zur Zahlung einer einmaligen Zulage für alle Beschäftigten des Gesundheitsamtes für 2021 geschlossen. Diese Honorierung soll die Attraktivität der Beschäftigung steigern. Sie wurde im Rahmen der finanziellen Förderung aus Mitteln des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst neben der Einrichtung zusätzlicher Stellen und der Verbesserung der IT-Strukturen vereinbart.

Dienstvereinbarung zur Altersteilzeit nach § 12 TV FlexAZ

Mit dieser Dienstvereinbarung wurde ein Instrument geschaffen, allen tariflich Beschäftigten, die das 62. Lebensjahr im Jahr 2022 vollenden, einen Anspruch auf Abschluss einer Altersteilzeitvereinbarung zu gewähren. Damit einhergehend kann zudem ungeplanten Austritten in die Altersrente entgegengewirkt und somit Planungssicherheit sowie Handlungsmöglichkeiten hinsichtlich eines geordneten Übergangs in der Stellennachbesetzung gewährleistet werden. Diese Dienstvereinbarung gilt bis zum 31.12.2022.

Weitere Dienstvereinbarungen

Darüber hinaus wurden Regelungen hinsichtlich folgender Dienstvereinbarungen aktualisiert:

- Arbeitszeitgestaltung (Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung),
- Zahlung von Leistungsentgelten und
- Aus- und Fortbildung.

Weitere innerdienstlichen Regelungen

Begleitung von Änderungen, Ergänzungen, Erweiterungen sowie die Einführung von IT-Systemen

Das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation hat die Fachämter im Berichtsjahr 2021 in 12 Fällen in ablauf- und arbeitsorganisatorischen Fragen hinsichtlich der Änderung, Ergänzung, Erweiterung bzw. Einführung von IT-Systemen unterstützt. Hierzu zählen beispielsweise:

- Webkonferenzsystems „Jitsi Meet“,
- Datenübermittlung im Gesundheitsamt über die Systeme Luca-App, Sormas-x und servnet@rki,
- Überarbeitung der Webseite www.teltow-flaeming.de und Einführung eines neuen Content-Management-Systems zur Erstellung und Pflege der Website,
- geplante Einführung einer Software für die Schulentwicklungsplanung,
- Einführung der Software „ProUMWELT“ für die Vorgangsverwaltung der Unteren Naturschutzbehörde,
- Migration der Software „ProBAUG“ auf die Version 2020 sowie Migration der Software „ProDENKMAL“ in der Unteren Denkmalschutzbehörde,
- Besonderes elektronische Behördenpostfach (beBPo).

Aufgabengliederungs- und Geschäftsverteilungsplan der Kreisverwaltung Teltow-Fläming

Der Aufgabengliederungs- und Geschäftsverteilungsplan der Kreisverwaltung beschreibt die Aufgaben, die der Kreisverwaltung Teltow-Fläming als Kommunalverwaltung und Untere Landesbehörde per Gesetz zugewiesen sind bzw. welche sie als freiwillige Aufgaben nach der bestehenden Verwaltungsstruktur wahrnimmt.

Im Jahr 2021 wurde der Aufgabengliederungs- und Geschäftsverteilungsplan entsprechend struktureller und organisatorischer Änderungen fortgeschrieben.

Stellenplan 2021

Der Kreistag beschloss am 26. April 2021 den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 mit insgesamt 894,06 Vollzeiteinheiten (VZE). Darüber hinaus beschloss der Kreistag in seiner Sitzung vom 13. September 2021 die Erweiterung des Stellenplanes 2021 um 10,00 VZE zusätzliche Stellen für das Gesundheitsamt (Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst) und für den Zensus.

Somit weist der Stellenplan 2021 insgesamt 904,06 Vollzeiteinheiten aus. Im Rahmen der Stellenplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie auf der Grundlage von Stellenbemessungsverfahren bzw. Organisationsuntersuchungen meldeten die Ämter Stellenmehrbedarfe an. Das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation überprüfte in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ämtern die Bedarfsanmeldungen. Es wurde hierzu die Informationsvorlage Nr. 6-4388/21-LR – zur Herangehensweise bei der Aufstellung des Stellenplanes 2021 – für den Kreistag am 22. Januar 2021 erarbeitet.

Stellenbemessung

Zur Prüfung von Anträgen auf Einrichtung zusätzlicher Stellen wurden fortschreibungsfähige Stellenbemessungsverfahren entwickelt bzw. aktualisiert, beispielsweise im Jugendamt, in den Bereichen Bundeselterngeld und Widerspruchsverfahren. Hierzu wurden die Aufgabenkataloge konkretisiert und im analytischen Verfahren die mittlere Bearbeitungszeit pro Fall ermittelt. Ergänzt um die aufgezeigten Vollzugsdefizite liegt nun ein Verfahren zur Berechnung des Stellenbedarfes vor. Dieses kann jährlich anhand der aktuellen Fallzahlen fortgeschrieben und damit der notwendige Stellenbedarf für die Erfüllung der Aufgabe evaluiert werden. So können auch Störungen in der Ablauforganisation ermittelt und den Fachämtern Handlungsempfehlungen zu Änderungsbedarfen gegeben werden.

Stellenbeschreibung und Anforderungsprofil

Das Sachgebiet unterstützte auch 2021 die Fachämter bei der Erstellung von Stellenbeschreibungen für neu geschaffene Stellen oder bei der Aktualisierung von Stellenbeschreibungen.

Um die Führungskräfte bei der Erstellung der Stellenbeschreibungen zu unterstützen, wurde im Spätsommer 2020 ein Leitfaden entwickelt. Im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses wurden die Hinweise und Verbesserungsvorschläge der Fachämter gesammelt, bewertet und umgesetzt. Die Formulare für die Stellenbeschreibung und das Anforderungsprofil sowie die Leitfäden zur Stellenbeschreibung und zu den Anforderungsprofilen wurden den Führungskräften im Sommer 2021 aktualisiert zur Verfügung gestellt.

Stellenbewertung

Die Stellenbewertungskommission bewertet die Stelle nach der Vorbewertung des Sachgebietes Zentrale Steuerung und Organisation. Die Kommission setzt sich paritätisch aus jeweils drei Beschäftigten der Arbeitgebervertretung und der Arbeitnehmervertretung zusammen.

2021 hat das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation aufgrund der Aktualisierung von Stellenbeschreibungen im Rahmen von Ausschreibungsverfahren, des Vorliegens von Anträgen auf Überprüfung der Eingruppierung oder der erstmaligen Bewertung neu geschaffener Stellen insgesamt 161 Vorbewertungen von Stellen vorgenommen. Im Vorjahr waren es 125 Stellenbewertungen.

Stellenbesetzungsverfahren

Für die Einleitung von Stellenbesetzungsverfahren reichen die Fachbereiche eine Personalbedarfsmeldung beim Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal ein. Das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation prüft dazu die stellenwirtschaftlichen Angaben (Umfang der Stelle laut Stellenplan, KW-Vermerk, Vorliegen einer aktuellen Stellenbeschreibung und deren Bewertung) und leitet den Antrag mit Prüfvermerk, Stellenbeschreibung und Anforderungsprofil an das Sachgebiet Personal zur Veranlassung des Ausschreibungs- und Bewerberauswahlverfahrens weiter.

Aufgabenbereich Personal

Das Sachgebiet Personal ist für die Personalgewinnung, Personalverwaltung, Personalentwicklung inkl. Aus- und Fortbildung sowie Gehalts- und Besoldungsabrechnung zuständig. Das Sachgebiet ist Ansprechpartner für Führungskräfte, Beschäftigte und deren Vertretungen sowie für alle Bewerber*innen.

Die Personalkostenplanung/Controlling wurde im Jahr 2021 aus dem Sachgebiet Personal herausgelöst und direkt der Amtsleiterebene unterstellt.

Um den Herausforderungen im Rahmen des demografischen Wandels und des damit einhergehenden Führungs- und Fachkräftemangels zu begegnen, initiiert und koordiniert das Sachgebiet inhaltliche und organisatorische Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Kreisverwaltung als Arbeitgeber sowie zur Personalgewinnung und -bindung.

Entwicklung des Personalbestands

Eine zentrale Aufgabe ist die Rekrutierung von Personal, um den Personalbedarf zu decken und offene Stellen zu besetzen.

Tabelle 1: Entwicklung des Personalbestands

Status	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021
Beamte	76	76	74
Beschäftigte	815	849	868
Auszubildende	20	15	13
dual Studierende	20	22	24
Bundesfreiwilligendienst	1	1	1
gesamt	*932*	*963*	*980*

Zum Gesamtpersonalbestand gehören 25 Beschäftigte, die den Standorten des Jobcenters Teltow-Fläming in Zossen und Luckenwalde zugewiesen sind. Davon sind vier Beschäftigte verbeamtet und 21 tariflich beschäftigt.

Einstellungen

Es wurden im Jahr 2021 insgesamt 76 Beschäftigte eingestellt.

Tabelle 2: Einstellungen 2021

Art der Einstellung	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021
befristete Einstellungen	17	20	15
unbefristete Einstellungen	48	64	54
- davon Entfristungen	3	4	6
übernommene Auszubildende nach erfolgreicher Ausbildung	6	8	4
übernommene Student*innen nach erfolgreichem Studium	-	4	4
gesamt	*71*	*96*	*77*

Besetzung von Führungsstellen

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 9 Führungsstellen besetzt:

- Leitung des Rechnungsprüfungsamtes,
- Leitung des Sachgebietes Rechtliche Bauaufsicht,
- Leitung des Sachgebietes Fahrerlaubnis- und Fahrschulwesen,
- Leitung des Sachgebietes zentrale Steuerung und Organisation,
- Leitung des Sachgebietes Vermessung,
- Leitung des Sachgebietes Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen,
- Leitung Schullandheim,
- Leitung Kreismedienzentrum,
- Leitung des Sachgebietes Hygiene und Umweltmedizin.

Beendigung von Arbeits- und Dienstverhältnissen

Es schieden insgesamt 58 Beschäftigte aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnisverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus:

Tabelle 3: Ausscheiden von Beschäftigten

Gründe für das Ausscheiden	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021
Ende der befristeten Tätigkeit	2	2	3
Kündigung durch Arbeitgeber	2	3	2
Kündigung durch Beschäftigte	30	29	27
Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze	25	30	21
Übergang in eine unbefristete Erwerbsunfähigkeitsrente	1	3	-
Versetzung in den Ruhestand (Altersgrenze)	2	1	1
Tod	1	-	4
gesamt	*63*	*68*	*58*

Schwerbehinderte Beschäftigte

Die Kreisverwaltung beschäftigt zurzeit 66 Schwerbehinderte/Gleichgestellte. Dies entspricht einer Quote von 6,94 Prozent. Die Pflichtquote beträgt fünf Prozent. Damit entfällt die Zahlung einer Ausgleichsabgabe in Höhe von 140 Euro/Monat für jeden nicht besetzten Pflichtarbeitsplatz.

Stellenausschreibungsverfahren

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 150 offene Stellen zur Besetzung ausgeschrieben. Davon wurden 18 Stellen intern und 132 Stellen intern und extern ausgeschrieben. Fünf Stellen konnten ohne Ausschreibungsverfahren besetzt werden.

Auf die Ausschreibungen gingen insgesamt 1.575 Bewerbungen ein, davon 147 intern und 1.428 extern. Die Zahl der Ausschreibungsverfahren ist im Vergleich zum Vorjahr (164) mit 150 Ausschreibungen annähernd gleich hoch geblieben und wird aller Voraussicht nach im Jahr 2022 auf gleichem Niveau bleiben bzw. ansteigen.

Die Möglichkeit, Bewerbungen direkt und ohne Kosten über das vorhandene Online-Kontaktformular einzureichen, wurde von den meisten Bewerber*innen angenommen und genutzt.

Wie im Vorjahr wurde deutlich, dass es gerade in den technischen Berufen, im IT-Service, bei Fachärzt*innen und in sozialpädagogischen Berufen äußerst schwierig ist, geeignetes Personal zu finden. Der Landkreis Teltow-Fläming steht hier in Konkurrenz zu Wirtschaftsunternehmen und anderen Verwaltungen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes.

Das Aufgabengebiet des Personalbereichs ist nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gewachsen und mit dem vergangener Jahre nicht mehr zu vergleichen. Die Sichtung und rechtssichere Prüfung der Bewerbungsunterlagen ist sehr zeitaufwendig. Hinzu kommt, dass regelmäßig Ausschreibungsverfahren wiederholt werden müssen, da entweder keine Bewerbung den entsprechenden Voraussetzungen entspricht und die Anforderungsprofile erweitert werden müssen oder vorgeschlagene Bewerber*innen am Ende die Stelle doch nicht besetzen wollen. Daher mussten 32 Besetzungsverfahren abgebrochen werden.

Personalgewinnung und Steigerung der Attraktivität

Fach- und Führungspersonal ist heute sehr schwer zu finden. Aufgrund des demografischen Wandels und des damit verbundenen verstärkten Ausscheidens von Fachkräften müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, dass das für die Aufgabenerledigung notwendige Personal rechtzeitig, ausreichend und mit der benötigten Qualifikation zur Verfügung steht. Zudem geht mit dem Ausscheiden der älteren Beschäftigten nicht nur die reine Arbeitskraft, sondern gleichzeitig auch ein Verlust an Wissen einher. Daher wurde im Jahr 2021 die überlappende Stellenwiederbesetzung weiter angestrebt

Die Dienstvereinbarung zur Fach- und Führungskräftesicherung, die eine transparente und nachvollziehbare Zahlung von Fachkräftezulagen als auch Sonderzuschlägen regeln soll, wurde vom Personalrat zum 31.Dezember 2021 gekündigt. Ziel dieser Dienstvereinbarung war es, bestehende Wettbewerbsnachteile auf dem Arbeitsmarkt bei der Gewinnung von gut qualifiziertem Personal zumindest teilweise auszugleichen und vorhandenes Personal zu halten.

Dienststelle und Personalrat nahmen die Kündigung der Dienstvereinbarung zum Anlass, Gespräche über eine Neuausgestaltung einer solchen Dienstvereinbarung aufzunehmen, da sie sich als bedeutendes Instrument zur Fachkräftesicherung etablieren konnte und zur Gewinnung neuer qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beiträgt.

Beförderungen/Höhergruppierungen

Im Jahr 2021 wurde eine verbeamtete Person befördert. Insgesamt 21 Beschäftige wurden aufgrund einer internen Umsetzung oder aufgrund der Neubewertung der Stelle höhergruppiert.

Teilzeitbeschäftigte

Auch in der Kreisverwaltung besteht der Wunsch der Beschäftigten nach Teilzeitarbeit, um flexibel auf persönliche Lebenslagen reagieren zu können. Zum 31. Dezember 2021 arbeiteten insgesamt 317 Beschäftigte in Teilzeit (296 tariflich Beschäftigte und 21 Beamt*innen).

Altersteilzeit

Auf Grundlage des Tarifvertrages zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte (TV FlexAZ) vom 27.Februar 2010 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 7 vom 25. Oktober 2020 können die Beschäftigten einen Antrag auf Altersteilzeitbeschäftigung stellen. Zum Stichtag 31. Dezember 2021 befanden sich 21 Beschäftigte in Altersteilzeit. Zwei Beschäftigte haben sich für die Durchführung der „unverblockten“ Altersteilzeit, 18 für das Blockmodell entschieden. Damit war die Quote gemäß § 4 Abs. 2 TV FlexAz erreicht, sodass im Jahr 2021 keine weiteren Vereinbarungen von Altersteilzeitarbeitsverhältnissen geschlossen werden konnten.

Mit dem Personalrat wurde Ende 2021 – nach erfolgtem Beschluss der Verwaltungsleitung und Einbeziehung des Kreistages – die Dienstvereinbarung Nr. 39/2021 zur Altersteilzeit nach § 12 TV FlexAZ geschlossen. Diese ermöglicht im Jahr 2022 – bis zur Ende der Gültigkeit des TV FlexAZ am 31.12.2022 – Beschäftigten ab dem 62 Lebensjahr und unter Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen den Abschluss und Beginn eines Altersteilzeitverhältnisses über die Quote hinaus.

Elternzeit

Insgesamt 25 Beschäftigte nahmen die Elternzeit in Anspruch (Elternzeit bis in das Jahr 2021 hinein oder Beginn im Jahr 2021). Kurze Erziehungszeiten von i. d. R. zwei Monaten, beispielweise durch Inanspruchnahme von Partnermonaten, wurden dabei nicht berücksichtigt.

Personalkosten und Controlling

Zur Planung, Steuerung und unterjährigen Kontrolle des Finanzverbrauchs im Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal wurde ab dem Jahr 2018 ein regelmäßiges Berichtswesen installiert. Damit soll transparent und frühzeitig über Zielerreichung und Ressourcenverbrauch informiert werden, um gegebenenfalls zeitnah gegensteuern zu können. Dieser Prozess wurde im Jahr 2021 fortgeführt. Viele Sachverhalte haben Auswirkungen auf die Personalkosten. Die Stellenplanbewirtschaftung, die in einem engen Zusammenhang mit den Personalkosten zu sehen ist, stellt u. a. die Grundlagen für Einstellungen und unterjährige Kompensationen dar.

Ausbildung

Am 1. August 2021 begannen drei Personen ihre Ausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten (VFA). An der TH Wildau nahmen am 1. September 2021 fünf Personen das duale Studium „Öffentliche Verwaltung Brandenburg (LL. B.)“ auf. Zum 1. Oktober 2020 nahm eine Person das duale Studium „Vermessung und Geoinformatik (B. Eng.)“ an der Hochschule Anhalt in Dessau-Roßlau auf.

Den vier Auszubildenden und vier Studierenden, die 2021 erfolgreich ihren Abschluss absolvierten, wurde – dem Personalentwicklungskonzept sowie den gesetzlichen Vorgaben folgend – eine unbefristete Anstellung angeboten. Alle nahmen das Angebot an.

Drei Beschäftigte begannen im Jahr 2021 den Lehrgang zur Vorbereitung auf die Ausbildereignungsprüfung und unterstützten somit die ständige Qualitätssteigerung der Ausbildung. Das im Personalentwicklungskonzept festgeschriebene Ziel von zwei Ausbilder*innen pro Amt wird damit zielstrebig verfolgt. Derzeit stehen für die praktische Ausbildung in der Kreisverwaltung 47 Ausbilder*innen zur Verfügung.

Die Anzahl der zertifizierten Beschäftigten zur Betreuung der Studierenden in den vorgeschriebenen Praktika erhöhte sich auf 30.

Praktikum

Das Engagement der Amtsleitungen und Beschäftigten in der Kreisverwaltung ermöglichte es einigen jungen Menschen, trotz der anhaltenden Covid-19-Pandemie Praktika in der Verwaltung zu absolvieren.

Tabelle 4: Praktika in der Kreisverwaltung

Kalenderjahr	Schüler*innen	Studierende	berufsbegleitende Maßnahmen	im Zuge der Ausbildung
2019	30	15	9	8
2020	13	7	0	4
2021	12	5	0	7

Krankenstand

Der durchschnittliche Krankenstand lag bei 8,48 Prozent aller Beschäftigten. Berechnet wurde der durchschnittliche Krankenstand auf Basis einer 5-Tage-Arbeitswoche. Das entspricht im Jahresdurchschnitt 22,9 Krankentagen pro Beschäftigtem. 82 Beschäftigte (8,3 Prozent aller Beschäftigten) waren über die Entgeltfortzahlung hinaus länger als sechs Wochen fortlaufend arbeitsunfähig.

Unfallanzeigen

Im Jahr 2021 gingen insgesamt 15 Arbeitsunfallanzeigen ein, welche an die Unfallkasse Brandenburg mit Sitz in Frankfurt (Oder) zur Bearbeitung weitergeleitet wurden. Davon waren fünf Wegeunfälle. Von den 15 Arbeitsunfällen führten 11 zu einer Arbeitsausfallzeit von insgesamt 230 Arbeitstagen.

Betriebliches Eingliederungsmanagement

Seit dem 1. Januar 2011 setzt die Kreisverwaltung die Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 II SGB IX um. Im Zuge dessen wurde ein Integrationsteam gebildet, welches mit der Anwendung des BEM betraut wurde.

Das BEM findet Anwendung auf alle Beschäftigten des Landkreises, die innerhalb von zwölf Monaten länger als sechs Wochen arbeitsunfähig waren. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Krankheit zusammenhängend auftritt bzw. auftrat oder die Summe einzelner Fehlzeiten diese Grenze überschritt bzw. überschreitet. Im Jahr 2021 wurde 94 Beschäftigten ein BEM-Verfahren angeboten. 37 nahmen die Möglichkeit zum freiwilligen Gespräch an. 39 Beschäftigte sahen keine Notwendigkeit, ein solches Gespräch zu führen. Von 18 Beschäftigten steht noch eine Antwort aus.

Bildschirmarbeitsplatzbrillen

Im Berichtszeitraum stellten 12 Beschäftigte der Kreisverwaltung Anträge auf Bezuschussung der Anschaffung von Bildschirmarbeitsplatzbrillen.

Personalbeschaffung für das Impfzentrum

Mit Datum vom 21. Juni 2021 beschloss der Kreistag, dass der Landkreis Teltow-Fläming das Impfzentrum Luckenwalde über den 31.07.2021 hinaus und längstens bis zum 30.09.2021 betreibt.

Für diesen Zeitraum schloss der Landkreis Teltow-Fläming mit insgesamt 44 Ärzt*innen (z. T. mit Praxisteams) Honorarverträge für das Impfzentrum Luckenwalde.

Um entsprechende Impfkapazitäten vorzuhalten und allen Impfwilligen eine Corona-Schutzimpfung bzw. Auffrischungsimpfung (Booster) zu ermöglichen, richtete der Landkreis Teltow-Fläming ab dem 1. Dezember 2021 die kommunalen Impfstellen in Luckenwalde und Ludwigsfelde sowie ein mobiles Impfangebot ein. Dafür wurden insgesamt 55 Honorarärzt*innen vertraglich gebunden.

Rechnungsprüfungsamt

Zur Durchsetzung der allgemeinen und konkreten Haushaltsgrundsätze nimmt das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises durch seine nur dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit konkret und direkt Einfluss auf die Verwaltungen

- des Landkreises,
- der kreisangehörigen Städte und Gemeinden,
- und der Wasser- und Abwasserzweckverbände des Landkreises.

Besonderes Augenmerk wird dabei gelegt auf die

- Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze Haushaltssicherung sowie Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit finanziellen und materiellen Ressourcen,
- Führung der Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung,
- Umsetzung der Grundsätze Haushaltswahrheit und -klarheit sowie
- Einhaltung der Ordnungs- und Rechtmäßigkeit unter Beachtung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Grundlegendes Ziel ist es, den Kreistag, insbesondere den Rechnungsprüfungsausschuss, die Stadtverordnetenversammlungen sowie die Gemeindevertretungen bei der Ausübung ihrer Kontrollpflichten zu unterstützen. Als Bewertungs- und Entscheidungshilfen für die Durchführung der Haushaltswirtschaft und das allgemeine und konkrete Verwaltungshandeln dienen objektive und fundierte Prüfungsergebnisse. Die Prüfungen umfassten den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens und der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe erstreckte sich die Tätigkeit vor allem auf die

- Prüfung von 17 Jahresabschlüssen und einer Eröffnungsbilanz der Haushaltsjahre 2011 bis 2020, davon 4 Abschlussprüfungen und die Prüfung der Eröffnungsbilanz noch nicht abgeschlossen, in der Kreisverwaltung und in den Kommunen sowie in den Wasser- und Abwasserzweckverbänden als Voraussetzung für die durch die Kommunalverwaltungen zu fassenden Beschlüsse,
- laufenden Prüfungen der Kassenvorgänge und Belege in Vorbereitung auf die Jahresabschlussprüfungen im Landkreis und den Kommunen,
- Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von Mitteln des Bundes, Landes und Landkreises für vier Fördermaßnahmen im Landkreis,
- Prüfung der Arbeit der Verwaltungen auf Ordnungs-, Zweck- und Rechtmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit.

In die Prüfungen der Kreisverwaltung wurden 12 Fachämter des Hauses einbezogen.

Die in den verschiedensten Bereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen. Es wurde auch auf Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes hingewiesen und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen unterbreitet.

Untere Kommunalaufsichtsbehörde

Die Landrätin als allgemeine Untere Landesbehörde führt die Kommunalaufsicht über die Städte, Gemeinden und Zweckverbände des Landkreises Teltow-Fläming. Kommunalaufsicht ist Rechtsaufsicht. Es ist im öffentlichen Interesse sicherzustellen, dass die Verwaltung der Gemeinden im Einklang mit den Gesetzen erfolgt.

Dabei liegt das Augenmerk vor allem auf der präventiven Aufsicht. Ein kommunalaufsichtsrechtliches Einschreiten ist nicht das Ziel. Vielmehr sollen durch umfängliche Beratungstätigkeit kommunalaufsichtsrechtliche Maßnahmen vermieden werden.

Um gezielt beraten zu können, spezialisierten sich die Beschäftigten auf allgemeine Kommunalaufsicht einerseits sowie finanzielle und personelle Kommunalaufsicht andererseits.

Der Anteil der beratenden Tätigkeit hat von Jahr zu Jahr zugenommen.

Das ursprüngliche Angebot, Satzungen oder Haushaltspläne vor den Beschlussfassungen durch die Gemeindevertretungen oder Stadtverordnetenversammlungen kursorisch zu prüfen, konnte nicht mehr aufrechterhalten werden.

Der Schwerpunkt lag vermehrt in der Bearbeitung von Anfragen bzw. Beschwerden mit kommunalrechtlichem Bezug, denen ein öffentliches Interesse zu Grunde lag. Diese kamen sowohl von Verwaltungsbeschäftigten als auch von Gemeindevertreter*innen und Bürger*innen.

Innergemeindliche Streitigkeiten sind oftmals die Ursache für Hemmnisse in der gemeindlichen Entwicklung. Eine Befassung der Kommunalaufsicht mit diesen Angelegenheiten scheidet zwar aufgrund mangelnden öffentlichen Interesses aus, erfordert jedoch immer wieder die Kommunikation mit den Verwaltungen der Kommunen und den ehrenamtlichen Mitgliedern der Vertretungskörperschaften.

Hauptverwaltungsbeamte haben im vergangenen Jahr verstärkt Beschlüsse der Gemeindevertretungen beanstandet. Somit stellte die Bearbeitung von Beanstandungsverfahren einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich der allgemeinen Kommunalaufsicht dar. Hier obliegt der Kommunalaufsichtsbehörde die Prüfungs- und Entscheidungspflicht darüber, ob gefasste Beschlüsse kommunaler Vertretungskörperschaften rechtmäßig sind.

Des Weiteren wurden Kommunen häufig zu Fragen der inneren Gemeindeverfassung – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Problemstellungen – sowie zu satzungsrechtlichen Fragen beraten.

In wahlrechtlichen Angelegenheiten bezog sich die Beratung und Unterstützung insbesondere auf die Wahl von Ortsbeiräten und Ortsvorsteher*innen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Beratung und Unterstützung der Gemeinden und Zweckverbände bei der Prüfung von Vermögensgeschäften hinsichtlich ihrer Genehmigungspflicht. So wurden beabsichtigte Grundstücksveräußerungen auf ihren vollen Wert bzw. auf Belastungsvollmachten geprüft und bei Vorliegen der Voraussetzungen die Genehmigung erteilt.

Des Weiteren war die Kommunalaufsicht auch unterstützend für die Aufgabenträger der Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung im Umgang mit rechtlichen und wirtschaftlichen Problemen tätig.

Die finanzielle Situation der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, insbesondere im Süden des Landkreises, spitzt sich weiterhin zu. Da die kommunale Finanzausstattung nicht auskömmlich ist, wird oftmals gemeinsam mit der Kommunalaufsicht nach Lösungsansätzen gesucht.

Rückstände bestehen auch weiterhin bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse. Die Kommunalaufsicht steht hier mit den betreffenden Kommunen in dauerhaftem Kontakt.

Soweit noch realisierbar, werden von den Kommunen die Möglichkeiten, die das Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse eröffnet, genutzt. Die Kommunalaufsicht hat hierbei beraten.

Im Haushaltsjahr 2021 konnten 6 von 16 kreisangehörigen Städten und Gemeinden den Haushaltsausgleich unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren trotz der Inanspruchnahme von Ersatzdeckungsmitteln nicht nachweisen.

Die Genehmigung der Kommunalaufsicht für das durch die zuständige Vertretung beschlossene Haushaltssicherungskonzept konnte zwar in allen Fällen erteilt werden, wurde aber zum Teil mit Auflagen versehen.

Darüber hinaus genehmigte die Kommunalaufsichtsbehörde Kredite sowie Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen der vorgelegten Haushaltssatzungen, verfasste Stellungnahmen für die Förderung gemeindlicher Vorhaben sowie führte beratende Gespräche zu haushaltsrelevanten Fragen.

Großen Raum nahm der Antrag der Stadt Baruth/Mark auf Zulassung der MVZ Gesundheitszentrum Baruth/Mark gGmbH ein. Da die Stadt die Rechtsform einer GmbH gewählt hatte, war die Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft eine der Zulassungsvoraussetzungen.

Eine selbstschuldnerische Bürgschaft ist kommunalaufsichtsrechtlich nicht genehmigungsfähig. In Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kommunalaufsicht mussten daher Alternativen gefunden werden.

Büro für Chancengleichheit und Integration

Im Büro für Chancengleichheit und Integration arbeiten die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, die Behinderten- und Seniorenbeauftragte, die Beauftragte für Bürgerbeteiligung, die Sachbearbeiterin Mobilitätszuschuss, die Sachbearbeiterin PfD/MBS-Gewinnausschüttung und die Schwerbehindertenvertretung eng zusammen.

Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Der Landkreis TF nimmt seit 2015 am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teil.

Im November 2019 erhielt der Landkreis den Zuwendungsbescheid für die zweite Förderperiode des Bundesprogramms (2020 bis 2024) über 500.000 Euro. Das ermöglicht, die bereits angestoßenen Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie (vormals LAP) fortzusetzen und sie im Sinne des Leitbildes des Landkreises weiterzuentwickeln.

Verantwortlich für die Mittelbewirtschaftung war ab März 2021 die federführende Bürgerbeauftragte, unterstützt von der Fach- und Koordinierungsstelle „Demokratie leben!“ und der Sachbearbeiterin, und zwar für:

- die rechtsverbindliche Antragstellung für die „Partnerschaft für Demokratie“ auf Zuwendung von Bundesmitteln aus dem Programm;
- die rechtliche und inhaltliche Verantwortung der Umsetzung der „Partnerschaften für Demokratie“ einschließlich der Organisation, Berufung bzw. Bereitstellung einer Koordinierungs- und Fachstelle und des Begleitausschusses;
- die ordnungsgemäße Mittelverwendung;
- die Weiterleitung der zugewendeten Bundesmittel an Dritte (u. a. Auszahlung der Mittel für die Fonds und der daraus finanzierten Einzelmaßnahmen) einschließlich der rechtsverbindlichen Mittelanforderung bei der Regiestelle und der Bereitstellung von Informationen über die jeweiligen Einzelmaßnahmen (Formblatt-Vorgabe der Regiestelle)
- die administrativ-technische Beratung von Trägern von Projekten und Einzelmaßnahmen;
- die Abrechnung der Fördermittel gegenüber der Regiestelle (Verwendungsnachweis) und die damit zusammenhängende Erstprüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der Bundesmittel – entsprechend den Regelungen nach Nr. 7.2 der Anlage 3 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-Gk).

Die **Aufgaben der Fach- und Koordinierungsstelle** waren:

- Erstansprechpartner bei Problemlagen entsprechend dem Förderbereich
- Steuerung der Erstellung und Fortschreibung der „Partnerschaft für Demokratie“ in Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt, dem Begleitausschuss, dem Jugendforum und weiteren Akteur*innen
- Koordinierung sowie inhaltlich-fachliche Beratung von Projektträgern und Begleitung von 12 Einzelmaßnahmen im Jahr 2021. Zielsetzung war eine stärkere Einbindung in die lokale Gesamtstrategie einschließlich der Begleitung der Akteur*innen und ihrer Aktivitäten im Jugendforum sowie der Wahrnehmung von Aufgaben bzgl. der Mittelverwendung und -abrechnung im Aktions- und Initiativfonds sowie im Jugendfonds
- Koordination der Arbeit des Begleitausschusses sowie der Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung des Bundesprogramms und der „Partnerschaft für Demokratie“ vor Ort
- Unterstützung der Vernetzung, Bekanntmachung und Inanspruchnahme von Angeboten auf Landesebene (insbesondere Demokratiezentren)

- Förderung der Vernetzungen von Zivilgesellschaft und Verwaltung, insbesondere Anregung und Unterstützung des Wissenstransfers zum Umgang mit Problemlagen entsprechend dem Förderbereich in Verwaltungsstrukturen
- Beratung und Unterstützung von Bürger*innen, die sich für die demokratische Entwicklung des Gemeinwesens, die Integration von Migrant*innen sowie Teilhabe und kulturelle Vielfalt engagieren
- Förderung fachlicher Qualifizierung von Akteur*innen in der „Partnerschaft für Demokratie“ und Vermittlung entsprechender Angebote
- Weiterentwicklung der thematischen Schwerpunkte im Landkreis in Zusammenarbeit mit den Kommunen und dem Begleitausschuss
- Gewährleistung der Zusammenarbeit der Akteure (Projektträger, Begleitausschuss, Partner) mit der Programmevaluation/wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms durch das Institut für Sozialforschung Frankfurt a.M. (ISS)
- Sicherstellung der Erfassung der Projektdaten und -ergebnisse
- Teilnahme an inhaltlichen und qualifizierenden Maßnahmen des Bundesprogramms
- Beantragung der weiteren Teilnahme am Bundesprogramm

Die Fach- und Koordinierungsstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben“ informierte das federführende Amt und das beschließende Gremium, den Begleitausschuss, über Entwicklungen in den Tätigkeitsbereichen der Partnerschaft.

Der Begleitausschuss hat seine Arbeit erfolgreich aufgenommen. Er wurde 2021 von der Landrätin berufen und zählt mittlerweile 23 Mitglieder, wovon 13 neu hinzugekommen sind. Der Vorstand ist nach wie vor mit Olaf Lehnhardt, Polizei Brandenburg, und Esther Gronenborn, Pro Quote Film, besetzt. Nicht stimmberechtigte Mitglieder des mobilen Beratungsteams Trebbin und des Engagement-Stützpunktes Teltow-Fläming ergänzen das Spektrum an Fachwissen im Begleitausschuss. Ein Lagebild und Maßnahmen wurden gemeinsam auf Klausurtagungen im Februar und Juni online und in Luckenwalde erarbeitet. In neun Sitzungen wurden Anträge für den Aktions- und Initiativfond abgestimmt.

Die Arbeit in der Partnerschaft war 2021 durch die Besetzung mit neuen Mitarbeiter*innen im federführenden Amt und im Jugendforum geprägt. Orientierung und Einarbeitung erforderten eine Evaluation bisheriger Aktivitäten und schufen neue Impulse, insbesondere Jugendbeteiligung und Netzwerkerweiterung betreffend. Unterstützt wurden diese Prozesse durch ein gemeinsames Coaching des federführenden Amtes und der Fach- und Koordinierungsstelle durch Parts – Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH.

Digitalisierung als Handlungsfeld in Pandemiezeiten rückte in den Vordergrund. Die „Herbstkonferenz 2021“ mit dem Titel „Mitmischen“ fand hybrid sowohl in Präsenz und als auch online statt. Hier wurden neu erlangte technische, sachliche und fachliche Kompetenzen in allen Ebenen und Fachbereichen bewiesen, die zum Gelingen beigetragen haben.

Die Zielsetzungen „Fairer Zugang“ und „Interkulturelle Öffnung“ wurden durch die Pandemie erheblich erschwert, da sich hier die technischen, sachlichen und fachlichen Defizite besonders gravierend auf eine Umorientierung in Online-Formate auswirkten.

Der Newsletter mit über 600 Leser*innen informierte über Projektträger des Einzel- und Initiativfonds sowie regionale und überregionale Aktivitäten und Best-Practice-Beispiele im Themenfeld.

Der Social-Media-Auftritt wurde um Instagram erweitert.

Die Leserschaft griff in Pandemiezeiten öfter und umfangreicher auf die Inhalte des Newsletters und der Internetseite zu.

Das Vorhaben, Demokratiekonferenzen in den Sozialräumen durchzuführen, scheiterte an den Eindämmungsverordnungen. Die Vorbereitungen und Vernetzungsaufgaben verliefen jedoch soweit, dass eine Wiederaufnahme der angestoßenen Prozesse gut realisierbar und vor Ort erwünscht ist.

Der Internetauftritt sowie die Formulare Antragsstellung und Verwendungsnachweis wurden und werden überarbeitet. Die programmatische Zielsetzung, auch Gebiete im Landkreis zu erreichen, die zivilgesellschaftlich schwächer aufgestellt sind, wurde insbesondere mit digitalen Formaten umgesetzt.

Auch 2021 widmete sich die Partnerschaft für Demokratie/LAP TF Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Selbstevaluation. Die jährlich vom Bundesprogramm vorgegebene Befragung durch das ISS Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. Frankfurt am Main unterstützt die Fortschreibung und das Monitoring der lokalen Partnerschaften auf Bundesebene.

Die **Mittlerziele** bei der Umsetzung des Bundesprogramms 2021 waren:

- Empowerment (Ermächtigung) und Unterstützung demokratischer Kinder- und Jugendbeteiligung im Landkreis
- Verbesserung der Integration und des demokratischen Zusammenlebens entsprechend dem Leitbild
- Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Bertelsmann Stiftung/Phineo "Selbstcheck Weltoffene Kommune" im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie. Die Handlungsfelder „Fairer Zugang“, „Interkulturelle Öffnung“ und „Kommunikation und Konfliktmanagement“ werden Schwerpunkte bei der Projektauswahl Aktions- und Initiativfond sowie den regionalen Demokratiekonferenzen.

Neben den bereits erwähnten Einzelprojekten fand ein intensiver Austausch zu gelingender Integration, Willkommens- und Beteiligungskultur durch den Austausch mit Praktiker*innen aus anderen Partnerschaften bundesweit sowie mit brandenburgischen Akteur*innen der Vernetzungstreffen von Tolerantes Brandenburg statt.

Insbesondere in Brandenburg werden zukünftig weitere Kooperationen und Synergien mit Bürger*innen, Vereinen, Politiker*innen vor allem im Bereich Zossen und Jüterbog angestrebt.

Jugendforum Teltow-Fläming

Es wurden drei neue Koordinator*innen eingestellt.

Im Jahr 2021 war es nach wie vor das oberste Ziel, das Jugendforum bekannt(er) zu machen und neue Jugendliche für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen. Aus diesem Grund traten die Koordinator*innen u. a. mit verschiedenen Kooperationspartnern, Netzwerken, Jugendgremien und Jugendclubs in Kontakt. Überdies wurde die Gelegenheit genutzt, das Jugendforum den Hauptverwaltungsbeamten und Teilen der Gemeindevertretung von Großbeeren und Rangsdorf vorzustellen. Weitere Präsentationen in anderen Kommunen des Landkreises sind geplant und werden dabei helfen, das Jugendforum als Partner zu etablieren.

Monatsplenum

Der Wegfall etablierter Engagierter aus den Jahren 2018 und 2019 sowie die Kontaktbeschränkungen im Zuge der Corona-Krise sind nach wie vor eine Erschwernis für das Jugendforum. Auch wenn inzwischen ein fester Kern von Akteur*innen das monatliche Plenum belebt, wird daran festgehalten, dass zum Aufbau einer Bindung zum Projekt ein direkter Sozialkontakt absolut notwendig bleibt. Dies hat im Fall der Jugendgremien bisher eher zu Erfolg geführt als die reine Bewerbung und Einladung via soziale Medien.

Der Trend diesbezüglich ist im Übrigen gemischt: Die Followerzahlen auf den vom Jugendforum betriebenen Social-Media-Kanälen wächst kontinuierlich. Dies sind auch einer zunehmenden Professionalisierung und monetären Bewerbung von Beiträgen geschuldet. Dennoch führt dies wiederum nicht zu einem erhöhten Engagement im Rahmen des Jugendforums. Aus diesem Grund hat das Jugendforum weiteren Merchandise gedruckt und an interessierte Jugendclubs des Landkreises versandt, um sich auch mit analogen Werbemitteln bekannter zu machen.

Ausgewählte **Projekte** des Jugendforums 2021:

- Gedenken an Hanau und Graffiti-Aktion (Februar)
- Gedenken an George Floyd/Black Lives Matter und Graffiti Aktion (Mai)
- Workshop zu Fake News und Verschwörungserzählungen (2. Quartal)
- Präsentation und Engagement des Jugendforums zur Neugründung eines Kreisjugendrings TF (Juli bis heute)
- Graffiti-Aktion am Bahnhof Luckenwalde zum Abschluss des Pride Month (Juli)
- Teilnahme am 1. Kinder- und Jugendforum Luckenwalde (August)
- Infostände beim „Karriere-Kick-Teltow-Fläming“ und der LesBiSchwulen-Tour in Luckenwalde (August)
- Planung und Bewerbung der interaktiven Wahl-O-Mat-Tour zur Bundestagswahl in Ludwigsfelde, Zossen und Luckenwalde gemeinsam. mit dem Landesjugendring im August/September
- Anmeldung und Betreuung von zwei U18-Wahl-Lokalen (Trebbin, Luckenwalde) sowie Bewerbung anderer Wahllokale an Jugendclubs und Schulen des Landkreises im August/September
- Kooperation mit dem Aktionsbündnis Brandenburg
- Plakatierung der neuen Poster von „Schöner leben ohne Nazis“ in Schulen und Jugendclubs (September/Oktober)
- Präsentation des Jugendforums auf der Demokratiekonferenz (Oktober)
- Putzen von Stolpersteinen zu den entsprechenden Gedenktagen (Januar, Mai, November)
- Bildungsfahrt ins Humboldt Forum Berlin zur Ausstellung „Berlin Global“ (November)

Öffentlichkeitsarbeit und Kooperationen

Zur Bewerbung der Veranstaltungen werden vorrangig die Kanäle in den Sozialen Medien genutzt. In Einklang mit der Corona-Eindämmungsverordnung des Landes Brandenburg wurden verschiedene Gelegenheiten wahrgenommen, um das Jugendforum und seine Arbeit zu präsentieren. Dazu gehörten weiterhin Besuche in Schulen und Gespräche mit Lehrkräften und Direktor*innen, Jugendclubs, Netzwerktreffen der Kinder- und Jugendarbeit und Schulsozialarbeit, Infostände, Ausschusssitzungen von Gemeindevertretungen sowie Jugendgremien und -foren, wie des Jugendparlaments Rangsdorf oder des 1. Kinder- und Jugendforums in Luckenwalde.

In einem wesentlichen stärkeren Umfang als noch 2020 versuchte das Jugendforum also, eine noch stärkere Bindung zu Multiplikator*innen und Fachkräften der Jugend- und Schulsozialarbeit, der politischen Ebene sowie potenziellen Akteur*innen des Kreisjugendrings TF aufzubauen, um eine noch größere Reichweite für Projekte zu erzielen und letztendlich weitere Teilnehmer*innen zu gewinnen.

Die Zusammenarbeit mit den bisherigen und neuen Kooperationspartnern wurde vorangetrieben und intensiviert. Die enge Bindung und Bewerbung des Jugendforums in diesen Kreisen wird die Wahrscheinlichkeit einer Etablierung des Jugendforums als fester Partner der Kinder- und Jugendarbeit und -beteiligung 2022 enorm steigern.

Verwendung der Mittel

Insgesamt wurden 2021 aus den Mitteln des Bundesprogramms 105.030,00 Euro ausgereicht. Davon für:

Tabelle 5: Verwendung der Mittel des Bundesprogramms "Demokratie leben!"

Finanzposition lt. Antrag	Beantragt für 2020 (Euro)	Bewilligung an Letztempfänger (Euro)
1.1 (externe) Koordinierungs- und Fachstelle	55.000	55.000
1.2 Aktions-/Initiativfonds	54.000	40.030
1.3 Jugendfonds	10.000	10.000
1.4 Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit	20.000	23.504,73
Gesamtkosten	*139.000*	*113.714,80*
2.5 Drittmittel (MBS)	14.000	14.000
2.7 Bundesmittel	125.000	125.000
Gesamteinnahmen	*139.000*	*105.030*

Beauftragte für Bürgerbeteiligung

Jennifer Rupprecht wurde vom Kreistag im Februar 2021 berufen und hat die Stelle der Beauftragten für Bürgerbeteiligung am 1. März 2021 angetreten. Die Beauftragte für Bürgerbeteiligung ist zuständig für die Koordination des Engagement-Stützpunktes, die Sicherstellung von Beteiligungs,- Informations,- und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger*innen und insbesondere Kinder- und Jugendbeteiligung und den Bürgerbus. Zudem ist sie federführendes Amt der Partnerschaft für Demokratie.

Aufgrund der Aufgaben, die den Landkreisen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie übertragen wurden, unterstützt auch die Beauftragte für Bürgerbeteiligung das Gesundheitsamt. Sie ist regelmäßig als Ansprechperson am Corona-Bürgertelefon tätig und führte auch Schulungen für Beschäftigte der Kreisverwaltung durch, die am Bürgertelefon tätig sind.

Kinder- und Jugendbeteiligung

Der §18 a der Brandenburger Kommunalverfassung beinhaltet die Rechtsnorm für Kommunen, Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand und ihrer Einsichtsfähigkeit in und an kommunalpolitischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen eigenständig mitwirken zu lassen. Mit dieser Regelung will der Landesgesetzgeber erreichen, dass die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen bei kommunalpolitischen Entscheidungen eine stärkere Berücksichtigung finden. Es soll damit auch ein grundsätzliches Interesse an kommunalen Geschehensabläufen bei Kindern und Jugendlichen geweckt werden.

Die Landkreis Teltow-Fläming hat seine Hauptsatzung im Rahmen der Anforderungen des § 18a BbgKVerf am 6. Mai 2019 geändert. Darin sind in § 3a vier grundsätzliche Formen der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an den sie berührenden Kreisangelegenheiten benannt. Einzelheiten zu den Formen der Beteiligung und Mitwirkung regelt eine gesonderte Satzung zur Einwohnerbeteiligung, die der Kreistag ebenfalls am 6. Mai 2019 erlassen hat. Darin ist u. a. geregelt, dass die Belange der Kinder und Jugendlichen durch die Beauftragte/den Beauftragten für Bürgerbeteiligung unterstützt werden.

Entsprechende verbindliche Verfahren und Handlungsabläufe für die Kreispolitik und Kreisverwaltung fehlen jedoch noch. Ein konkretes Konzept oder eine Strategie zur Umsetzung der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung auf Ebene des Landkreises fehlt ebenfalls.

In Vorbereitung auf einen Kreistagsbeschluss, der am 28. Februar 2022 erzielt werden soll, wurde die Demokratiekonferenz 2021 unter dem Motto „Mitmischen, der Markt der Möglichkeiten“ digital umgesetzt. Die Sicherstellung von Mitwirkungs-, Informations-, und Beteiligungsmöglichkeiten soll durch ein Konzept Beteiligung erzielt werden.

Der Landkreis Teltow-Fläming bildet 2022 für die Begleitung des Prozesses der Strategieentwicklung „Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung auf Kreisebene“ eine Steuerungsgruppe aus Mitgliedern der Verwaltung, Politik und ggf. jugendpolitischer Interessenvertretungen.

Die Steuerungsgruppe analysiert, welche Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte sowie -formen auf Kreisebene bereits vorhanden sind. Sie erarbeitet jeweils mit Verwaltung, Politik, Jugendhilfe, Schule sowie Kindern und Jugendlichen deren Perspektiven auf Gelingensfaktoren und Voraussetzungen für die eigenständige Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an kreislichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen.

Die Steuerungsgruppe entwickelt auf Grundlage der Ergebnisse der Analyse einen Rahmenauftrag („Inhaltsverzeichnis“) zur partizipativen Erarbeitung eines Kinder- und Jugendbeteiligungskonzeptes für den Landkreis Teltow-Fläming und leitet diesen an den Kreistag zur Beschlussfassung weiter (bis Ende 2023).

Bürger*innenbeteiligung

Ein Thema bei der Herbstkonferenz 2021 war die Beteiligung von Bürger*innen. Neben dem Ist-Stand wurden mögliche Potenziale von Methoden auf der Demokratiekonferenz besprochen. Die Ergebnisse sollen in einer Arbeitsgruppe Beteiligung vorgestellt werden. Perspektivisch soll ein Konzept inklusive Verwaltungsleitfaden entwickelt werden. Die Grundsteine wurden hierfür in der oben genannten Fachkonferenz gelegt und sollen mit einem Kreistagsbeschluss untermauert werden.

Online-Beteiligung

2021 wurde an der Umsetzung von anonymen Online-Bürger*innenumfragen gearbeitet.

Erstes Modellprojekt soll eine Bürger*innenumfrage zur Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes als Teil des Mobilitätskonzeptes sein.

Es soll eine Online-Umfrage zum Nutzerverhalten und eine kartenbasierte Abfrage von Hinweisen zum Bestands- und Wunschnetz erarbeitet werden.

Die Umfrage soll auch ausgedruckt im Bürgerbus der Kreisverwaltung ausgefüllt werden können, falls Personen kein Internetzugang gewährt ist.

Bürger*innen können sich somit an Diskussionen zu aktuellen, die Kommune betreffenden Themen beteiligen und durch die Verwaltung zur Diskussion gestellte Themen bewerten und kommentieren. Sie helfen der Verwaltung, Meinungen und Stimmungsbilder der Bevölkerung zu erfassen. Mit einem Eintrag können Bürger*innen selbst an Entscheidungen und Prozessen der örtlichen Gemeinschaft mitwirken.

Bei dieser Befragung handelt es sich nicht um eine förmliche Einwohnerbefragung im Sinne des § 13 BbgKVerf. Hier sind, auch nach Auffassung der obersten Rechtsaufsichtsbehörde (MIK), keine Rechtsgründe erkennbar, die gegen die Durchführung einer derartigen nichtförmlichen Befragung und Informationsbeschaffung sprechen.

2021 wurde an der Einführung des Programms „lime survey“ community edition unter Berücksichtigung von datenschutzrechtlichen Belangen gearbeitet. Diese soll auf der Internetseite des Landkreises Teltow-Fläming als hauseigene Lösung implementiert werden.

Die Einführung ist im ersten Quartal 2022 geplant.

Veranstaltungsformat „Miteinander leben, miteinander reden – Bürgerdialog TF“

Das geplante Format wurde pandemiebedingt 2021 nicht umgesetzt.

Bürgerbus

Modellprojekt Beratung, Hilfe, Dialog

Mit dem Modellprojekt Bürgerbus will der Landkreis den Menschen in der Region das Handeln von Verwaltung und Politik näherbringen und gleichzeitig ihre Bedarfe ermitteln. Themenangebote sind unter anderem Beratungen oder auch Hilfen zur Antragsstellung. Im Mittelpunkt steht passend zum Leitbild des Landkreises das Motto „Miteinander leben – miteinander reden“ für mehr Bürgernähe und Bürgerdialog.

Mit dem Einsatz des Bürgerbusses wird in Teltow-Fläming ein neues Kapitel in Sachen Verwaltung und Mobilität aufgeschlagen. Die Bürger*innen müssen jetzt nicht mehr nur zur Verwaltung kommen, sondern die Verwaltung kommt jetzt auch zu ihnen in die Dörfer und Städte. Der Bus kann genutzt werden, um Services von Kreisverwaltung und Kommunalverwaltungen den Menschen ortsnah zur Verfügung zu stellen und zusätzlich eine Plattform für Demokratieförderung und Bürgerdialog zu bilden. Des Weiteren können auch Netzwerkpartner*innen wie kreiseigene Gesellschaften, die Jugendberufsagentur oder das Jugendforum TF, die einen direkten Bezug zur Kreisverwaltung haben, den Bus nutzen.

Der Bürgerbus wurde am 17. August 2021 offiziell eingeweiht.

Seitdem wurde er in den Kommunen an Markttagen, bei diversen Veranstaltungen und bei Stadtverordnetenversammlungen bzw. Gemeindevertretersitzungen vorgestellt. Netzwerkpartner*innen der Verwaltung wie die Jugendberufsagentur konnten ebenso den Bürgerbus kennenlernen und die Nutzung für ihre Zwecke eruieren. Es wurden insgesamt 23 Stationen angefahren.

Zuständig für den Einsatz des Fahrzeuges ist das Büro für Chancengleichheit und Integration der Kreisverwaltung Teltow-Fläming. Der Bürgerbus wird von einer Person gefahren, die ein Freiwilliges Soziales Jahr Politik/Demokratie absolviert.

Seit Ende 2021 ist der Bürgerbus zur Unterstützung der mobilen Impfangebote (Immunisierung gegen Covid-19) im Einsatz.

Engagement-Stützpunkt

Die Fortführung des Engagement-Stützpunkts wurde in der Kreistagssitzung vom 22. Februar 2021 (Nr. 6-44202/21-KT) beschlossen. Die Personalkosten für die Stelle Sachbearbeitung Ehrenamts-Stützpunkt für die Jahre 2021 und 2022 werden aus dem Kreishaushalt getragen. Die Bereitstellung von jährlich 30.000 Euro zur Sicherung des Mobilitätszuschusses für das Ehrenamt und eine vom Landkreis durchgeführte Evaluation zur Nutzung des Stützpunktes im Jahr 2022 wurden ebenfalls im Kreistagsbeschluss festgehalten. Seit 17. Mai 2021 ist die Stelle der Sachbearbeiterin Engagement-Stützpunkt besetzt. In Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Bürgerbeteiligung koordiniert die Sachbearbeiterin den Engagement-Stützpunkt und bearbeitetet Themen, die ehrenamtlich Engagierte bewegen.

Im Juni 2021 gab es eine Videokonferenz der Landkreise über die Engagement Förderung im Bundesland Brandenburg, organisiert durch die Staatskanzlei des Landes Brandenburg. In der Videokonferenz wurden eine Vernetzung der Landkreise angeregt sowie offene Fragen der Sachbearbeiter*innen der jeweiligen engagementfördernden Stellen der Landkreise geklärt. Die Staatskanzlei bestätigte, dass Förderungen für Engagement-Stützpunkte der Landkreise auf unbestimmte Zeit weiterhin ausgesetzt sind.

Bei der Dienstberatung der Landrätin mit den Bürgermeister*innen und dem Amtsdirektor am 11. Juni 2021 stellte die Beauftragte für Bürgerbeteiligung den Engagement-Stützpunkt vor. Sie legte die Aufgaben dar und bat darum, die Werbung für die Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg zu unterstützen.

Mobilitätszuschuss

Da die Sachbearbeitungsstelle für den Engagement-Stützpunkt erst im Mai besetzt wurde, konnte erst im Juni die Werbung für den Mobilitätszuschuss für das Kalenderjahr 2021 gestartet werden. In regelmäßigen Abständen wurde eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der auf die Möglichkeit der Antragstellung für den Mobilitätszuschuss aufmerksam gemacht wurde. Ebenfalls wurde crossmedial beworben. Auch Netzwerkpartner*innen wurden als Multiplikator*innen genutzt. Für das Jahr 2021 standen 30.000 Euro zur Verfügung, von denen insgesamt 18.100 Euro an Ehrenamtler*innen ausgezahlt wurden. Es wurden insgesamt 184 Anträge gestellt, von denen 181 positiv und 3 negativ beschieden wurden. Gründe für die Ablehnung waren der Erhalt einer Aufwandsentschädigung oder die Auslage von Fahrtkosten durch den jeweiligen Verein, was der Richtlinie für die Ausreichung des Mobilitätszuschusses widerspricht.

Vorbereitungen Evaluation

Für die vom Kreistag festgelegte Evaluation ist im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben eine Ressourcen- und Situationsanalyse für das Jahr 2022 geplant. Die Vorbereitungen für eine Ausschreibung eines Unternehmens/einer Organisation für die Durchführung der Analyse, sowie der Erstellung einer Zeitschiene wurden bereits 2021 geplant.

Zeitschiene:

- Begleitausschuss-Abstimmung November 2021
- Ausschreibung bis Februar 2022
- Durchführung der empirischen Erhebungen März bis Mai 2022
- Auswertung Juni/Juni 2022
- Ergebnisse August/September 2022

Werbung für die Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg

Der Engagement-Stützpunkt ist auf der Internetseite des Landkreises Teltow-fläming zu finden: https://www.teltow-flaeming.de/engagement-stuetzpunkt. Dies dient u. a. dazu, die Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg unter den Engagierten in Teltow-Fläming bekannter zu machen. Alle relevanten Informationen sind hier wie auch in der Dienstleistung „Mobilitätszuschuss für Ehrenamtliche“ zu finden. Bei Versendung von Bescheiden für den Mobilitätszuschuss wurde Informationsmaterial über die Ehrenamtskarte den Briefen beigelegt. Bei Beratungen von Engagierten wurde der Hinweis auf die Ehrenamtskare meist telefonisch gegeben. Des Weiteren wurde der Bürgerbus Teltow-Fläming mit Informationsmaterial bestückt.

Für die Gewinnung von Partnern wurde den Landkreisen ein Textbaustein von der Staatskanzlei des Landesbrandenburg zur Verfügung gestellt. Dieser wurde an den Landkreis und die einzelnen Kommunen angepasst. Bisher wurde der Textbaustein an jeweils 5 Unternehmen/Organisationen in 2 Kommunen geschickt und an das Quartiersmanagement am Röthegraben zur weiteren Verbreitung weitergegeben. Gespräche über eine mögliche Partnerschaft wurden mit dem A40 (Amt für Bildung und Kultur), der Volkshochschule Teltow-Fläming und der LAG (Lokale Aktionsgruppe „Rund um die Flaeming-Skate“ e. V.) geführt.

Sachbearbeitung LAP/MBS-Gewinnausschüttung

Teilbereich LAP

Im Jahr 2020 genehmigte der Begleitausschuss 9 neue Projekte. Die Prüfung der Anträge, die Erstellung des Zuwendungsbescheides und die Ausreichung der Mittel sind dabei erfolgt.

Zudem wurden im ersten Halbjahr 2021 der Gesamtverwendungsnachweis für das Förderjahr 2019 und im zweiten Halbjahr der Gesamtverwendungsnachweis für das Förderjahr 2020 erstellt und eingereicht. Dies beinhaltete die Prüfung der Verwendungsnachweise aller Einzelmaßnahmen aus der 2018er- und 2019er-Förderung, teilweise verbunden mit Rückforderungen und jeweils der Erstellung eines Gesamtverwendungsnachweises.

Teilbereich MBS-Gewinnausschüttung

Insgesamt wurden fünf Beschlüsse des Kreisausschusses (6-4420/21-KT, 6-4430/21-I/1, 6-4484/21-LR, 6-4578/21-LR und 6-4577/21-LR) mit einem Fördervolumen von insgesamt 145.000 Euro herbeigeführt. Die Mittelbrandenburgische Sparkasse ist 2021 zum zweiten Jahr in Folge der Empfehlung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gefolgt und hat auf die Gewinnausschüttung im Jahr 2021 verzichtet. Das Fördervolumen wurde aus MBS-Restmitteln finanziert.

Tabelle 6: MBS-Ausschüttungsmittel

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung (Euro)
SV Siethen e. V.	Integrationsturnier 2021	Sport	800
TC Ludwigsfelde 1958 e. V.	Grundhafte Sanierung eines Tennisplatzes zum integrierten Angebot für den Blindensport	Sport	20.000
FSV 63 Luckenwalde e. V.	Fußball-Kindergarten 2021	Sport	2.600
LLG e. V.	Anschaffung von Sportmaterialien für die Leichtathletikanlage	Sport	12.600
Nachbarschaftsheim Jüterbog e. V.	Inklusionstag "Gemeinsam statt Einsam"	Soziales und Senioren	3.853
Blankenfelder Bogenschützen 08 e. V.	3. Spieltag der 1. BL Bogen Nord und 1. RL Bogen Ost	Sport	4.000
Kulturverein Fröhden-Markendorf e. V.	Erweiterung der Mehrgenerationenplätze	Soziales und Senioren	5.000
Kinder- und Jugendförderverein Am Mellensee e. V.	Eltern-Café und Upcycling-Projekte	Soziales und Senioren	1.000
Strausberger Bildungs- und Sozialwerk e. V.	Kinderbetreuung für von Gewalt betroffene Kinder im Frauenhaus Teltow-Fläming	Soziales und Senioren	22.000
Arbeitslosenverband Deutschland, LV BRB e. V.	Anschaffung Kühlschränke Tafel Jüterbog	Soziales und Senioren	2.676
Arbeitslosenverband Deutschland, LV BRB e. V.	Anschaffung Kühlschränke und Tiefkühltruhe Tafel Luckenwalde	Soziales und Senioren	1.701
Arbeitslosenverband Deutschland, LV BRB e. V.	Anschaffung Kühlschrank und Tiefkühltruhe Tafel Zossen	Soziales und Senioren	2.177
Arbeitslosenverband Deutschland, LV BRB e. V.	Unterstützung Tafellogistik	Soziales und Senioren	3.000
Förderverein Bummi e. V.	Wasserspielanlage	Soziales und Senioren	7.833
Diakonisches Werk Teltow-Fläming e. V.	Coffee for life . Eine Kaffefahrt von Luckenwalde über Jänickendorf nach Guatemala	Soziales und Senioren	760
Ambulanter Palliativ- und Hospizverein Luckenwalde e. V.	Koordination ambulanter Hospizarbeit	Soziales und Senioren	10.000
	Aufstockung Kulturförderrichtlinie		15.000
	Mobilitätszuschuss		30.000
		Gesamt	145.000

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Wie bereits 2020 stand auch 2021 ganz im Zeichen der Einschränkungen der Corona-Pandemie. Die sich ändernden und manchmal nur schwer für die Bürger*innen nachvollziehbaren Festlegungen brachten viele Herausforderungen in der sachlichen Arbeit mit sich.

Ansprechperson für Menschen mit Behinderungen und Senior*innen

Als allgemeine Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen und ältere Personen werden hier individuelle Bedarfe ermittelt und Kontakte zu entsprechenden Unterstützungs- und Hilfeangeboten vermittelt. Die häufigsten Anfragen zu Leistungen und Themen ähneln denen der Jahre zuvor. Allerdings setzte auch hier die Corona-Pandemie einen deutlichen Schwerpunkt:

- Menschen mit Behinderungen als Risikogruppe, Möglichkeiten des besonderen Schutzes,
- Handlungsempfehlungen zur Offenhaltung von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen,
- Herausforderungen in der Betreuung von Angehörigen mit besonderem Unterstützungsbedarf in Zeiten von Corona,
- Unterstützung für pflegende Angehörige,
- Umbau- und Fördermöglichkeiten zum barrierefreien Wohnraum.
- DIN-Vorschriften zum barrierefreien Ausbau/Umbau,
- Individualverkehr zu Fachärzten, Selbsthilfegruppen, Behördengängen.

Stellungnahmen zum barrierefreien Bauen

Die Behinderten- und Seniorenbeauftragte wird von den zuständigen Fachämtern Kreisentwicklung und technische Bauaufsicht in die barrierefreie Gestaltung öffentlicher Verkehrsräume/die bauliche Ausstattung öffentlich zugänglicher Gebäude und Wohnungen einbezogen und um schriftliche Stellungnahme gebeten. Insgesamt wurden 72 Zuarbeiten zu genehmigungspflichtigen Verfahren geleistet. Auch 2021 dominierten die Stellungnahmen zum barrierefreien Bauen im öffentlichen Verkehrs- und Freiraum, insbesondere die Wege- und Leitsysteme für Blinde- und Sehbehinderte (z. B. an Bushaltestellen und Straßenquerungen) sowie eine rollstuhlgerechte Gestaltung von öffentlichen Einrichtungen und Wohnungen. Dazu wurden, soweit möglich, auch Vor-Ort-Termine wahrgenommen, um die Gegebenheiten gemeinsam mit den Beteiligten besprechen zu können.

Bauherren, Planer und Kommunen nutzen auch außerhalb eines genehmigungspflichtigen Verfahrens den fachlichen Austausch.

Organisation und Durchführung von Veranstaltungen

Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen gab es im Jahr 2021 keine Möglichkeit, das 20. Behinderten- und Skaterfest durchzuführen. Die Festveranstaltung für den Bereich Senior*innen wurde im Rahmen der 27. brandenburgischen Seniorenwoche wie geplant nachgeholt, wenn auch erst im Herbst 2021. Zur zentralen Festveranstaltung im Landkreis Teltow-Fläming trafen sich am 4. Oktober in Luckenwalde coronakonform 80 geladene Gäste, unter ihnen auch Ursula Nonnemacher, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, der Landesseniorenbeauftragte Norman Asmus sowie der Vorsitzende des Seniorenrates des Landes Brandenburg Wolfgang Puschmann.

Die Festveranstaltung sollte Gelegenheit geben, Erreichtes und Leistungen der ehrenamtlich tätigen Senior*innen zu würdigen. So wurden Menschen geehrt, die bereits seit Jahrzehnten Nachbarschaftshilfe leisten, sich um Begegnungsstätten kümmern, Traditionen und Brauchtum bewahren oder Spendenaktionen für Bedürftige organisieren. Insgesamt wurden 23 ehrenamtlich tätige Senior*innen aus den einzelnen Kommunen von Ministerin Ursula Nonnemacher, Landrätin Kornelia Wehlan und Kreistagsvorsitzendem Danny Eichelbaum geehrt.

In Zusammenarbeit mit der Bürgerbeauftragten, dem Lokalen Aktionsplan Teltow-Fläming – Partnerschaft für Demokratie und dem Kreisseniorenbeirat wurde die 12. Herbstkonferenz durchgeführt. Hauptthemen waren Ehrenamt, Engagement und Mitwirkungsmöglichkeiten im Landkreis. Die besondere Herausforderung lag darin, für die Personengruppe der Senior*innen ein hybrides Angebot zu organisieren. So konnten Interessierte online oder im Kreishaus vor Ort am Thementisch „Seniorenbeteiligung“ teilnehmen. Die dort besprochenen Themen sind im Kreisseniorenbeirat Diskussionsgrundlage für die Aktualisierung der seniorenpolitischen Leitlinien des Landkreises Teltow-Fläming.

Weitere Tätigkeiten

In folgenden Netzwerken, Arbeitskreisen und Beiräten arbeitet die Behinderten- und Seniorenbeauftragte mit und steht hier als Ansprechpartnerin zum Thema Menschen mit Behinderungen und Senioren zur Verfügung, u. a.:

- Kreisseniorenbeirat Teltow-Fläming
- Nahverkehrsbeirat
- Netzwerk Demenz TF
- „Netzwerk Gesundheitsdienstleister – barrierefreies Bauen“ der Kreishandwerkerschaft TF
- Unterstützung beim Aufbau der landkreisweit agierenden Koordinierungsstelle Barrierefrei „KOSTBAR“

Wegen der Kontaktbeschränkungen gab es im auch im Jahr 2021 bis auf wenige Ausnahmen keine Treffen der Arbeitskreise bzw. Beiräte. Es wurde auf die Kommunikation per Telefon und Video zurückgegriffen.

Im Februar 2021 wurde die Aufgabe zur Sicherstellung der Wahrnehmung der Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten für deren Abwesenheit als Vertretung an die Behinderten- und seniorenbeauftragte übertragen. Die Aufgabe umfasste u. a. die Teilnahme an Vorstellungsgesprächen.

Daten und Fakten

Fast jeder fünfte Mensch, der im Landkreis TF lebt, ist älter als 65 Jahre, vor allem im ländlichen Bereich. Laut Prognose wird die Anzahl der Personen im berufsfähigen Alter bis 2030 um insgesamt ein Viertel sinken.

Momentan gibt es in Teltow-Fläming ca. 8.500 pflegebedürftige Menschen. Zwei Drittel davon werden zu Hause gepflegt. Außerdem leben dort mehr als 29.000 behinderte und schwerbehinderte Menschen. 20.000 von ihnen haben einen Grad der Behinderung ab 50. Davon wiederum sind ca. 13.000 Personen 65 Jahre und älter.

Gesetzliche Grundlage

Vor dem Hintergrund des oben genannten demografischen Wandels haben das Land Brandenburg in seiner Kommunalverfassung (§ 19 BbgKVerf) und der Landkreis Teltow-Fläming

in seiner Hauptsatzung (§ 13) festgelegt, u. a. die Bevölkerungsgruppe der Senior*innen stärker in die politischen Entscheidungen einzubeziehen. Dazu benennt der Kreistag eine*n Beauftragte*n zur Integration behinderter Menschen und zur Vertretung der Interessen der Senior*innen.

Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte

Anlässlich des internationalen Aktionstages „Nein zu Gewalt an Frauen“ wurde am 25. November 2021 vor dem Kreishaus die Flagge „Wir sagen NEIN! zu Gewalt gegen Frauen!“ gehisst. Wie auch in den vergangenen Jahren rief die Gleichstellungsbeauftragte zur Teilnahme an dieser Aktion auf. Das Recht auf ein Leben ohne Gewalt ist ein Menschenrecht – auch für Frauen und Mädchen. Leider sieht die Realität anders aus. Gewalt gegen Frauen gibt es nach wie vor auch hier in Deutschland. Sie hat viele Erscheinungsformen und ist nicht an das Alter und die soziale Stellung gebunden. Betroffene wie Täter kommen aus allen sozialen Schichten mit unterschiedlichsten Bildungsniveaus und kulturellen Hintergründen. Mit dem Hissen der Fahne wurde wieder einmal mehr ein Zeichen gesetzt

Auch in den Kommunen Blankenfelde-Mahlow, Ludwigsfelde, Zossen, Rangsdorf und Luckenwalde wurde in den Foyers der Rathäuser mit dem Banner gegen Gewalt an Frauen auf den Aktionstag aufmerksam gemacht.

Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Vier Mitarbeiterinnen übernahmen Dienste am Corona-Bürgertelefon, darunter auch die Beauftragten.

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Die Anzahl der Anfragen aus den Fachbereichen ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Schwerpunkte waren wiederum die Bereiche Personal, Soziales und Gesundheit. Zugenommen haben Vorgänge, bei denen neue Verfahren konzipiert wurden und datenschutzrechtliche Beratung angefordert wurde. Eingebunden wurde der Datenschutzbeauftragte auch in die Bewertung von Datenschutzvorfällen und in die Vorbereitung von diesbezüglichen Meldungen an die Aufsichtsbehörde.

Die telefonischen und E-Mail-Anfragen von Bürger*innen haben deutlich zugenommen. In vielen Fällen handelte es sich aber nicht um Vorgänge aus der kreiseigenen Verwaltung. Sie waren auf der gemeindlichen Ebene angesiedelt. Aus rechtlichen Gründen konnte der Datenschutzbeauftragte nur allgemeine Hinweise geben und Stellen benennen, denen Informations- und Kontrollrechte gegenüber Gemeindeverwaltungen zustehen.

Datenschutzbeschwerden gegen den Landkreis bezogen sich fast ausschließlich auf die Innenverwaltung.

Aus Gründen der erforderlichen Kontaktbeschränkungen waren im Berichtszeitraum Referate zu Datenschutzthemen vor den Dezernats- und Amtsleitungen nicht möglich. Auch die Teilnahme an den Präsenzsitzungen der Landesarbeitsgemeinschaft Datenschutz war weitestgehend ausgesetzt.

Beauftragter für Korruptionsprävention und -bekämpfung

Der Antikorruptionsbeauftragte ist Ansprechpartner für die Beschäftigten der Kreisverwaltung, die Kreistagsabgeordneten, die Bevölkerung sowie für die Strafverfolgungsbehörden. Auf der Webseite des Landkreises werden die Aufgaben der Öffentlichkeit unter der Rubrik „Keine Chance der Korruption“ vorgestellt. Es sind dort auch Hinweise und Links zu weiterführenden Publikationen einschließlich der aktuellen Dienstordnung zur Korruptionsprävention vom 16. Oktober 2018 zu finden.

Seit dem 1. Januar 2017 ist ein Antikorruptionstelefon geschaltet. Unter der kostenfreien Rufnummer 0800 0014943 schafft es den direkten Draht zum Antikorruptionsbeauftragten. Das Telefon wurde so eingerichtet, dass der oder die Anrufende auf Wunsch anonym bleiben kann – die Nummer, von der aus der Anruf erfolgt, ist nicht erkennbar und kann auch nicht nachverfolgt werden. Außerhalb der Bürozeiten besteht die Möglichkeit, eine Nachricht auf dem Band zu hinterlassen. Dieses Hinweisgebersystem wurde im Jahr 2021 nicht genutzt.

Im Jahr 2021 sind beim Antikorruptionsbeauftragten 32 Vorgänge angefallen. Es handelte sich überwiegend um Fälle verwaltungsinterner Anzeigen von nicht angenommenen Zuwendungen bzw. Anfragen zur Zulässigkeit der Annahme von Vorteilen. Über sieben Sachverhalte wurde die zuständige Staatsanwaltschaft Neuruppin informiert bzw. Strafanzeige erstattet.

IT Sicherheitsbeauftragter

Der IT-Sicherheitsbeauftragte koordiniert die Einhaltung und Durchführung der IT-Sicherheit in der Kreisverwaltung. Das Haussicherheitskonzept wurde weiterentwickelt und Sicherheitskonzepte für Fachanwendungen entwickelt.

Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Zusätzlich wird die Aufgabe des Stabsstellenleiters in der Pandemieabteilung für die Corona-Bekämpfung übernommen. Damit verbunden ist die personelle, organisatorische und technische Planung, Koordinierung und Evaluation in diesem Bereich.

Rettungsdienst

Im Jahr 2021 kamen Fahrzeuge des Rettungsdienstes in 30.490 Fällen zum Einsatz. Davon waren 22.924 Fälle Einsatzfahrten eines Rettungswagens (RTW), 6.592 Fälle betrafen Einsatzfahrten eines Notarzteinsatzfahrzeuges (NEF), und 905 Fälle waren Einsatzfahrten eines Krankentransportwagens (KTW). 50 Einsatzfahrten fanden im Zusammenhang mit Einsätzen der Organisatorischen Leiter Rettungsdienst statt, weitere 19 Einsatzfahrten führten die leitenden Notärzte durch. 24.850 Rettungsdiensteinsätze wurden registriert, wovon 18.869 Einsätze zur Hilfsfristauswertung herangezogen werden konnten. Der Erreichungsgrad der Hilfsfrist betrug 92,11 Prozent.

Das gebührenrelevante Einsatzaufkommen im Rettungsdienst lag bei 19.391 Abrechnungsfällen. Davon waren 17.168 Gebührenfälle für den Rettungswageneinsatz abzurechnen, davon 5.805 für den Einsatz des Notarzteinsatzfahrzeuges und 5.805 für den Einsatz des Notarztes. Weitere 1.016 Gebührenfälle gab es für den Einsatz des Krankentransportwagens oder den Einsatz eines Rettungswagens für den Krankentransport. Insgesamt wurden 1.009.134 km Fahrleistung des Rettungsdienstes abgerechnet.

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes erfolgten im Jahr 2021 Ersatzinvestitionen für insgesamt vier Rettungswagen, ein Notarzteinsatzfahrzeug und Medizintechnik mit einem Gesamtumfang von rund 1.268.000 Euro.

Die Rettungswache Dahlewitz wurde in Betrieb genommen. Die Rettungswache Luckenwalde hat einen dritten Rettungswagen erhalten. Weitere Bauvorhaben für drei neue Rettungswachen wurden bautechnisch und teilweise planerisch vorangetrieben. Details dazu sind im Abschnitt Abgeschlossene und laufende Bauvorhaben des Sachgebiets Gebäude- und Liegenschaftsmanagement veröffentlicht.

Die größte Herausforderung bleiben der Ausbau und die fortwährende Modernisierung der technischen Struktur des Rettungsdienstes. Im zurückliegenden Jahr spielten vor allem Erfahrungen aus der Corona-Pandemie eine große Rolle bei der Entwicklung betrieblicher Strukturen und zur Sicherung des Rettungsdienstbetriebes. So wird unter anderem an der Einführung einer zentralen Lagerhaltung für kritische Verbrauchsmaterialien und Medizinprodukte gearbeitet. Geänderte Vorgaben bei der Hilfsfristermittlung erfordern auch in den nächsten Jahren erhebliche Maßnahmen zur Optimierung des Rettungsdienstes.

DEZERNAT I

Hauptamt

Sachgebiet Zentrale Dienste

Das Sachgebiet Zentrale Dienste ist für die Sicherstellung des inneren Dienstbetriebes verantwortlich und somit für sehr unterschiedliche Aufgabenbereiche zuständig. Dazu zählen insbesondere die Beschaffung von Dienstleistungen, Verbrauchsmaterialien, Büroausstattungen sowie Arbeitsmitteln verschiedenster Art. Des Weiteren gehören die Bürgerinformation, die Poststelle, die Bewirtschaftung der Verwaltungsgebäude und Schulen, die Organisation und Verwaltung des Fuhrparks, das Archiv sowie die kompletten Hausmeistertätigkeiten für das Kreishaus in diesen Verantwortungsbereich. Darüber hinaus wird im Sachgebiet Zentrale Dienste die komplette Haustechnik betreut und gewartet.

Auch das Jahr 2021 war geprägt von der anhaltenden Corona-Pandemie. Auf Grundlage der Gefährdungsbeurteilungen in allen Bereichen der Kreisverwaltung mussten der Arbeitsschutz angepasst und entsprechende Festlegungen umgesetzt werden. Die Beschaffung von Schutzausrüstungen in Zusammenarbeit mit dem Katastrophenschutz und dem Rettungsdienst war eine Aufgabe, die den Beschäftigten alles abverlangte. Im Jahr 2021 wurden, neben den bereits im letzten Jahr genannten Materialien, in Größenordnungen Antigen-Schnelltests für alle Beschäftigten der Kreisverwaltung beschafft. Wegen anhaltender Lieferengpässe aller Materialen war es nur der Kreativität und dem unermüdlichen Einsatz der Beschäftigten zu verdanken, dass Schutzausrüstungen ohne große Zeitverzögerung verfügbar waren.

Die Umrüstung auf elektrisch höhenverstellbare Schreibtische ging weiter. Alle Anträge auf Ausstattung mit einem höhenverstellbaren Schreibtisch konnten bearbeitet und die Beschäftigten mit den entsprechenden Tischen ausgestattet werden.

Beschaffung/Vergaben

Im Jahr 2021 wurden 64 Ausschreibungsverfahren und die entsprechenden Vergaben durchgeführt. Dazu gehörten u. a. die Ausschreibung von Fahrzeugen, die Ausschreibung von Ausstattungen für Schulen und die Vergabe von Dienstleistungen wie Planungsleistungen oder Machbarkeitsstudien. Im Vergleich zum Vorjahr verdoppelte sich die Anzahl der Vergaben, die auf der Grundlage qualifizierter Ausschreibungsverfahren durchgeführt wurden.

Da noch keine zentrale Vergabestelle in der Kreisverwaltung eingerichtet ist, handelt es sich um Ausschreibungsverfahren in Verantwortung des Hauptamtes. Vereinzelt erfolgten auch Ausschreibungen und Beratungen für andere Fachämter. Des Weiteren nahm das Sachgebiet Zentrale Dienste ca. 750 Beschaffungen mit einem Auftragsvolumen in Höhe von ca. 450.000 Euro vor. Die Beschaffung der Schulbücher für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises sowie deren Ausstattung mit Verbrauchs- und Investitionsgütern ist ebenfalls eine der zentralen Aufgaben und erfolgte problemlos.

Die Bewirtschaftung der Gebäude und Liegenschaften muss im Rahmen der Stellenplanbewirtschaftung mit dem Beginn des Haushaltsjahres 2022 zwingend neu organisiert werden. In diesem Bereich wurden die Aufgaben selbstverständlich erfüllt, jedoch besteht im Zusammenhang mit der geplanten Organisationsuntersuchung das Erfordernis der Neuorganisation insbesondere in diesem Bereich.

Haustechnik, Fuhrpark

Die Disposition und Bewirtschaftung des Fuhrparks der Kreisverwaltung ist gut organisiert. Die Ausstattung erfolgt mit Fahrzeugen, die im Leasingtausch über den *Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg* (ZDPol) als zentrale Dienstleistungs- und Serviceeinrichtung für den Polizeidienst erfolgt.

Spezielle Fahrzeuge mit Sonderausstattungen für entsprechende Fachämter werden im ordentlichen Verfahren öffentlich ausgeschrieben.

Archiv

Das Kreisarchiv ist das Gedächtnis des Landkreises und dokumentiert das amtliche und gesellschaftliche Leben. Dazu gehört nicht nur die Übernahme von Schriftgut aus den unterschiedlichen Verwaltungsbereichen, sondern auch die Beratung der Fachämter in allen Fragen der Archivierung und Bestandserhaltung. Zur Unterstützung unterhält das Kreisarchiv ein Zwischenarchiv, in dem das Schriftgut aufbewahrt wird, das in den Ämtern keine unmittelbare Verwendung mehr findet, aber die Archivreife noch nicht erreicht hat.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Bereitstellung und Pflege der Archivalien, die für die Bürger*innen aufbereitet werden. Die Benutzung ist daher ein erheblicher Teil der Arbeit der Mitarbeiterinnen. Wegen der Corona-Pandemie musste das Archiv musste zeitweise für den Besucherverkehr komplett geschlossen werden.

Wahlen

Im Jahr 2021 fand die Landratswahl verbunden mit der Bundestagswahl statt. Die erforderlich gewordene Stichwahl zur Landratswahl wurde ebenfalls erfolgreich geplant und durchgeführt.

Da die Wahlleitung sowie die Stellvertretung dem Hauptamt übertragen wurden, war es eine außerordentliche Herausforderung, sowohl die Wahlen ordnungsgemäß vorzubereiten, durchzuführen und nachzubereiten, als auch parallel dazu die Aufgaben des täglichen Geschäfts zu bewältigen. Das war im Sachgebiet zentrale Dienste insbesondere schwierig, da dem stellvertretenen Kreiswahlleiter, der gleichzeitig auch Sachgebietsleiter ist, die Organisation und Durchführung der Briefwahl zur Landratswahl oblag. Er hatte mit seinem Team 43 Briefwahlbezirke mit durchschnittlich 250 Wahlhelfern zu organisieren. Diese Aufgabe erforderte seit Mai 2021 die volle Aufmerksamkeit des Sachgebietsleiters mit den für Wahlen vorgesehenen Beschäftigten.

Weiterhin wurde seit Anfang des Jahres 2021 der Zensus 2022 vorbereitet, was ebenfalls dem Sachgebiet zentrale Dienste obliegt. Die Erhebungsstelle für 8 Mitarbeiter*innen wurde eingerichtet, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen ertüchtigt und mit dem nötigen Material ausgestattet. Gleichzeitig wurden die Einstellungsverfahren für die Erhebungsstellenleitung und der Stellvertretung erfolgreich durchgeführt und die Einstellungsverfahren für die Mitarbeiter der Erhebungsstelle vorbereitet.

Hausmeister

Die Hausmeister des Kreishauses betreuen eine Gesamtfläche von 11.407 Quadratmetern im Innenbereich des Kreishauses. Davon verteilen sich 473 Büros und sonstige Räume auf 9.045 Quadratmeter Bürofläche. Im Kreishaus werden anfallende Reparaturen, sofern möglich, von den Hausmeistern erledigt. Gleichzeitig sind diese federführend bei sämtlichen Umzügen innerhalb des Kreishauses tätig. Darüber hinaus laufen sämtliche Büroausstattungsangelegenheiten über das

Hausmeisterpersonal. Neben den genannten Tätigkeiten im Kreishaus ist das Hausmeisterpersonal auch für das Außengelände der Kreisverwaltung verantwortlich. Hier wird auf einer Fläche von ca. 17.100 Quadratmetern für Ordnung und Sicherheit gesorgt.

Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Die Schwerpunkttätigkeiten ergeben sich unter anderem aus den Pflichtaufgaben des Landkreises als Schulträger und Träger des Rettungsdienstes oder leiten sich aus Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung ab. Insbesondere ist das Sachgebiet für die Aufgaben des technischen Gebäudemanagements zuständig. Dazu zählen die Instandhaltung beziehungsweise Wiedernutzbarmachung sowie die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudebestands einschließlich der dazugehörigen Außenanlagen kreiseigener Liegenschaften. Zum Gebäudebestand zählen insgesamt ca. 176 Einzelgebäude an 57 Standorten für die Nutzung in den Bereichen Verwaltung, Bildung und Kultur, Rettungswesen, Sozialwesen und Wohnen. Das Sachgebiet ist auch zuständig für die Erstellung baufachlicher Stellungnahmen für das Jobcenter Teltow-Fläming. Weitere Aufgaben resultieren aus Fördermaßnahmen des Landes und des Bundes für die kreisangehörigen Gemeinden.

Abgeschlossene und laufende Bauvorhaben

Mit der Fertigstellung der Außenanlagen im Jahr 2021 ist das Bauvorhaben Erweiterungsbau Fontane-Gymnasium Rangsdorf erfolgreich abgeschlossen worden.

Abbildung 1: Foto Erweiterungsbau Fontane-Gymnasium Rangsdorf, Foto: Kai Wünsche

Weiterhin wurde der Dachgeschossbau im Marie-Curie-Gymnasium Ludwigsfelde im Sommer 2021 fertiggestellt und feierlich eingeweiht.

Abbildung 2: Foto Marie-Curie-Gymnasium Ludwigsfelde

Der Kreistag hat im Oktober 2018 die Errichtung einer **Zweifeld-Sporthalle** für das **Oberstufenzentrum Ludwigsfelde** beschlossen. Der Zuwendungsbescheid der ILB sowie die Baugenehmigung sind im Dezember 2020 eingegangen. Das Vorhaben wird mit 95 Prozent der förderfähigen Kosten gefördert. Der Baubeginn erfolgte im Mai 2021.

Der **Ersatzneubau** Haus 3 im **Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog** sowie die **Erneuerung des Schulhofes** wurden nicht wie geplant 2021 fertiggestellt. Die Fertigstellung und Übergabe ist im ersten Quartal 2022 geplant.

Im **Friedrich-Gymnasium Luckenwalde** wurde der erste Bauabschnitt der Brandschutzsanierung abgeschlossen.

Die **Brandschutzsanierung** sowie die **Sanierung des Dachtragwerkes** am **Oberstufenzentrum Ludwigsfelde,** Brandenburgische Straße, konnten nicht wie geplant begonnen werden. Im Mai 2021, kurz vor Einreichung des Bauantrages, wurde das Objekt vom Landesdenkmalamt als denkmalwürdiges Objekt betrachtet, katalogisiert und schließlich im Dezember 2021 in die Denkmalliste eingetragen. Ein Termin, um die Genehmigungsfähigkeit der notwendigen Maßnahmen mit der Unteren und Oberen Denkmalbehörde abzustimmen, war seitens der Denkmalschutzbehörden von Juni bis Dezember 2021 nicht möglich. Damit verschiebt sich das Bauvorhaben um mindestens ein Jahr.

Die Planung der **Brandschutzsanierung** des **Goethe-Schiller-Gymnasiums Jüterbog** wurde 2021 soweit vorangebracht, dass im Jahr 2022 die Sanierung beginnen kann.

Die Planung der **Brandschutzsanierung** in der **Mosaikschule Ludwigsfelde** wurde 2021 abgeschlossen. Die Sanierung kann 2022 planmäßig beginnen.

Die Planung der **Brandschutzsanierung** der **Schule am Waldblick Mahlow** hat begonnen. Durch die lange, in diesem Fall achtmonatige Baugenehmigungsphase, hat sich der Zeitplan verschoben, sodass im Jahr 2022 nur ein erster Teil umgesetzt werden kann.

Die Planung der **Brandschutzsanierung** in der **J.-H.-Pestalozzi-Schule Luckenwalde** musste unterbrochen werden. Dort wurde ebenfalls durch die Denkmalbehörden der Denkmalwert erkannt und Teile der Liegenschaft in die Denkmalliste eingetragen. Eine Abstimmung konnte ebenfalls noch nicht stattfinden, sodass sich das Projekt voraussichtlich um ein Jahr verzögert.

Die Sanierung des Gebäudes **Formwerkstatt** im **Museumsdorf Glashütte** erfolgt mit einer 70-prozentigen Förderung über die Lokale Aktionsgruppe Rund um die Flaeming-Skate e. V. (LAG). Der erste Bauabschnitt begann im Jahr 2021 und wird im ersten Quartal 2022 fertiggestellt.

Die Umsetzung des **Digitalpaktes** an kreiseigenen Schulen wurde weiter fortgeführt. Mit der Kastanienschule Jüterbog wurde das erste bauliche Projekt aus dem Digitalpakt erfolgreich umgesetzt. Für weitere Schulen sind Planungen beauftragt worden und zur Ausschreibungsreife gebracht, sodass 2022 weitere Projekte umgesetzt werden können.

Insgesamt hat das Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement im Rahmen der Bauunterhaltung und Modernisierung sowie der überjährigen Investitionsvorhaben 950 Auftragsvergaben durchgeführt. Davon bewältigten die zwei Beschäftigten der VOB-Vergabestelle des Sachgebietes 68 Ausschreibungsverfahren gemäß der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A) sowie europaweite Ausschreibungen gemäß der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV).

Für 32 Planungsleistungen und weitere freiberufliche Leistungen hat die zuständige Mitarbeiterin Ausschreibungsverfahren vorbereitet, begleitet sowie die entsprechenden Aufträge vergeben. Davon wurde eine Leistung europaweit ausgeschrieben.

Besondere Herausforderung im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung, Corona-Pandemie und Materialengpässen

Wie schon in den Vorjahren waren der Fachkräftemangel und die Auslastung der mittelständischen Handwerksbetriebe als Resultat der positiven konjunkturellen Entwicklung spürbar. Dieses Problem verschärfte sich im Jahr 2021 weiter und hatte zur Folge, dass die Angebotspreise weiter überproportional gestiegen sind und den Baubetrieben die Kapazitäten fehlen. So wurden von den 68 von der Vergabestelle durchgeführten Ausschreibungsverfahren sieben Verfahren aufgehoben (10 Prozent der Verfahren), weil der angebotene Preis erheblich über der Kostenschätzung lag oder weil keine Angebote eingegangen sind. Bei 16 Vergabeverfahren wurde jeweils ein Angebot, bei weiteren 11 nur zwei Angebote abgegeben.

Wie im gesamten Wirtschaftskreislauf gab es 2021 auch im Baubereich Materialengpässe, was zu massiven Preiserhöhungen in den einzelnen Gewerken geführt hat.

Durch die beschriebenen Situationen, aber auch durch die Corona-Pandemie verzögerte sich der Baufortschritt bei zahlreichen Bauvorhaben.

Wartungsverträge

Für alle kreiseigenen Liegenschaften sowie für Objekte des Eigenbetriebs Rettungsdienst werden im Sachgebiet 268 Wartungsverträge mit einem Vertragsvolumen in Höhe von rund 200.000 Euro verwaltet und betreut. Die Verträge werden für alle Betreiber-Pflichtaufgaben abgeschlossen, welche nicht vom eigenen Personal ausgeführt werden können oder dürfen. Durchgeführt werden Wartungen, Inspektionen und Sachverständigenprüfungen für wartungspflichtige Anlagen und Bauteile. Dazu gehören zum Beispiel Aufzüge, Gefahrenmeldeanlagen, Heizungen, Sanitäranlagen, elektrische Anlagen, Blitzschutzanlagen, Ölabscheider, Türen und Tore, labortechnische Anlagen, Spielplätze, Sportplätze, Dächer, Fassaden, Bäume usw.

Liegenschaften

Das Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement verwaltet rund 2.500 Flurstücke des Landkreises mit einer Fläche von etwa 1.100 Hektar und bearbeitet 132 laufende Miet- und Pachtverträge.

2021 wurden ein Grundstück für die Flaeming-Skate in Woltersdorf und ein Grundstück für einen kreiseigenen Radweg in Trebbin erworben. An die Gemeinde Nuthe-Urstromtal wurde ein Grundstück in Woltersdorf veräußert.

Die Beschäftigten nahmen die Interessen des Landkreises bei fünf Bodenordnungsverfahren und zwölf Grenzverhandlungen im vergangenen Jahr wahr. Eine Vielzahl von Grundstücksnutzungsverträgen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Glasfaser- Breitbandausbau, wurden abgeschlossen.

Insgesamt bearbeiteten die verantwortlichen Beschäftigten 51 Miet- und Pachtverträge. Dazu gehören auch Verträge, die im Auftrag anderer Ämter geschlossen werden (z. B. Schulverwaltungsamt mit Lehrgängen an der Volkshochschule, Sporthallennutzung, Vermietung von Unterrichtsräumen).

Teltower Kreiswerke Berlin

Gegenwärtig werden elf Grundstücke und Immobilien mit 90 Miet- und Pachtparteien verwaltet und bewirtschaftet.

Die Eigentümergemeinschaft hat Verkaufsverhandlungen über weitere Ufergrundstücke am Stölpchensee (Wannsee) geführt. Insgesamt wurden im Jahr 2021 zwei weitere Grundstücksstreifen veräußert.

Die anteilige Ausschüttung aus der Vermietung und Verpachtung der Berliner Grundstücke betrug 375.250 Euro. Weitere Ausführungen zu den Teltower Kreiswerken sind der Berichterstattung des Rechtsamts/Beteiligungsmanagements zu entnehmen.

Sachgebiet Infrastrukturmanagement

Das Sachgebiet ist als Straßenbaubehörde für den verkehrssicheren Zustand der Straßen und Wege in der Baulast des Landkreises Teltow-Fläming verantwortlich. Dazu gehören deren Neu- und Ausbau sowie Unterhaltung und Verwaltung. Mit Stand vom 31. Dezember 2021 umfasst das Straßen- und Wegenetz 187 Kilometer Kreisstraßen und 56 Kilometer straßenbegleitende Radwege. Außerdem gehören die Flaeming-Skate-Abschnitte dazu, die sich in Baulast des Landkreises befinden. Das sind 205 von rund 230 Kilometern.

Zu den Aufgaben des Sachgebiets gehören:

- die betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Radwege, Brücken sowie Straßendurchlässe, die Pflege des Straßenbegleitgrüns wie Bankette, Mulden, Straßenbäume, Hecken und die Organisation des Winterdienstes
- die Vorbereitung und Durchführung von Instandsetzungsarbeiten und Erneuerungsmaßnahmen an Kreisstraßen, Radwegen sowie der Flaeming-Skate
- die Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse der Städte und Gemeinden) sowie die Verwaltung der Flaeming-Skate
- die straßenrechtliche Bearbeitung von Benutzungen der Kreisstraßen und Radwege sowie der Flaeming-Skate (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen), dazu gehörten unter anderem
    - Erlaubnis von 14 Sondernutzungen mit einer Einnahme in Höhe von 9.795 Euro
    - 249 Zustimmungen zu Anträgen für verkehrsrechtliche Erlaubnisse
    - 31 Zustimmungen für Anträge Trinkwasser-, Schmutzwasser- und Gashausanschlüsse 15 Anträge für Zufahrten/Anbindungen bei Ortsdurchfahrten in Städten und Gemeinden
    - Erstellung von 25 Bescheiden für die Herstellung von Telekommunikationslinien
    - Abschluss von 19 Vereinbarungen/Verträgen für die Verlegung von Leitungen der öffentlichen Versorgung
- Erarbeitung von 171 Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange
- Genehmigung von 216 Schwerlasttransporten auf Kreisstraßen sowie die Erstellung von 54 Gebührenbescheiden
- Ausführung der Straßenaufsicht gegenüber den Städten und Gemeinden als Straßenaufsichtsbehörde
- Mitwirkung bei Widmungen und Umstufungen von Straßen

Reinigung und Unterhaltung von Straßen und Radwegen

Die Kreisstraßenmeisterei übernimmt die betriebliche Unterhaltung der Flaeming-Skate, ihre Reinigung und die der Radwege.

Leistungen der betrieblichen und baulichen Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Fahrbahndecken) sowie der baulichen Unterhaltung der Flaeming-Skate werden überwiegend an entsprechende Fachfirmen vergeben. Diesbezüglich wurden im Jahr 2021 Aufträge mit einem Wertumfang in Höhe von ca. 640.350 Euro erteilt.

Mit dem Winterdienst auf den Kreisstraßen werden Fachfirmen nach durchgeführten Ausschreibungsverfahren beauftragt. Die Unternehmen führen den Winterdienst eigenverantwortlich durch. Dem Sachgebiet obliegen die Kontrollen der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

Abgeschlossene und laufende Bauvorhaben

Im Rahmen von Instandsetzungen, Erneuerungen und Neubau von Straßen, Brücken und Radwegen wurden unter Leitung des Sachgebiets folgende Bauvorhaben durchgeführt bzw. begonnen:

- Erneuerung der Kreisstraße K 7220, Ortsdurchfahrt Ruhlsdorf begonnen,
- Fertigstellung der Kreisstraße K 7207, Ortsdurchfahrt Bärwalde,
- partielle Fahrbahnsanierung auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit,

- Fahrbahnmarkierungsarbeiten auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit,
- Modernisierung der Flaeming-Skate (Asphaltarbeiten) auf ca. 40 km Streckenlänge. Im Jahr 2017 stellte der Landkreis einen Zuwendungsantrag zur Modernisierung der Flaeming-Skate. Grundlage war ein von Bund und Land Brandenburg im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsinfrastruktur – GRW-Infrastruktur" (GRW-I) aufgestelltes Förderprogramm. Der Zuwendungsbescheid beinhaltet eine 90-prozentige Förderung in Höhe von ca. 4,6 Millionen Euro. Das bedeutet ein Gesamtbauvolumen in Höhe von ca. 5,7 Millionen Euro einschließlich nicht förderfähiger Kosten. Nach Planung, Ausschreibung und Vergabe war im Februar 2019 Baubeginn an der Fahrbahn der Flaeming-Skate. Der Durchführungszeitraum endet im Jahr 2022. Im Jahr 2022 werden letzte Markierungsarbeiten durchgeführt und das Bauvorhaben schlussgerechnet einschließlich Abrechnung der Fördermittel.
- Instandsetzung des Ersten Teilstücks der K 7211 zwischen Oehna und Langenlipsdorf,
- Instandsetzung der Flaeming-Skate auf Teilstücken des S 5, S 7 und S 9.

Folgende Landschaftsbaumaßnahmen bzw. landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen sowie Prüfungen und Analysen wurden durch- bzw. weitergeführt:

- Pflege- und Ersatzmaßnahmen, Alleenaufbau, verkehrssichernde Maßnahmen (z. B. Mahd, Baumschnitt, Fällungen) sowie Fertigstellungs- und Entwicklungspflege,
- Reinigung der Niederschlagsentwässerungsanlagen und Durchlässe im Zuge von Kreisstraßen,
- Bauwerksprüfungen von Brücken und Durchlässen im Zuge der Kreisstraßen und der Flaeming-Skate gemäß Prüfplan.

Kreisstraßenmeisterei

Zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Kreisstraßen, den begleitenden Radwegen sowie auf der Flaeming-Skate und Liegenschaften des Landkreises hat die Kreisstraßenmeisterei folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- kontinuierliche Kontrolle der Kreisstraßen, Radwege und der Flaeming-Skate,
- kontinuierliche maschinelle Reinigung der Flaeming-Skate und der begleitenden Radwege an den Kreisstraßen,
- Verkehrsschauen auf den Kreisstraßen, Radwegen und der Flaeming-Skate mit dem Straßenverkehrsamt und der Polizei,
- Baumschauen an den Kreisstraßen und der Flaeming-Skate,
- Unterhaltung und Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen sowie Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen,
- Wartung und Erneuerung von Leitpfosten entlang des gesamten Kreisstraßennetzes,
- maschinelle Reinigung der Leitpfosten und der gesamten Beschilderung an den Kreisstraßen,
- Bankettpflege, d. h. Beseitigung von Unfall- und Wildschäden, Auffüllung von Bankettmaterial bei verkehrs- und witterungsbedingten Beschädigungen,
- Aufnahme sowie Beseitigung von Unfallschäden,
- Grünstreifenmahd an der Flaeming-Skate,
- Beseitigung von Wildwuchs und Buschwerk an den Kreisstraßen sowie an den begleitenden Radwegen,
- Beseitigung von Wurzelhals- und Stammaustrieben an Straßenbäumen,
- Bruchholzbeseitigung im Randbereich der Kreisstraßen, Radwege und der Flaeming-Skate,
- Baumfällungen (Notfällungen) von Straßenbäumen,

- Beseitigung von Wildwuchs und Buschwerk an der Flaeming-Skate,
- maschineller Heckenschnitt an Kreisstraßen, Radwegen und verstärkt an der Flaeming-Skate,
- maschinelle Säuberung der Randbereiche an Kreisstraßen und Radwegen (Einsatz der Wildkrautbürste),
- Wartungsarbeiten an Radwegen, Flaeming-Skate und Kreisstraßenbrücken (Pflegeanstriche),
- Instandsetzung und Wartungsarbeiten an Straßendurchlässen,
- Unterhaltung von Rastplätzen und Schutzhütten an der Flaeming-Skate,
- Winterdienst auf den Radwegen entlang der Kreisstraßen, die der Schulwegsicherung dienen,
- Winterdienst auf der Flaeming-Skate im Bereich der Schulwegsicherung,
- Unterhaltung von kreiseigenen Liegenschaften,
- Wartung und Pflege des gesamten Technikbestandes der Kreisstraßenmeisterei,
- Unterhaltung und Pflege des Betriebshofes der Kreisstraßenmeisterei,
- Ausbauarbeiten in der Werkstatt des Betriebshofes.

Die Unterhaltungsarbeiten an der Flaeming-Skate gewannen im Jahr 2021 wieder zunehmend an Bedeutung. Dazu gehören nicht nur die regelmäßig notwendigen Streckenkontrollen, sondern insbesondere der aufgrund der Verkehrssicherungspflicht erforderliche Heckenschnitt und die Jungbaumpflege..

Kämmerei

Bereich Geschäftsbuchhaltung

Die Haushaltsdokumente für das Jahr 2021 wurden am 22. Februar 2021 in den Kreistag eingebracht und am 26. April 2021 beschlossen. Der Hebesatz zur Kreisumlage wurde im Vergleich zum Vorjahr einmalig um 4,5 Prozentpunkte auf 37,5 Prozent gesenkt. Dies erfolgte, um die kreisangehörigen Kommunen zu unterstützen, die Lasten aus der Corona-Pandemie besser bewältigen zu können und aufgrund der weiterhin positiven Entwicklung der Steuereinnahmen und der kreiseigenen Rücklagen. Die Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming enthielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Eine Genehmigung des Ministeriums des Innern und für Kommunales war somit nicht notwendig.

Der Gesamtergebnisplan für das Jahr 2021 umfasste Erträge in Höhe von 318,6 Mio. Euro und der Aufwendungen in Höhe von 327,7 Mio. Euro. Die Einzahlungen im Gesamtfinanzplan wurden mit 328.7 Mio. Euro und die Auszahlungen mit 346,7 Mio. Euro festgesetzt.

Im investiven Bereich wurde mit Einzahlungen in Höhe von 12,7 Mio. Euro und Auszahlungen in Höhe von 20,2 Mio. Euro geplant. Für das Haushaltsjahr 2021 betrugen die investiven Schlüsselzuweisungen 1,4 Mio. Euro.

Grundlage für die Verteilung der investiven Mittel im Rahmen der Haushaltsdurchführung 2021 bildete die vom Kreistag beschlossene Prioritätenliste. Die bedeutendsten Schwerpunkte dieser Übersicht sind in den Bereichen Bildung und Schule sowie im Rahmen der Wirtschaftsförderung bei der sogenannten „Breitbandinitiative TF“ gesetzt worden. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden neben diversen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen einerseits für den Erwerb von Grundstücken eingeplant. Diese Planung betraf andererseits auch Sachanlagevermögen, immaterielle Vermögensgegenstände sowie den Erwerb von geringwertigen Wirtschaftsgütern.

Neben dem Tagesgeschäft und der Aufstellung der Haushaltsdokumente bildete die Erstellung der ausstehenden Jahresabschlüsse weiterhin einen Schwerpunkt der Arbeit.

Das am 15. Oktober 2018 vom Landtag des Landes Brandenburg im Rahmen des Gesetzes zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Ebene verabschiedete Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse (Jahresabschlussbeschleunigungsgesetz – JABG), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020, gewährt die verkürzte Aufstellung der Jahresabschlüsse. Gemäß §1 Abs. 1 JABG betrifft dies die „auf die Umstellung der Haushaltswirtschaft nach § 63 Absatz 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg folgenden Haushaltsjahre bis einschließlich für das Haushaltsjahr 2019“.

Mit der Vorlage Nr. 6-4374/20-I beschlossen die Mitglieder des Kreistages am 14. Dezember 2020 die fortlaufende Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse. Auf Grundlage dessen war es möglich, die Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 in verkürzter Fassung aufzustellen. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2020 wurde in ungekürzter Form aufgestellt.

Die Beschlussfassung der Jahresabschlüsse 2018 bis 2020 ist für den 28. Februar 2022 vorgesehen.

Sachgebiet Kasse/Vollstreckung

Bereich Kasse

Mit dem kassenmäßigen Abschluss 2020 wurde von den Verwahrkonten ein Bestand in Höhe von rd. 5,5 Mio. Euro nicht sachgerechter Ertragsbuchungen übernommen, der bis Juni des Jahres 2021 im Zuge des Jahresabschlusses 2020 durch entsprechende Umbuchungen abgebaut wurde.

Im Jahr 2021 verschärfte sich die Situation. Zum Ende des Jahres betrug der Kassenverwahrbestand 8,4 Mio. Euro für die nicht zuzuordnenden Einzahlungen. Davon waren allein 5,9 Mio. € Zuweisungen für SGB IX und SGB XII und weitere 920.000 Euro für soziale Forderungen, wo zum Zeitpunkt der Einzahlungen die Belege des Fachamtes nicht vorlagen. Am 25. Januar waren insgesamt Beträge in Höhe 6,8 Mio. Euro nachträglich ordnungsgemäß verbucht.

Insgesamt sind 5.644 Mahnungen, 485 Zahlungserinnerungen sowie 1.825 Vollstreckungen zu verzeichnen.

Der kassenmäßige Abschluss des Jahres 2020 konnte am 7. Januar 2021 erfolgreich durchgeführt werden. Die Abarbeitung der Kontoauszüge ab dem 4. Januar 2021 erfolgte bis zum 11. Januar 2021. Die Kasse konnte anschließend wieder tagfertig buchen.

Der Beschluss zum Höchstbetrag des Kassenkredites von 24,0 Mio. Euro vom 27. Februar 2017 galt auch im Jahr 2021. Durch die sehr gute Kassenlage wurde der Kassenkredit im Jahr 2021 nicht in Anspruch genommen.

Seit dem Jahr 2017 werden durch die MBS Potsdam Verwahrentgelte erhoben. Ein Bestand von mehr als 9 Mio. Euro auf allen Geschäftskonten des Landkreises führt jährlich zu Verwahrentgelten in Höhe von 0,5 Prozent. Die Möglichkeit, das Geld anderweitig anzulegen und somit die Verwahrentgelte zu vermeiden, besteht derzeit nur mit Hilfe von langfristigen Anlagen. Durch noch laufende Gerichtsverfahren und deren ungewissen Ausgang konnte bislang von dieser Alternative kein Gebrauch gemacht werden. Dadurch entstanden für das Jahr 2021 Verwahrentgelte in Höhe von 169.799,34 Euro.

Das Haushaltsjahr 2021 wurde mit einem positiven Kassenbestand in Höhe von 33.980.054,98 Euro abgeschlossen.

Bereich Vollstreckung

Die seit dem 1. Juli 2021 geltenden Pfändungsfreigrenzen bieten der Vollstreckung weiterhin nur sehr eingeschränkte Pfändungsmöglichkeiten. Der Grundfreibetrag stieg von 1.179,99 Euro auf 1.259,99 Euro. Pfändbare Beträge sind oft nicht vorhanden, sodass meist nur eine fruchtlose Pfändung durchgeführt werden kann. Ferner steigt die Zahl der sogenannten Pfändungsschutzkonten (P-Konten) stetig an.

Ein Großteil der Schuldner*innen nahm auch dieses Jahr die Möglichkeit der Ratenzahlung in Anspruch.

Hinsichtlich der Vollstreckung von Forderungen wirkt sich auch weiterhin die Unterstützung des Gesundheitsamtes in der Pandemie aufgrund des Coronavirus erschwerend aus. Die Vollstreckungstätigkeiten wurden aber zumindest im Jahr 2021 gegenüber dem Jahr 2020 wieder erhöht, Pfändungen erneut veranlasst und der Außendienst nahm wieder seine Arbeit auf.

Im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens wurden 28 außergerichtliche Einigungsversuche durchgeführt. Nach Vorlage der Schuldenbereinigungspläne erfolgten 3 Zustimmungen sowie 14 Ablehnungen. Zu Insolvenzanmeldungen kam es letztlich in 20 Fällen. Diese Verfahren laufen über mehrere Jahre. Es werden Zahlungen in Höhe von einem bis 20 Prozent der Forderungen erwartet.

In zwei Fällen erfolgten Anmeldungen zu Zwangsversteigerungsverfahren.

Seit dem Jahr 2015 werden Amtshilfeersuchen des Zentraldienstes der Polizei im Land Brandenburg vom Landkreis Teltow-Fläming bearbeitet. Diese betreffen jedoch nicht die Einwohner*innen des Landkreis Teltow-Fläming, sondern die Bürger*innen außerhalb von Brandenburg. Hier ergeben sich durchschnittlich ca. 7.000 Fälle pro Jahr. Der Landkreis vereinnahmte hier im Jahr 2021 allein für diesen Bereich Gebühren in Höhe von 189.000 Euro.

Die statistischen Angaben zur Fallbearbeitung sind den nachstehenden Tabellen zu entnehmen.

Tabelle 7: Privatrechtliche Forderungen

Jahr	**2021 (Stand 31.12.2021)**		**2020**	
Forderungen	**Anzahl**	**Betrag (Euro)**	**Anzahl**	**Betrag (Euro)**
Neuzugänge	19	9.536,87	25	13.721,91
beigetriebene Forderungen	0	00	1	713,22
Niederschlagungen	0	0	2	522,68

Tabelle 8: Öffentlich-rechtliche Forderungen

Jahr	2021 (Stand 31.12.2021)		2020		2019	
Forderungen	Anzahl	Betrag (Euro)	Anzahl	Betrag (Euro)	Anzahl	Betrag (Euro)
Neuzugänge und Wertumfang der eigenen Forderungen	1.780	706.500,81	1.963	496.340,93	2.456	717.701,49
Beigetriebene Forderungen	1.508	611.879,50	1.360	308.517,44	1.342	306.427,64
Niederschlagungen	441	156.429,54	389	168.642,17	455	208.980,40
Amtshilfeersuchen	7224		8.056		8.559	
Anzahl der aufgesuchten Schuldner im Jahr	1.824		1.432		2.707	
Anzahl der Fälle aller aufgesuchten Schuldner	3.075		2.257		4.253	

Amt für Bildung und Kultur

Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur

Schulverwaltung

Schülerbeförderung

2021 wurde die Beförderung von 8.462 Schüler*innen des Landkreises organisiert und finanziert. Die Kosten für diese Beförderung betrugen 5.041.500 Euro. Es wurden 30 Widersprüche zur Schülerbeförderung bearbeitet. Eine Klage gegen die getroffene Entscheidung wurde erhoben.

Zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden landesweit die Weihnachtsferien vorgezogen. Um den Einsatz des öffentlichen Personennahverkehrs effizient anpassen zu können, wurden alle Schulen im Landkreis Teltow-Fläming aufgefordert, den Bedarf an zu betreuenden Fahrschüler*innen zu melden. Die Daten wurden aufbereitet und an die betreffenden Stellen weitergeleitet.

Verwaltung

In enger Zusammenarbeit mit kreisangehörigen Schulträgern – öffentlichen sowie freien – entstand der Entwurf der Schulentwicklungsplanung für den Zeitraum 2022 bis 2027. Die gesetzlich vorgeschriebene Benehmensherstellung sollte planmäßig im Oktober erfolgen. Da sie regelmäßig in Präsenz durchgeführt wird, musste sie wegen der pandemischen Lage abgesagt werden. Dadurch kam es zu massiven Verschiebungen in der Terminkette. Eine Wiederaufnahme der Gespräche fand erst mit Einführung der Möglichkeit zur Durchführung von Webkonferenzen statt.

Die 13 Sporthallen in Trägerschaft des Landkreises wurden außerhalb des Schulbetriebes zu Trainings- und Wettkampfzwecken an ca. 40 Vereine, Sportgruppen und die Volkshochschule TF vergeben. Aufgrund der Pandemie mussten die Sporthallen bis zum 31. Mai 2021 geschlossen bleiben, sodass sich die Erträge auf ca. 10.000 Euro verringerten.

Maßnahmen zur Umsetzung des Brand-, Arbeits- und Gesundheitsschutzes unter Berücksichtigung der neuen Raumprogrammempfehlungen wurden fachlich intensiv begleitet, insbesondere am Friedrich-Gymnasium Luckenwalde, am Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog sowie in der Schule am Waldblick in Mahlow.

Kultur

Die NEUE GALERIE des Landkreises Teltow-Fläming mit dem Theodor-Fontane-Kabinett wurde vor 18 Jahren gegründet. Sie ist heute ein fester Bestandteil der brandenburgischen Kulturlandschaft..

Ausstellungen

Galerie im Kreishaus

- Erzählende Steine – Skulpturen aus Afrika (Simbabwe), Ausstellung Diakonisches Werk Teltow-Fläming e. V. und Mennonitisches Friedenszentrum Berlin an 3 Orten in Luckenwalde

NEUE GALERIE

- Emily Pütter aus Oehna, „4 Jahreszeiten!“ Malerei und Zeichnung
- Kerstin Seltmann aus Kemlitz bei Baruth/Mark, „natürlich“, Zeichnungen und Bilder aus 30 Jahren
- Detlef David aus Gottsdorf - seine Lehrer, Schüler*innen und Gäste, „Kunst angewandt - Kunst folgenlos“

Kulturförderung sowie Theater- und Orchesterförderung

Die Kulturförderrichtlinie wurde novelliert und vom Kreistag beschlossen. Im Jahr 2021 wurden gefördert:

- Personalkosten Theatermanagerin für Ensemble „flunker produktionen“
- Zuschuss zu den Personal- sowie Betriebs- und Nebenkosten lt. Zuwendungsvertrag, Museumsverein Glashütte e. V.
- Liedgut bewahren und erweitern – von der Probe im Friedrich-Gymnasium bis zum Auftritt, Gesang-Verein e. V. „Lyra Luckenwalde 1878“
- „Tischlein Deck Dich – vom Werden und Wünschen!“, Ein Theaterprojekt der „flunker produktionen“, Kultur pflanzen e. V., Wahlsdorf
- Musik- und Kunstprojekte – DigiTal, Regenbogen e. V. Musik- & Kunstschule, Blankenfelde
- 10. Jüterboger Fürstentag, Heimatverein Jüterboger Land e. V.
- Sommerkonzert zur Sanierung der Dorfkirche, Förderverein Dorfkirche Mellnsdorf e. V.
- Museumsverein Glashütte e. V.
- Theatersommer in der Schlossruine, Stadt Dahme/Mark
- Soziokulturelles Zentrum DAS HAUS, Gemeinde Niedergörsdorf
- Stadttheater Luckenwalde, Jahresprogramm (anteilige Förderung)

Zusätzlich unterstützte der Landkreis Teltow-Fläming Künstler*innen und Künstler der Region bei der jährlich im Land Brandenburg stattfindenden Aktion „Offene Ateliers“, seit 2021 auch als Mitveranstalter bei ausgewählten Veranstaltungen wie Konzerten und Lesungen.

Sport

In seinem Leitbild setzt sich der Landkreis das Ziel, die Freizeitmöglichkeiten sowie die Gelegenheiten zur sportlichen und gemeinschaftlichen Betätigung auszubauen. Der Landkreis fördert den Breitensport in den Sportvereinen und gestaltet so die Heimat seiner Bewohner*innen attraktiv und lebenswert.

Vor diesem Hintergrund orientiert sich die Förderung des Sports an drei Säulen: Im Mittelpunkt steht die Sicherstellung einer kontinuierlichen Arbeit des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V. Als zweite Säule tragen besondere Förderschwerpunkte dazu bei, folgende Themen weiterzuentwickeln und die Angebote zu festigen:

- den Sport für Mädchen und Frauen,
- den Sport für Senior*innen,
- den Gesundheitssport,
- den Sport für benachteiligte Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien,
- den Integrationssport für Menschen mit Handicap und für Menschen verschiedener Herkunft.

Die dritte Säule ist die Unterstützung von Veranstaltungen der Sportvereine mit überregionaler oder besonderer regionaler Bedeutung.

Sportentwicklung

Die anhaltende pandemische Lage beeinflusste weiterhin die Arbeit der Sportkoordination. Gemeinsam mit dem Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. wurden die Sportvereine sehr schnell bei der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen oder der Erstellung von sportartenspezifischen Hygienekonzepten beraten und unterstützt. Die Präsenz des Landkreises bei den Partner*innen vor Ort war eingeschränkt. Zwar konnten einige Dinge digital erledigt werden, andere blieben dennoch auf der Strecke, so zum Beispiel die Durchführung des jährlichen Sportgesprächs mit den Kommunen oder die Teilnahme an den regelmäßigen kommunalen Sportstammtischen.

Im Rahmen der Erarbeitung des landesweiten Sportstättenkatasters nahm die Sportkoordination weiterhin an Fachrunden des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport teil. Der Landkreis ist Pilot der Testphase der Statistiksoftware. In enger Zusammenarbeit unterstützen die Kommunen dabei mit der Aktualisierung ihrer Sportstättenstatistik.

Finanzielle Sportförderung

24 Mitgliedsvereine des Kreissportbundes stellten 28 Anträge auf finanzielle Sportförderung. Da die MBS wegen der Unterstützung staatlicher Programme zur Abmilderung wirtschaftlicher Corona-Folgen keine Gewinnausschüttungen an den Landkreis vornahm, wurde der Sport einerseits aus überjährigen MBS-Restmitteln (40.000 Euro) und andererseits aus aktuellen Haushaltsmitteln (90.000 Euro) gefördert.

Besonders begehrt waren nach wie vor Zuschüsse für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, aber auch für Anschaffung oder Erneuerung von Sportgeräten sowie Ausstattungsgegenständen. Gefördert wurden u. a. Vorhaben wie

- der Umbau eines Tennisplatzes für den Blindensport,
- die Verbesserung der digitalen Infrastruktur,
- die Deutsche Meisterschaft im Cyclocross,

aber auch kleine Vorhaben des Kinder- und Jugendbereiches, Senior*innen- und Behindertensports oder Integrationssports.

Bildungsbüro (BMBF-Projekt: „Bildung integriert“)

Das Bildungsbüro des Landkreises veröffentlichte einen Faktencheck und einen Teil-Bildungsbericht zum Thema formelle Bildung. Im August 2021 endete das Bundesprogramm „Bildung integriert“ und damit auch die Arbeit des Bildungsbüros.

Sachgebiet Haushalt und Finanzen

Das Sachgebiet ist für die Abwicklung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsangelegenheiten des Amtes ohne den IT-Service zuständig. Im Jahr 2020 betrug das Budget ohne Investitionen für die zu bewirtschaftenden Produkte rund 21,7 Millionen Euro. Davon wurden 5,2 Millionen für den laufenden Betrieb der Schulen in Trägerschaft des Landkreises eingesetzt. In Trägerschaft des Landkreises befinden sich vier Gymnasien, drei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“, zwei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ und das Oberstufenzentrum mit seinen Standorten in Ludwigsfelde und Luckenwalde.

Investitionen

Die dem Amt für Bildung und Kultur zur Verfügung stehenden Investitionsmittel kamen wie in den vergangenen Jahren hauptsächlich den kreisangehörigen Schulen zugute. Die insgesamt 6.663.285 Euro verteilten sich wie folgt:

Tabelle 9: Amt für Bildung und Kultur, Investitionen

Investition	Summe (Euro)
Baumaßnahmen	5.408.769
Beschaffung Datentechnik	833.694
sonstige Ausstattungen	420.822
gesamt	*6.663.285*

Bei den finanzierten Baumaßnahmen handelt es sich um die Fortführung und den Abschluss geförderter Maßnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes. Dazu gehören der Ergänzungsbau am Gymnasiums Rangsdorf und der Ausbau des Dachgeschosses zur Aula und Cafeteria am Gymnasium Ludwigsfelde, die 2021 fertiggestellt, ausgestattet und in Betrieb genommen werden konnten. Die Errichtung des neuen Fachraumtraktes am Gymnasium Jüterbog wurde zwar 2021 fortgeführt, konnte aber nicht abgeschlossen werden. Die beauftragten Ausstattungen für den Neubau sind zum Teil geliefert und finanziert.

Mit den Mitteln der Datentechnik wurde der 2020 begonnene Ersatz der vorhandenen Rechner in den Schulen wegen der notwendigen Umstellung des Betriebssystems von Windows 7 auf Windows 10 zum Abschluss gebracht. Im Vordergrund stand aber bei der Beschaffung Datentechnik die Umsetzung des 2020 beantragten Förderprogrammes „DigitalPaktSchule 2019 bis 2024“. Das Land Brandenburg gewährt hier mit Unterstützung des Bundes den Schulträgern Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur. Für rund 350.000 Euro wurden aus dem Programm bisher Beamer, Interaktive Touch Displays, mobile Endgeräte, Server und Accesspoints beschafft und elektrotechnische Leistungen abgerechnet.

Gleichzeitig hat der Landkreis auch die vom Bund und Land initiierten zusätzlichen zwei Sofortausstattungsprogramme mit schulgebundenen mobilen Endgeräten in Anspruch genommen. Dabei sollten möglichst viele Schüler*innen in der Zeit des coronabedingt eingeschränkten Schulbetriebs beim digitalen Unterricht zu Hause unterstützt werden. Mit einem Gesamtwert von rund 420.000 Euro wurden hier 591 Geräte, wie iPads, Convertibles und Chromebooks einschließlich Zubehör beschafft. Die Gerätezahl entspricht einem Anteil von 13 Prozent der 2021 angemeldeten Schüler*innen in den in Trägerschaft des Landkreises befindlichen Schulen. Zur Gegenfinanzierung erhielt der Landkreis Fördermittel in Höhe von rund 380.000 Euro.

Die finanziellen Mittel bei den sonstigen Ausstattungen wurden überwiegend für die Ausstattungen der Erweiterungs- und Neubauten an den Gymnasien Rangsdorf, Ludwigsfelde und Jüterbog verwendet. In den übrigen Schulen wurden Schulmobiliar, Sportgeräte und hochwertige Unterrichtsmittel ersetzt oder neu erworben.

Schulkostenbeiträge

Das Brandenburgische Schulgesetz regelt den Finanzausgleich für die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Wohnung oder Ausbildungsstätte außerhalb des Landkreises. Für 201 dieser Personen wurden Schulkosten in Höhe von rund 147.300 Euro anderen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten in Rechnung gestellt. Umgekehrt hat der Landkreis Schulkostenrechnungen in Höhe von rund 3,3 Millionen Euro an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte für 3.041 Kinder und Jugendliche, die nicht im Landkreis Teltow-Fläming beschult werden, erstatten müssen. Darüber hinaus zahlt der Landkreis jährlich Schulkosten für die Kinder und Jugendlichen der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (Oberschulen, Gymnasium Blankenfelde, Gesamtschule Zossen/Dabendorf) an die Schulträger im Landkreis. Diese Zahlungen betrugen im Jahr 2021 rund 7,5 Millionen Euro für 3.758 Personen und sind gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Millionen Euro gestiegen. Allein für die Stadt Zossen musste wegen der Inbetriebnahme des Neubaus der Gesamtschule Zossen/Dabendorf ab August 2021 die Erstattung um rund 3,6 Millionen Euro erhöht werden. Das von der Stadt gewählte Finanzierungsmodell ist mit Mehrkosten verbunden. Die Stadt Zossen hat eine Schule errichten lassen, deren Raumbestand die Raumbedarfsempfehlung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport deutlich überschreitet. Deshalb hat der Landkreis nicht alle von der Stadt angezeigten Mehraufwendungen anerkannt und seine Leistungen den Empfehlungen des Ministeriums angepasst.

Schulsozialfonds

Seit dem Jahr 2008 stellt das Land Brandenburg den Schulsozialfonds bereit, der über die Schulträger an die Schulen ausgereicht wird. Diese Mittel werden für Kinder und Jugendliche verwendet, deren Eltern sich in einer finanziellen Notlage befinden. Gefördert werden insbesondere Leistungen, die nicht der Kostentragungspflicht des Schulträgers unterfallen. Hier wurden im Jahr 2021 zwar Aufwendungen in Höhe von rund 6.200 Euro den Schulen in kreislicher Trägerschaft zugewiesen, Leistungen aber nur in Höhe von 910,47 Euro für 80 Personen erbracht.

Dazu gehörten u. a. die Kostenübernahme von Arbeitskleidung für das Schülerbetriebspraktikum, Schwimmkleidung, Arbeitshefte sowie sonstiger Schulbedarf wie Füller, Stifte, Blöcke, Scheren, Klebestifte. Aus aktuellem Anlass sind auch 2021, soweit förderfähig, Kosten für den medizinischen Mund-Nasen-Schutz finanziert worden. Es hat sich bereits im ersten Halbjahr abgezeichnet, dass die Mittel des Schulsozialfonds von den Schulen wegen der Pandemie nicht vollständig verwendet werden können. Daher wurde auf eine Beantragung der Bereitstellung von Fördermitteln für das Folgejahr beim Land verzichtet. Die Restmittel des Jahres 2021 sind wegen der Zweckbindung in 2022 übertragen worden.

Landesmittel Weiterbildung

Im Jahr 2021 erfolgte die Vergabe von 261.568 Euro Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an drei anerkannte Träger der Erwachsenenbildung des Landkreises entsprechend dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz für insgesamt 8.174 Unterrichtsstunden. Obwohl das Ministerium wegen der Corona-Pandemie auch Onlinekurse für die Grundversorgung zugelassen hat, konnten von den geplanten Unterrichtsstunden 1.168 nicht durchgeführt werden. Die Bildungsträger mussten daher Fördermittel in Höhe von 37.376 Euro zurückerstatten.

Volkshochschule Teltow-Fläming

VHS und Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die VHS TF integrierte dieses gesellschaftlich relevante Thema in ihre jährliche Bildungsarbeit. Bildung für nachhaltige Entwicklung wurde in das Bildungsangebot integriert und in die eigene Organisationsentwicklung mit aufgenommen.

Durch die Corona-Beschränkungen war es sehr herausfordernd, ein verlässliches und erreichbares Weiterbildungsangebot für alle Bürger*innen zu planen und durchzuführen. Die 423 durchgeführten Veranstaltungen besuchten ca. 2.400 Teilnehmende. Demgegenüber konnten 135 Veranstaltungen mit ca. 2.000 UE coronabedingt nicht realisiert werden.

Mit dem Zweiten Bildungsweg ermöglichte die VHS TF jungen Erwachsenen das Nachholen eines Schulabschlusses. Zum Schuljahresende 2020/2021 erreichten 29 Absolvent*innen der 10. Klasse gute und sehr gute Ergebnisse und wurden feierlich verabschiedet.

VHS und Digitalisierung

Die VHS TF ist digital gut aufgestellt. An unseren Lernorten besteht ein verlässlicher WLAN-Internetzugang. Die Lernräume sind mit digitalen Whiteboards ausgestattet. Die Lernplattform vhs.cloud ermöglicht das Online-Lernen in verschiedenen Veranstaltungsformaten.

Im Rahmen der Förderungen der Schulen über den MBJS-Digitalpakt erweiterte der Zweite Bildungsweg seine digitale Ausstattung um 30 Chromebooks für die Teilnehmenden.

Den jährlichen Semesterabschluss organisierte die VHS TF im Rahmen des bundesweiten Digitaltages und als Hybridveranstaltung für die Kursleitenden. Diese besuchten die Veranstaltung vor Ort und online. Am Lernort Ludwigsfelde installierte die VHS TF eine digitale Informationswand für aktuelle Berichte und Angebote in ihrer Bildungsarbeit.

VHS und ihr Grundbildungszentrum

Seit 2017 arbeitet das Grundbildungszentrum Teltow-Fläming mit einer Projektzuwendung aus dem Förderprogramm „Maßnahmen zur Alphabetisierung und Grundbildung“ aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). 2020/2021 wurde ein Antrag zur weiteren Förderung erfolgreich beschieden. Zur Schwerpunktarbeit wurde eine Vereinbarung mit dem Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. geschlossen. Das Lernstudio in Luckenwalde arbeitet weiterhin erfolgreich; in Ludwigsfelde konnte ein Lernstudio etabliert werden. 528 Personen besuchten die Lernstudios. Davon nahmen 87 Personen am Kurztraining Wissensblitz zu aktuellen Themen teil. Das Grundbildungszentrum arbeitete sehr erfolgreich mit alten und neuen Lernbotschafter*innen. Sie halfen Besucher*innen des Lernstudios beim individuellen Lernen.

VHS als Prüfungszentrum

2021 führte die VHS TF die digitale TestDAF-Prüfung ein.

Folgende Prüfungsleistungen erbrachte die VHS TF:

- 39 telc-Prüfungen (allgemeine Sprachentests, Test Leben in Deutschland, Deutschtest für Zugewanderte) für 244 Teilnehmer*innen,
- 6 TestAS – Studierfähigkeitstest und TestDAF – Sprachprüfung für 17 ausländische Studierende (Testzentrum der g.a.s.t.),
- 7 Einbürgerungstests mit 78 Teilnehmer*innen,
- 4 Xpert-Prüfungen für Weiterbildungen im Bereich Rechnungswesen/Buchführung,
- 2 Lehrgänge zur Qualifizierung „Kindertagespflegeperson“ mit 14 Teilnehmer*innen,
- 12 Teilnehmer*innen an der Qualifizierung zum „Integrations-/Inklusionserzieher*in“,
- 8 Teilnehmer*innen an der Qualifizierung „Praxisanleiter*in für pädagogische Berufe“ .

VHS und talentCAMPus

In einer engen Kooperation mit dem DRK und YoungImages e. V. sowie der Stadt Trebbin führte die VHS TF drei talentCAMPus-Projekte für Kinder und Jugendliche im Alter von 9 bis 16 Jahren als Ferien-Bildungsprojekt durch. Diese wurden gefördert aus dem Bundesprojekt „Kultur macht stark“. Die Teilnehmenden lernten den Umgang mit digitalen Medien und alles rund um die Entstehung eines Films. In den Sommerferien produzierten die Projektteilnehmer*innen einen eigenen Film von A bis Z. In einem weiteren Projekt konnten sich die Teilnehmenden mit unterschiedlichen Kunstwerken befassen und im Videokunstprojekt ihre Ideen umsetzen. Alle Projektergebnisse sind auf dem YouTube-Kanal der VHS TF zu finden.

Kreismedienzentrum

Das Kreismedienzentrum bildet eine Struktureinheit aus **Kreisergänzungsbibliothek**, **Fahrbibliothek** und **Kreisbildstelle**.

Der gesamte Medienpool physischer und elektronischer Medien wird genutzt, um die mobile Bibliotheksversorgung durch die Fahrbibliothek im Landkreis zu gewährleisten. Die Schulen, öffentlichen Bibliotheken und andere Bildungseinrichtungen werden von den drei Einrichutngen mit physischen und elektronischen Medien versorgt. Pandemiebedingt mussten die Öffnungszeiten in der ersten Hälfte des Jahres stark eingeschränkt werden und die Fahrbibliothek blieb einige Monate stehen. Dies spiegelt sich in den Entleih- und Besucherzahlen wider. Insgesamt erzielte das Kreismedienzentrum 49.829 Entleihungen an physischen Medien und 5.077 Entleihungen an Onlinemedien.

Der multimediale Bestand des Kreismedienzentrums umfasst mehrsprachige beziehungsweise fremdsprachige Medien und Themenboxen sowie Klassensätze. Neue Medien wie Mobi Hörsticks, TipToi-, Bookie- und Ting-Bücher mit Hörstiften, Tonies, Kamishibai etc. wurden auch 2021 ergänzt und fanden bei den Nutzer*innen großen Anklang.

Das Kreismedienzentrum kann im Jahr 2021 auf 8 durchgeführte Veranstaltungen sowie gemeinsame lesefördernde und literarische Aktionen mit insgesamt 1.393 Kindern und Erwachsenen zurückblicken. Zu den Wichtigsten zählten unter anderem:

- Kreisentscheid zum 61. Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels, pandemiebedingt fand die Jurysitzung in Form eines Online-Meetings statt
- Veranstaltungsreihe mit den öffentlichen Bibliotheken des Landkreises „Lange Nacht der Bibliotheken im Landkreis Teltow-Fläming“ zum 15. Mal in Zusammenarbeit mit der Autorin Grit Poppe in der Grundschule Werbig
- Kinderfilmfest mit 75 pädagogisch wertvollen Filmvorführungen und An- und Abmoderationen für die Klassen 1 bis 10 mit insgesamt 1.252 Besuchern.
- mit insgesamt 900 Besucher*innen.

Kreisergänzungsbibliothek

Die Kreisergänzungsbibliothek lud die Leitungen der öffentlichen Bibliotheken im Landkreis einmal pro Quartal zur Kreisarbeitsgemeinschaft ein, welche zum Teil online stattfanden. Ziel dieser Zusammenkünfte war neben dem fachlichen Erfahrungsaustausch unter anderem auch die Planung von Autorenlesereisen, des Vorlesewettbewerbes und des Projektes „Lange Nacht der Bibliotheken“.

Die Kreisbibliothek zählte insgesamt 13.193 Entleihungen an die Öffentlichen Bibliotheken des Landkreises.

Das Verbundprojekt „E-Ausleihe TF“ mit den öffentlichen Bibliotheken des Landkreises wurde auch 2021 als Zusatzangebot mit 18.600 E-Medien sehr gut angenommen. Hier wurde eine Steigerung im Verbund mit insgesamt 17.404 Entleihungen erzielt.

Die Bibliothek Großbeeren äußerte 2021 den Wunsch in den Verbund einzutreten. Dies wird Anfang 2022 realisiert. Damit sind künftig alle zehn hauptamtlich geführten Öffentlichen Bibliotheken des Landkreises Teltow-Fläming im E-Medienverbund vertreten.

Fahrbibliothek

Die Fahrbibliothek wird seit 29 Jahren vom Landkreis betrieben, um den Bürger*innen im strukturschwachen ländlichen Raum Bibliotheksangebote zur Verfügung zu stellen.

2021 fuhr sie im Vier-Wochen-Rhythmus 135 Haltepunkte im Landkreis an. Im Jahr 2021 konnten während der Ausleihzeiten insgesamt 2477 Besucher*innen verzeichnet werden. Pandemiebedingt wurde der Betrieb der Fahrbibliothek von Anfang des Jahres bis zum 10. Mai 2021 eingestellt. Nachdem die Inzidenzzahlen im Mai deutlich sanken konnte der Betrieb zwar wieder aufgenommen werden, jedoch wurden das gesamte Jahr hindurch keine Schulen und Kitas angefahren. Dies spiegelt sich deutlich in den Nutzungs- und Ausleihzahlen wider, da vor allem Schüler*innen, die ihren Leseausweis nicht verlängern können, nicht mehr als aktive Nutzer*innen gezählt werden.

473 Personen sind als aktive Nutzer*innen (hier werden Familienleser*innen nur als eine Person angezeigt) registriert. 233 Kinder verfügen über einen Bibliotheksausweis, sie sind somit die stärkste Nutzergruppe der Fahrbibliothek. Unter den Nutzer*innen sind zudem 128 Menschen ab 60 Jahren.

Die Fahrbibliothek erzielte 2021 insgesamt 35.940 Entleihungen.

Es konnten 2021 pandemiebedingt keine Einführungen in die Fahrbibliothek durchgeführt werden. Vier Autorenlesungen für Kita- und Grundschulkinder fanden statt. Außerdem gab es eine Veranstaltung mit Spielen, Vorlesestunde und Führung durch den Bücherbus für Hortkinder.

Der Medienbestand der Fahrbibliothek wurde mit Tonieboxen und den dazugehörigen Tonies ergänzt. Die Tonieboxen sind nicht für den Freihandbereich gedacht, sie wurden an die Kitas verteilt und erfreuen sich dort großer Beliebtheit. Tonies selbst werden in der Fahrbibliothek sehr stark nachgefragt. Auch wurde der Bestand um die beliebten LÜK-Kästen und LÜK-Hefte erweitert, welche Kinder und Jugendliche bis in die Abiturstufe beim Lernen unterstützen.

Nach wie vor bestehen Kooperationsverträge mit drei Schulen. Da die Fahrbibliothek 2021 jedoch keine Schulen anfuhr, wird der Abschluss der Kooperationsverträge mit den drei weiterhin interessierten Schulen für das Jahr 2022 angestrebt.

Kreisbildstelle

Die Kreisbildstelle verzeichnete 2021 folgende Entleihungen:

- 638 Medien physisch,
- 4.517 Medien online,
- 58 Geräte.

An folgenden Einrichtungen wurden Filmprojekte begleitet und unterstützt:

- Oberstufenzentrum Teltow-Fläming,
- Jugendklub GO7,
- Grundschule „Am Pekenberg“ Zülichendorf,
- Kastanienschule Jüterbog,
- Feuerwehrtechnisches Zentrum.

Kreismusikschule Teltow-Fläming

Statistische Angaben

Im Dezember 2021 wurden insgesamt 1.036 Personen unterrichtet. 151 von ihnen belegten zusätzlich in 354 Unterrichtseinheiten ein zweites, mitunter auch noch ein drittes Fach. Diese Zahlen sind gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Auf der Warteliste stehen 147 Personen. Derzeit unterrichten 18 festangestellte und 22 freie Lehrkräfte.

Die Anzahl der Veranstaltungen ist im Vergleich zum Vorjahr von 11 auf 48 gestiegen. 344 Schülerinnen und Schüler musizierten vor ca. 5.500 Zuhörer*innen (Vorjahr: 610).

Die Kreismusikschule ist mit der Geschwister-Scholl-Grundschule Jüterbog im Projekt „Klasse! Musik für Brandenburg“ aktiv.

Höhepunkte des Jahres

Trotz sehr großer Einschränkungen im Veranstaltungsbereich waren vermehrt wieder die Schülerbands und Ensembles aktiv.

Einige Höhepunkte waren:

- Schüler*innen spielten zur Eröffnung der „Volksbühne“ auf dem Luckenwalder Boulevard, bei der Einweihung der Feuerwache in Trebbin oder zum Jüterboger Fürstentag
- Die Gruppe „TrommelFieber“ unterhielt die Gäste zum Luckenwalder Tierparksonntag, beim Rübchenfest in Ruhlsdorf oder beim DRK-Landesverband in Ludwigsfelde.
- Das Renaissanceorchester gab zum wiederholten Male ein Konzert im Schloss Stülpe
- Blechbläser umrahmten die Kreisveranstaltung zum Volkstrauertag und führten eine neue Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Probebühne“ in der Luckenwalder Johanniskirche ein.
- Das Saxofonensemble TonFreunde spielte in der Adventszeit z. B. in den Außenbereichen vor einem Seniorenheim in Jüterbog oder dem Hospiz in Luckenwalde.

Probenlager

Probenlager mussten aufgrund der prekären Lage oft kurzfristig abgesagt werden.

Auch die großen Konzerte zum Schuljahresabschluss oder zur Weihnachtszeit im Jüterboger Kulturquartier, im Luckenwalder Stadttheater oder im Bürgerhaus Waldstadt konnten leider nicht stattfinden.

Weiterbildungen

An insgesamt 22 Weiterbildungstagen wurden 10 Lehrkräfte in ihren pädagogischen Kenntnissen weitergebildet. Einige dieser Veranstaltungen fanden digital statt.

Museum des Teltow

Trotz der Einschränkungen der Ausstellungs- und Vortragstätigkeit im Zusammenhang mit den SARS-CoV-2 Eindämmungsverordnungen kann das Museum des Teltow für das Jahr 2021 nachfolgende Ereignisse und Besonderheiten vorweisen:

- Kooperation mit der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow (Gemeindearchiv) bei der Digitalisierung der Schulchronik Jühnsdorf (1853-1940) aus dem Sammlungsbestand des Museums. Das Digitalisat steht im Internetauftritt der Gemeinde zur Verfügung.
- Organisation und Durchführung einer Arbeitstagung für Leitende und Beschäftigte von Museen und Heimatstuben des Landkreises Teltow-Fläming (in Kooperation mit dem Stadt- und Technikmuseum Ludwigsfelde),
- Unterstützung von Ortschronisten bzw. Ortschronistengruppen in mehreren Gemeinden,
- Unterstützung mehrerer regionalgeschichtlicher Projekte im Landkreis,
- Fortführung der Kooperationsvereinbarung mit dem Kulturverein Blankenfelde e. V., dort insbesondere umfangreiche Unterstützung bei der Erstellung einer Broschüre anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Vereins,
- Kooperation mit dem Museumsverband des Landes Brandenburg, auch mit dem Ziel, die Museumslandschaft des Landkreises in ihrer Gesamtheit in den Fokus zu rücken,
- Erstellung des 29. Jahrgangs des Heimatjahrbuchs für den Landkreis Teltow-Fläming.

Die klassische museale Tätigkeit – nach museologischen Kriterien sammeln, bewahren, forschen und vermitteln – wurde intensiv weitergeführt.

Covid-19-bedingt mussten einige Maßnahmen verkürzt bzw. konnten leider nur eingeschränkt gezeigt werden. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten werden jedoch auch langfristig Wirkung haben und können digital präsentiert werden.

Sachgebiet IT-Service

Umstrukturierung des Sachgebietes

Um den immer vielfältigeren Aufgaben im Bereich der IT gerecht zu werden, wurden Teams mit Teamleitungen gebildet, die sich auf bestimmte Aufgaben spezialisieren. Folgende Teams wurden gebildet: Finanzen & Compliance, Servermanagement, Clientmanagement, GIS-Management, Webmanagement, Netzwerkmanagement, HelpDesk und Schulverwaltung.

Vergabe und Einführung Dokumentenmanagementsystem (DMS)

Da der Vertrag mit dem bisherigen DMS-Anbieter nicht erweitert werden konnte, wurde ein neues DMS ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt die Firma LCS Computer Service GmbH. Im Jahr 2021 wurde mit der Implementierung begonnen und die Umsetzung des Pilotprojektes gestartet. Dies besteht aus den vier Teilprojekten: Einführung der E-Rechnung mit Rechnungsworkflow, Einführung der E-Akte in der Ausländerbehörde, Umstellung/Migration des DMS im Straßenverkehrsamt sowie Schriftgutverwaltung einschließlich Workflows.

Ausstattung des Gesundheitsamtes zur Bekämpfung der Corona-Pandemie

Der IT-Service hat das Gesundheitsamt (GA) bei der Beantragung der Finanzhilfen zur technischen Modernisierung unterstützt. Voraussetzung für die Zahlung von ca.100.000 Euro war die Einführung der Software Survnet. Diese wurde im Jahr 2021 vom IT-Service mit Unterstützung des RKIs erfolgreich implementiert. Die Software wurde an das Deutsche Elektronische Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz (DEMIS) angebunden. Somit wurden die technischen Voraussetzungen für eine schnellere Datenübermittlung durch die Kreisverwaltung Teltow-Fläming geschaffen. Des Weiteren wurden die Soldat*innen der Bundeswehr mit Technik ausgestattet, um das Gesundheitsamt bei der Kontaktnachverfolgung zu unterstützen.

IT-Lösungen für den Betrieb des Impfzentrums Teltow-Fläming

Das Sachgebiet betreut die informationstechnische Anbindung des Impfzentrums. Zudem wurde eine Terminverwaltungssoftware eingerichtet. Online-Terminbuchungen sind über die Internetseite des Landkreises möglich.

Homeoffice über Citrix und Guacamole

Die Remote-Desktop-Lösung Guacamole wurde erweitert. Bis Jahresende 2021 hatten über 550 Beschäftigte die Möglichkeit, aus dem Homeoffice zu arbeiten. Parallel wurde in Zusammenarbeit mit der Firma Bechtle die Citrix-Infrastruktur aufgebaut. Mit Citrix wird eine Windows-Terminal-Server-Lösung betrieben und die aktuelle Lösung langfristig abgelöst. Die flächendeckende Einführung erfolgt nach Inkrafttreten der entsprechenden Dienstvereinbarung. Um den Beschäftigten auch zu Hause Technik der Kreisverwaltung zur Verfügung zu stellen, wurde zudem eine Ausschreibung für Thin-Clients gestartet.

Videokonferenzlösung Jitsi Meet

Die Videokonferenzlösung Jitsi Meet wurde eingeführt. Dazu wurde ein Datenschutzkonzept erstellt und bei der Erarbeitung der Dienstanweisung Unterstützung geleistet. Es wurden über 500 Kameras und Headsets beschafft und an die Beschäftigten verteilt und eingerichtet.

Nach der vorläufigen Freigabe des Systems wurden von Mitte Dezember 2021 bis Ende Januar 2022 knapp 450 Sitzungen mit etwa 2850 Nutzer*innen abgehalten.

Wahlen

Parallel zur Bundestagswahl am 26. September 2021 fand in Teltow-Fläming die Landratswahl statt. Zusätzlich erfolgte am 10. Oktober 2021 eine Stichwahl. Dabei kam landesweit eine neue Software zur Wahlvorbereitung, -durchführung und -nachbereitung zum Einsatz. Das bisherige Verfahren PC-Wahl wurde durch das Verfahren ELECT abgelöst.

In Vorbereitung der Wahlen nahmen Mitarbeiter des IT-Services an umfangreichen Schulungen teil. Die internen Strukturen des Verfahrens wurden in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg komplett neu aufgebaut. Für die Publikation der Wahlergebnisse wurde eine Internetpräsentation entwickelt. An den Wahlabenden waren mehrere Beschäftigte des IT-Services im Einsatz.

Vorbereitung zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) mit dem Geoinformationssystem (GIS)

Das System für die Bekämpfung der ASP wurde vorbereitet. Die Darstellung und Erfassung basiert auf dem GIS des Landkreises. Die Anwender*innen nutzen dafür eine App auf den Diensttelefonen, die in der Lage ist, via GPS die abgelaufenen Strecken aufzuzeichnen und die Funde festzuhalten. Die Beschäftigten können aus diesen Daten Karten erzeugen und vielfältig verarbeiten. Mithilfe dieser Daten könnten dann die Sperrbereiche definiert und dargestellt werden. Alles zusammen ermöglicht dem Landkreis eine effiziente Bekämpfung der ASP.

Netzwerkinfrastruktur

Für das Kreishaus und die Außenstellen inklusive der Schulen (Schulverwaltungsnetz) wurde eine umfangreiche Ist-Analyse der vorhandenen Netzwerkstruktur durchgeführt. Anschließend wurde mit der Soll-Planung begonnen. Langfristiges Ziel ist die Netzwerksegmentierung und die Schaffung eines redundanten Netzwerks. Das Konzept wird in den kommenden Jahren umgesetzt.

Erneuerung des Backup-Systems

Um auch in Zukunft sichere Backups zu gewährleisten wurde ein Konzept ausgeschrieben und von einem Dienstleister erstellt. Auf dieser Grundlage wurde im Anschluss eine Vergabe zur Umsetzung des Konzeptes durchgeführt. Leider mussten nach Sichtung der Unterlagen beide Bieter ausgeschlossen und die Vergabe aufgehoben werden.

Umstellung www.teltow-flaeming.de

Gemeinsam mit dem neuen Dienstleister wurde der Internetauftritt des Landkreises aktualisiert und auf das CMS Contao umgestellt.

Umstellung auf MS-Office 2016

Im Laufe des Jahres 2021 wurde begonnen, die Ämter nach und nach auf MS-Office 2016 umzustellen. Dafür wurde die automatische Softwareverteilung (OPSI) genutzt.

Ausstattung für Schulen (Digitalpakt 1 und 3)

Der IT-Service hat im Jahr 2021 mehrere Vergaben im Rahmen des DigitalPakts Schule in Zusammenarbeit mit dem Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur durchgeführt. Dabei wurden unter anderem 452 Convertibles, 192 iPads, 82 Chromebooks und 84 interaktive Tafeln beschafft.

Im Zuge des Digitalpakts erfolgte die Planung für den Umbau der Netzwerkinfrastruktur in verschiedenen Schulen (Schulnetz).

DEZERNAT II

Stabsstelle Grundsatzsachbearbeitung SGB II

Die Stabsstelle

- begleitet die Dezernatsleitung als Führungsunterstützung in der Steuerung der kommunalen Aufgaben in der gemeinsamen Einrichtung,
- ist ständiger Vertreter im Deutschen Landkreistag und beratender Vertreter in der Bund-Länder-Kommission „Verwaltungskosten“,
- führt die Arbeitsgruppe Migration im Landkreis,
- führt zeitweilig das Corona-Kontrollteam und
- unterstützt im Service des Bürgertelefons (Corona).

Vertretung des Landkreises im Jobcenter und gegenüber der Bundesagentur für Arbeit

Die Zusammenarbeit der beiden Träger der Grundsicherung war trotz der Corona-Pandemie von erfolgreichen Integrationsbemühungen für Langzeitarbeitslose und deren Familien geprägt. Im Vordergrund standen in diesem Jahr die Integration von Jugendlichen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Die Zahl erwerbsfähiger Langzeitarbeitsloser ist weiter spürbar gesunken.

Als zentrale Schnittstelle des Landkreises zum Jobcenter wurde die Verwendung kommunaler Mittel im Jobcenter überwacht. Die Stabsstelle entscheidet in Einzelfällen über die Verwendung der kommunalen Mittel (z. B. Darlehen, Erstausstattung) per Weisung. Die Stabsstelle bereitet die Trägerversammlung für die kommunalen Vertreter vor.

Weitere Schwerpunkte bildeten die Digitalisierungsanforderungen im Jobcenter sowie das Finanzcontrolling für das gesamte Jobcenter. Insbesondere die elektronische Antragstellung sowie die digitale Terminvergabe wurden in einer Arbeitsgruppe begleitet. Es ist geplant, dass diese Ergebnisse in gleichartige Projektideen des Landkreises einfließen.

Mit dem Personalservice des Jobcenters und dem Personalamt des Landkreises wurde ein gemeinsames Personalentwicklungskonzept erarbeitet. Damit sind erstmalig die kommunalen Beschäftigten in ihren beruflichen Entwicklungschancen den Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit gleichgestellt.

Zudem wurde gemeinsam beschlossen, dass das Jobcenter marktnahe Dienstleistungen selbst ausschreibt und einkauft.

Die Stabsstelle vermittelte lösungsorientiert bei Beschwerden sowie Problemfällen zwischen den Bürger*innen und dem Jobcenter. Sie unterstützte Hilfebedürftige bei der Wohnungssuche im Landkreis.

Führungsunterstützung und Grundsatzsachbearbeitung

Die Stabsstelle bearbeitet Anfragen des Kreistages und der kommunalen Gremien beim Bund und Land, hier insbesondere im Bereich Kosten der Unterkunft, Bildung und Teilhabe. Durch Teilnahme an regionalen und überregionalen Arbeitskreisen und in Kooperation mit freien Trägern sowie dem deutschen Landkreistag werden Erfahrungen ausgetauscht und versucht, die Ergebnisse für die Arbeit nutzbar zu machen.

Rechtsveränderungen und Vorgaben des Bundes werden aus kommunaler Sicht aufgearbeitet und ggf. dem Jobcenter als Empfehlung oder Weisung zugänglich gemacht. Hierzu gehört auch die Initiative „Rechtsvereinfachung SGB II“.

Im Rahmen der Präventionsmaßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP) begleitet die Stabsstelle eine Unterstützungsmaßnahme **(**Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung) zur Begehung der Waldflächen im Landkreis.

Wohnraumversorgung

Ein weiterer Schwerpunkt war die Strategieentwicklung zum Thema „Faire Mieten“ im Landkreis. In Anbetracht der demografischen Entwicklung sind im Landkreis der Zugang zu und der Ausbau von seniorengerechtem und bezahlbarem Wohnraum zu thematisieren. Hier sind projektbezogene Herangehensweisen sowie Umsetzungsprozesse mit den Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften zu entwickeln.

Die steigenden Mieten und Mietnebenkosten erschweren immer größeren Teilen der Bevölkerung erheblich den Zugang zum Wohnungsmarkt. Vor allem untere und mittlere Einkommensklassen haben zunehmend Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Die Bundesregierung hat den Jobcentern weiterhin ermöglicht, die Zusicherung von Wohnraum großzügig zu gestalten. Zudem hat sie die Kostensenkungsverfahren weiterhin ausgesetzt. Der Landkreis muss auf Grund seiner Weisungsbefugnisse bei den Kosten der Unterkunft diesen Prozess aber weiterhin im Einzelfall regulieren.

Insbesondere im sogenannten Speckgürtel Berlins ist neben steigenden Mieten und hoher Nachfrage ein Stagnieren der Zahl von bezugsfertigen Mietwohnungen zu verzeichnen.

Es gibt faktisch kein unteres Segment am Wohnungsmarkt in Teltow-Fläming mehr. Durch Sanierung und Modernisierung sowie Neubau gilt der mittlere und gehobene Wohnungsstandard als Referenz für Neuanmietungen und Bestandsmieten. Die Ermessensbetrachtung muss dahingehend ständig angepasst werden. Zunehmend muss bei der Zusicherungsentscheidung auch das teurere Segment des Wohnungsmarktes betrachtet und die 4. Handlungsempfehlung des Landkreises Teltow-Fläming zu den angemessenen Bedarfen für Unterkunft und Heizung auch unter Beachtung der bundessozialgerichtlichen Rechtsprechung ausgelegt werden. Die Stabsstelle hat dafür in Zusammenarbeit mit kommunalen Vertreter*innen im Jobcenter Arbeitshinweise weiterentwickelt.

In der Wohn- und Sozialberatung gab es insgesamt 302 Anfragen von Bürger*innen. Im gesamten Landkreis wurden leider auch 43 Anträge auf Zwangsräumung im Amtsgerichtsbereich Luckenwalde und 44 Anträge im Amtsgerichtsbereich Zossen gestellt. Hier versuchen die Beschäftigten der Stabsstelle, die Räumung durch Beratung und Zuweisung auf die Hilfsangebote der Sozialpartner zu verhindern.

Auch im Jahr 2021 funktionierte die Zusammenarbeit der beiden Träger, des Jobcenters sowie der Akteure am Arbeitsmarkt mit der Stabsstelle reibungslos. Eine gute Kommunikation und eine breite regionale Vernetzung bildeten hier die Grundlage.

Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Im Berichtzeitraum wurde der Landkreis weiterhin mit den Folgen der Covid--Pandemie konfrontiert. Das hatte Auswirkungen auf den Einsatz der Mitarbeiter*innen der Stabsstelle.

Ein Mitarbeiter übernahm ab November 2021 die Leitung des Corona-Kontrollteams. Er koordinierte die Einsätze in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt.

Beide Mitarbeiter*innen unterstützten das Bürgertelefon in der Beratung und Beantwortung von Fragen der Bevölkerung unter anderem zum Umgang mit der Eindämmungsverordnung.

Sozialamt

Das Sozialamt ist Träger der örtlichen Sozialhilfe. Unter diesem Aufgabenspektrum werden vielfältige soziale Transferleistungen ausgereicht. Zudem werden vom Sozialamt weitere soziale Angelegenheiten wie die Sozialraumplanung mit vielfältigen sozialen Projekten koordiniert.

Pakt für Pflege – Pflege vor Ort

Das Land Brandenburg hat die Förderrichtlinie „Pakt für Pflege“ verabschiedet. Pflege ist ein umfassendes Thema. Das, was pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen brauchen, geht weit über das hinaus, was eine Pflegeversicherung leisten kann. Die konkreten Lebensbedingungen und Unterstützungsangebote vor Ort haben ganz erheblichen Einfluss darauf, wann und in welchem Umfang Pflegebedürftigkeit entsteht und darauf, wie gut sie bewältigt werden kann. Das Thema „Pflege vor Ort“ ist daher das Herzstück des Brandenburger Paktes für Pflege. Es geht dabei unter anderem um Hilfen in den Kommunen im Vorfeld von Pflegebedürftigkeit und in Ergänzung zu den Leistungen der Pflegeversicherung.

Mit dem Förderprogramm „Pflege vor Ort“ können sowohl die brandenburgischen Landkreise als auch die kreisangehörigen Kommunen finanzielle Mittel erhalten, um Strukturen zu entwickeln oder vorzuhalten, die es den Menschen erleichtern, so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit zu verbleiben und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Am 26.08.2021 fand eine gemeinsame Informationsveranstaltung des Sozialamtes mit der Fachstelle für Altern und Pflege im Quartier (FAPIQ) statt, zu der die Kommunen des Landkreises Teltow-Fläming eingeladen wurden. Es wurden Kriterien der Förderrichtlinie besprochen, Arbeitshinweise zur Antragstellung gegeben sowie Fragen aus den Kommunen beantwortet. Weiterhin wurde die Möglichkeiten der Förderung den örtlichen Seniorenbeiräten vorgestellt.

Zur Umsetzung der Förderrichtlinie „Pflege vor Ort“ hat der Kreistag am 01.11.2021 entsprechende Maßnahmen des Landkreises Teltow-Fläming beschlossen. Auf dieser Grundlage wurde ein entsprechender Antrag an das zuständige Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) des Landes Brandenburg gestellt.

Eingliederungshilfe und Betreuungsbehörde

Eingliederungshilfe

Im Bereich Eingliederungshilfe und Betreuungsbehörde werden folgende Leistungen bearbeitet und Aufgaben erfüllt:

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

- Ermittlung der individuellen Bedarfe nach den Hilfebedarfsermittlungsinstrumenten der Länder im gesamten Bundesgebiet, hauptsächlich im Land Brandenburg
- Hilfen zur Gesundheit
- Prüfung und Gewährung von Ansprüchen auf Hilfe zum Lebensunterhalt in vollstationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe für minderjährige Kinder/Jugendliche sowie Prüfung und Weiterleitung oder Gewährung von Ansprüchen auf Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in besonderen Wohnformen für Erwachsene
- umfassende Beratungstätigkeiten

Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten

- Ermittlung der individuellen Bedarfe
- Hilfen zur Gesundheit
- Prüfung zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes
- Vermittlung an weitere Beratungsstellen (z. B. Schuldner- und Insolvenzberatung)
- umfassende Beratungstätigkeiten

Betreuungsbehörde

- Bearbeitung von Betreuungsanregungen, Zwangsmaßnahmen, Verfahrenspflegschaften sowie Hilfen zur Gesundheit
- umfassende Beratungen zu Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen
- Weiterbildung ehrenamtlicher Betreuer*innen
- Durchführung Arbeitskreis Betreuungsrecht zweimal jährlich

Eine besondere Herausforderung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ist die Einführung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG). Das BTHG tritt im Zeitraum von 2017 bis 2023 in vier Stufen in Kraft. Der Gesetzgeber bezweckt damit die konkrete Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und eine bessere Unterstützung und Versorgung von Menschen mit Behinderungen. Oberste Priorität ist die selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft entsprechend dem Wunsch- und Wahlrecht des behinderten Menschen, unabhängig von den Vorstellungen von Angehörigen, rechtlichen Betreuern und Leistungsanbietern. Das Sozialamt ist Träger der Eingliederungshilfe und somit verantwortlich für die umfassende Gesamt- und Teilhabeplanung unter Hinzuziehung aller Rehabilitationsträger (Jugendämter, Krankenkassen, Rentenkassen, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter usw.). Im Land Brandenburg gilt als Bedarfsermittlungsinstrument der sogenannte „Integrierte Teilhabeplan (ITP)“ für alle Hilfen ab Schuleintritt und außerhalb besonderer Wohnformen (früher „stationäre Einrichtungen“). Hierfür ist es erforderlich, die Fachkräfte bei der Anwendung des ITP Brandenburg fortzubilden und ausreichend Fachkräfte zur Erfüllung der Pflichtaufgaben vorzuhalten.

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen umfasst sehr unterschiedliche, individuelle, auf den Einzelfall bezogene Leistungen. Diese sind beispielsweise:

- Eingliederungshilfen in Landeskliniken, Krankenhäusern zur medizinischen Rehabilitation, Wohnstätten mit interner/externer Tagesstruktur und Pflegeabteilung für Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene, Wohnheimen/Internaten, Langzeittherapie- und Überbrückungseinrichtungen für suchtkranke Menschen,
- Eingliederungshilfen in Werkstätten für behinderte Menschen, Tagesstätten und Integrationskindertagesstätten,
- Eingliederungshilfen in Form des betreuten Wohnens in der eigenen Häuslichkeit oder einer Wohngemeinschaft, heilpädagogische Frühförderung, sinnesspezifische Frühförderung, Assistenzleistungen in Kindertagesstätten und Schulen, Teilhabe am Arbeitsleben, Familienpflege/Gastfamilien,
- das Budget für Ausbildung und Arbeit,
- das persönliche Budget sowie
- Heil- und Hilfsmittel.

Am 01.01.2020 trat die dritte und umfangreichste Stufe des Bundesteilhabegesetzes in Kraft, die bei den Trägern der Eingliederungshilfe mit weitreichenden Veränderungen einherging. Danach gehen alle Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit (drohenden) Behinderungen vom Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) in das Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) über. Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden von den Hilfen zum Lebensunterhalt getrennt.

Die Berechtigten können so mehrere Leistungen nach unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen erhalten. Diese gliedern sich in die Eingliederungshilfe nach dem SGB IX, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII oder Grundsicherung nach dem SGB II. Bei der Zuordnung der Kosten der Unterkunft in besonderen Wohnformen (früher „vollstationäre Einrichtungen“) besteht nunmehr die Besonderheit, dass die Wohnflächen der Gebäude nach Art ihrer Nutzung getrennt betrachtet werden müssen. Einerseits bestehen Flächen für den individuell genutzten Wohnraum, andererseits für die Nutzung von Gemeinschaftsräumen der Tagesstruktur.

Der Landkreis als Träger der Eingliederungshilfe arbeitet mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege unter Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der betroffenen Menschen zusammen. Die Angebote fördern die Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und soziale Teilhabe von behinderten und pflegebedürftigen Menschen mit und ohne Demenz und entlasten daneben die Angehörigen.

Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege nehmen zahlreiche Aufgaben wahr und halten entsprechende Angebote für behinderte und pflegebedürftige Menschen vor.

Zu den Angeboten gehören beispielsweise:

- Hilfen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft,
- heilpädagogische Frühförderung für Kinder im nicht schulpflichtigen Alter,
- Hilfen zur Bildung in Schulen, Hochschulen und andern Bildungsstätten,
- Assistenzleistungen als aufsuchende Hilfen in der Häuslichkeit,
- Hilfen in betreuten Wohngemeinschaften und Wohnstätten,
- allgemeine Beratungsangebote,
- die Schuldnerberatung,
- die Betreuung in Frauenhäusern,
- ffamilienentlastende Dienste,
- Heil- und Hilfsmittel und
- alltagsunterstützende Angebote.

Die Fallzahlen- und Kostenentwicklung wird jährlich im Basisdatenkatalog des Landesamtes für Soziales und Versorgung Brandenburg erarbeitet und veröffentlicht. Grundlage dafür ist die jährliche Kostenerstattung der Landkreise und kreisfreien Städte nach dem AG-SGB IX und AG-SGB XII.

Bedingt durch die Corona-Pandemie und die damit seit 16. März 2020 verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens musste schnell und individuell eine Umstellung auf andere Kommunikationswege hinsichtlich der Bedarfsermittlung bei Neu- und Folgeanträgen in allen o. g. Bereichen erfolgen. So wurden viele Sachverhalte telefonisch sowie schriftlich ermittelt und die Bedarfe abgesichert. Problematisch und daher nur als eingeschränkt geeignet erwies sich diese Kommunikationsform im Bereich der psychisch und suchtkranken Menschen.

Tabelle 10: Fallzahlen- und Kostenentwicklung im Bereich der Eingliederungshilfe

Kostenvergleich	Kosten 2020 in Euro	Fallzahlen	Prognose Kosten 2021 in Euro	Prognose Fallzahlen
stationäre Eingliederungshilfen (abzgl. ndsicherungGrundsicherung)	16.540.000	432	17.200.000	440
Werkstatt für behinderte Menschen Arbeitsbereich (AB)	8.930.000	583	9.246.000	595
Werkstatt für behinderte Menschen Förder- und Betreuungsbereich (FBB)	877.500	37	910.000	40
hheilpädagogische Frühförderung	1.470.000	208	1.500.000	220
Ambulant betreutes Wohnen	3.600.000	404	3.700.000	430

Betreuungsbehörde

Sofern eine gesetzliche Betreuung beim Amtsgericht angeregt wird, erstellen die Beschäftigten der Betreuungsbehörde einen ausführlichen Sozialbericht und geben eine Empfehlung zur Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung an das zuständige Amtsgericht ab. Dazu gehören auch Eilbetreuungen, die innerhalb kürzester Zeit zu entscheiden sind. Die Beschäftigten der Betreuungsbehörde haben hierfür nur einen maximalen zeitlichen Rahmen von drei bis fünf Werktagen. In bestimmten Fällen werden die Beschäftigten auch als Verfahrenspfleger*innen vom Amtsgericht eingesetzt.

Oberstes Ziel ist die Vermeidung rechtlicher Betreuungen durch Ausschöpfung optionaler Möglichkeiten wie zum Beispiel ehrenamtliche Betreuungen oder Vorsorgevollmachten.

Zweimal jährlich führt die Betreuungsbehörde den Arbeitskreis Betreuungsrecht durch. Zu diesem Arbeitskreis werden die Berufsbetreuer*innen, die Betreuungsvereine und die Amtsgerichte Luckenwalde sowie Zossen eingeladen. Dieser Arbeitskreis ist ein wichtiger Bestandteil in der Zusammenarbeit. Die Themenvorschläge der Betreuer*innen werden entsprechend vorbereitet, vorgetragen und im Anschluss diskutiert und ausgewertet. 2021 fand der Arbeitskreis wegen der Corona-Pandemie nur einmal statt. Alle Anfragen wurden daher schriftlich beantwortet.

Die Weiterbildung der ehrenamtlichen Betreuer*innen wird von den Betreuungsvereinen federführend vorgenommen. Zu bestimmten Fachthemen werden die Beschäftigten der Betreuungsbehörde regelmäßig einbezogen.

Auf Anfragen von Schulen, sonstigen Einrichtungen und Behörden führen die Beschäftigten der Betreuungsbehörde Beratungen rund um das Thema Betreuung, Vorsorgevollmacht usw. durch.

Tabelle 11: Statistikdaten für den Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.2021 (Stichtag: 31.12.2021)

Art der Betreuung	Anzahl
bestehende Betreuungen (insgesamt)	2587
neu eingerichtete Betreuungen mit Beschluss	406
Verfahren, die ohne Anordnung einer Betreuung beendet wurden	39
wegen Zuständigkeitswechsel beendete Verfahren	00
Erstverfahren	619
Wiederholungsverfahren	1409
Amtshilfeverfahren	7
Beschwerdeverfahren	0
Anzahl der angeordneten Unterbringungen	40
Anzahl der angeordneten unterbringungsähnlichen Maßnahmen	35
Verfahrenspflegschaften in Vergütungssachen	162
Verfahrenspflegschaften	179

Bei den angeordneten Unterbringungen/angeordneten unterbringungsähnlichen Maßnahmen und Verfahrenspflegschaften in Vergütungssachen/Verfahrenspflegschaften ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen.

Bis zum 01.01.2023 sind umfangreiche Vorbereitungen zur Umsetzung der Reform des Betreuungsrechts durchzuführen. Hierzu wurden 2021 Gespräche mit den vier Betreuungsvereinen geführt. Die bestehende Unterarbeitsgruppe aus den Betreuungsvereinen und der Betreuungsbehörde wird 2022 gemeinsam Verfahrenswege erarbeiten.

Die Einführung des Betreuungsorganisationsgesetzes (BtOG) führt zu einer deutlichen Erweiterung des Beratungs- und Unterstützungsangebotes, der Vermittlung geeigneter Hilfen und einer erweiterten Unterstützung (s. § 8 BtOG).

Zudem wird nach §§ 24 ff BtOG das Verfahren zu Registratur, Mitteilungs- und Nachweispflichten beruflicher und ehrenamtlicher Betreuer*innen, zum Widerruf, Rücknahme und Löschung der Registrierung eingeführt. Die zuständige Betreuungsbehörde (Stammbehörde) stellt die Geeignetheit/die Ungeeignetheit von Berufsbetreuer*innen fest. Für die Registrierung, den Widerruf, die Rücknahme und Löschung der Registrierung ist ein Verwaltungsakt nach den gesetzlichen Vorgaben des Verwaltungsverfahrensgesetzes zu erlassen. Somit wird ungeeigneten Berufsbetreuer*innen bzw. ehrenamtlichen Betreuer*innen erstmals ein Widerspruchs- und Klagerecht ermöglicht.

Grundsicherung und Hilfe zur Pflege

Lebensunterhalt und Grundsicherung

In dem Bereich der Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen nach dem 4. Kapitel SGB XII gibt es zum Stichtag 31.12.2021 insgesamt 1536 Bedarfsgemeinschaften. Davon sind 915 Bedarfsgemeinschaften dauerhaft erwerbsunfähigen Menschen, 417 Bedarfsgemeinschaften Altersrentnern und 204 Bedarfsgemeinschaften dem Bereich besondere Wohnform zuzuordnen.

In der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII gibt es zum Stichtag 31.12.2021 insgesamt 188 Bedarfsgemeinschaften. In 23 Fällen, in denen ein Leistungsbezug vorlag, waren die Kinder in anderen Familien untergebracht.

Gegen 114 erlassene Verwaltungsakte wurde Widerspruch erhoben, davon wurde nur 22 stattgegeben.

Bereich Hilfe zur Pflege

Im stationären Bereich gab es zum Stichtag 31.12.2021 insgesamt 355 Bestandsfälle. 2021 wurden 285 Neuanträge gestellt. Bei 101 Fällen kam es aufgrund von Unzuständigkeit, Antragsrücknahme oder nicht Vorliegen der sozialhilferechtlichen Voraussetzungen zu keiner Gewährung von Leistungen.

Im ambulanten Bereich gab es zum Stichtag 31.12.2021 insgesamt 155 Bestandsfälle. 2021 wurden 46 Neuanträge gestellt. Bei 15 Fällen kam es aufgrund von Unzuständigkeit, Antragsrücknahme oder Nichtvorliegen der sozialhilferechtlichen Voraussetzungen zu keiner Gewährung von Leistungen.

Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes

Leistungen für Hilfe zur Weiterführung des Haushalts wurden vom Sozialamt in insgesamt 14 Fällen übernommen. Im Jahr 2021 begehrten drei Personen Leistungen, den Anträgen konnte entsprochen werden.

Blindenhilfe

Im Bereich der Blindenhilfe nach dem SGB XII gab es zum Stichtag 31.12.2021 insgesamt 28 Bestandsfälle. 2021 wurde kein Neuantrag gestellt.

Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz Brandenburg

Im Bereich der Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz des Landes Brandenburg gab es zum Stichtag 31.12.2021 insgesamt 193 Fälle. 2021 wurden 24 Neuanträge gestellt. Bei vier Fällen kam es aufgrund von Unzuständigkeit, Antragsrücknahme oder Nichtvorliegen der sozialhilferechtlichen Voraussetzungen zu keiner Gewährung von Leistungen.

Gegen 20 erlassene Verwaltungsakte wurde Widerspruch erhoben, davon wurde keinem stattgegeben.

Bestattungskosten

Im Bereich der Bestattungskosten gab es im Jahr 2021 insgesamt 60 Anträge. Hiervon kam es bis zum 31.12.2021 bei 18 Fällen aufgrund von Unzuständigkeit, Nichtvorliegen der sozialhilferechtlichen Voraussetzungen oder Antragsrücknahme zu keiner Gewährung von Leistungen.

Im Bereich Bestattungskosten gab es keine Widersprüche.

Sonstige Soziale Hilfen

Wohngeld

Im Bereich der Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) wurden insgesamt 2.201 Anträge auf Miet- und Lastenzuschuss bearbeitet, davon 1.954 Anträge auf Mietzuschuss und 247 Anträge auf Lastenzuschuss. Daraus ergibt sich ein leichter Anstieg von 282 Anträgen im Vergleich zum Jahr 2020. Insgesamt konnten 1.344 Anträge bewilligt werden.

Die größte Gruppe von Antragsteller*innen sind mit 1.384 die Ein-Personen-Haushalte. Es wurden 830 Anträge bewilligt. Die zweitgrößte Gruppe der Antragsteller*innen ist mit 1.050 die Gruppe der Rentner*innen. Es wurden 760 Wohngeldanträge bewilligt.

Zusätzlich zu den insgesamt 2.201 gestellten Wohngeldanträgen war die Prüfung aufgrund der Ergebnisse des automatisierten Datenabgleichs nach § 33 WoGG mit der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung vorzunehmen. Im Ergebnis dessen wurden 1.400 Wohngeldfälle zur Überprüfung gemeldet. Es wurde eine Rückforderungssumme bis zum III. Quartal 2019 in Höhe von 50.605 Euro ermittelt.

Das durchschnittlich bewilligte monatliche Wohngeld betrug im Jahr 2021 158,19 Euro. Daraus ergibt sich zum Vorjahr eine leichte Steigerung von 9,33 Euro je Bewilligung. Die Gesamtausgaben an Wohngeldzahlungen belaufen sich im Jahr 2021 auf 1.270.392,27 Euro.

Bildung und Teilhabe

Leistungen für Bildung und Teilhabe sollen seit 2011 besonderen Bedarfen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Familien mit geringen Einkommen Rechnung tragen und ihnen den Zugang zu Lernmöglichkeiten und zu sozialen und kulturellen Aktivitäten erleichtern.

Das Starke-Familien-Gesetz trat zum 1. August 2019 in Kraft und brachte deutliche Verbesserungen für Familien. So wurde etwa der Betrag für die Ausstattung mit Schulbedarf zum 1. Januar 2021 von 100 auf 154,50 Euro pro Schuljahr erhöht. Die bisher zu leistenden Eigenanteile bei der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in der Schule und der Schülerbeförderung entfielen.

Die Verbesserungen für Familien zeigten sich bereits im Jahr 2021 durch die insgesamt 853 zur Bearbeitung vorliegenden Anträge im Bereich der Bildung und Teilhabe.

Gegen die in diesem Bereich erlassenen Verwaltungsakte wurden 2021 insgesamt zwei Widersprüche erhoben.

Ausbildungsförderung

Tabelle 12: Statistik

Leistungen gemäß	Aktenzahl	Neuanträge
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	650	321
Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	953	259
Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz (BbgAföG)	380	163

Im Kalenderjahr 2021 wurden im Bereich der Ausbildungsförderung insgesamt 1.983 Vorgänge bearbeitet. Viele dieser Fälle werden im Laufe eines Kalenderjahres mehrfach gesichtet, zum Beispiel bei Prüfung des Antrages, Vorliegen von Änderungsanträgen, bei Einstellung und Rückforderung von Leistungen und Geltendmachung der Rückforderung im Rahmen des Forderungsmanagements.

Insgesamt waren 743 Neuanträge auf Erst- und Weiterbewilligung zu verzeichnen. Des Weiteren kamen Ablehnungen und auch zahlreiche Änderungsanträge hinzu. Diese bezogen sich hauptsächlich auf allgemeine Änderungen bezüglich der Anspruchsvoraussetzungen der Antragsteller, aber auch Verkürzungen der Anspruchsdauer. Auch die Beratung der Antragsteller*innen und deren Eltern nehmen einen großen Anteil der täglichen Arbeit in Anspruch.

Im Rahmen des Forderungsmanagements werden Rückforderungen gegenüber den Antragsteller*innen mittels Stundung, Mahnung, Vollstreckung, Mitwirkung in Insolvenzverfahren usw. geltend gemacht.

Die Umstellung des Fachprogramms im Bereich BAföG nahm einige Zeit in Anspruch, insbesondere die für die Überleitung der Förderfälle vom alten in das neue Programm vorbereitenden Tätigkeiten, Schulungen der Beschäftigten und tatsächliche Bereitstellung.

Im Bereich der Brandenburgischen Ausbildungsförderung (AFBG) hat sich aufgrund der Gesetzesänderung die Verfahrensweise bei der Bearbeitung dahingehend geändert, dass nunmehr eine Bewilligung für den kompletten Bildungsgang erfolgt. Dies hat zur Folge, dass eine Bewilligung nicht mehr nur für ein Schuljahr, sondern für bis zu drei Schuljahre jeweils getrennt erfolgt. Dabei ist die Bewilligung an sich keine abschließende Bearbeitung, sondern erfordert jährlich eine erneute Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen im Umfang einer Bearbeitung eines Neuantrages.

Die Verfahrensweise bei der Bearbeitung der AFBG-Anträge hat sich aufgrund der Corona-Situation verändert. Konnte zuvor die komplette AFBG-Maßnahme in einem Bescheid beschieden und dabei alle stattfindenden Maßnahmeabschnitte berücksichtigt werden, so muss jetzt jeder Maßnahmeabschnitt einzeln zu seinem jeweiligen Beginn beschieden werden. Das bedeutet, dass jeder Vorgang je nach Anzahl der Maßnahmeabschnitte um ein Vielfaches mehr zur Bearbeitung gelangt.

Asylsuchende und Geflüchtete

Dem Landkreis wurden im Jahr 2021 vor allem Asylsuchende und Geflüchtete aus der Russischen Föderation (Tschetschenien), Afghanistan, Iran, Irak, Syrien, Vietnam, Jordanien und aus unterschiedlichen afrikanischen Ländern zugewiesen. Insgesamt gab es 102 Zuweisungen durch die zentrale Ausländerbehörde Brandenburg. Zudem kamen 32 Spätaussiedler*innen und Kontingentflüchtlinge in den Landkreis.

Bedingt durch die pandemische Lage entwickelten sich im Laufe des Jahres viele neue Herausforderungen. Für die Einrichtungen mussten neue Hygienekonzepte erarbeitet und umgesetzt werden. Zudem wurde das Gesundheitsamt bei der Isolierung von -positiv auf das Coronavirus getesteten Personen in den Übergangswohneinrichtungen unterstützt. In Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) und der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH) wurde zwischenzeitlich ein Zuweisungsstopp vereinbart, so dass die Asylsuchenden länger in den Erstaufnahmeeinrichtungen der ZABH verblieben. An der Zuweisungsquote wie letztendlich auch der Anzahl der Zugewiesenen ergaben sich dadurch insgesamt keine Änderungen.

Ab März 2020 war das Sozialamt durch Einrichtung einer Rufbereitschaft an Wochenenden und Feiertagen durchgehend erreichbar. Diese Rufbereitschaft wurde im Juli 2021 wieder eingestellt.

Tabelle 13: Entwicklung der Fallzahlen in den Übergangswohnheimen

Jahr	Zuweisungen	Fallzahl AsylbLG	Fallzahl SGB II
2016	438	1.050	597
2017	287	948	408
2018	207	974	204
2019	189	996	133
2020	183	1037	107
2021	102	937	120

Tabelle 14: Entwicklung der Unterbringungskapazitäten

Jahr	Anzahl Einrichtungen	Anzahl Unterbringungsplätze
2016	17	2.326
2017	12	1.581
2018	10	1.213
2019	11	1.350
2020	11	1.188
2021	11	1083

Die Kapazitäten der Heime werden kontinuierlich dem Bedarf angepasst. Durch die überwiegend geschlossenen Außengrenzen Deutschlands bzw. der Europäischen Union hat sich die Zahl der neu aufgenommenen Asylsuchenden und Geflüchteten stark verringert. Die von der Zentralen Ausländerbehörde in die Landkreise verteilten Personen sind dem Land Brandenburg größtenteils durch einen inländischen Ausgleich gemäß dem Königsteiner Schlüssel zugewiesen worden.

Im Jahr 2021 wurde die Betreibung der Unterkünfte in Luckenwalde, Jüterbog und Blankenfelde-Mahlow ausgeschrieben und vergeben. In Luckenwalde und Jüterbog bekam der vormalige Betreiber im Vergabeverfahren den Zuschlag, in Blankenfelde-Mahlow erfolgte ein Betreiberwechsel.

Aufgrund einer Kernsanierung und der damit verbundenen vorübergehenden Schließung der Gemeinschaftsunterkunft in Großbeeren, Theodor-Echtermeyer-Weg 2 ab 01.10.2021 mussten 89 Asylsuchende und Geflüchtete auf die übrigen Gemeinschaftsunterkünfte und Verbundwohnungen umverteilt werden. Nach der Fertigstellung der Baumaßnahme – voraussichtlich zum 01.05.2022 – erfolgt eine Rückverlegung in die Unterkunft. Durch die Sanierung wird die Kapazität der Gemeinschaftsunterkunft deutlich erhöht sowie der Wohnstandard nachhaltig verbessert. Zukünftig werden den Menschen hier Appartements mit eigenem Bad und Küchenzeile mit jeweils zwei Zimmern sowie barrierefreie Räume angeboten werden können.

Auszugsmanagement

Ein anhaltender Aufgabenschwerpunkt im Sachgebiet ist das sogenannte Auszugsmanagement für die SGB-II-Berechtigten in den Übergangseinrichtungen. Hierbei handelt es sich um anerkannte Asylsuchende, die nunmehr leistungsberechtigt nach dem SGB II sind, dadurch ihren Wohnsitz selbst bestimmen können und berechtigt sind zu arbeiten. Die Bereitstellung von sozialrechtlich angemessenem bzw. geeignetem Wohnraum ist eine große Herausforderung. Durch Beratung und Unterstützung sowie durch konkrete Forderungen wurde darauf hingewirkt, dass sich insbesondere Familien zum Zwecke der besseren Integration verstärkt um Wohnraum bemühen.

Die zunächst positive Entwicklung stagniert jedoch, da sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere im nördlichen Bereich des Landkreises, weiter verschärft hat. Aus diesem Grunde ist nunmehr eine Mitarbeiterin des Sozialamts vorrangig mit dieser Aufgabe befasst.

Jugendamt

Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen

Wirtschaftliche Jugendhilfe

Die wirtschaftliche Jugendhilfe ist im Jugendamt für die Finanzabwicklung der verschiedenen Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen und der Hilfen für junge Volljährige nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) VIII zuständig. Mit dem Inkrafttreten des Kinder- und Jugendstärkengesetzes (KJSG) zum 10.06.2021 gelten neue Regelungen für die Kostenheranziehung junger Menschen in der Jugendhilfe:

- Kostenheranziehung in Höhe von maximal 25 Prozent aus dem aktuellen Monatseinkommen (bisher: max. 75 Prozent aus dem durchschnittlichen Einkommen des Vorjahres)
- Heranziehen des eigenen Kindergeldes

Nicht herangezogen werden:

- Vermögen junger Volljähriger, die nach § 41 SGB VIII untergebracht sind
- Einkommen aus Praktika/Schülerjobs bis max. 150 Euro/Monat
- Einkommen aus Ferienjobs und ehrenamtlichen Tätigkeiten (z. B. Jugend- und Bundesfreiwilligendienste)
- 150 Euro als Teil einer Ausbildungsvergütung.

Mit der Neuregelung waren daher für die Gruppe der jungen Menschen in vollstationären Jugendhilfeeinrichtungen alle Kostenbeitragsfestsetzungsbescheide zu überprüfen und neu festzusetzen.

Entgeltvereinbarungen

Im Bereich der Entgeltvereinbarungen ist die Anzahl der zu bearbeitenden Neuverhandlungen weiter angestiegen. Wurden im Jahr 2020 noch 97 Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen überprüft und neu geschlossen, stieg die Anzahl im Jahr 2021 nunmehr auf 109 Neuabschlüsse an. Gründe hierfür waren insbesondere notwendig gewordene Zusatzvereinbarungen aufgrund coronabedingter Mehraufwendungen, aber auch die gestiegenen Aufwendungen für Personal und den Betrieb von Einrichtungen und Diensten, die zu einer Anpassung der Entgelte führten.

Obwohl das Kinder- und Jugendschutzgesetz (KJSG) sich auch auf die Abschlüsse nach § 77 SGB VIII auswirkt, waren die damit verbundenen Arbeitsaufgaben gering. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Landkreis bereits seit vielen Jahren für den Bereich der ambulanten Leistungen Qualitätsentwicklungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Die Neuregelung und gesetzliche Verpflichtung hierzu war somit bereits auf freiwilliger Basis umgesetzt worden.

Jugendhilfeplanung

Mit der Besetzung der vakanten Stelle der Jugendhilfeplanung wurde Mitte 2021 mit der Fortschreibung der Kita-Bedarfsplanung begonnen. Der Kita-Bedarfsplan umfasst einen Planungszeitraum von 2021/2022 bis 2027/2028 und stellt den aktuellen und zukünftigen Bedarf an Betreuungsplätzen sowie die notwendigen Maßnahmen auf kommunaler und kreislicher Ebene dar.

Der Prozess der Bedarfsplanung ist ein kontinuierlicher Prozess, in den alle Beteiligten der Kindertagesbetreuung einbezogen sind (freie und kommunale Träger, Kreiselternbeirat). Er berücksichtigt aktuelle Änderungen der grundlegenden Gesetze zur Kindertagesbetreuung und weist im Ergebnis ein Maßnahmenpaket aus, das zur Erfüllung der absehbar noch ungedeckten Bedarfe erforderlich ist.

Sachgebiet Sozialpädagogischer Dienst

Das Aufgabenspektrum des Sachgebietes ist – wie bereits in den vergangenen Jahren – geprägt von gesellschafts-, jugend- und familienpolitischen Entwicklungen. Die Fachkräfte bewegen sich dauerhaft in einem Spannungsfeld von fachlichen Gestaltungsoptionen, Qualitätsstandards und Rechtsnormen sowie fiskalischen Aspekten. Die gesellschaftliche Lage mit ihrer Fülle an Möglichkeiten für die Lebensgestaltung sowie die zu beobachtende erhöhte Erziehungsunsicherheit und Brüchigkeit von Beziehungen in den Familien stellt hohe Anforderungen an die Bearbeitung dieser Problemlagen.

Erschwerend war auch in diesem Bereich das Arbeiten während der Pandemie. Die Aufgaben im Kinderschutz wurden jedoch immer und uneingeschränkt sowie bei Notwendigkeit im persönlichen Kontakt mit den Klient*innen wahrgenommen.

Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten

Das Jugendamt hat eine gesetzlich normierte Mitwirkungspflicht bei oder in Verfahren vor dem Familiengericht. Im Jahr 2021 wurden vom Sachgebiet 650 familiengerichtliche Verfahren begleitet, von denen 590 im Jahr 2021 neu eröffnet wurden.

Erzieherische Hilfen

Die Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff SGB VIII unterstützen oder ersetzen die Erziehung in der Familie. Dafür wurde das gesamte Spektrum ambulanter, teilstationärer und stationärer sowie Hilfen für junge Volljährige genutzt. Art und Umfang der Hilfen richten sich nach den individuellen erzieherischen Bedürfnissen in der Familie. Im Jahr 2021 war das Jugendamt in rund 2000 FFällen in den Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige tätig.

Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung

Das staatliche Wächteramt nach Artikel 6 Grundgesetz wird durch den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung entsprechend § 8a SGB VIII ausgeübt und unterliegt einem festgeschriebenen Verfahren. Im Jahr 2021 sind 307 Mitteilungen mit Verdacht auf Kindeswohlgefährdung im Jugendamt eingegangen. In 61 Fällen wurde eine Kindesgefährdung bestätigt, sechs der Kinder mussten sofort in Obhut genommen werden. In weiteren 14 Fällen wurde ein anderer Unterstützungsbedarf festgestellt und eingeleitet. Im Vergleich zum Vorjahr wurden damit mehr Kindeswohlgefährdungen gemeldet und vom Jugendamt jeweils individuell eingeschätzt. Die Zahl der Inobhutnahmen ist demgegenüber geringer als in den Vorjahren.

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche, die seelisch behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, haben Anspruch auf Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII.

Im Jahr 2021 wurden diesbezüglich 104 Neuanträge im Jugendamt gestellt. Als Grund der Antragstellung wurden bei 76 Neuanträgen schulische Problemen angegeben, davon wurde für 47 Kinder eine Schulbegleitung beantragt.

Jugendgerichtshilfe

Die sozialpädagogischen Fachkräfte unterstützten Jugendliche im Alter von 14 bis unter 18 Jahren und Heranwachsende im Alter von 18 bis unter 21 Jahren sowie deren Eltern im Strafverfahren. Die sozialpädagogischen Fachkräfte der Jugendgerichtshilfe wirkten im Jahr 2021 an 303 neu eröffneten Jugendstrafverfahren mit. Davon wurden 211 vor dem Jugendstrafgericht begleitet sowie 92 Diversionsverfahren (Verzicht auf eine Hauptverhandlung im Gericht, stattdessen Erteilung z. B. von Anordnungen oder Weisungen) durchgeführt.

Pflegekinderdienst

Der Bereich der Vollzeitpflege ist unter fachlichen Gesichtspunkten als familienanaloge Unterbringungsform ein besonders wichtiger Bereich. Pflegekinder, die Vollzeit in Pflegefamilien untergebracht sind, und die Pflegeeltern selbst werden vom Pflegekinderdienst (PKD) betreut. Der familiäre Rahmen der Vollzeitpflege in einer Pflegefamilie bietet durch den Aufbau tragfähiger Bindungen und Beziehungen insbesondere für jüngere Kinder die Möglichkeit, Entwicklungsdefizite aufzuarbeiten, korrigierende Erfahrungen zu machen und so zu eigenständigen und selbstverantwortlichen Persönlichkeiten heranzuwachsen. Insgesamt lebten im Jahr 2021 162 Kinder und Jugendliche in 137 Pflegefamilien. 25 Einzelpersonen bzw. Bewerberpaare interessierten sich für ein Engagement als Pflegestelle im Landkreis. Davon konnten nach Prüfung fünf Pflegestellen gewonnen werden.

Sachgebiet Prävention und Vormundschaft

Jugendförderung

Wegen der Corona-Pandemie war die Arbeit der sozialpädagogischen Fachkräfte vor Ort auch im Jahr 2021 nur eingeschränkt möglich. Zu Anfang des Jahres wurden vorwiegend Onlineformate angeboten. Pandemiebedingt angepasste Präsenzangebote in den Jugendeinrichtungen und an den Schulen konnten nach den Lockerungen wieder stattfinden.

Trotz dieser Widrigkeiten konnten die Fachkräfte-Personalstellen durch das Zusammenwirken des Landkreises Teltow Fläming mit dem Land Brandenburg gesichert werden. Sogar ein leichter Ausbau der Sozialarbeit an Grundschulen war zu verzeichnen.

Die für den Bereich der Jugendförderung geltende Richtlinie wurde überarbeitet und in den Ausschüssen beraten und beschlossen.

Familienförderung und Frühe Hilfen

Der Landkreis beteiligte sich im zehnten Jahr in Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe, dem Netzwerk Kinderschutz sowie dem Netzwerk Gesunde Kinder an der Bundesstiftung Frühe Hilfen. Im Wesentlichen wurden folgende Themen bearbeitet:

- Erstellung von ausführlichen Informationen über die Angebote und Inhalte der Frühen Hilfen, der Angebote der Allgemeinen Förderung der Erziehung in den Internetauftritten des Landkreises und der des Netzwerks Kinderschutz.
- Weiterführung der Kooperation mit den Netzwerken Kinderschutz und Gesunde Kinder sowie weiteren Trägern im Landkreis TF
- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit durch Einführung der „elina-App“ – der Vertragsabschluss erfolgte im November 2021; die App geht 2022 an den Start
- Digitalisierung von Befragungen und Sachberichten

Der Einsatz der Fachkräfte der Frühen Hilfen wurde durchgehend für den gesamten Landkreis gewährleistet. Die Angebotsstruktur konnte durch neue Kurse erweitert werden.

Im Jahr 2021 wurden insgesamt sechs Familienzentren in TF vorgehalten.

Jugendberufsagentur

Der uneingeschränkte Zugang zur Jugendberufsagentur (JBA) an den Standorten Luckenwalde und Zossen war für persönliche Beratungen pandemiebedingt 2021 nicht möglich. Gespräche mit den jungen Menschen fanden vorwiegend telefonisch statt, persönliche nur nach Terminabsprache in den Büros der Jugendhilfe-Mitarbeiterinnen.

Im Jahr 2021 wurden am Standort Luckenwalde 170 und am Standort Zossen 120 Erst- und Folgeberatungen durchgeführt. Zusätzlich zu diesen Beratungsgesprächen gab es regelmäßige Fallbesprechungen mit den Beschäftigten der anderen Rechtskreise sowie aus externen Institutionen.

Der Zugang der jungen Menschen zur Jugendberatung erfolgte durch die anderen Rechtskreise sowie durch die Beschäftigten des sozialpädagogischen Dienstes, Sozialarbeiter*innen an Schulen, Einzelfallhelfer*innen und Netzwerkpartner*innen.

Die Jugendberufshilfemaßnahmen

- Produktionsschule der GAG Klausdorf gGmbH,
- Schulverweigererprojekt des WIR e. V. sowie
- Einzelmaßnahmen nach § 13 Abs. 2 SGB VIII

waren für die jungen Menschen geöffnet.

2021 erfolgten insgesamt 19 Neuaufnahmen in die Jugendberufshilfemaßnahme Produktionsschule. In das Schulprojekt WIR e. V. wurden zum Schuljahr 2021/2022 fünf Schüler*innen neu aufgenommen. Eine Schülerin befindet sich in einer Einzelmaßnahme nach § 13 Abs. 2 SGB VIII in Berlin.

Die Möglichkeit der Teilnahme und Mitwirkung an Veranstaltungen wurde je nach aktuellem Pandemiegeschehen persönlich oder online wahrgenommen, z. B. Aufbau Internetseite JBA, Zielgruppenbefragung JBA, Ausbildungsmessen, Netzwerktreffen der Sozialarbeiter im Sozialraum, Regionalkonferenzen Kinderschutz, interkultureller Nachmittag.

Zusätzlich unterstützten die Jugendhilfe-Mitarbeiterinnen das Gesundheitsamt durch eine einmal wöchentliche Besetzung des Bürgertelefons und einen Einsatz im Gesundheitsamt im Mai 2021 durch eine Mitarbeiterin.

Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften

Kinder und Jugendliche brauchen eine Person als gesetzliche Vertretung, die die Vormundschaft übernimmt, wenn Mütter und/oder Väter ihre elterliche Sorge nicht wahrnehmen können oder ihnen die elterliche Sorge ganz oder teilweise entzogen wurde. Wenn dem Kind niemand zur Verfügung steht, der die Vormundschaft übernehmen kann (nahestehende Menschen, geeignete ehrenamtliche bzw. Personen, die das von Berufs- bzw. Vereinswegen übernehmen), überträgt das Familiengericht dem Jugendamt die elterliche Sorge.

Die elterliche Sorge nehmen dann beauftragte Beschäftigte des Jugendamtes wahr (Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften). Bei der Amtsvormundschaft werden alle Bereiche der elterlichen Sorge auf das Jugendamt übertragen; bei der Amtspflegschaft handelt es sich nur um Teile der elterlichen Sorge.

Am Stichtag 31. Dezember 2021 wurden insgesamt 159 Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften geführt, darunter 11 für unbegleitete minderjährige Ausländer*innen. Im Laufe des Jahres endeten insgesamt 26 Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften, 16 neue wurden übernommen.

Kinderschutzkoordination

Die Einführung des Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) zum 10.6.2021 präzisiert die Zusammenarbeit im Netzwerk Kinderschutz aufgrund neu aufgenommener oder geänderter Regelungen.

Covid-19 und die Arbeitszeitreduzierung der Kinderschutzkoordination erschwerten die Netzwerkarbeit. Die sonst üblichen Fortbildungen zum Kinderschutz entfielen, auch der Arbeitskreis der insoweit erfahrenen Fachkräfte konnte leider nur einmal als Fortbildungsveranstaltung zur Fachberatung in Fällen sexualisierter Gewalt in Familien durchgeführt werden. Auch die Treffen der Steuerungsgruppe Kinderschutz entfielen in dieser Zeit.

Alle Regionalkonferenzen Kinderschutz fanden seit 2020 in den neustrukturierten regionalen Zuschnitten statt. Im Frühjahr konnten, dank technischer Unterstützung der Netzwerkpartner*innen, zwei Konferenzen im Onlineformat durchgeführt werden. In den anderen beiden Regionen waren Präsenzveranstaltungen möglich. Alle Herbstveranstaltungen konnten in Präsenz durchgeführt werden, was von vielen Netzwerkpartner*innen mit hoher Zustimmung gut angenommen wurde.

Die externen Anfragen bezüglich der Beratungen durch eine insoweit erfahrene Fachkraft nach § 8a SGB VIII zum Kinderschutz konnten alle erfüllt werden. Insgesamt gab es 15 Neuanfragen, die überwiegend telefonisch behandelt wurden. Die Beratungsthemen waren vielfältig und bezogen sich auf verschiedene Formen der Vernachlässigung, der Gewalt und sonstige Gefährdungsanlässe. Zum Thema Gewalt ist unter anderem auch zu sexueller Gewalt durch Erwachsene sowie zu sexueller Gewalt unter Kindern beraten worden.

Sachgebiet Kindertagesbetreuung und Elterngeld

Kindertagesbetreuung

Wie bereits im Vorjahr war die Corona-Pandemie das prägende Thema im Jahr 2021. Pandemiebedingt kam es wieder zu erheblichem Mehraufwand im Bereich Kindertagesbetreuung. Beispielsweise wurden vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) SARS-oCoV-2-Testkits beschafft, welche von den Jugendämtern an die Träger, Einrichtungen und Kindertagespflegepersonen verteilt werden mussten. Insgesamt wurden 185.900 Testkits konfektioniert und verteilt.

Ferner wurde mit der zweiten Richtlinie (RL) des MBJS über die Gewährung von Zuwendungen zum Ausgleich von entgangenen Elternbeiträgen in der Kindertagesbetreuung in Folge der Maßnahmen zur Eindämmung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Brandenburg (2. Richtlinie Kita-Elternbeitrag Corona 2021) die Eltern von den Elternbeiträgen entlastet. Auch hier kam es zu einem erheblichen Mehraufwand, da der Ausgleich der entgangenen Einnahmen über den Landkreis abgerechnet wurde. Mit der Richtlinie des MBJS zur Förderung von Investitionen für Maßnahmen zur Verbesserung der Innenraumlufthygiene in Kindertagesstätten und in Kindertagespflegestellen (Richtlinie Innenraumlufthygiene Kita — RL Kitaluft) kam eine weitere Förderrichtlinie hinzu. Träger und Kindertagespflegepersonen konnten sich Luftfilter und Baumaßnahmen anteilig finanzieren lassen, wenn Kinder in Räumen betreut werden, in denen keine ausreichende Möglichkeit zur Belüftung vorhanden war. Hier ging lediglich ein Antrag einer Kindertagespflegeperson ein.

Im Gegensatz zu dieser Richtlinie wurde die Richtlinie des MBJS des Landes Brandenburg zur Förderung von notwendigen Bau- und Ausstattungsinvestitionen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung im Land Brandenburg (RL KIP II – Bildung – Kita U6) gut angenommen. Es liegen 13 Anträge von Trägern vor. In diesen Fällen wurde vom Jugendamt ein Votum zur Maßnahme erstellt. Die Antragstellung erfolgt in Verantwortung des Trägers. Für die Kindertagespflegepersonen erfolgt die Antragstellung durch den Landkreis. Es liegen derzeit 38 Anträge vor. Die Bearbeitung gestaltet sich hier aufgrund der hohen Anforderungen der ILB sehr schwierig und zeitintensiv.

Zusätzlich hat die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow den öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Durchführung von Aufgaben nach dem Kindertagesstättengesetz (KitaG) mit Wirkung zum 01.01.2021 vollständig gekündigt. Somit betreut der Landkreis hier alle Kindertagespflegepersonen wieder selbst. Auch alle weiteren Aufgaben, wie z. B. die Rechtsanspruchsprüfung und die Kostenübernahme für Kinder, die in Berlin oder anderen Landkreisen betreut werden, werden vom Landkreis wahrgenommen. So bearbeitete das Jugendamt ca. 800 Anträge auf erweiterten Rechtsanspruch und rund 310 Anträge auf Kostenübernahme inklusive Abrechnung mit den aufnehmenden Ämtern.

Ferner kam es, aufgrund von auslaufenden gesetzlichen Übergangsvorschriften, zu vermehrten Anträgen auf Einvernehmensherstellung bzgl. Elternbeitragssatzungen bzw. -ordnungen. Viele Träger mussten ihre Elternbeitragssatzungen bzw. -ordnungen anpassen und somit das Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe herstellen. Insgesamt konnte in 20 Fällen (2020: einein Fall) das Einvernehmen hergestellt werden.

Auch im Jahr 2021 nahmen Vertreter*innen des Sachgebietes an den Arbeitsgruppen zur Kitarechtsreform teil.

Praxisberatung Kindertagesstätten

Die beherrschenden Themen im Jahr 2021 waren die Pandemie und der Kitaplatzmangel in einigen Kommunen. Ein weiteres Thema war die Umsetzung der aalternativen Angebote (gemäß § 1 Abs. 4 des KitaG). Im Jahr 2021 wurde die Umsetzung dieser Angebote im Rahmen der Kitarechtsreform hinterfragt und verschiedene Merkmale für eine zukünftige Definition dafür zusammengetragen. Bislang ist dies im KitaG nur sehr unverbindlich geregelt. In Teltow-Fläming ist eine Kommune bei der Nachmittagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter betroffen. Hier gab es gemeinsam mit der Kommune, dem MBJS und dem Träger Beratungsgespräche hinsichtlich der weiteren Umsetzbarkeit, um den entsprechenden Betreuungsbedarfen gerecht werden zu können.

Wie im Jahr 2020 war die Tätigkeit der Kita-Praxisberatung im Jahr 2021 von der Pandemie geprägt. In einem großen Maße stellten die Kindertageseinrichtungen Fragen zum Umgang mit Infizierten, Hygieneplänen, Impfungen und Testungen. Vor allem zum Jahresende ist dies aufgrund stark gestiegener Infektionszahlen das beherrschende Thema.

Mit einigen Herausforderungen konnte mithilfe aller Akteure (Träger, Kommune, Kita-Praxisberatung und MBJS) ein Prozess zur Umsetzung alternativer Angebote angeregt werden. In der betreffenden Kommune finden richtungsweisende Arbeitsgruppentreffen statt, die erkenntnisreiche Ergebnisse für den zukünftigen Umgang mit alternativen Angeboten liefern können.

Vor allem in den Sommermonaten bestand ein Großteil der Bemühungen der Kita-Praxisberatung darin, Elternanfragen zu fehlenden Kitaplätzen zu bearbeiten. Diese wurden erfasst und die Anfragen systematisch bearbeitet.

Auch thematische Anfragen und vermittelnde Beratungen zwischen den Kindertageseinrichtungen und Eltern wurden bearbeitet und dokumentiert.

Praxisberatung Kindertagespflege

Wie auch bei der Tätigkeit der Kita-Praxisberatung war die Praxisberatung Kindertagespflege im Jahr 2021 von der Pandemie geprägt. Hier wurden in einem großen Maße zu Fragen zum Umgang mit Infizierten, Hygieneplänen, Impfungen und Testungen beraten. Vor allem zum Jahresende ist dies aufgrund stark gestiegener Infektionszahlen das beherrschende Thema.

Darüber hinaus wurden die Kindertagespflegepersonen durch mehrere Onlinebefragungen an Prozessen beteiligt. U. a. wurden die Bedarfe an die Praxisberatung selbst und an Fortbildungsangeboten abgefragt. Mit der Auswertung wurde das Angebot entsprechend den Ergebnissen und personellen Möglichkeiten angepasst.

Es wurden Arbeitsmittelin Kindertagespflegestellen erarbeitet und bereitgestellt. Dies hat sich aufgrund vielfältiger Anfragen und Beschwerden als notwendig erwiesen. Die Materialien dienen der Orientierung für Kindertagespflegepersonen, unter welchen Maßgaben Tier-, insbesondere Hundehaltung, flankierend zur Betreuung in Kindertagespflegestellen realisiert werden kann.

Darüber hinaus wurde ein regelmäßiger E-Mail-Newsletter initiiert.

Ein großer Erfolg war der von der Praxisberatung Kindertagespflege organisierte und durchgeführte Fachtag für die Kindertagespflegepersonen. Dieser resultierte ebenfalls aus den Ergebnissen der Onlinebefragungen.

Elterngeld

Das Elterngeld ist eine Einkommensersatzleistung nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz für alle Eltern, die sich vorrangig selbst der Betreuung des Kindes widmen wollen und deshalb nicht voll erwerbstätig sind. Im Jahr 2021 wurden 2.022[1] Anträge auf Elterngeld gestellt (Vorjahr: 2.125). 158 Anträge sind nicht registriert und daher noch nicht berücksichtigt. Darüber hinaus sind 297 Anträge noch nicht abschließend bearbeitet.

Das ElterngeldPlus wurde 2021 in 389 Fällen beantragt (im Vorjahr 440). In 52 Fällen wurde auch die Teilzeitregelung in Anspruch genommen. Das zeigt, dass ElterngeldPlus häufig als verlängerte Auszahlungsvariante genutzt wird. Der Partnerschaftsbonus wurde in 28 Fällen (Vorjahr: 36) genutzt.

Mit der Einführung der Neuregelungen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes ist der Beratungsaufwand enorm gestiegen. Dieser ergibt sich insbesondere daraus, dass das Elterngeld verschiedenartig genutzt und an den familiären Bedarf individuell angepasst werden kann.

In 32,09 Prozent der Fälle waren Väter die Antragssteller. Diese haben im Durchschnitt drei Monate Elterngeld bezogen. Die Anträge mit EU-Bezug (wenn zum Beispiel Elternteile in unterschiedlichen Ländern arbeiten oder leben) sind im Vergleich mit 33 Anträgen rückläufig (Vorjahr: 51). Die Fälle mit EU-Bezug sind in den Vorjahren stets gestiegen. Die Ursache für den Rückgang der Fallzahlen könnte die Pandemie sein.

Pandemiebedingt konnten externe Beratungen (Familienzentren, Schwangerenfrühstück usw.) nicht angeboten werden.

Ferner trat am 01.09.2021 eine Änderung des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG) in Kraft. Es wurden Änderungen im Bereich der Teilzeitbeschäftigung, des Partnerschaftsbonus und eine neue Regelung für frühgeborene Kinder umgesetzt. Beispielsweise erhalten jetzt Eltern von frühgeborenen Kindern bis zu 4 Elterngeldmonate mehr.

Die Umsetzung der Änderung des BBEG führte wiederum zu einem Mehraufwand bei der Bearbeitung, da für alle Kinder die vor dem 01.09.2021 geboren wurden, die alten Regelungen greifen.

[1] Stand der Statistik: 18.01.2022

Sachgebiet Unterhalt

Beistandschaft, Unterstützung und Beratung zur Feststellung der Vaterschaft und Sicherung des Unterhaltes

Können Eltern von minderjährigen Kindern die Vaterschaft bzw. die Unterhaltszahlungen nicht selbstständig klären, hat der Elternteil, in dessen Obhut sich das Kind bzw. die Kinder befinden, die Möglichkeit, Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Jugendamt in Anspruch zu nehmen. Besteht darüber hinaus die Notwendigkeit gerichtlicher Schritte, kann eine Beistandschaft beantragt werden. Das Jugendamt berät und unterstützt auch den Elternteil, der das Kind betreut, bei der Erlangung des Unterhalts. Dabei gilt „So viel Beratung und Unterstützung wie möglich, so viel Beistandschaft wie nötig“. Ziel ist, dass Eltern sich soweit als möglich in Fragen von Vaterschaft und Unterhalt untereinander verständigen und die Ansprüche ihrer Kinder möglichst ohne gerichtliche Auseinandersetzungen klären. Dies kann dem Familienfrieden dienen und soll das Kindeswohl nicht gefährden. In vielen Fällen ist dafür auch schon eine fachliche Beratung ausreichend, die einen hohen Stellenwert in der Arbeit einnimmt.

Beurkundungen

Im Jugendamt werden Beurkundungen im Kindschaftsrecht angeboten. Beurkundet werden unter anderem Vaterschaftsanerkennungen, Sorgeerklärungen und Unterhaltsverpflichtungen. Darüber hinaus werden für Eltern und öffentliche Träger Abschriften von Urkunden und weitere vollstreckbare Ausfertigungen von Unterhaltsurkunden erstellt. Im Jahr waren es insgesamt 1.370 Urkunden.

Unterhaltsvorschussleistungen

Für Kinder, die keinen oder keinen ausreichenden Unterhalt vom unterhaltsverpflichteten Elternteil erhalten, zahlt das Jugendamt Unterhaltsvorschussleistungen. Diese werden aus Landes- und Bundesmitteln finanziert.

Für die Unterhaltsschuldner*innen besteht eine Rückzahlungspflicht, soweit sie leistungsfähig sind. Der Rückgriff auf die Unterhaltsschuldner*innen stellt im Verhältnis zur Leistungsgewährung den größeren Aufgabenanteil dar. Er ist im Allgemeinen mit jahrelangen Einzugsverfahren und gerichtlichen Durchsetzungsmaßnahmen verbunden.

Gesundheitsamt

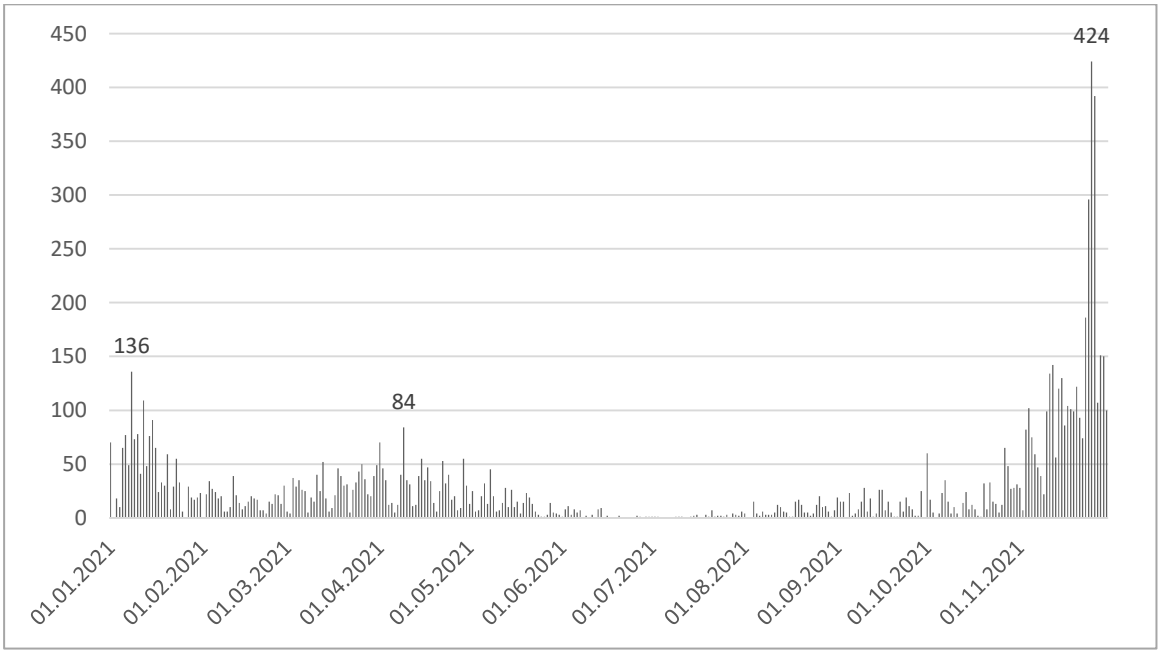
Pandemiebekämpfung

Bei SARS-CoV-2 (severe acute respiratory syndrome coronavirus type 2) handelt es sich um ein neuartiges Coronavirus, welches Anfang des Jahres 2020 als Auslöser von ovidCovid-19 identifiziert wurde und weltweit zu bisher 338 Mio. Infektionen sowie 5,57 Millionen damit in Verbindung stehenden Todesfällen führte[2]. In Deutschland wurden bisher 8,32 Millionen Infektionen sowie 116.315 Todesfälle gemeldet[3].

Im Landkreis Teltow-Fläming beträgt die Gesamtzahl der seit Pandemiebeginn gemeldeten ovidCovid-19-Fälle bis 31.12.2021 insgesamt 19.715, von diesen gingen 13.413 Meldungen im Jahr 2021 beim Gesundheitsamt ein. Die Hauptziele zur Bekämpfung und Prävention von SARS-CoV-2 auf kommunaler Ebene liegen im Unterbrechen von Infektionsketten, dem Impfen der Bevölkerung sowie der Beratung, Betreuung und Versorgung von Betroffenen. Diesen Maßnahmen ordnen sich die Kontaktpersonennachverfolgung sowie die Überwachung der Einhaltung von Eindämmungs- und Schutzmaßnahmen unter.

Die Maßnahmen wurden im Jahr 2021 den verschiedenen Pandemiewellen und den jeweiligen epidemiologischen Besonderheiten angepasst.

Abbildung 3: Anzahl der täglich an das RKI gemeldeten ovidCovid-19-Neuinfektionen in Teltow-Fläming



[2] Statista (2022): https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1094950/umfrage/entwicklung-der-weltweiten-fallzahl-des-coronavirus/

[3] RKI (2022): https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/nCoV_node.html

Im Januar 2021 kam es zu einem Abebben der zweiten SARS-CoV-2-Pandemiewelle, welche bereits im Herbst/Winter 2020 einsetzte und durch die allgemeine Erkältungssaison bedingt war. Täglich wurden dem Gesundheitsamt bis zu 136 Neuinfektionen gemeldet, der Höchstwert der 7-Tage-Inzidenz lag am 15.01.2022 bei 330 Infizierten pro 100.000 Einwohner*innen (siehe Abbildung 3). Aufgrund eines fehlenden Impfschutzes waren insbesondere ältere Menschen aus zahlreichen Pflege- und Senioreneinrichtungen des Landkreises betroffen. Am 10.02.2021 wurde dem Gesundheitsamt der erste Fall der besorgniserregenden Alpha-Variante gemeldet, welche eine höhere Infektiosität als die Covid-19-Wildform aufwies und schwerwiegendere Krankheitsverläufe verursachte.

Die Ausbreitung der Alpha-Variante bedingte die dritte SARS-CoV-2 Pandemiewelle, welche bis Juni 2021 andauerte. In diesem Zeitraum wurden dem Gesundheitsamt täglich bis zu 84 ovidCovid-19-Neuinfektionen gemeldet, die 7-Tage-Inzidenz erreichte am 01.04.2021 ihren Höchstwert von 166,5 Infizierten pro 100.000 Einwohner*innen. Insgesamt wurde die Alpha-Variante bei 1.076 Bürger*innen diagnostiziert, bis diese von der neuartigeren Delta-Variante verdrängt wurde. Hierbei handelt es sich um eine weitere Mutationsform des Coronavirus, welche ab dem Spätherbst 2021 zu einem starken Anstieg der Covid-19-Fallzahlen führte (siehe Abbildung 3: Anzahl der täglich an das RKI gemeldeten ovidCovid-19-Neuinfektionen in Teltow-Fläming, Abbildung 3). Obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits rund 58 Prozent der Bürger*innen des Landkreises als vollständig geimpft galten, wurden täglich bis zu 424 Erkrankungen gemeldet, die 7-Tage-Inzidenz im Landkreis stieg am 29.11.2021 auf den Jahreshöchstwert von 996,2 Infizierten pro 100.000 Einwohner*innen an.

Im Vergleich zum Jahr 2020 wurde 2021 die 4,5 fache Menge an ovidCovid-19-Infektionsmeldungen durch das Gesundheitsamt und die zugehörigen Tätigkeitsbereiche bearbeitet (13.413 Fälle im Jahr 2021 zu 2.961 Fälle im Jahr 2020).

Zu den Aufgaben- oder Funktionsbereichen des Gesundheitsamtes zählen die ovidCovid-19-Meldestelle, die ovidCovid-19- Kontaktermittlungen, die Koordination der Bürgerteststellen, die Teststelle des Gesundheitsamtes, die Beratung von Einreisenden und Prüfung der erforderlichen Nachweise, die Impfstelle, die Corona-Kontrollen sowie die Bearbeitung von Ordnungs-widrigkeiten und Beschwerden. Der Bereich der täglichen Tagebuch-Kontrollanrufe wurde aufgrund der hohen Arbeitsauslastung eingestellt.

Die Beschäftigten aller Sachgebiete des Gesundheitsamtes waren stark in die Bekämpfung der Corona-Pandemie eingebunden. Demnach konnten die Pflichtaufgaben gar nicht oder erheblich eingeschränkt wahrgenommen werden.

ovidCovid-19-Meldestelle

Die ovidCovid-19-Meldestelle erfasst sämtliche eingehenden Meldungen, welche mit dem SARS-CoV-2-Virus in Bezug stehen. Hierzu zählen Infektionsmeldungen (Arzt, Labor), ärztliche Verdachtsmeldungen, Hospitalisations- und Mutationsmeldungen, Todesmeldungen sowie Kontaktpersonen-Selbstanzeigen. Im Jahr 2021 wurden 13.413 ovidCovid-19-Fälle gemeldet und erfasst, weiterhin wurden 201 Todesfälle in Zusammenhang mit ovidCovid-19 registriert, was dem Dreifachen des Vorjahreswertes entspricht (67 Verstorbene im Jahr 2020).

Ordnungswidrigkeiten und Beschwerden

Aufgrund der epidemischen Lage wurden im Jahr 2021 einzig Verstöße gegen die Umgangs- und Eindämmungsverordnung geahndet. Wegen der hohen Anzahl der Zuwiderhandlungen und der vermehrten Mitarbeit der Beschäftigten in der Kontaktnachverfolgung kamen viele Verstöße nicht zur Ahndung oder wurden noch nicht bearbeitet. Weiter mussten viele Verfahren eingestellt werden, da falsche oder unzureichende Angaben gemacht wurden.

2021 wurden insgesamt 334 Verstöße gemeldet. Der größte Anteil wurde von der Bundespolizei wegen fehlender Einreiseanmeldungen gemeldet. Die Landespolizei dagegen meldete vermehrt Verstöße wegen privater Zusammenkünfte.

Bisher wurden 61 Anhörungen eingeleitet und ein Bußgeld in Höhe von 1.659,50 angeordnet.

ovidCovid-19-Kontaktermittlungen

Im Rahmen der ovidCovid-19-Ermittlungen kontaktieren Beschäftigte des Gesundheitsamtes Infizierte sowie deren enge Kontaktpersonen, führen individuelle Fallermittlungen durch und ordnen Isolation, Quarantäne und Beobachtung als Infektionsschutzmaßnahmen gemäß dem Infektionsschutzgesetz an. Das Ziel besteht darin, Infektionsketten frühzeitig zu unterbrechen und die Ausbreitung der Erkrankung in der Bevölkerung einzudämmen.

Insgesamt wurden 13.413 ovidCovid-19-Infizierte sowie 18.625 Kontaktpersonen ermittelt. In 12.421 Fällen (67 Prozent der Kontaktpersonen) musste eine häusliche Quarantäne angeordnet werden. Neben den Individualermittlungen in Haushalten bzw. Familien erfolgt die Bearbeitung und Betreuung von medizinischen sowie Gemeinschaftseinrichtungen (Heime, Schulen, Kitas, Einrichtungen des Asylwesens u. a.).

Beauftragung, Beratung und Überwachung der Bürgerteststellen

In der Coronavirus-Testverordnung (TestV) vom 8. März 2021 wurde in § 4a der Anspruch auf Durchführung von PoC-Antigen-Tests bei asymptomatischen Personen (Bürgertestungen) festgelegt. Das Gesundheitsamt beauftragt Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsträger (z. B. DRK und AWO) sowie weitere Leistungsanbieter zur Durchführung von Bürgertestungen. Die Zulassungsanträge werden vom Gesundheitsamt geprüft. Aufgrund von verschiedenen Änderungen der Testverordnung schwankte auch das Angebot von Bürgerteststellen im Landkreis. 2021 waren elf Apotheken, zwölf Arztpraxen sowie 69 weitere Leistungserbringer im Landkreis als „Teststellen“ tätig, wobei zum Jahresende 2021 noch fünf Apotheken, die testenden Arztpraxen sowie 19 Drittanbieter aktiv waren.

Insgesamt wurden im Jahr 2021 270.004 Bürgerstestungen durchgeführt, von denen 1.031 Testungen ovidCovid-19-positiv ausfielen (Positiv-Rate: 0,38 Prozent).

Umsetzung der Nationalen Teststrategie

Das Gesundheitsamt setzte 2021 die Prüfung und Bewilligung der Anträge im Rahmen der Nationalen Teststrategie fort. Insgesamt wurden 132 Einrichtungen erfasst. Dazu gehören u. a. die Krankenhäuser, das Dialysezentrum sowie die ambulanten und stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Pflege.

Teststelle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)

Bei der ÖGD-Teststelle handelt es sich um eine ovidCovid-19-Teststelle, die vom Gesundheitsamt des Landkreises Teltow-Fläming betrieben wird. Die Testungen erfolgen ausschließlich in Absprache mit dem Gesundheitsamt. Im Jahr 2021 wurden 5.339 SARS-CoV-2-PCR-Testungen durchgeführt, circa 103 PCR-Abstriche pro Woche. Rund 29 Prozent der PCR-Testungen fielen positiv aus (1.574 von 5.339). Weiterhin wurden im 2021 982 Antigen-Schnelltestungen durchgeführt, rund 19 Abstriche pro Woche. Von den Schnelltestungen fielen 37 Abstriche positiv aus (Positiv-Rate: rund 4 Prozent).

Einreisende/Reiserückkehrer*innen

Für das Jahr 2021 gingen 29.721 Einreiseanmeldungen beim Gesundheitsamt ein. Zu den häufigsten Einreisestaaten zählten Ägypten, die Türkei, Spanien, Polen, Großbritannien, Kroatien, Portugal, Schweden, Norwegen, Österreich sowie die Schweiz. Im April gingen die meisten Anmeldungen des Jahres ein (4.169, rund 14 Prozent aller Anmeldungen), gefolgt vom Monat Juli mit 3.976 Anmeldungen (13,4 Prozent). Bei 33 Prozent der Einreisenden (9.787 von 29.721 Reiserückkehrer*innen) wurde nach den jeweils geltenden Einreisebestimmungen eine Quarantäne angeordnet.

Impfstelle

Seit Oktober 2021 bietet das Gesundheitsamt des Landkreises Teltow-Fläming im Rahmen seiner Impfsprechstunde gemäß § 3 Abs. 3 des BbgGDG und den aktuell gültigen STIKO-Empfehlungen auch Impfungen gegen ovidCovid-19 an. Bis Ende 2021 konnten dort 77 Bürger*innen ihre Erstimpfung, 43 Bürger*innen ihre Zweitimpfung sowie 421 Bürger*innen eine Auffrischungsimpfung erhalten. Die meisten Impfdosen wurden in den Monaten November (228 Impfungen) und Dezember (301 Impfungen) verabreicht.

Corona-Kontrollen

Zu den Aufgaben des Tätigkeitsbereiches Corona-Kontrollen zählen die Verfolgung von Verstößen gegen die SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung und gegen das Infektionsschutzgesetz, die Verfolgung von Beschwerden sowie sonstige Aufgaben (telefonische Beratung und Klärung sonstiger Sachverhalte). Im Jahr 2021 wurde in 368 Fällen Quarantäneverstöße verfolgt bzw. Kontrollen zur Einhaltung der häuslichen Quarantäne durchgeführt. Weiterhin wurde 93 Verstößen gegen die SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung im Landkreis nachgegangen. In 21 Gaststätten sowie in Schulen und Kitas wurden die Hygienekonzepte kontrolliert.

Darüber hinaus wurden 56 Anfragen zur ovidCovid-19-Eindämmungsverordnung und Hygienekonzepte bearbeitet.

Psychiatriekoordination, Gesundheitsberichterstattung und kommunale Gesundheitsförderung

Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie führte dazu, dass die Aufgaben der Psychiatriekoordination, der Gesundheitsberichterstattung und der kommunalen Gesundheitsförderung nur eingeschränkt wahrgenommen werden konnten.

Eine regelmäßige Berichterstattung zur Coronalage wurde der Öffentlichkeit, dem Krisenstab, dem Kreistag und den Ausschüssen bzw. der Verwaltungsspitze zur Verfügung gestellt.

Medizinalaufsicht

Zu den Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörden (Gesundheitsämter) gehört die Überwachung von nichtärztlichen Berufen des Gesundheitswesens.

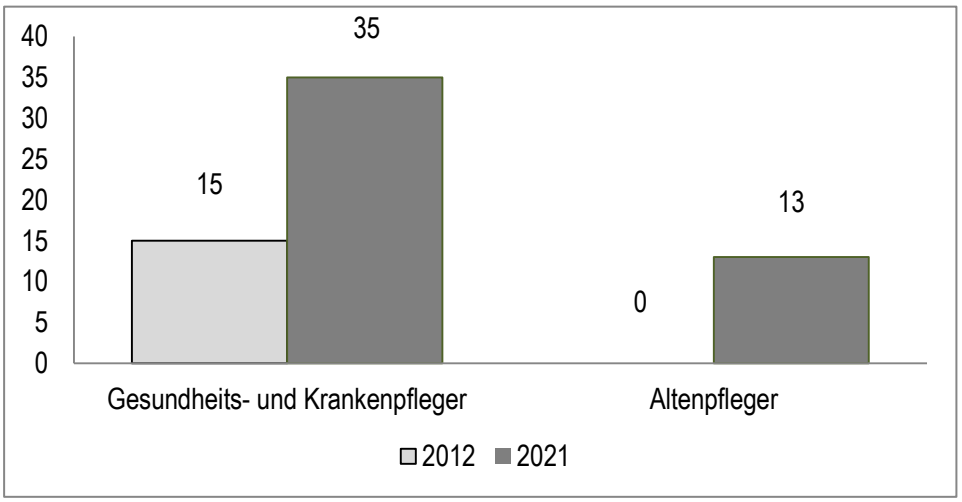
Das Gesundheitsamt überwacht die Berechtigung zur Ausübung der Berufe im Gesundheitswesen und die Führung der Berufsbezeichnung.

Tabelle 15: Gemeldete Gesundheitsberufe im Landkreis Teltow-Fläming laut BbgGDG

Berufsbezeichnung	Anmeldungen		
	2020	2021	gesamt
Physiotherapeut*in, Masseur*in, Krankengymnast*in	2	6	104
Häusliche*r Kranken- oder Altenpfleger*in	3	3	62
Hebamme (kreisintern)	1	10	26
Logopäde/Logopädin	1	3	21
Ergotherapeut*in	1	0	19
Podologe/Podologin	1	1	12
Desinfektor*in	3	0	3
freiberufliche Gesundheits- und Krankenpfleger*innen	1	1	35
freiberufliche Altenpfleger*innen	0	0	13

Im Vergleich zu 2012 ist aufgrund der wachsenden Alterung der Bevölkerung ein Anstieg der freiberuflichen Gesundheits- und Krankenpfleger*innen sowie Altenpfleger*innen zu verzeichnen.

Abbildung 4: Anzahl der Gesundheits- und Krankenpfleger*innen und Altenpfleger*innen im Landkreis TF im Jahresvergleich 2012 und 2021



Ebenfalls zu den Berufen des Gesundheitswesens gehören u. a.

- Heilpraktiker*innnen
- Heilpraktiker*innen, beschränkt auf das Gebiet der Psychotherapie und
- Heilpraktiker*innen, beschränkt auf das Gebiet der Physiotherapie.

2021 waren im Landkreis Teltow-Fläming 68 Heilpraktiker*innen tätig. Seit dem Jahr 2012 hat sich ihre Anzahl verdoppelt. Auch bei den angezeigten Niederlassungen von Heilpraktiker*innen, die beschränkt auf dem Gebiet der Psychotherapie tätig sind, ist eine steigende Tendenz zu verzeichnen. Während es noch 2012 im Landkreis Teltow-Fläming 15 angezeigte Niederlassungen, beschränkt auf das Gebiet der Psychotherapie, waren, ist die Zahl im Jahr 2021 auf 30 gestiegen. Ebenfalls einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz bedürfen seit 2012 Personen mit abgeschlossener Ausbildung zur Physiotherapeutin oder zum Physiotherapeuten, die in eigener Verantwortung und ohne ärztliche Verordnung heilkundlich-physiotherapeutische Tätigkeiten ausüben. Bis zum 31.12.2021 waren bereits 24 Personen aus dem Landkreis Teltow-Fläming als sektoraler Heilpraktiker Physiotherapie tätig.

Gemäß der Richtlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Durchführung des Verfahrens zur Erteilung einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz vom 8. März 2012 sind für die Erteilung einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz die Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte zuständig. Die Überprüfung der Kenntnisse und Fähigkeiten der antragstellenden Person erfolgt im Gesundheitsamt der Stadt Potsdam.

Von den 2021 zur Prüfung angemeldeten Heilpraktiker*innen hat eine Person die Prüfung bestanden. Alle zur Prüfung angemeldeten Heilpraktiker*innen, beschränkt auf das Gebiet der Psychotherapie, konnten diese nicht erfolgreich abschließen.

Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst

Tuberkulose-Beratung

Im Jahr 2021 wurden dem Gesundheitsamt sechs Tuberkulosen nach § 6 (meldepflichtige Krankheiten) Infektionsschutzgesetz gemeldet.

Es ist Aufgabe der Gesundheitsämter, die Übertragung bzw. Weiterverbreitung der Tuberkulose in der Bevölkerung zu verhindern. Hierzu werden Beratungen und Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen bei den engen Kontaktpersonen in Familie, Beruf, Freizeit und anderen Lebensbereichen durchgeführt.

81 Menschen wurden als enge Kontaktpersonen im Rahmen der Tuberkulose-Überwachung ermittelt oder aus anderen Landkreisen der Bundesrepublik dem Gesundheitsamt gemeldet. Im Rahmen der Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen wurden 2021 keine weiteren Tuberkulose-Erkrankungen diagnostiziert.

Begutachtungswesen

2021 wurden im Amtsärztlichen und Sozialmedizinischen Dienst des Gesundheitsamtes 179 Untersuchungen und Begutachtungen durchgeführt (Vorjahr: 137, 2019: 271).

Ein Großteil der Untersuchungen sind Begutachtungen zur Prüfung der Dienstfähigkeit und zur Einstellung von Beamt*innen. Die Begutachtungen konnten 2021 wegen des Einsatzes des ärztlichen Personals in der Pandemiebekämpfung (insbesondere im Bereich der Impfungen gegen ovidCovid-19) und aus innerbetrieblichen Gründen nicht mehr in dem Maße durchgeführt werden wie in früheren Jahren.

Mortalität

Im Jahr 2021 wurden 2042 Totenscheine (+7,2 Prozent) vom Gesundheitsamt registriert. Die Auswertung und Archivierung steht aufgrund der Corona-Pandemie noch aus. Bei 29 Verstorbenen wurde 2021 eine Sektion durchgeführt. Weiterhin wurden 27 Anfragen von Behörden und wissenschaftlichen Instituten, Versicherungen und Bürgern bearbeitet. Für den grenzüberschreitenden Transport einer Leiche wird von Deutschland ein amtlicher Leichenpass gefordert. Zusätzlich wird nach Überprüfung des Totenscheines, nochmaliger Besichtigung der Leiche und Kontrolle der ordnungsgemäßen Einsargung der Internationale Leichenpass durch das Gesundheitsamt ausgestellt. Insgesamt wurden 2021 drei Internationale Leichenpässe ausgestellt.

Entsprechend den gesetzlichen Regelungen werden anonymisierte Daten zu Todesursachen und Todesart monatlich an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und nicht anonymisierte Daten zu Todesursachen quartalsweise an das Gemeinsame Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen gemeldet.

Schutzimpfungen im Gesundheitsamt

2021 wurden 1.100 Schutzimpfungen (Vorjahr: 289) verabreicht, darunter 280 Influenza-Schutzimpfungen (Vorjahr: 258).

Ab dem 28.10.2021 hat das Gesundheitsamt begonnen, parallel zu den Arztpraxen Impfungen gegen Covid-19 anzubieten. Bis zum 22.12.2020 wurden 541 Impfungen gegen Covid-19 verabreicht, davon 77 Erst-, 43 Zweit- und 421 Booster-Impfungen. Die Impfsprechstunde wurde dazu auf bis zu vier Tage pro Woche ausgeweitet. Auch in Einrichtungen der Eingliederungshilfe und in einem Übergangswohnheim fanden Impfungen statt.

Pflegestützpunkt

Pflegestützpunkte sind örtliche Anlaufstellen für Versicherte der Pflegeversicherung und ihre Angehörigen. Auf Grundlage des Paragraphen 92c des Elften Sozialgesetzbuches (SGB XI) wurden von den Pflege- und Krankenkassen, Landkreisen und kreisfreien Städten Pflegestützpunkte errichtet.

Trotz der angespannten Situation und der Mitwirkung bei der Bewältigung der Corona-Pandemie fanden im gesamten Jahr Beratungen statt.

2021 fanden 294 Sozialberatungen im Pflegestützpunkt Teltow-Fläming und 651 sozialmedizinische Beratungen (Themen außerhalb der Pflege) statt. Die Beratungen im sozialmedizinischen Dienst und im Pflegestützpunkt wurden am Dienstort, am Telefon, durch einen Hausbesuch und per E-Mail durchgeführt. Als die Inzidenzzahlen besonders hoch waren, wurden Hausbesuche nur im äußersten Notfall durchgeführt und auf eine Beratung am Telefon umgestellt.

Öffentlichkeitsarbeit konnte nur vereinzelt geleistet werden. Hauptsächlich wurden die Sommermonate dazu genutzt. Selbsthilfegruppen, Netzwerke und Vereine trafen sich im Freien. So konnte ein Kontakt zum Senioren-und Behindertenbeirat, der Selbsthilfekontaktstelle, dem Bürgerbus, KMG-Klinikum (Brustzentrum) und dem Mehrgenerationshaus stattfinden.

Die geplante Veranstaltung und Ausstellung „Gemeinsam Essen im Alter“ musste ausfallen; diese Wanderausstellung soll voraussichtlich im 2. Halbjahr 2022 gezeigt werden.

Durch die Veränderung der Arbeitsaufgaben 2021 kann keine korrekte Aussage zur Entwicklung der Beratungszahlen getroffen werden.

HIV-Beratung Luckenwalde

Im Jahr 2021 fanden 22 HIV Beratungen und 22 HIV-Tests statt. Dies waren acht Testungen mehr als im Jahr 2020. Ein positives Testergebnis war nicht zu verzeichnen. Die HIV-Beratung nahmen mehr Männer als Frauen in Anspruch (13 Männer und 9 Frauen). Das Durchschnittsalter lag bei 32 Jahren. Aus den Beratungsgesprächen vor und nach den Testungen war zu erkennen, dass Betroffene vom kostenlosen Angebot zur HIV-Testung angenehm überrascht waren; sie äußerten sich sehr positiv darüber.

Ein Test beim Hausarzt oder in einer Aids-Beratungsstelle (Potsdam/Berlin) ist immer mit langen Terminen, Wartezeiten, Anfahrtswegen und teilweise auch mit Kosten verbunden.

Gesundheitsberatung nach Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG)

Im Oktober 2021 fanden zwei Beratungen zum ProstSchG in Luckenwalde statt. Aufgrund der Pandemie wurde bereits 2020 ein Prostitutionsverbot ausgesprochen. Erst seit Juni 2021 sind die Erbringung sexueller Dienstleistungen und das Prostitutionsgewerbe unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen wieder zulässig.

Weitere Anfragen zur Unterstützung, z. B. bei der Beantragung von Hilfsgeldern, gab es keine.

Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Tabelle 16: Untersuchungen und Begutachtungen sowie sonstige Leistungen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes

Art der kinderärztlichen Untersuchung	2020/2021	2019/2020	2018/2019	2017/2018
Kita-Untersuchungen gesamt	154	533	781	821
- davon Untersuchungen 30. bis 42. Lebensmonat	87	252	638	652
Schuleingangsuntersuchungen	1.762	1.739	1.716	1.457
Schüler*innen 6. Klasse	0	0	8	120
Schulabgangsuntersuchungen (§ 32 Jugendarbeitsschutzgesetz)	712	730	783	571
erste Nachuntersuchung (§ 33 Jugendarbeitsschutzgesetz)	28	35	22	20
Gutachten gesamt, gemäß gesetzlicher Grundlage	191	189	225	200
- SGB VIII	4	5	5	2
- SGB IX	124	76	128	107
- sonstige Gutachten [4]	63	0	92	91
zentrales Einladungs- und Rückmeldewesen (Anzahl der bearbeiteten Meldungen)	1137	1.740	1.219	1.015
Schutzimpfungen	167	236	289	273

Im Schuljahr 2020/2021 ist die Anzahl der kinderärztlichen Untersuchungen im Wesentlichen gesunken. Grund dafür war der Einsatz des Personals zur Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie. Ab diesem Zeitpunkt konnten keine Kita-Untersuchungen mehr durchgeführt werden. Für Eltern von Kindern mit einem Hilfebedarf bzw. Entwicklungsauffälligkeiten fanden telefonische Beratungen statt. Zusätzlich fanden in besonderen Fällen Untersuchungen im Amt statt.

Die Anzahl der Schuleingangsuntersuchungen ist erneut gestiegen.

Bei den Schuleingangs- wie auch Schulabgangsuntersuchungen mussten Anpassungen im Screening vorgenommen werden. Bei beiden Untersuchungen wird seit Ausbruch der Corona-Pandemie auf die körperliche Untersuchung verzichtet.

Aufgrund der Pandemie war das Zentrale Einladungs- und Rückmeldewesen zeitweise ausgesetzt.

[4] Kur, Schülerspezialverkehr

Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst

Hauptaufgabe des Zahnärztlichen Dienstes ist die Förderung der Zahn- und Mundgesundheit aller Kinder und Jugendlichen. Eine Schlüsselstellung dabei haben die Früherkennungsuntersuchungen und präventive Maßnahmen. Durch das aktive Herantragen präventiver Leistungen wird es möglich, typische sozialspezifische Unterschiede in der Inanspruchnahme zahnärztlicher Leistungen auszugleichen.

Den gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen hat der Zahnärztliche Dienst im Schuljahr 2020/21 einzig von September bis Oktober 2020 sowie von Juni bis Juli 2021 nachkommen können. So konnten beispielsweise nur Kinder in 22 von 92 Kindertagesstätten und in einer von 31 Grundschulen aufgesucht werden. Hierbei wurden 1.966 von 22.386 Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 16 Jahren untersucht und gruppenprophylaktisch betreut. Ein zweiter Prophylaxe-Impuls für Kinder und Jugendliche mit einem erhöhten Kariesrisiko konnte nicht erfolgen. Durch die Pandemie ist die Zahl der Kindertagesstätten, in denen täglich Zähne geputzt werden, auf 19 von 92 gesunken.

Trotz der Einstellung der Untersuchungen ist es dem Zahnärztlichen Dienst gelungen, den Kontakt mit den zu betreuenden Einrichtungen telefonisch oder per E-Mail aufrechtzuerhalten. Alle notwendigen Utensilien zum täglichen Zähneputzen wurden auf Wunsch versandt und dazu oder zu anderen Hygienemaßnahmen bezüglich der Pandemie Beratungsgespräche geführt. Somit konnte der Zahnärztliche Dienst, trotz des geringen Betreuungsgrades, eine Personalkostenförderung in Höhe von 19.798,60 Euro für das Schuljahr 2020/2021 erhalten.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden mit fünf Veranstaltungen (Elternnachmittage und -abende, Zahnputzaktionen, Projekte usw.) 86 Kinder und 23 Erwachsene erreicht. Dazu gab es beispielsweise anlässlich des jährlichen Tages der Zahngesundheit am 25. September an der Anne-Frank-Grundschule in Sperenberg zwei Aufführungen der Veranstaltungskünstler „Holzwurmtheater“ zum Thema Zahn- und Mundgesundheit. Das Publikum bestand aus 69 Mädchen und Jungen der 1. und 2. Klassen der Grundschule und dem pädagogischen Personal.

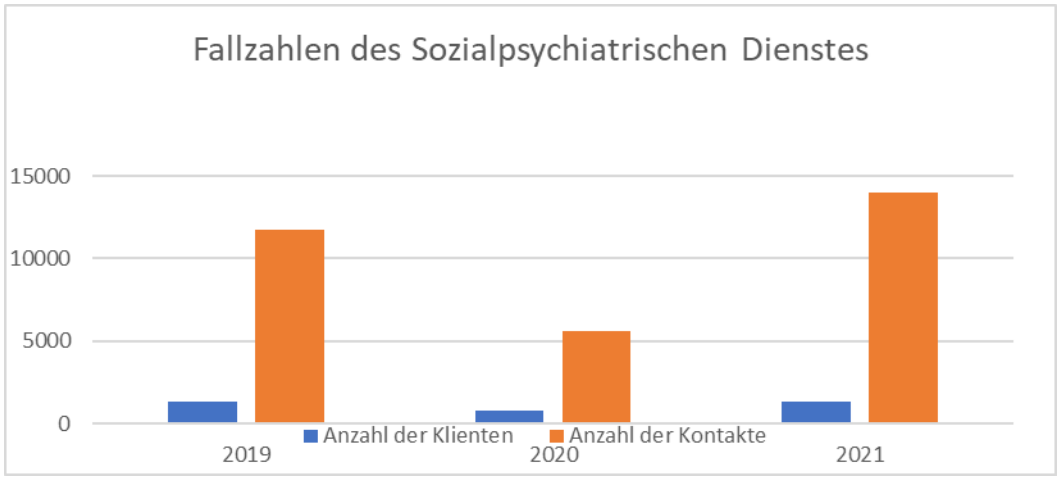
Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst

Der Sozialpsychiatrische Dienst des Landkreises Teltow-Fläming bietet im Rahmen der ambulanten Versorgung von psychisch kranken, intellektuell beeinträchtigten und suchtkranken Menschen sowie deren sozialem Umfeld qualifizierte Beratung und Betreuung an. Im Landkreis Teltow Fläming ist der Sozialpsychiatrische Dienst gemeindenah und personenzentriert an vier Standorten ansässig. Diese befinden sich in Luckenwalde, Jüterbog, Ludwigsfelde und Zossen.

Die Tätigkeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes basiert auf dem Brandenburgischen Gesundheitsgesetz (BbgGDG), dem Brandenburgischen Psychisch-Kranken-Gesetz (BbgPsychKG) sowie dem SGB IX und SGB XII.

Auch im Sozialpsychiatrischen Dienst (SpDi) mussten die persönlichen Kontakte zu den Klient*innen stark eingeschränkt werden, während telefonische und E-Mail-Kontakte stark zugenommen haben. Nur terminierte und dringende Notfälle wurden persönlich betreut. Abbildung 5 zeigt einen Überblick der Anzahl von den betreuten und beratenden Personen von 2019, 2020 und 2021 sowie die Kontakte zu Klient*innen und/oder deren msozialem Umfeld.

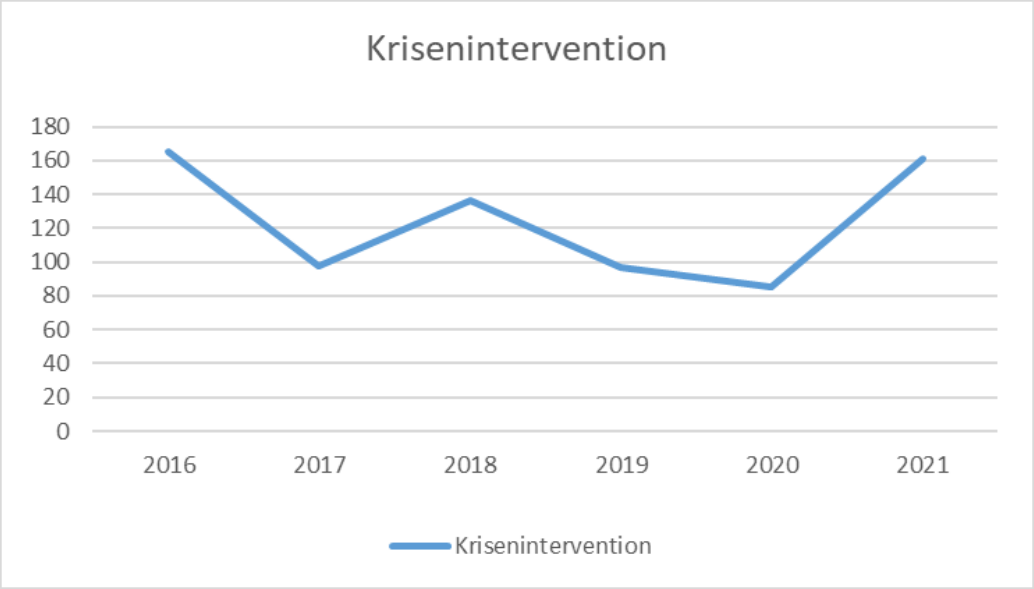
Abbildung 5: Übersicht der Anzahl der Klienten und Kontakte von 2019 bis 2021



In persönlichen Beratungsgesprächen werden die Problemlage ermittelt und mögliche Ursachen der psychischen Störung erörtert. Anschließend werden geeignete Hilfs- und Unterstützungsangebote vermittelt. Ist es erforderlich, erfolgt eine Begleitung und Weiterbetreuung. Das Angebot richtet sich an alle erwachsenden hilfebedürftigen Personen und kann auf Wunsch anonym durchgeführt werden. Die Beratung ist kostenlos und kann je nach gesundheitlicher Verfassung der hilfebedürftigen Person in der Beratungsstelle des Gesundheitsamtes oder zu HHause stattfinden.

Eine weitere Kernaufgabe des Sozialpsychiatrischen Dienstes ist die Krisenintervention. Dabei handelt es sich um kurzfristige professionelle Hilfen, die für Menschen mit psychischen Störungen und Suchterkrankungen bei akuter Eigen- und Fremdgefährdung geleistet werden. Sie erfolgen bei schwerwiegenden psychosozialen Krisen, Rückfällen sowie eskalierenden Konflikten. Ziel der Krisenintervention ist es, durch empathische fachliche Intervention möglichst eine freiwillige Behandlungsbereitschaft zu erreichen und Zwangsmaßnahmen abzuwenden. Im Jahr 2021 erfolgten im Landkreis Teltow-Fläming insgesamt 161 Kriseninterventionen. Dies ist rein ersichtlicher Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren.

Abbildung 6: Entwicklung der Anzahl der Kriseninterventionen in den Jahren 2016 bis 2021



DEZERNAT III

Fluglärmschutz und Schallschutzberatung

Aufgaben des Fluglärmschutzbeauftragten

Die Aufgabe des Fluglärmschutzbeauftragten für den Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld ist seit Anfang 2011 mittels Verwaltungsvereinbarung an den Landkreis übertragen. Diese Vereinbarung mit dem Land Brandenburg konnte im Jahr 2020 dauerhaft abgeschlossen werden.

Die Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafens BER ließ im Jahr 2021 die Beschwerdezahlen deutlich ansteigen. Nach Lockerung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie stieg im Frühsommer die Anzahl der Flugbewegungen deutlich an. Damit verbunden erhöhte sich das Beschwerdeaufkommen ebenfalls sprunghaft. Im vergangenen Jahr wurden bis zum Juni 413 Beschwerden eingereicht. Im zweiten Halbjahr kamen dann noch einmal 3.160 hinzu. Insgesamt gingen somit 3.573 Beschwerden zu über 10.000 einzelnen Überflugereignissen ein. Alle eingegangenen Beschwerden wurden ausgewertet und werden noch beantwortet.

Eine Zusammenfassung unterschiedlichster Informationen rund um das Thema Fluglärm und Luftverkehr wird den Bürgern auf der Domain des Fluglärmschutzbeauftragten in einem überarbeitetem frischen Design (www.fluglaermschutzbeauftragter-ber.de) zur Verfügung gestellt. Von dieser Möglichkeit machten immer mehr Menschen Gebrauch, informierten sich oder wandten sich mit weitergehenden Fragen per E-Mail an das Büro. Etwa 150 Personen suchten das Büro des Fluglärmschutzbeauftragten auf und erbaten Auskünfte zur aktuellen oder zukünftigen Lärmsituation durch den Flughafen BER. Die Bürger*innen möchten sich vor dem Erwerb oder Bau einer Immobilie umfassend informieren, sind aber ob der unzähligen und teils widersprüchlichen Informationen im Internet verunsichert. Die objektive Beratung und Erklärung der unterschiedlichen Sachverhalte durch die Beschäftigten nahmen die Bürger dankbar an.

Die Mitwirkung in der Fluglärmkommission, der Arbeitsgruppe Betriebsregelung der Staatskanzlei und im Rahmen des Dialogforums (Arbeitsgruppe 2 – Lärm) wurde weiter fortgesetzt. Darüber hinaus wurden wieder Gespräche mit unterschiedlichsten am Flugverkehr beteiligten Institutionen, aber auch mit Bürgerinitiativen und Betroffenen geführt. Darin wurden die Belange der Fluglärmbetroffenen vorgetragen, nach Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung gesucht und um Verständnis für die Anwohner geworben.

Flughafenbelange

Tätigkeitsschwerpunkte im Zusammenhang mit dem neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER) waren wiederum die Beratung von Bürger*innen und die Mitarbeit in den Gremien zur Flughafenumfeld-Entwicklung. So wurde die Mitarbeit des Landkreises in der Fluglärmkommission sowie im Dialogforum und in dessen verschiedenen Arbeitsgruppen zur Entwicklung des Flughafenumfeldes auf allen Ebenen fortgeführt.

Zur Vorsitzenden der Fluglärmkommission wurde im Jahr 2021 die Beigeordnete Dietlind Biesterfeld gewählt. Im Arbeitsausschuss der KAG Dialogforum Flughafenumfeld wird der Landkreis ebenfalls durch die Beigeordnete Dietlind Biesterfeld vertreten, im „Großen Dialogforum“ vertritt die Landrätin den Landkreis. Er wird in der Arbeitsgruppe 1 durch die Beigeordnete Dietlind Biesterfeld, in der Arbeitsgruppe 2 durch eine Mitarbeiterin der Schallschutzberatung und in der Arbeitsgruppe 3 durch den Leiter des Dezernats 4 Siegmund Trebschuh vertreten.

Im Rahmen der KAG Dialogforum beteiligte sich der Landkreis weiterhin an der Fortschreibung des Gemeinsamen Strukturkonzeptes (GSK) für die Flughafenregion.

Im Jahr 2021 wurde in Umsetzung des GSK auch das Thema Klimaschutz in der Flughafenregion aufgerufen. Dieses wird zukünftig in der AG 2 mitbehandelt.

Schallschutzberatung

Die Schallschutzberatung des Landkreises hat ihre Tätigkeit im Bürgerberatungszentrum in Schönefeld auch im Jahr 2021 fortgesetzt. Rund 1300-mal wandten sich von den Auswirkungen des Flughafens betroffene Menschen oder Interessierte an die Beratungsstelle. Aufgrund der Corona- Pandemie wurden wie im Vorjahr viele Beratungen telefonisch durchgeführt. Weiterhin findet der Austausch mit der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH regelmäßig statt. Verschiedenste Einzelfälle wurden auf Bitten ratsuchender Bürger*innen mit der FBB GmbH beraten und Lösungen herbeigeführt.

Nach Eröffnung des Flughafens sahen sich viele Betroffene veranlasst, sich mit den Schallschutzunterlagen und den geplanten Baumaßnahmen auseinanderzusetzen. Dazu entstand erhöhter Beratungsbedarf. Es gibt sehr viele Anspruchsberechtigte, die seit einigen Jahren über eine umsetzungsfähige Anspruchsermittlung verfügen, jedoch bisher keine Baumaßnahmen umsetzten. Über die Jahre hinweg entstanden konjunkturell bedingte Preiserhöhungen. Die FBB GmbH trägt diese Mehrkosten nicht. Die Betroffenen stehen nun vor dem Problem, einerseits den Schallschutz umsetzten zu wollen, andererseits jedoch sind sie finanziell nicht in der Lage, die entstandenen Mehrkosten zu tragen.

Einen sehr hohen Beratungsbedarf gab es zum Thema Neubauten im Flughafenumfeld durch Bauherren, Bauwillige und Planungsbüros.

Hierbei beraten die Mitarbeiterinnen von der ersten Kontaktaufnahme des Bauherrn bis hin zum Abschluss einer Individualvereinbarung zwischen Bauherren und der FBB GmbH zur möglichen Übernahme der zusätzlichen Kosten für die Realisierung des Schallschutzes am neuen Eigenheim.

Die Beratungsleistungen werden auch von Personen aus dem Nachbarlandkreis Dahme-Spreewald und dem Land Berlin in Anspruch genommen.

Rechtsamt

Versicherungsangelegenheiten

Im Bereich „Versicherungsangelegenheiten“ werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergerichtliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises Teltow-Fläming gegen Dritte bearbeitet.

Schadensersatzforderungen, z. B. aus Amtspflichtsverletzungen, die gegenüber dem Landkreis erhoben werden, werden an den kommunalen Haftpflichtversicherer, den Kommunalen Schadenausgleich (KSA) weitergeleitet. Dieser übernimmt die außergerichtliche und gerichtliche Abwicklung der Schadensfälle.

Schadensersatzklagen für und gegen den Landkreis fallen in die Zuständigkeit des Landgerichtes und unterliegen daher dem Anwaltszwang. Die Prozessvertretung kann in diesen Fällen nicht von den Jurist*innen des Landkreises ausgeübt werden. Der KSA beauftragt deshalb dafür Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die die Interessen des Landkreises vor Gericht vertreten. Die für die Versicherungsangelegenheiten zuständige Sachbearbeiterin führt die erforderliche Sachverhaltsermittlung durch und erarbeitet die Stellungnahmen als Arbeitsbasis für die vertretenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte und führt die laufende Korrespondenz durch.

Zudem ist die Sachbearbeiterin für Versicherungsangelegenheiten Anlaufstelle für hausinterne versicherungsrechtliche Auskünfte und Stellungnahmen zu allen den Landkreis Teltow-Fläming betreffenden Versicherungsbereichen. Die Anzahl der Anfragen stieg hier von 14 (2020) auf 23 (2021). Sie erstreckten sich auf unterschiedliche Aufgabenbereiche des Landkreises.

Im Berichtszeitraum ist die Zahl neu gemeldeter Schadenfälle im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen:

Tabelle 17: Rechtsamt: Anzahl der bearbeitenden Schadensfälle

Art der Schadenfälle	**2021**	**2020**
Allgemeine Haftpflichtschäden	21	7
Anspruch gegen Dritte	8	13
Dienstreisekasko	2	4
Gebäudeschäden	13	11
Inventarschäden	11	1
Kaskoschäden	16	13
Kfz-Haftpflichtschäden	7	2
Schülersachschäden	2	3
Rechtsschutzschadenfälle	2	0
Schadensersatzklagen	7	10
versicherungsrechtliche Stellungnahmen	23	14
gesamt	*2133*	*2098*

Allerdings blieb der Landkreis Teltow-Fläming auch im Jahr 2021 von ausgeprägten Unwetterlagen verschont.

Die zunehmende Komplexität von Schadenfällen und deren Abarbeitung führte auch im Jahr 2021 zu einer erneut steigenden Anzahl der aus Vorjahren fortzuführenden Schadenakten. Diese waren bzw. sind neben den neu eingegangenen Schadenfällen zu bearbeiten. Gleiches trifft auf einige der anhängigen Schadenersatzklagen zu.

Einen Schwerpunkt bildeten unverändert Schadenersatzforderungen, die von Eltern wegen ihres Verdienstausfalles infolge nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellter Kita-Plätze außergerichtlich geltend gemacht wurden. Von den insgesamt 21 neu gemeldeten Schadensfällen bezogen sich allein 11 auf diesen Sachverhalt. Sowohl die außergerichtlich geltend gemachten Forderungen als auch die darauf gerichteten Klagen vor dem Landgericht Potsdam wurden bislang mehrheitlich abgewiesen, andere noch nicht entschieden. Das Landgericht Potsdam begründet ebenso wie der KSA seine Entscheidungen regelmäßig damit, dass es die Klagenden vor der Geltendmachung der Schadenersatzforderungen unterlassen haben, den Rechtsanspruch ihrer Kinder auf einen Betreuungsplatz gerichtlich durchzusetzen.

Im Bereich der Gebäudeversicherung fallen mehrere über das Jahr verteilt aufgetretene Leitungswasserschäden ins Auge. Von den insgesamt fünf Schäden weist jener im Gesundheitsamt der Kreisverwaltung ein Schadenvolumen im fünfstelligen Bereich und der im Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog aus dem Herbst 2021 voraussichtlich sogar eine Schadenhöhe im sechsstelligen Bereich auf. Als Schadenursache sind in vier Fällen korrodierte Rohrleitungen diagnostiziert worden. Im fünften Fall war ein abgerissener Flexschlauch die Ursache für den Schadeneintritt. Hier wurde der größte Schaden verursacht.

Auch bei den Inventarschäden gibt es Auffälligkeiten: Abgesehen vom sprunghaften Anstieg bei der Anzahl der neu gemeldeten Schadenfälle ist festzustellen, dass sowohl die Schule mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt geistige Entwicklung in Groß Schulzendorf als auch das Friedrich-Gymnasium in Luckenwalde jeweils zweimal Opfer von Einbruch-Diebstählen wurden (in letzterem in einem Abstand von nur 4 Wochen). Während des ersten Einbruchs im Friedrich-Gymnasium wurden u. a. die Generalschlüssel gestohlen, was einen Austausch der gesamten Schließanlage zur Folge hat. In Groß Schulzendorf wurden ein hochwertiger Aufsitzrasenmäher sowie eine Outdoor-Sitzgarnitur entwendet. Der Gesamtschaden beläuft sich dort auf rund 13.000 Euro.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt sieben neue Schadenersatzklagen gegen den Landkreis erhoben, die in drei Fällen auf Schadenersatz wegen nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellter Kita-Plätze und in vier Fällen auf Schadenersatz nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) gerichtet sind. Zudem sind nach wie vor das Klageverfahren auf Schadenersatz wegen Mobbing und die Klage auf Schadenersatz im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch an Kindern, bei der der Täter meint, Anspruch auf Schadenersatz gegen den Landkreis zu haben, anhängig.

Rechtsangelegenheiten

Im Bereich „Rechtsangelegenheiten“ wird eine Querschnittsaufgabe für die Verwaltung wahrgenommen. Das Rechtsamt ist Berater für Rechtsfragen „für“ und „nach innen“. Es ist zuständig für die rechtliche Betreuung aller Ämter und sonstigen Organisationseinheiten des Landkreises, des Eigenbetriebes Rettungsdienst und für alle nachgeordneten Einrichtungen des Landkreises. Dazu gehören die Beratung der Beschäftigten in rechtlich schwierigen Fragestellungen, die außergerichtliche Vertretung sowie die zentrale Prozessführung für den Landkreis.

Die Verfahren werden von den Jurist*innen des Rechtsamtes vor sehr unterschiedlichen Gerichtsbarkeiten geführt, schwerpunktmäßig vor den Verwaltungs- und Sozialgerichten in erster und zweiter Instanz, aber auch vor den Arbeits- und Amtsgerichten sowie einer speziellen Kammer für Landwirtschaftssachen am Amtsgericht in Rathenow.

Im Jahr 2021 sind zu den überjährig zu führenden Gerichtsverfahren 243 neue Verfahren hinzugekommen. Das sind 81 Klageeingänge weniger als im Jahr 2020. Diese Differenz erklärt sich mit der Anzahl der im Jahr 2020 erhobenen Klagen gegen Gebührenbescheide für Leistungen des Eigenbetriebes Rettungsdienst. Darüber wurde im Tätigkeitsbericht für 2020 berichtet. Das Verwaltungsgericht Potsdam hat die noch 88 anhängigen und von verschiedenen Krankenkassen erhobenen Anfechtungsklagen „ruhend“ gestellt. Grund dafür ist das im Oktober 2020 beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingeleitete Normenkontrollverfahren (OVG 1 A 3/20), das die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Gebührensatzung des Landkreises für Rettungsdienstleistungen stellt.
Antragsteller in der Normenkontrollsache sind der Verband der Ersatzkassen e. V., die AOK Nordost - Die Gesundheitskasse, der BKK Landesverband Mitte, die IKK Brandenburg und Berlin, die Knappschaft, Regionaldirektion Cottbus, sowie die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) als Landwirtschaftliche Krankenkasse.
Die Kassen vertreten die Auffassung, die Satzung des Landkreises sei aus folgenden Gründen materiell rechtswidrig:

- Verstoß gegen den Grundsatz der Leistungsproportionalität mangels Berücksichtigung von Fehlfahrten/Fehleinsätzen im Divisor,
- Verstoß gegen den Grundsatz der Periodengerechtigkeit wegen fehlerhaftem Ansatz der kalkulatorischen Kosten für die Abschreibung von Gebäuden,
- Verstoß gegen den Grundsatz der sparsamen und wirtschaftlichen Betriebsführung nach § 17 Abs. 2 Satz 2 BbgRettG durch den Ansatz unwirtschaftlicher Personalkosten und
- nach dem Gebührenrecht unzulässiger Ansatz von Kosten für die Einzelwertberichtigung von Forderungen.

Seit dem 29. November 2021 ist ein weiteres Normenkontrollverfahren (OVG 1 A 8/21) der gleichen Antragsteller gegen die „Rettungsdienstgebührensatzung 2020“ anhängig. Dieser Antrag wurde bislang noch nicht begründet.

Die im Tätigkeitsbericht des Jahres 2020 beschriebene Klage einer kreisangehörigen Stadt, die wegen der Festsetzung der Kreisumlage für die Jahre 2015 und 2016 Klagen eingereicht hatte, wurde im Jahr 2021, das Klageverfahren 2015 betreffend, mit einem Urteil des Verwaltungsgerichtes zu Lasten des Landkreises entschieden. Das Verwaltungsgericht folgte damit seiner eigenen und einer bundesweit herrschenden Rechtsprechung, wonach der Festsetzung der Kreisumlage eine Abwägung der finanziellen Leistungsfähigkeit der jeweiligen Stadt oder Kommune mit der des Landkreises vorauszugehen hat, im Falle des Abwägungsausfalls eine Heilung des Mangels jedoch nicht erfolgen kann.
Gegen die vom Verwaltungsgericht gleichzeitig abgelehnte Berufungszulassung hat der Landkreis einen Antrag auf Zulassung der Berufung beim Oberverwaltungsgericht gestellt. Die Prozessvertretung wurde, trotz grundsätzlich bestehender Postulationsfähigkeit der Jurist*innen des Landkreises und trotz eines Streitwertes in Millionenhöhe, aufgrund eines Kreistagsbeschlusses an ein Anwaltsbüro übertragen. Die damit ausgelösten Anwaltsgebühren bewegen sich in der Größenordnung von 60.000 Euro. Eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes steht noch aus.

Den Verdienstausfallforderungen, die von Eltern wegen fehlender Kitaplätze gegenüber dem Landkreis erhoben werden (siehe „Versicherungsangelegenheiten“), gehen regelmäßig verwaltungsgerichtliche Eilverfahren voraus, in denen die Eltern die Bereitstellung eines Kitaplatzes geltend machen. Diese werden, soweit nicht im Rahmen des Verfahrens eine Unterbringungsmöglichkeit gefunden wird, fast ausnahmslos zu Lasten des Landkreises entschieden. Nach den Regelungen des SGB VIII ist der Landkreis als Träger der Jugendhilfe zur Nachweisführung für anspruchsberechtigte Kinder über einen Kitaplatz verpflichtet. Da der Landkreis selbst keine Einrichtungen zur Unterbringung vorhält, ist er auf die Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen angewiesen, die ihrerseits ihrer gesetzlichen Bereitstellungsverpflichtung nicht nachkommen. Deren Versäumnisse gehen zu Lasten des Landkreises.
Hier liegt ein Schwerpunkt bei der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, die im Jahr 2021 von 23 Eilverfahren betroffen war. Zwei Verfahren richteten sich gegen die Stadt Zossen, ein Verfahren gegen die Stadt Luckenwalde und ein Verfahren gegen die Gemeinde Am Mellensee.
Von den 28 Eilverfahren waren am Jahresende bereits 14 Verfahren gegen den Landkreis entschieden, 2 wurden gewonnen und 12 Verfahren waren noch nicht entschieden.
Zusätzlich zu den Eilverfahren wurden in der Hauptsache 8 Klagen erhoben. Hiervon wurde eine Klage zu Lasten des Landkreises entschieden, 7 weitere Verfahren sind noch ohne Entscheidung.
Bislang wurden in 8 Verfahren insgesamt 2.927,50 Euro Anwaltskosten zu Lasten des Landkreises festgesetzt. Weitere Kostenfestsetzungen stehen noch aus.

Im Einzelnen verteilen sich die Neuzugänge bei den gerichtlichen Verfahren amtsbezogen wie folgt.

Tabelle 18: Rechtsamt, Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren

Amt	**2021**	**2020**
Hauptamt (A 10)	1	2
Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal (A 11)	7	13
Kämmerei (A 20)	2	1
Ordnungsamt (A 32)	20	26
Straßenverkehrsamt (A 36)	15	28
Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz (A 39)	20	12
Amt für Bildung und Kultur (A 40)	1	0
Sozialamt (A 50)	53	68
Jugendamt (A 51)	72	35
Gesundheitsamt (A 53)	1	1
Kommunalaufsicht (A 15)	2	0
Umweltamt (A 67)	0	0
Landwirtschaftsamt (A 83)	3	7
Untere Bauaufsichtsbehörde (A 63)	35	23
Eigenbetrieb Rettungsdienst	3	89
Bereich der Landrätin	1	2
Rechtsamt (A 30)		
- Versicherungsangelegenheiten/Schadensersatz A 11	3	1
- Versicherungsangelegenheiten/Schadensersatz A 51	3	8
- Versicherungsangelegenheiten/Schadensersatz A 63	0	1
- Bestellung gesetzlicher Vertreter	1	6
gesamt	*243*	*324*

Eine Zunahme von Klageeingängen ist für das Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz (A 39), das Jugendamt (A 51) sowie die Untere Bauaufsichtsbehörde (A 63) zu verzeichnen, während das Sozialamt (A50) und das Straßenverkehrsamt (A 36) einen Rückgang bei den Klageeingängen aufweisen.

294 Verfahren wurden im Jahre 2021 auf verschiedenen Verfahrenswegen abgeschlossen. Die ältesten Verfahren datierten aus dem Jahr 2013 und wurden vor dem Verwaltungsgericht Potsdam geführt.

Die Anzahl der zur Beantwortung durch die Landrätin bearbeiteten Petitionen/Beschwerden aller Art ist im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020 ist wieder deutlich gestiegen und betraf 52 Vorgänge. Davon sind 4 Vorgänge noch nicht abgeschlossen.

Insgesamt verzeichnete das Rechtsamt 609 Anfragen, von denen derzeit noch 33 in Bearbeitung sind.

Tabelle 19: Rechtsamt, Anzahl der Beratungsanfragen

Amt	**2021**	**2020**
Allgemeiner Schriftverkehr (u. a. Rücksendung falsch übermittelter Post von Gerichten, bei Unzuständigkeit, z. B. Notare, etc.)	59	neu
Hauptamt (A 10)	55	43
Amt für zentrale Steuerung, Organisation, Personal (A 11)	103	128
Untere Kommunalaufsichtsbehörde	20	8
Rechnungsprüfungsamt	6	6
Kämmerei (A 20)	10	30
Ordnungsamt (A 32)	56	44
Straßenverkehrsamt (A 36)	17	21
Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz (A 39)	17	30
Amt für Bildung und Kultur (A 40)	25	38
Sozialamt (A 50)	26	33
Gesundheitsamt (A 53)	28	18
Jugendamt (A 51)	56	56
Untere Bauaufsichtsbehörde (A 63)	1	2
Umweltamt (A 67)	5	9
Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung (A 80)	8	7
Landwirtschaftsamt (A 83)	5	3
Büro der Landrätin	38	67
Kreistagsbüro	5	8
Beteiligungsmanagement (A 30)	4	9
Grundstücksverkehr (A 30)	12	6
Versicherungen (A 30)	23	13

Amt	2021	2020
Eigenbetrieb/Rettungsdienst	8	10
Dezernat III	22	8
gesamt	*2630*	*597*

Darin enthalten sind 2 Strafanzeigen, die noch bei der Staatsanwaltschaft offen sind.

Das Rechtsamt bildet aus

Drei Jurist*innen sind als Ausbildende für den Bachelor-Studiengang „Öffentliche Verwaltung Berlin-Brandenburg“ zertifiziert. Im Laufe des Jahres wurden zwei Student*innen durch ihre Praktika geführt. Zwei Referendar*innen erfüllten im Rechtsamt die Verwaltungsstation für den juristischen Vorbereitungsdienst.

Die Leiterin des Rechtsamtes ist Prüferin bei der Brandenburgischen Kommunalakademie und regelmäßig in die Prüfungen von Auszubildenden für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten und von Verwaltungsfachwirten einbezogen.

Beteiligungsmanagement

Der Landkreis ist derzeit an neun kommunalen Gesellschaften unmittelbar und an zwei Gesellschaften mittelbar beteiligt. Die Landrätin nimmt bei der Mehrzahl der Beteiligungen die Aufgabe der Gesellschaftervertreterin wahr. Bei drei Beteiligungen erfolgte die Betrauung an andere Beigeordnete. Die Landrätin gewährleistet als Gesellschaftervertreterin die Interessen des Landkreises. Das Beteiligungsmanagement unterstützt sie dabei mit Beratung und der Entwicklung von Strategien.

Ein Schwerpunktthema war im Jahr 2021 erneut die Struktur- und Wirtschaftsfördergesellschaft mbH (SWFG mbH). Sie nahm und nimmt weiterhin einen großen Umfang der Tätigkeit des Beteiligungsmanagements in Anspruch.

Der Kreistag beauftragte im Jahr 2017 die Landrätin, vorrangig und umgehend die Geschäftsfelder Biopark Wohnen sowie Immobilienverwaltung zu veräußern, die Vermarktung des Geschäftsfeldes Biopark Gewerbe mit dem gesamten Immobilienbestand des Biotechnologieparks voranzutreiben und dabei zuvorderst darauf zu achten, dass der Wirtschaftsstandort Biotechnologiepark erhalten und die Arbeitsplätze bestehen bleiben. In diesem Zusammenhang sollten die Möglichkeiten für eine Beschäftigung des Personals der SWFG mbH beim Landkreis Teltow-Fläming geprüft werden.

Die SWFG mbH beauftragte Ende 2018 eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit dem ersten Teil der rechtlichen Beratung und Begleitung einer öffentlichen Ausschreibung zum Verkauf der SWFG-Immobilien in drei Stufen. Um zu feststellen zu können, wo die Interessen von Investoren am Biotechnologiepark Luckenwalde liegen, wurde in der ersten Stufe ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Es führte nicht zu dem Ergebnis, das mit dem Beschluss des Kreistages Nr. 5-3251/17-LR erreicht werden sollte. Insbesondere die durch den Kreistag geforderten Prämissen der Vermarktung des Geschäftsfeldes Biopark Gewerbe mit dem gesamten Immobilienbestand des Biotechnologieparks unter Beachtung der Vorgabe, dass der Wirtschaftsstandort Biotechnologiepark und die Arbeitsplätze erhalten bleiben, sind durch die vorliegenden Ergebnisse nicht umsetzbar.

Aufgrund der derzeitigen guten Liquiditätssituation wurde vorgeschlagen, einen Zwischenschritt einzulegen, in dem geprüft wird, ob ein tragfähiges Konzept zur Erhaltung der SWFG mbH erstellt werden kann.

Der Kreistag beschloss am 20. April 2020, das Verkaufsverfahren der SWFG mbH bis auf weiteres auszusetzen. Die Landrätin wurde beauftragt, ein Konzept für die Weiterführung der Gesellschaft zu erarbeiten. Führten die Prüfungen zu keinem tragfähigen Konzept, würde das Verkaufsverfahren fortgesetzt werden.

Der Kreistag beschloss sodann am 26. April 2021, der Empfehlung des Aufsichtsrates der SWFG mbH nach langem Abwägungsprozess zu folgen und die Aufnahme der Wirtschaftsförderung um den Bereich der Biotechnologie und Biochemie als weiteren Gesellschaftsgegenstand in den Gesellschaftsvertrag der SWFG mbH zu unterstützen. Ziel ist es, mit einer Neustrukturierung der SWFG mbH die finanziellen Risiken für den Kreishaushalt zu minimieren und gleichzeitig die Chancen für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Teltow-Fläming und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erhöhen. Die endgültige Prüfung, ob die Voraussetzungen einer DAWI-Leistung (Dienstleistung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse) erfüllt sind, die rechtmäßige Zahlungen des Landkreiseis im Rahmen europäischer Beihilferegelungen ermöglichen würde, erfolgt im derzeitigen Prüfungsprozess. Die Änderung des Gesellschaftsvertrages hängt von verschiedenen Voraussetzungen ab, die zunächst erfüllt werden müssen.

Zur Finanzierung der Erweiterung von Vorfeld- und Rollwegflächen auf dem Flugplatz Schönhagen erfolgten durch den Landkreis die Beantragung von Fördermittel (GRW-Infrastruktur) in Höhe von rd. 430.000 Euro bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg. Die Maßnahme konnte 2021 erfolgreich umgesetzt werden. Die Auszahlung der Förderung erfolgte Ende 2021.

Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2019 wurde am 22. Februar 2021 in den Kreistag eingebracht.

Grundstücksverkehrsgenehmigungen und Bestellung gesetzlicher Vertreter

Genehmigung nach der Grundstücksverkehrsordnung (GVO)

Nach der zum 1. Juli 2018 wirksam gewordenen Änderung der Grundstücksverkehrsordnung (GVO) sowie des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG) ist eine Genehmigung bei Grundstücksverfügungen nicht mehr erforderlich, wenn kein Anmeldevermerk im Grundbuch vorliegt. Die Regelung ist in § 2 GVO zu finden.

Aufgrund dessen setzte sich auch im Jahr 2021 der Rückgang von Anträgen auf Erteilung von Grundstücksverkehrsgenehmigungen fort. Allerdings werden unverändert Grundstücksverkehrsgenehmigungen erteilt, wenn Anträge dafür gestellt werden. Die Entscheidung, ob ein Antrag auf Erteilung der Grundstücksverkehrsgenehmigung (GVO) gestellt wird, liegt nicht bei der Behörde, sondern bei den Vertragsparteien bzw. den dazu bevollmächtigten Notariaten. Vorliegende Anträge sind von der Behörde zu bescheiden.

Mit 18 Grundstücken, die auf das Vorliegen vermögensrechtlicher Ansprüche geprüft wurden, und 7 erteilten Genehmigungen ist allerdings gegenüber 2020 ein weiterer massiver Rückgang festzustellen. Der Rückgang der Genehmigungserteilungen lässt sich auch aus der Höhe der Gebühreneinnahmen ablesen, die von circa 2.100 Euro im Jahr 2020 auf 228 Euro gesunken sind.

Negativatteste

Im Jahr 2021 wurden 69 Anträge auf Negativattestierung eingereicht, 69 Auskünfte wurden erteilt. Damit blieb die Anzahl der Anträge und erteilten Auskünfte ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2020.

Bestellung gesetzlicher Vertreter

Zur Sicherung der rechtlichen Interessen von unbekannten Grundstückseigentümer*innen und deren Rechtsnachfolger*innen werden im Bereich „Bestellung gesetzlicher Vertretungen“ Anträge auf deren Bestellung und Abberufung nach § 11b VermG sowie Art. 233 § 2 Abs. 1 EGBGB sowie alle damit zusammenhängenden Überwachungs- und Genehmigungsvorgänge bearbeitet. Derzeit befinden sich 581 Akten in Bearbeitung.

Im Jahre 2021 wurden 64 Entscheidungen (Ablehnungen, Abberufungen, Widerrufe, Bestellungen, Umbestellungen, Genehmigungen von Pachtverträgen und Kaufverträgen) getroffen. Einen wachsenden Arbeitsschwerpunkt stellen die Genehmigungen der Eintragung von Leitungsrechten in das Grundbuch dar. Hierzu ist ebenfalls die Eigentümersituation zu klären, gegebenenfalls sind gesetzliche Vertretungen zu bestellen, die Vergütung des Leitungsrechts ist zu prüfen und zu genehmigen.

Neben den Fallzahlen gibt es noch einen Bestand von 1.527 Akten, die vor der endgültigen Archivierung auf Vollständigkeit geprüft werden müssen.

Einen wesentlichen und verantwortungsvollen Teil der Bestellung gesetzlicher Vertreter stellt die Überwachung der ordnungsgemäßen Verwaltung und Bewirtschaftung der Vermögenswerte dar. In diesem Zusammenhang trägt der Landkreis eine erhebliche finanzielle Verantwortung für die verwalteten und bewirtschafteten Vermögenswerte. Im Jahr 2021 wurden laufende Kontostände in Höhe von circa 1,7 Millionen Euro verwaltet. Es handelt sich dabei um die Wahrung der finanziellen Interessen und Vermögensfürsorge für die unbekannten Eigentümer*innen, für die der Landkreis Teltow-Fläming das Haftungsrisiko trägt.

Deshalb kommt der jährlich durchzuführenden Aufsicht über die bestellten Vertretungen besondere Aufmerksamkeit zu. Dabei sind die Vertretenden gegenüber dem Landkreis Teltow-Fläming als Bestellungsbehörde verpflichtet, Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen. Die abgegebenen Berichte enthalten Aussagen zu deren Aktivitäten sowie die finanzielle Situation der Vertretenen. Die Berichte sind von der Bestellungsbehörde auszuwerten. Es sind, falls erforderlich, neue Festlegungen gegenüber dem Vertretenden vorzunehmen.

Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Regelmäßig ist das Rechtsamt in Aufgaben und Fragestellungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie einbezogen. Es wurden mehrere Allgemeinverfügungen auf der Grundlage der jeweils geltenden Eindämmungs-/Umgangsverordnung erarbeitet.

Zwei Juristinnen sind regelmäßig am Bürgertelefon aktiv. Die fachliche Vorbereitung und Bereitstellung der aktuellen Rechtslagen wird von den Juristinnen in mühsamer Kleinarbeit geleistet.

Zudem hat zeitweise eine Mitarbeiterin des Rechtsamtes aus dem Bereich der Bestellung gesetzlicher Vertreter zusätzlich zu ihrem originären Aufgabenbereich die Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Eindämmungs- und Quarantäneverordnung übernommen.

Das Rechtsamt ist regelmäßig in die wöchentlichen Sitzungen des Corona-Krisenstabes eingebunden.

Ordnungsamt

Sachgebiet Ordnung, Sicherheit, Jagd- und Fischerei

Aufgaben als Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde

Schwerpunkt der Arbeit als Fachaufsichtsbehörde über die örtlichen Ordnungsbehörden des Landkreises bildete auch 2021 die Beratung und Unterstützung dieser Behörden. Diese wurde aufgrund der Pandemiesituation überwiegend telefonisch sowie digital durchgeführt. Um die Anliegen im vollen Umfang zu bearbeiten, wurden auch andere Fachämter des Hauses einbezogen.

7 Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden waren zu prüfen und wurden ausgewertet. Intensiviert wurde hier der fachliche Austausch zur Umsetzung in Einzelfällen.

19 Widerspruchsverfahren gegen Verfügungen der kommunalen Ordnungsbehörden wurden bearbeitet.

In 261 Fällen wurden Stellungnahmen zu Planungs- und Bauvorhaben als Träger öffentlicher Belange gemäß Bau-, Planungs- und Naturschutzrecht erarbeitet, davon 169 nach dem Baugesetzbuch.

Im Fachbereich werden auch die Glückwunschschreiben für besondere Alters- und Ehejubiläen der Bürger*innen im Landkreis Teltow-Fläming für die Landrätin vorbereitet. Im Jahr 2021 waren es 1.260 Glückwunschschreiben.

Im Berichtsjahr wurden 376 Bußgeldverfahren nach dem Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI, Pflegepflichtverletzung) gemeldet. Im Jahr 2021 wurde wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz des Landes Brandenburg (BbgPG) ein Verfahren und gegen das Brandenburgische Vermessungsgesetz (BbgVermG) zwei Verfahren geführt.

Gräberangelegenheiten

Der Bund stellte Pauschalgelder in Höhe von 149.900 Euro für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber im Landkreis zur Verfügung. Diese wurden anteilig an die Kommunen ausgereicht. Die Sanierung des Garnisonsfriedhofes, der im Zuständigkeitsbereich der Stadt Jüterbog liegt, konnte im Jahr 2021 abgeschlossen werden. Der Kommune wurden dafür zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 12.930 Euro zugewiesen. Die Stadt Ludwigsfelde plant derzeit die Sanierung des Kriegsgräberfeldes „Opfer des Bombenangriffs vom 06.08.1944“. Der Landkreis als Sonderaufsichtsbehörde hat zugesagt, die dafür entstehenden Planungskosten in Höhe von ca. 17.790 Euro zu übernehmen.

Standesamtsaufsicht

Im Jahr 2021 wurden 130 vorlagepflichtige Beurkundungsvorgänge der Fachaufsicht zur Prüfung vorgelegt. Darüber hinaus erfolgte eine individuelle fachaufsichtliche Beratung der Standesämter. Die Standesbeamtinnen des Standesamtes Ludwigsfelde wurden von der bestehenden Vorlagepflicht für Geburtsbeurkundungen mit Beteiligung polnischer Staatsangehöriger befreit. Im Jahr 2021 wurden 2 Gerichtsverfahren geführt. In einem Fall wurde die Rechtsauffassung des Standesamtes sowie der Standesamtsaufsicht bestätigt. Ein weiteres Verfahren ist derzeit noch beim OLG Brandenburg anhängig.

Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes

Im Jahr 2021 wurden gemeinsam mit der Stadt Luckenwalde und in Zusammenarbeit mit der Polizei Ermittlungen und mehrere erfolgreiche Kontrollen in einer illegal nur für Prostitution genutzten Wohnung durchgeführt.

Untere Jagdbehörde (UJB)

Organisation

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es aktuell 899 Jagdscheininhaber* innen mit einem gültigen Jagdschein. Von diesen haben 6 einen Ausländer-Jahresjagdschein, 5 einen Falknerjagdschein und 5 einen Jugendjagdschein.

Die Jagd wird im Landkreis in 280 Jagdbezirken ausgeübt. Diese teilen sich in 179 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 78 Eigenjagdbezirke und 23 Verwaltungsjagdbezirke auf.

Im Landkreis bzw. kreisübergreifend gibt es 8 Hegegemeinschaften. Diese bestehen aus freiwillig zusammengeschlossenen Jagdbezirken, welche es sich zur Aufgabe gemacht haben, bestimmte Schalenwildarten zu hegen und zu bewirtschaften. Mit Hilfe von Gruppen- und Mindestabschussplänen kann so gezielt auf die Bestandsentwicklung von Wildarten Einfluss genommen werden.

Es wurden 93 Abschusspläne (viele Jagdbezirksinhaber*innen nutzten 2021 die neue Möglichkeit der Planung von Schwarzwild in einer Gruppe) bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt.

Die Zusammenarbeit des Landkreises Teltow-Fläming mit dem Kreis-Jagdberater, dem Jagdbeirat sowie dem Kreisjagdverband wurde auch im Jahr 2021 intensiv betrieben und gepflegt. Gleiches gilt für die 152 Jagdgenossenschaften, deren Aufsicht der Unteren Jagdbehörde obliegt.

Afrikanische Schweinepest (ASP)

Die Untere Jagdbehörde Teltow-Fläming pflegt eine enge Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK), der Obersten Jagdbehörde, den benachbarten Unteren Jagdbehörden, dem Umweltamt und dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Landkreises Teltow-Fläming, wobei hier der Schwerpunkt auf abgestimmten Maßnahmen zur Prävention der Afrikanischen Schweinepest lag, beispielsweise im Krisenstab ASP.

Im Jahr 2021 zahlte die Untere Jagdbehörde erneut eine Erlegungsprämie für Schwarzwild an prämienberechtigte Jagdausübungsberechtigte aus: 107.600 Euro für insgesamt 2152 Wildschweine. Von 97 eingegangenen Anträgen wurden 90 positiv beschieden.

Die sich seit September 2020 auch im Land Brandenburg ausbreitende Afrikanische Schweinepest hat auch 2021 den Landkreis Teltow-Fläming glücklicherweise nicht erreicht. In Vorbereitung auf einen möglichen Ausbruch der ASP auf dem Gebiet des Landkreises gab es auch im Jahr 2021 wieder einen intensiven Austausch mit den Behörden des Landkreises Dahme-Spreewald. Im Rahmen einer Exkursion wurde die Umsetzung des Zaunbaues in seinen unterschiedlichen Phasen eindrucksvoll vor Ort vermittelt. Auf Grund angeordneter risikoorientierter Fallwildsuchen in räumlicher Nähe von Autobahnraststätten und anderer zentraler Haltepunkte des Fernlastverkehrs wurde auch im Landkreis Teltow Fläming im Oktober/November nach verendetem Schwarzwild gesucht.

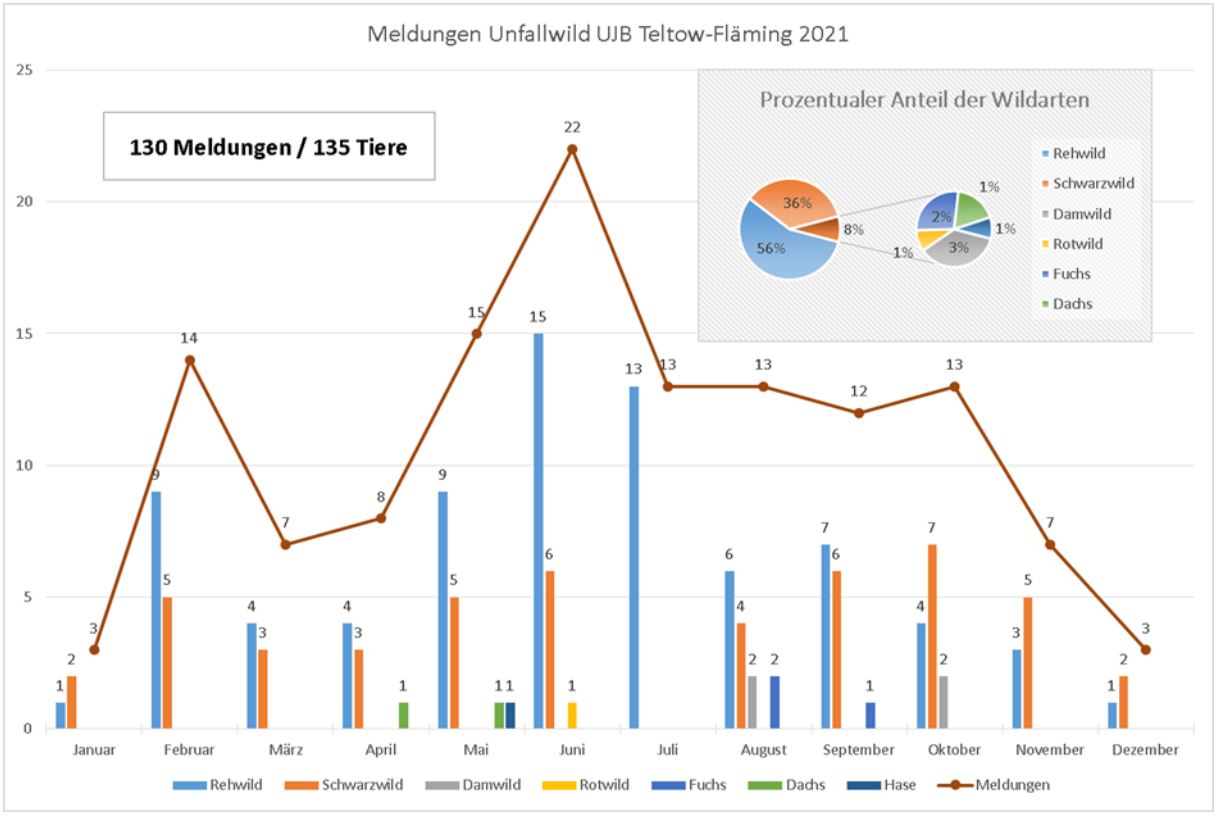
In enger Zusammenarbeit mit dem Veterinäramt (A39) wurde die Fallwildsuche auf 1.400 ha geplant, durchgeführt und ausgewertet. Dabei kamen auch die bereits 2020 entwickelten landkreiseigenen Apps zur Meldung von Funden und Dokumentation von Suche und Bergung zum Einsatz und konnten sich in der Praxis bewähren.

Zum Jahresende beschaffte die Untere Jagdbehörde eine Drohne, die ab 2022 die Fallwildsuche unterstützen kann. Ein Mitarbeiter der UJB absolvierte im Rahmen der Ausbildung des Brand- und Katastrophenschutzes die Schulung zum Drohnenführer.

Wildunfälle

Insgesamt bearbeitete die Untere Jagdbehörde 130 Wildunfallmeldungen von Bürger*innen oder Polizeidienststellen. Dazu gehörten die genaue Verortung der Fundstelle, die Benachrichtigung der zuständigen Jagdausübungsberechtigten und die Nachverfolgung der ASP-Beprobung von Schwarzwild.

Abbildung 7: Meldungen von Unfallwild an die UJB 2021



Jagd in befriedeten Gebieten

Im Jahr 2021 wurden 19 Anträge zur Gestattung von Jagdhandlungen in befriedeten Bezirken bearbeitet. Probleme mit Waschbären im urbanen Bereich stellten dabei den überwiegenden Anteil dar.

Untere Fischereibehörde

An Angler*innen wurden 2021 246 Fischereischeine als unbefristete Genehmigungen zur Ausübung des Fischfangs mit Angelgeräten ausgestellt. Gegenwärtig gibt es damit im Landkreis circa 6.900 aktive Angler*innen mit und ohne Fischereischein – hier Angeln nur auf Friedfisch. Die Untere Fischereibehörde führte drei Anglerprüfungen mit insgesamt 24 Prüflingen durch. Im Landkreis fanden zudem 95 Anglerprüfungen durch benannte Personen des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. mit insgesamt 798 zu Prüfenden statt. Im Jahr 2021 haben im Landkreis insgesamt 816 Personen die Voraussetzung für die Erteilung eines Fischereischeins erworben.

Der Erwerb eines Fischereischeines für das Angeln wurde aufgrund der Corona-Pandemie wie auch im Jahr 2020 verstärkt nachgefragt. Die Zahl der abgelegten Anglerprüfungen gegenüber dem Vorjahr 2020 (605 zu Prüfende) ist weiter angestiegen. Die Ausstellung der Fischereischeine zum Vorjahr 2020 (269 Fischereischeine) ist dennoch im Landkreis leicht gesunken, weil die zu Prüfenden in Teltow-Fläming zwar die Anglerprüfung ablegen dürfen, der Landkreis aber nicht für die Ausstellung von Fischereischeinen anderer Landkreise zuständig ist.

In Teltow-Fläming gibt es 71 ehrenamtliche Fischereiaufseher*innen, von denen sieben im Jahr 2021 neu berufen und sieben für eine weitere Berufungszeit von fünf Jahren bestätigt wurden.

Die Zusammenarbeit mit den Kreisanglerverbänden Zossen e. V. und Luckenwalde e. V. wurde weiter gepflegt.

Die Kooperation mit dem Fischereiberater und dem Fischereibeirat wurde erfolgreich fortgesetzt.

Gewerbeangelegenheiten

Auf Grund der Corona-Pandemie fanden im Jahr 2021 keine fachaufsichtlichen Vor-Ort-Prüfungen im Gewerberecht in den Kommunen statt, so dass die Zusammenarbeit verstärkt per Telefon oder E-Mail erfolgte.

2021 waren die Spielersperre und das Verbot von Verbundspielhallen in den noch 12 Spielhallen des Landkreises (2014: 17) gemäß Glückspielstaatsvertrag und der damit verbundenen Änderung des Spielhallengesetzes umzusetzen.

Erstmals wurde die Weiterbildungspflicht für Immobilienmakler und Wohneigentumsverwalter und deren Beschäftigte für den dreijährigen Weiterbildungszeitraum von 2018 bis 2020 geprüft.

Durch den Brexit waren Fragen zum Umgang mit den britischen Limiteds zu klären.

In einem Gewerbeuntersagungsverfahren musste der Widerspruch zurückgewiesen werden.

An der Bundesfachtagung Gewerberecht wurde 2021 online teilgenommen.

Trotz Corona konnte die US-Car-Classics-Ausstellung in Diedersdorf festgesetzt und für zwei weitere Wassersportveranstaltungen in Mellensee und in Kallinchen die Genehmigung nach § 76 Landesschifffahrtsverordnung erteilt werden.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Berlin und Brandenburg wurde trotz pandemiebedingter Einschränkungen auch 2021 fortgeführt.

Gemeinsame Kontrollen gab es nicht, dennoch wurden regionale Schwerpunktkontrollen jeweils im Rahmen eigener Ermächtigungsgrundlagen vollzogen.

So konnte das illegale Wirken von Wanderarbeitern ohne gewerbliche Meldung zeitnah und effektiv unterbunden werden.

34 Baustellenkontrollen wurden 2021 im Kreisgebiet Teltow-Fläming gemeinsam mit der Kreishandwerkerschaft TF unter Beachtung von Hygieneregeln durchgeführt.

Das Gesundheitsamt der Kreisverwaltung TF wurde durch Schulungen des Personals im Ordnungswidrigkeitenrecht und personell bei Kontrollen der Einhaltung des Infektionsschutzgesetzes und diesbezüglicher Regelungen nach Landesrecht unterstützt.

Schornsteinfegerangelegenheiten

Die 20 Kehrbezirke im Landkreis Teltow-Fläming werden von bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger*innen (bBSF) verwaltet. Sie überwachen die Erfüllung der Eigentümerpflichten nach dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz in Kehrbüchern und leisten somit einen wichtigen Beitrag für die Betriebs- und Brandsicherheit sowie den Umwelt- und Klimaschutz. Hinsichtlich der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben werden sie von der Kreisordnungsbehörde beaufsichtigt.

Im Jahr 2021 wurden vier Kehrbücher geprüft; gegen einen geprüften bBSF wurde ein Verweis ausgesprochen.

12 Kehrbezirke mussten zum 1. Januar 2022 befristet auf sieben Jahre neu vergeben werden. An der Ausschreibung des Statusamtes einer*eines bBSF beteiligten sich 14 Personen mit Schornsteinfegermeistertitel.12 bBSF durchliefen erfolgreich das Auswahlverfahren und konnten Mitte Dezember von der Landrätin für ihre Kehrbezirke bestellt werden.

Darüber hinaus wurden 133 Vorgänge zur Durchsetzung der Eigentümerpflichten bzw. Feststellung rückständiger Gebühren sowie 23 Vorgänge in Bußgeldsachen bearbeitet. Insgesamt beantwortete die Behörde 268 Anfragen von Bürger*innen, der Schornsteinfegerinnung und des Landkreistages sowie des für Wirtschaft zuständigen Landesministeriums und anderer Behörden.

Der Kontakt mit der Schornsteinfegerinnung und dem Kreismeister wurde intensiv fortgeführt.

Versicherungsbehörde

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie intensivierte die Versicherungsbehörde auch 2021 die telefonischen Beratungen (z. T. auch Antragsaufnahmen).

Von Auskunftssuchenden und Antragstellenden wurde die Versicherungsbehörde 586-mal persönlich aufgesucht. Es wurden insgesamt 257 Anträge auf Altersrenten, Hinterbliebenen- bzw. Waisenrenten, Erwerbsminderungsrenten, Anträge zur Kontenklärung sowie Widersprüche, Klagen, Zeugenaussagen und Niederschriften entgegengenommen, bearbeitet und an die Rententräger weitergeleitet. Inbegriffen sind hierbei auch Anträge zur medizinischen Rehabilitation und Anträge zur Teilhabe am Arbeitsleben.

Nach wie vor erfreut sich die Rentenberatung in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow großen Zuspruchs. Auch im Jahr 2021 fand diese jeweils am letzten Donnerstag des Monats im „Bürgerhaus“ in Dahlewitz statt.

Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Mit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 übernahm der Fachbereich die schriftliche Beantwortung der Fragestellungen von Bürger*innen zu den jeweils geltenden SARS-CoV-2-Eindämmungs- bzw. Umgangsverordnungen. Hier waren zeitweise auch 2021 bis zu 5 Beschäftigte eingebunden.

Sachgebiet Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen

Ausländerbehörde – Allgemeine Ausländerangelegenheiten

Ende 2021 waren 10.871 Ausländer*innen mit 132 Staatsangehörigkeiten bei der Ausländerbehörde des Landkreises Teltow-Fläming registriert. Davon waren 5.825 Personen aus dem EU-Ausland.

Tabelle 20: Ausländer*innen in TF – Entwicklung der vergangenen vier Jahre

Jahr	Anzahl	EU	Nicht EU
2021	10.871	5.825	5.046
2020	10.343	5.595	4.748
2019	9.804	5.134	4.670
2018	8.984	4.545	4.439

Der Anteil ausländischer Personen im Landkreis liegt unverändert bei ca. 6,2 Prozent.

Der stetige Zuwachs an EU- und Nicht-EU-Ausländer*innen im Landkreis ist auch eine Auswirkung der hohen Nachfrage an Arbeitskräften in den unterschiedlichsten Branchen. 2021 sind erneut mehr EU-Bürger im Landkreis Teltow-Fläming registriert als Nicht-EU-Bürger. Wie sich die Zuwanderungszahlen in Zukunft entwickeln werden, bleibt aufgrund der Corona-Pandemie abzuwarten.

Zur Veranschaulichung einige statistische Zahlen:

Die größte Gruppe der Ausländer*innen stellten im Berichtsjahr mit 5.825 Personen die EU-Ausländer*innen (54 Prozent – Stand 31. Dezember 2021). Der Anteil der Personen unter 16 Jahren lag bei EU-Ausländer*innen bei 11,9 Prozent (Stand 31. Dezember 2021), hingegen bei den Nicht-EU-Ausländern bei 21,6 Prozent.

Die häufigsten Staatsangehörigkeiten waren im Berichtszeitraum:

Tabelle 21:häufigste Staatsangehörigkeiten 2021

Land	2021	2020
Polen	3.385	3.122
Syrien	952	971
Rumänien	817	776
Russische Föderation	601	586
Afghanistan	430	431
Bulgarien	289	304
Türkei	285	257

Aus 19 Ländern leben derzeit jeweils nur ein oder zwei Staatsangehörige im Landkreis, u. a. aus Belize, Nicaragua, Lesotho, Singapur und Tadschikistan.

Tabelle 22: Übersicht befristete Aufenthalte 20

Befristeter Aufenthaltsgrund	Anzahl
insgesamt	2.254
Ausbildung/Erwerbstätigkeit insgesamt	218
völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe insgesamt	1.283
familiäre Gründe insgesamt	707
besondere Aufenthaltsrechte insgesamt	46

Tabelle 23: Übersicht unbefristete Aufenthalte 2021

unbefristeter Aufenthaltsgrund	Anzahl
Niederlassungserlaubnis/Daueraufenthalt EU	1.177

Tabelle 24: ausgestellte elektronische Ausweisdokumente 2021

Ausweis	2021	2020	2019	2018	2017
elektronische Aufenthaltstitel	1.637	1.211	1.647	1.214	1.271
elektronische Reiseausweise	219	269	472	167	185

Ausländerbehörde – Asylangelegenheiten und Aufenthaltsbeendigung

Am 31.12.2021 besaßen 525 Personen im Landkreis Teltow-Fläming eine Aufenthaltsgestattung. 461 Personen führten ihr Asylerstverfahren durch. 12 Personen befanden sich im Asylfolgeverfahren, und 53 Personen waren ohne offenes Asylverfahren (Prüfung Folgeverfahren). 410 Personen waren lt. AZR im Landkreis Teltow-Fläming ausreisepflichtig.

359 Personen besaßen eine Aussetzung der Abschiebung (Duldung). Ausweispapiere, die am 31.12.2021 abgelaufen bzw. noch nicht verlängert waren, sind in der o.g. Zahl nicht enthalten. Es handelt sich hierbei immer um eine Stichtags- bzw. Momentaufnahme. Daher kann es zu Abweichungen bei den genannten Zahlen (Ausreisepflichtige/Geduldete) kommen. Es gibt auch Personen, die eine Duldung besitzen, aber sich aus humanitären oder familiären Gründen weiterhin in Deutschland aufhalten dürfen. Somit ist auch eine Abweichung zwischen den ausreisepflichtigen und tatsächlich abzuschiebenden Personen denkbar.

Tabelle 25: Übersicht Asylbewerber, Duldungsinhaber, ausreisepflichtige Personen 2017 bis 2021, jeweils per 31.12.

Personenkreis	2021	2020	2019	2018	2017
Ausländer mit Aufenthaltsgestattung insgesamt	525	632	673	659	609
Aussetzung der Abschiebung (Duldungen)	359	352	314	291	355
Ausreisepflichtige insgesamt	410	401	356	326	384

Staatsangehörigkeitswesen

Namensänderungen

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 21 Anträge auf Namensänderung gestellt (2020: 15, 2019: 16 Anträge), davon 16 Anträge auf Familiennamensänderung und 5 Anträge auf Vornamensänderung.

Staatsangehörigkeiten

Es wurden 195 Einbürgerungsberatungsgespräche geführt und zusammen mit der ausländischen Person die individuellen Voraussetzungen geprüft und festgestellt, ob bzw. ab wann ein aussichtsreicher Antrag auf Einbürgerung gestellt werden kann. (2020: 95, 2019: 126, 2018: 102)

Im Jahr 2021 stellten 129 Personen Anträge auf Einbürgerung (2020: 71, 2019: 82).

Einbürgerungsfeiern finden aufgrund der Corona-Pandemie seit März 2020 nicht mehr statt, die Urkunden werden einzeln übergeben. 68 Personen mit 30 verschiedenen Staatsangehörigkeiten erhielten im Berichtsjahr die deutsche Staatsbürgerschaft, darunter 13 polnische Staatsangehörige, welche den größten Anteil ausmachen. Danach folgen Syrien (12), Iran (5) und Afghanistan (4). Weitere Staatsangehörigkeiten sind u. a. Taiwan, Chile, Ecuador und Schweiz.

Bei den Gesprächen zur Einbürgerungsberatung (plus 100 Gespräche) und bei den Anträgen auf Einbürgerung (plus 58 Anträge) sind deutliche Anstiege gegenüber 2020 zu verzeichnen. Hier ist positiv zu erwähnen, dass seit 01.08.2021 zwei Sachbearbeiterinnen in diesem Bereich beschäftigt sind und die lange Vakanz seit 2014 beseitigt werden konnte.

Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz

Abwehrender Brandschutz

Die Feuerwehren des Landkreises wurden im Berichtszeitraum 2021 zu 590 Bränden (2020: 956 Einsätze) und 2.160 technischen Hilfeleistungen (2020: 1.360 Einsätze) gerufen. Schwerpunkte bei der Brandbekämpfung waren 279 Gebäudebrände sowie 53 Brände im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Technische Hilfe wurde insbesondere bei 848 Verkehrsunfällen und bei der Beseitigung von 151 Gefahrenstellen nach Unwettern geleistet. Weiterhin kam es zu 553 Einsätzen durch Auslösung von Brandmeldeanlagen. Hinzu kommen 253 Tragehilfen für den Rettungsdienst, wobei 27 davon im Zusammenhang mit Corona waren.

Im Berichtsjahr kam es zu 46 Wald- und Flächenbränden. Die Gesamtbrandfläche betrug rund 16,26 Hektar. Schwerpunkt bildeten hier der Monat Juni mit 17 Bränden und einer Fläche von 10 Hektar. Nur zwei Brände mit einer Fläche von 1,3 Hektar betrafen ehemalige militärische Übungsplätze.

Vorbeugender und baulicher Brandschutz

Aufgabe der Brandschutzdienststelle ist die Durchführung von Brandverhütungsschauen in baulichen Anlagen mit erhöhter Brand- oder Explosionsgefährdung und in Anlagen, bei denen bei Ausbruch eines Brandes eine große Anzahl von Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährdet sind. Die Brandschutzdienststelle hat im Landkreis aktuell 804 (bisher 434) derartige Objekte erfasst. Aufgabe ist es weiterhin, die Belange des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes im Rahmen bauaufsichtlicher Verfahren durchzusetzen. Im Jahr 2021 wurden im Landkreis 79 (2020: 77) Brandverhütungsschauen und Begehungen zur Erteilung der Betriebserlaubnis durchgeführt. Außerdem wurden 425 Stellungnahmen (2020: 335 Stellungnahmen) im Rahmen baugenehmigungspflichtiger Vorhaben oder als Träger öffentlicher Belange erarbeitet. Weiterhin wurde die Brandschutzdienststelle bei sieben Aufschaltungen von Brandmeldeanlagen, 36 Prüfungen von Feuerwehrplänen und Brandschutzordnungen, 17 Inbetriebnahmen von Feuerwehrschlüsseldepots sowie der Inbetriebnahme drei BOS Gebäudefunkanlage tätig. Weiterhin unterstützten die Mitarbeiter der Brandschutzdienststelle regelmäßig die Kreisausbildung im Feuerwehrtechnischen Zentrum.

Zivil- und Katastrophenschutz

Der Schwerpunkt der Arbeit lag im Jahr 2021 auf der Unterstützung der Krisenstäbe Corona und Afrikanische Schweinepest. Der Rufbereitschaftsdienst der Koordinierungsgruppe wurde im vergangenen Jahr durch die Regionalleitstelle zu 12 Einsätzen informiert.

Auf Grund der Unwetterlage im Ahrtal musste durch den Bereich Zivil- und Katastrophenschutz der Einsatz von Teileinheiten der Medizinischen Task Force sowie von Teilen der Brandschutzeinheit des Landkreises vorbereitet werden.

Am 05.08.2021 wurde dann ein Zug der Brandschutzeinheit, bestehend aus sieben Einsatzfahrzeugen mit insgesamt 44 Einsatzkräften, für 10 Tage zur Hilfeleistung in die Ahr-Region entsandt. Zu einem Einsatz der Medizinischen Task Force kam es nicht.

Zur weiteren Verbesserung der Ausrüstung und damit der Einsatzbereitschaft konnte im Berichtsjahr ein Einsatzleitwagen für die Brandschutzeinheit in den Bestand des kreislichen Katastrophenschutzes übernommen werden.

Der Bereich Katastrophenschutz nahm an zwei Vor-Ort-Besichtigungen des Landesamtes für Umweltschutz in Betrieben teil, die den Regeln der Störfallverordnung (12. BImSchV) unterliegen.

Auf Grund der Pandemie wurden alle Ausbildungsmaßnahmen für den Bereich des Katastrophenschutzes bis auf weiteres ausgesetzt. Dies betrifft die Ausbildung der Koordinierungsgruppe wie auch der Einheiten des Katastrophenschutzes im Landkreis.

Kreisbrandmeister

Der Kreisbrandmeister und seine beiden Stellvertreter üben im Auftrag der Landrätin die Sonderaufsicht über die amtsfreien Gemeinden und das Amt Dahme/Mark als Träger des örtlichen Brandschutzes und der örtlichen Hilfeleistung sowie über die im Katastrophenschutz mitwirkenden Einrichtungen und Einheiten aus. Ferner kann ihnen durch die Gesamtführung die Einsatzleitung bei überörtlichen Brand- und Hilfeleistungseinsätzen sowie bei Großschadenslagen und Katastrophen übertragen werden.

Im Jahr 2021 wurde die Sonderaufsicht im Wesentlichen wieder durch die fachliche Begleitung von Einsätzen sowie die Begleitung diverser Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen wahrgenommen.

Feuerwehrtechnisches Zentrum (FTZ)

Der Ausbau des FTZ zum Kompetenzzentrum für Brand- und Katastrophenschutz wurde unter anderem durch folgende Maßnahmen fortgeführt:

Tabelle 26: Maßnahmen zum Ausbau des FTZ

Maßnahme	Kosten 2021 (Euro)	Kosten 2020 (Euro)
Erneuerung und Instandsetzungsarbeiten von baulichen Anlagen	52.452,15	35.227,11
Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für Ausbildung	122.288,90	111.064,7
Erneuerung Katastrophenschutz Fahrzeuge	295.108,10	84.432,9

Kreisausbildung

Zum Ende des Ausbildungsjahres 2020 musste der Ausbildungsbetrieb erneut unterbrochen werden. Diese Situation hielt bis Mai 2021 an. Alternative Ausbildungsmethoden, wurden insbesondere im Fachbereich Sprechfunk erarbeitet und erstmals April 2021 durchgeführt. Online-Module der einzelnen Lehrgänge wurden angeboten und zahlreich wahrgenommen.

Wie bereits im Vorjahr lag der Schwerpunkt der Ausbildung auf den Lehrgängen Truppführer, Atemschutzgeräteträger, Sprechfunker und Technische Hilfeleistung. Auf Grund der hohen Nachfrage wurde auch ein Lehrgang Maschinist für Löschfahrzeuge durchgeführt. Um mehr Kapazitäten an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen zu können, wurden die Lehrgänge Sprechfunker und Drohnenbedienpersonal dezentral durchgeführt. Insgesamt konnten im Rahmen der Kreisausbildung 233 Kameradinnen und Kameraden erfolgreich Lehrgänge absolvieren.

Dem Bedarf von insgesamt 933 Ausbildungsplätzen konnte nur zu **25 Prozent** entsprochen werden. Dies stellt nochmals eine Verschlechterung zum Vorjahr dar. Dieses weitere Defizit begründet sich im Wesentlichen in den reduzierten Teilnehmerzahlen.

Die Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz hatte den Ausbildungsbetrieb bis Mai 2021 ebenfalls komplett eingestellt. Nach Wiederaufnahme des Lehrgangsbetriebes nahmen 45 Teilnehmer*innen des Landkreis Teltow-Fläming vornehmlich an Führungslehrgängen teil. Drei Beschäftigte der Kreisverwaltung nahmen erfolgreich an Laufbahnlehrgängen des mittleren und gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes teil.

Die Atemschutzübungsstrecke nutzten 733 Kameradinnen und Kameraden an 39 Tagen im Jahr 2021.

Für die Träger des Brandschutzes wurden im Jahr nachfolgende Prüf-, Wartungs- und Pflegearbeiten an der feuerwehrtechnischen Ausrüstung der Wehren erbracht:

Tabelle 27: Prüfung, Wartung, Pflege der Ausrüstung im FTZ

Geräte/Ausrüstung	Anzahl 2021	Anzahl 2020
Pressluftatmer gereinigt und geprüft	2.608	2.390
Lungenautomaten gereinigt und geprüft	562	666
Atemschutzmasken gereinigt und geprüft	2.785	2.297
Atemschutzmasken gereinigt und geprüft für Extern	1.112	1.480
Chemikalienschutzanzüge geprüft	95	111
Druckluftflaschen gefüllt	3.113	2.286
Druckschläuche gewaschen, geprüft, repariert	4.020	4.198
Tragkraftspritzen instandgesetzt	2	1

Brandschutzerziehung

Die Arbeit des Teams Brandschutzerziehung wurde auch im Jahr 2021 wieder durch die Corona-Pandemie stark eingeschränkt. Wegen der in den Einrichtungen verschärften Hygienebedingungen konnten keine bzw. nur vereinzelte Termine wahrgenommen werden. Die pandemiebedingt schulungsfreie Zeit wurde jedoch genutzt, um weitere Kameradinnen und Kameraden zum Fachwart für Brandschutzerziehung zu qualifizieren. Sie e stehen nun den Trägern des Brandschutzes vor Ort als qualifiziertes Personal für die Brandschutzerziehung zur Verfügung.

Ferner konnte die ausbildungsfreie Zeit für Entwicklung neuer Ausbildungskonzepte und -strategien genutzt werden.

Das Team Brandschutzerziehung ist hoch motiviert und freut sich auf ein hoffentlich erfolgreiches Ausbildungsjahr 2022.

Unterstützung Feuerwehrverband

Mit der Bereitstellung von Ausrüstung und Technik unterstützt der Landkreis den Verband der Feuerwehren des Landkreises bei der Vorbereitung und Durchführung von Höhepunkten.

Besonders hervorzuheben ist die finanzielle Unterstützung des Verbandes zur Beschaffung von Automatisierten externen Defibrillatoren (AED) für alle 13 dem Verband angehörigen öffentlichen Träger des Brandschutzes (Städte, Gemeinden, Amt). Zusätzlich steuerte der Verband der Feuerwehren AED-Trainingsgeräte und entsprechende Übungspuppen bei. Die mit finanzieller Unterstützung des Landkreises beschafften Geräte sollen auch in den in Planung befindlichen Katastrophenschutz-Leuchttürmen als Anlaufstellen für die Bevölkerung im Krisenfall Anwendung finden.

Für die Kinder- und Jugendfeuerwehren des Landkreises wurden zum Ende des Jahres auch Feuerwehrkochbücher beschafft. Diese wurden den Jugendfeuerwehren als nachträgliches Weihnachtsgeschenk überreicht. So kann der Ausbildungsdienst noch um ein weiteres Themenfeld erweitert werden.

Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz

Auch 2021 konnten aufgrund der herrschenden Pandemie-Bedingungen Kontrollen nur unter entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen und in reduzierter Zahl durchgeführt werden. Zusätzlich gab es 2021 eine hohe Fehlquote beim Personal. Die Gründe waren unterschiedlich: An erster Stelle sind nicht rechtzeitig nachbesetzte Stellen zu nennen, an zweiter Stelle nicht vertretene Zeiten im Mutterschutz, Beschäftigungsverbot oder Erziehungszeiten. Hinzu kamen Ausbildungszeiten, längere Fehlzeiten bei Krankheiten oder Quarantäne. So konnten beispielsweise im Sachgebiet Lebensmittelüberwachung im Jahr 2021 nur 1873 Arbeitstage statt der dem Stellenplan entsprechenden 2938 Arbeitstage abgeleistet werden. Das entspricht einer Fehlquote von über 36 Prozent.

Trotzdem sah die Behörde es als ihre Pflicht an, andere Landkreise Brandenburgs im Rahmen der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Amtshilfe aktiv zu unterstützen. Der Landkreis Teltow-Fläming wurde gebeten, im Nachbarlandkreis Dahme-Spreewald (LDS) Amtshilfe bei der Abfertigung von Tiertransporten unter Einhaltung der ASP-Regelungen zu leisten. Im Laufe des Jahres wurden insgesamt 77 Transporte von Tierärzt*innen aus dem Sachgebiet Veterinärwesen für den Landkreis LDS abgefertigt. Außerdem unterstützte eine Sachbearbeiterin im Landkreis Spree-Neiße eine Woche das dortige ASP-Krisenteam.

Sachgebiet Veterinärwesen

Besondere Aufgaben aus der Tierseuchenbekämpfung

Afrikanische Schweinepest

Zur Vorsorge vor dem Eintrag von ASP in die Nutztierbestände des Landkreises wurden 2021 alle großen Schweinehaltungen, die Schweinefreilandhaltungen und ein Teil der Auslaufhaltungen auf die Einhaltung der Vorgaben der Schweinehaltungshygieneverordnung hin überprüft. Darüber hinaus wurden weitere vorbereitende Maßnahmen ergriffen, um bei einem Schweinepestausbruch vorbereitet zu sein.

Eine Tierärztin arbeitet als Fachberaterin (operative Leitung) im **ASP-Krisenstab** unter Leitung der Beigeordneten Dietlind Biesterfeld. Schwerpunkte der Stabsarbeit waren die Absicherung der materiellen Ausstattung für den Ernstfall, Vorbereitungen zur Personalgewinnung außerhalb der Kreisverwaltung und das Waldläuferprojekt in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter.

Zur Vorbereitung auf den Ernstfall der ASP sind im Landkreis mittlerweile 15 Kadaversammelstellen für Schwarzwild errichtet und in Betrieb.

Zudem hat der Landkreis Teltow-Fläming die Ausbildung von 14 Kadaversuchhunden organisiert, die im Fall des Ausbruches der ASP im Landkreis zur Suche von Schwarzwildkadavern zum Einsatz kommen können.

Im vierten Quartal 2021 musste um alle Autobahnparkplätze, Raststätten und größeren Parkplätze in Gewerbegebieten im Landkreis nach Fallwild im Rahmen der ASP-Prävention gesucht werden. Dazu waren über mehrere Wochen Teilnehmer eines Projektes des Jobcenters sowie ein Kadaversuchhund unter Anleitung der Unteren Jagdbehörde und des Veterinäramtes im Landkreis unterwegs.

Umsetzung des Programmes zur Überwachung und Früherkennung der ASP bei Hausschweinen

Das im April 2020 im Land Brandenburg eingeführte Programm dient der verstärkten Überwachung der Hygieneanforderungen an schweinehaltende Betriebe und der möglichst frühzeitigen Erkennung der ASP in Schweinehaltungen. Während der halbjährlich stattfindenden Vor-Ort-Kontrollen werden dafür stichprobenartig klinische Untersuchungen der Tiere durchgeführt und die Vorgaben nach der Schweinehaltungshygieneverordnung überprüft. Außerdem werden wöchentlich Blutuntersuchungen auf ASP bei verendeten Tieren veranlasst. Insgesamt nehmen 17 Betriebe im Landkreis am freiwilligen Überwachungsprogramm teil, das bei erfolgreicher Teilnahme auch die Genehmigung der Verbringung von Schweinen aus Restriktionszonen vereinfachen soll. Vereinzelt wurden in den Betrieben größere Mängel festgestellt und entsprechende Maßnahmen getroffen oder es musste die Beprobungsdichte erhöht werden. Die meisten Betriebe nehmen erfolgreich am Programm teil, d. h., es ergaben sich keine oder geringe Mängel.

Geflügelpest

Aufgrund vermehrter Nachweise von hochpathogenem aviären Influenza-Virus bei Wildvögeln und auch in einigen geflügelhaltenden Betrieben in Deutschland musste eine Aufstallung für Geflügel in Risikogebieten des Landkreises Teltow-Fläming bis zum Frühjahr 2021 angeordnet werden.

Salmonellose

Bei mehreren Tieren in einem rinderhaltenden Großbetrieb im Landkreis wurde die Salmonellose der Rinder amtlich festgestellt. In Folge wurde der Betrieb gesperrt, umfangreiche Untersuchungen erfolgten, mehrere Rinder mussten getötet werden. Bisher konnten die Reglementierungen wegen der Tierseuche nicht aufgehoben werden.

Planmäßige Kontrollen Tierseuchen/tierische Nebenprodukte

89 Kontrollen wurden in Nutztierhaltungen in Hinblick auf Tierseuchen und die Beseitigung tierischer Nebenprodukte durchgeführt. Aufgrund von Verstößen wurden sechs Bußgeldverfahren eingeleitet.

Internationaler Tierhandel – Transportkontrollen

Die Anzahl der Exporte und der Attestierung von Zuchttieren für den innergemeinschaftlichen Handel war 2021 im Bereich der Rinder das zweite Jahr in Folge rückläufig. Die Anzahl der Schweine, die innergemeinschaftlich aus dem Landkreis gehandelt wurden, stieg gegenüber den letzten Jahren.

Tierarzneimittelüberwachung

Von 41 tierärztlichen Hausapotheken im Landkreis Teltow-Fläming wurden 4 im Jahr 2021 kontrolliert. Die arzneimittelrechtliche Überwachung von Betrieben, die lebensmittelliefernde Tiere halten, fand bei 26 Betrieben statt. Im Antibiotika-Monitoring befinden sich im Landkreis Teltow-Fläming im Jahr 2021 41 Betriebsarten.

Futtermittelüberwachung

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 187 Futtermittelkontrollen durchgeführt. Es wurden keine Verstöße gegen das Futtermittelrecht festgestellt. Weiterhin wurden 31 Futtermittelproben

gezogen, die auf insgesamt 754 verschiedenste Untersuchungsparameter analysiert wurden. Hierbei gab es keinerlei Beanstandungen.

Tierschutz

Tabelle 28: Tierschutzkontrollen und -maßnahmen

Vorgang	2020	2021
bearbeitete Tierschutzanzeigen, gesamt	256	196
Hunde/Katzen/Heimtiere/Sonstige	174	132
Nutztierhaltungen	82	64
eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren	33	27
Verfügungen	36	47
davon mit Widerspruchsverfahren	4	5
Tierhalteverbote, neu ausgesprochen	10	8
fortgenommene, beschlagnahmte, ausgesetzte Tiere, gesamt:	281	69
- Katzen	39	5
- Hunde	25	29
- Pferde	0	0
- Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine	0	0
- sonstige (Geflügel, Kaninchen, Exoten)	217	35
Kontrollen Nutztierhaltung (Balvi i. P)	161	78

Im Jahr 2021 wurden Bußgelder in Höhe von ca. 5.000 Euro verhängt, wobei einige Verfahren noch bei der Staatsanwaltschaft bzw. dem Amtsgericht anhängig sind.

Besondere Tierschutzfälle

In einem besonderen Tierschutzfall wurde im Anschluss an einen Polizeieinsatz die Tierhaltung an zwei Standorten kontrolliert. Es wurden 15 Hunde, 2 Katzen, eine Vielzahl von Exoten sowie 3 Bienenvölker auf Grund von groben Tierschutzverstößen, Verstößen gegen das Tierseuchenrecht und das Artenschutzrecht fortgenommen. Die Bandbreite der Arten sowie die Anzahl der Tiere stellte das Veterinäramt vor besondere logistische Herausforderungen.

In einem weiteren Fall wurde ein Hund seinem Besitzer zum zweiten Mal wegen grober Tierschutzverstöße fortgenommen, nachdem das Tier auf Grund zwischenzeitlich verbesserter Bedingungen zunächst zurückgegeben worden war.

In einem Fall einer nicht angemeldeten Geflügelhaltung führte die Quarantäne des Halters auf Grund der Corona-Pandemie zu einer fehlenden Versorgung mit Futter und Wasser. Bei der Fortnahme von 16 Tieren wurden auch tote Hühner und eine Pute geborgen.

Auffällig war auch, dass mehr Tiere als in den vergangenen Jahren von ihren Halter*innen unversorgt zurückgelassen wurden.

Schwerpunkt Schweinebetriebe

Die Lage der Schweinebetriebe in Teltow-Fläming (und der gesamten Bundesrepublik) bleibt auch 2021 wegen niedriger Fleischpreise, ASP, Corona-Pandemie, Fachkräftemangel und Gesetzesänderungen angespannt. Drei gewerbliche Schweinehaltungen haben im Landkreis Teltow-Fläming den Betrieb 2021 eingestellt. Zusätzlich hat eine große Schweineanlage (Ferkelproduktion) im November 2021 die Besamung der Sauen beendet und die Schließung dieser Anlage für 2022 angekündigt.

Seit Januar 2021 ist die betäubungslose Ferkelkastration in den Schweineanlagen verboten. Zusätzliche Kontrollen aller Betriebe mussten durchgeführt werden.

Im Februar 2021 trat eine Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in Kraft. In deren Folge werden bei den meisten Schweinehaltungsbetrieben weitere Umbaumaßnahmen notwendig.

Bei Tierschutzkontrollen von großen Schweineanlagen traten vermehrt tierschutzrelevante Mängel auf, die in einigen Fällen aufwändige Verfügungen und diverse Nachkontrollen verlangten. Die Berücksichtigung der (neuen) Tierschutz-Anforderungen und die Einhaltung der Vorgaben zum Aktionsplan-Kupierverzicht sowie der korrekten Ferkelkastration sorgen dafür, dass eine Vor-Ort-Kontrolle in einem größeren Schweinebetrieb sehr personal- und zeitaufwendig geworden ist.

Sachgebiet Lebensmittelüberwachung

Risikoorientierte Betriebskontrollen

Im Landkreis waren 2021 2.012 Betriebe für die Herstellung oder den Vertrieb von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika registriert.

Aufgrund der eingangs dargestellten allgemeinen Bedingungen und der Personalsituation im Sachgebiet wurden 2021 im Vergleich zum Vorjahr nur 69 Prozent der Kontrollen realisiert (1120 im Vergleich zu 1629 Kontrollen). Die Zahl der kontrollierten Betriebe lag bei 61 Prozent des Vorjahreswertes (581 gegenüber 949 kontrollierten Betrieben).

Unter den durchgeführten 1.120 Betriebskontrollen waren 101 Ein- und Ausfuhrkontrollen (2020: 15 Ein- und Ausfuhrkontrollen) und 323 außerplanmäßige Kontrollen (2020: 336 außerplanmäßige Kontrollen). Unter den außerplanmäßigen Kontrollen waren 39 Nachkontrollen (2020: 78), 17 Beschwerdekontrollen (2020: 32) und 145 Rückrufkontrollen (2020: 72).

Die Beanstandungsquote lag 2021 mit 10,7 Prozent höher als 2020 (8,9 Prozent). Die Ursache liegt darin, dass bei verminderten Kapazitäten eine Fokussierung auf Risikobetriebe erfolgt ist.

Tabelle 29: Betriebskontrollen Lebensmittelüberwachung 2019 und 2020

Betriebsart	gemeldete Betriebe		kontrollierte Betriebe		Zahl der Kontrollen		beanstandete von kontrollierten Betrieben	
	2020	2021	2020	2021	2020	2021	2020	2021
Erzeuger (Urproduktion)[5]	388	378	36	15	44	16	1 (2,8%)	1 (6,7%)
Hersteller und Abpacker[6]	65	65	41	28	139	73	2 (4,9%)	5 (17,9%)
Vertriebsunternehmen u. ä.[7]	76	76	28	14	87	136	1 (3,6%)	0 (0,0%)
Einzelhandel[8]	459	442	257	176	505	358	25 (9,7%)	16 (9,1%)
Dienstleistungsbetriebe[9]	887	882	491	296	722	457	50 (10,2%)	39 (13,2%)
Herstellung im Einzelhandel[10]	164	169	96	52	132	80	3 (3,1%)	1 (1,9%)
gesamt	*2039*	*2012*	*949*	*581*	*1629*	*1120*	*82 (8,6%)*	*62 (10,7%)*

Im Rahmen der Betriebskontrollen wurden 50 Verbraucherbeschwerden bearbeitet. Acht Beschwerden betrafen keine lebensmittelhygienischen Probleme oder konnten durch das Amt nicht abschließend geklärt werden. Dies geschah zum Beispiel, weil das Ziehen einer Vergleichsprobe nicht möglich war, oder von den Personen, die die Beschwerde eingereicht hatten, auf Nachfrage keine weitergehenden Auskünfte gegeben wurden. 23 Beschwerden konnten bei Betriebskontrollen oder nach Probenahmen nicht bestätigt werden. In immerhin 19 Fällen konnten die Beschwerden nachvollzogen werden und waren zumindest teilweise berechtigt. Hier wurden Auflagen erteilt und Nachkontrollen durchgeführt.

Schnellwarnungen/Rückrufe

Im Jahr 2021 gab es mit 220 Originalmeldungen zu Schnellwarnungen und Rückrufen im Vergleich zur 2020 mit 170 Meldungen einen erheblichen Anstieg. Dazu kamen weitere 162 Nachmeldungen zu Vertriebswegen oder weiteren betroffenen Einrichtungen.

Ursächlich ist hier die hohe Anzahl von Meldungen zu Ethylenoxid (ETO) bzw. seinem Abbauprodukt Chlorethanol zu nennen. ETO tötet Mikroorganismen ab, daher kann es zur Sterilisation, z. B. für medizinisches Nahtmaterial, eingesetzt werden. Für Lebensmittel oder Materialen mit Lebensmittelkontakt hingegen gilt ein vollständiges Anwendungsverbot in der EU, da es erbgutverändernd und krebserzeugend ist. Sofern ETO in Lebensmitteln nachgewiesen wird, gilt ein Verarbeitungsverbot, auch wenn es nur als Zutat in geringer Dosierung eingesetzt wird und der Gehalt im Endprodukt unter der Bestimmungsgrenze liegt. In einigen anderen Ländern werden allerdings beispielsweise Gewürze noch durch Begasung mit ETO entkeimt.

[5] z. B. Tierhalter*innen, Imker*innen, Erzeuger*innen von Getreide

[6] z. B. Schlachtbetriebe, zugelassene Metzgereien, Hersteller von Kosmetika

[7] z. B. Lebensmittellager, Großhändler

[8] z. B. Supermärkte, Metzgerei- und Bäckereifilialen, Getränkemärkte

[9] z. B. Gastronomie, Großküchen, Essenausgabestellen in Kitas und Schulen

[10] z. B. kleine Bäckereien und Metzger, Eisdielen mit eigener Herstellung, landwirtschaftliche Direktvermarktung

Nachdem lange Zeit keine Untersuchungen auf diese Substanz vorgenommen wurden, gab es Ende 2020 einen Zufallsfund von ETO in Sesamsaat. Da Sesam als Zutat für verschiedenste Produkte eingesetzt wird, kam es in der Folge zu Rückrufen von diversen Backwaren. Dazu gehörten u. a. Mehrkornbrötchen, Knäckebrot, Salzstangen, aber auch Müslimischungen, Sesampaste (Tahin) und Würzmittel, auch wenn die Gehalte von ETO im Endprodukt niedrig waren.

Nach Ausweitung der Untersuchungen im Jahr 2021 gab es Nachweise von ETO in Ingwer, Amaranth, Flohsamenschalen, Linsen, Zimt, in verschiedenen Stabilisatoren, z. B. Johannisbrotkernmehl oder Xanthan und in exotischen Zubereitungen wie Moringablattpulver, Kaktusfeigenkapseln, Bambus-, Curryblatt- oder Garcina-Cambogia-Extrakt. In der Folge waren sehr unterschiedliche Produkte betroffen: Backmischungen, Fitnessriegel, Instant Nudeln und andere Fertiggerichte, Rote Grütze, Eiskrem, Weichkäse, sehr viele Gewürz- und Currymischungen und vor allem eine große Zahl von Nahrungsergänzungsmitteln.

Auch zwei Verarbeitungsbetriebe in Teltow-Fläming waren in der vorangegangenen Zeit mit Gewürzmischungen beliefert worden, in denen mit ETO belasteter Ingwer enthalten war. Die Gewürzmischungen sowie die daraus bereits hergestellten Produkte wurden vom jeweiligen Hersteller zurückgerufen, gesperrt und letztendlich vernichtet. Da aber bereits Endprodukte mit den belasteten Chargen hergestellt worden waren, waren umfangreiche Recherchen zur Rückverfolgbarkeit sowie eine aufwendige Abklärung der angemessenen Maßnahmen seitens der Betriebe und unsers Amtes erforderlich.

Probenahme

Trotz Personalmangels und Pandemiebedingungen konnten im Jahr 2021 mit insgesamt 573 Proben von Lebensmitteln, Kosmetika und Bedarfsgegenständen mehr Proben als im Jahr 2020 (530 Proben) gezogen werden. Davon waren 553 Planproben und 11 Verdachts-, Beschwerde- oder Verfolgsproben. Bis Januar 2021 wurden davon 496 Proben im Landeslabor Berlin Brandenburg abschließend befundet. Die folgende Auswertung bezieht sich ausschließlich auf die Proben, für die die entsprechenden Ergebnisse bis Januar vorlagen.

Die Beanstandungsquote lag im Mittel bei 14,5 Prozent der Proben. Unter 75 Beanstandungen bei Lebensmitteln gab es keinmal die Beanstandung „gesundheitsschädlich“ und sechsmal die Bewertung „nicht zum Verzehr geeignet“, davon nur einmal wegen mikrobiologischer Verunreinigungen. Bei zwei Proben gab es Überschreitungen von Höchstgehalten (von Pflanzenschutzmitteln oder anderen Schadstoffen). Die restlichen 66 Beanstandungen betrafen Verstöße gegen Kennzeichnungsvorschriften.

Bei einigen Warengruppen waren deutlich überdurchschnittliche Beanstandungsquoten zu verzeichnen.

Tabelle 30: Warengruppen mit überdurchschnittlichen Beanstandungsquoten 2021

Warengruppe	Probenzahl	Beanstandet (Stück)	Beanstandet (Prozent)
Nährstoffkonzentrate, Nahrungsergänzungsmittel und diätetische Lebensmittel	9	7	77,8
kosmetische Mittel	14	8	57,1
Säuglings- und Kleinkindernahrung	12	4	33,3
Bedarfsgegenstände mit Körperkontakt	11	3	27,3
Wurstwaren	37	10	27,0
Milchprodukte	16	4	25,0
Fische, Fischzuschnitte, Fischerzeugnisse	21	5	23,8
Brote, Kleingebäck	23	5	21,7

Bei folgenden Warengruppen gab es trotz relativ hoher Probenzahl **keine Beanstandungen**:

- Milch (14 Proben),
- Butter, Eier, Eiprodukte (13 Proben),
- Suppen, Saucen (7 Proben),
- Krusten-, Schalen, Weichtiere (8 Proben),
- Getreide, Teigwaren, Hülsenfrüchte (16 Proben),
- Frischgemüse, Gemüseerzeugnisse, Pilze, Pilzerzeugnisse (38 Proben),
- Frischobst (19 Proben),
- Fruchtsäfte und alkoholfreie Getränke (12 Proben),
- alkoholhaltige Getränke (18 Proben),
- Süßwaren und Schokolade (10 Proben),
- Tee (6 Proben),
- Gewürze und Zusatzstoffe (11 Proben)

Die Erfüllung spezieller Anforderungen des Landeslabors stellt bezüglich Probenart oder –menge immer wieder eine Herausforderung dar. Beispielhaft für das Jahr 2021 seien genannt: Reinigungsmittel speziell für Boote (gern aus dem Fachhandel), mit Flüssigkeit gefüllte Spielwaren, leere Pralinenschachteln o.ä. aus Papier/Pappe aus Pralinen-/Schokoladengeschäften, farbenfrohe Papiertischdecken auf der Rolle, Grünweizen (Freekeh) geröstet, mindestens ein Kilogramm und mindestens drei Packungen, Rosmarin-Blattgewürz, getrocknet mindestens 600 Gramm und mindestens fünf Packungen.

Export/Import

Exportkontrollen wurden durchgeführt für:

- 44 Sendungen Schweinefleisch (gesamt ca. 755 Tonnen),
- zwei Sendungen Geflügelfleisch (gesamt ca. 80 Tonnen),
- zwei Sendungen Milchpulver (gesamt ca. 200 Tonnen),
- vier Sendungen Brot/Brötchen (ca. 5,5 Tonnen),
- 116 Sendungen Kaffeeprodukte (ca. 217,5 Tonnen).

Außerdem wurden Exportzertifikate für 14 Sendungen Feinkostprodukte (gesamt ca. 37,7 Tonnen) erstellt.

Im Zuge des Brexits ergaben sich diverse Ungereimtheiten zur Abfertigung von Sendungen aus dem Vereinigten Königreich bei der Einfuhr in die Europäische Union. Unter anderem hat ein international tätiges Unternehmen einen Herstellerbetrieb in Großbritannien und einen Lagerstandort in Teltow-Fläming, von dem aus Ware bundesweit vertrieben wird. Die LKW standen oft viele Tage am Grenzeintritt in die Europäische Union, um dann letztendlich doch für die Abfertigung abgelehnt zu werden. Somit bestand viel Klärungsbedarf hinsichtlich der zoll- und lebensmittelrechtlich korrekten Abfertigung. In diesem Zuge wurden sechs Sendungen milchhaltiger Kaffeeprodukte (gesamt ca. 25 Tonnen) überprüft. Da dieses Problem betriebs- und länderübergreifend relevant ist, wird eine Lösung auf Ebene der Europäischen Kommission angestrebt.

Darüber hinaus erreichten das Amt vier Kontrollmitteilungen des Zollamts zur Einfuhr von Lebensmitteln. Es handelte sich jeweils um kleine Mengen, die nachvollziehbar für Privatpersonen bestimmt waren. In zwei Fällen handelte es sich um Fleisch bzw. Salami, daher musste die Einfuhr untersagt und die Ware der Vernichtung zugeführt werden. Die beiden anderen Sendungen konnten dem Empfänger ausgehändigt werden.

Durch Lebensmittel bedingte Erkrankungen

Aus Gemeinschaftseinrichtungen erreichten uns im Jahr 2021 nur zwei Meldungen zu möglicherweise durch Lebensmittel bedingten Erkrankungshäufungen. In einem Fall gab es keinen Hinweis auf die Beteiligung von Lebensmitteln an einer Erkrankungshäufung.

In dem anderen Fall wurden bei einer Küchenkraft nach Magen-Darm-Beschwerden Campylobacter-Bakterien im Stuhl nachgewiesen. Auch in dem daraufhin von uns an das Landeslabor eingesandten Geflügelfleisch wurden Campylobacter-Bakterien gefunden. Bei keiner der in der Einrichtung verpflegten Personen traten Beschwerden auf. Eine Ansteckung der Küchenkraft bei der Handhabung des rohen Geflügelfleisches ist wahrscheinlich. Durch Erhitzen werden Campylobacter-Bakterien jedoch sicher abgetötet.

Anträge nach dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG)

Im Sachgebiet Lebensmittelüberwachung gingen 2021 insgesamt 71 Anträge nach dem VIG, davon 62 von einer Person. Es wurde die Übermittlung der Ergebnisse der letzten lebensmittelrechtlichen Kontrollen diverser gastronomischen Einrichtungen oder anderer Lebensmittelunternehmen beantragt.

Bis Ende des Jahres sind zu 39 Anträgen die gewünschten Informationen übermittelt worden. Zu 7 Anfragen sind die vor Herausgabe der Informationen erforderlichen Bescheide, zu 6 Anfragen die Eingangsbestätigungen und Anhörungen versandt. 18 Anträge hatten sich auf andere Weise erledigt, z. B. durch Weiterleitung an eine andere örtlich zuständige Behörde oder weil die Einrichtung zwischenzeitlich geschlossen oder seit der letzten Anfrage nicht mehr kontrolliert worden war.

Fleischhygiene

Auch unter Pandemie-Bedingungen wurden im Jahr 2021 Schlachtungen unverändert durchgeführt. Demgemäß musste auch die amtliche Schlachttier- und Fleischuntersuchung bei jedem einzelnen Tier von den amtlichen Tierärzt*innen durchgeführt werden. Im Landkreis Teltow-Fläming sind überwiegend kleinere oder sehr kleine Schlachtbetriebe ansässig, jedoch auch zwei etwas größere Betriebe für die Schlachtung von Schafen. Es gab weder Fälle von Covid-19-Infektionen unter den amtlichen Tierärzt*innen für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung, noch waren diese von Quarantäne-Maßnahmen betroffen.

Untersuchungszahlen

Im Jahr 2021 sind die Schlachtzahlen im Vergleich zu 2020 bei Schafen deutlich gestiegen, bei Schweinen und Rindern erneut zurückgegangen. Für die Schlachtung von Schweinen war der niedrigste Wert seit 2014 zu verzeichnen. Auch bei Hausschlachtungen ist die Zahl der geschlachteten und untersuchten Tiere erneut gesunken.

Tabelle 31: Untersuchungen Fleischhygiene

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
gewerbliche Schlachtungen gesamt, darunter	75.530	77.621	74.484	69.348	65.714	78.671	68.707	84.386
- Schafe	62.697	65.759	63.425	60.598	57.077	69.424	61.507	77.683
- Schweine	8.468	7.587	6.834	7.218	7.407	7.955	6.008	5.524
- Rinder	3.968	3.994	3.915	1.249	970	975	917	806
Wild aus Wildbearbeitungsbetrieben	1.882	2.095	1.818	2.037	1.383	1.772	1.385	1.089
Hausschlachtungen	185	166	170	130	162	198	135	128

Trichinenuntersuchung

Die Gesamtzahl der Trichinenuntersuchungen von erlegten Wildschweinen lag im Jahr 2021 mit 3.227 deutlich unter dem Vorjahreswert von 5.210 und etwa im gleichen Bereich wie im Jahr 2018 mit 3.517.

Tabelle 32: Untersuchte Trichinenproben 2018 bis 2021 von Wildschweinen

Monat	Zahl untersuchter Trichinen-proben gesamt				Zahl untersuchter Proben aus zugelassenen Betrieben				von Jägern entnommene Proben			
Jahr	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
Januar	359	297	491	372	118	85	119	73	241	212	372	299
Februar	254	189	315	258	54	25	55	59	200	164	260	199
März	266	203	465	307	63	42	73	46	203	161	392	261
April	344	275	442	210	55	46	73	29	289	229	369	181
Mai	429	274	570	318	108	69	58	43	321	205	512	275
Juni	268	261	406	155	59	66	60	31	209	195	346	124
Juli	211	337	304	171	53	54	31	19	158	283	273	152
August	207	323	219	136	71	105	46	22	136	218	173	114
September	211	636	408	254	35	129	40	45	176	507	368	209
Oktober	239	787	520	366	51	182	85	86	188	605	435	280
November	405	745	565	401	123	160	87	58	282	585	478	343
Dezember	324	667	505	279	65	97	65	69	259	570	440	210
gesamt	*3.517*	*4.994*	*5.210*	*3.227*	*855*	*1.060*	*792*	*580*	*2.662*	*3.934*	*4.418*	*2.647*

Beauftragten Jäger*innen ist es gestattet, die amtliche Trichinenprobe selbst zu entnehmen. Diese Beauftragung erteilt unser Amt. Aktuell haben 603 Personen eine solche Beauftragung. Im Jahr 2021 wurden auf Antrag 24 neue Beauftragungen erteilt.

Seit Mai 2018 ermöglicht der Landkreis auf Antrag die gebührenfreie Untersuchung von Trichinenproben von erlegten Wildschweinen. Grund dafür ist das besondere öffentliche Interesse an der Verringerung der Wildschweinbestände. Damit soll die Gefahr der Verschleppung der Afrikanischen Schweinepest in unsere Region vermindert werden. Von der Möglichkeit der gebührenfreien Untersuchung wird zunehmend Gebrauch gemacht. Im Jahr 2021 wurden 97,1 Prozent der Untersuchungen gebührenfrei durchgeführt.

Tabelle 33: Trichinenuntersuchung: Anträge auf Gebührenerlass

Zeitraum	2. Halbjahr 2018	2019	2020	2021
von Jägern entnommene Proben	1.199	3.934	4.418	2.647
Anträge auf Gebührenerlass	869	3.170	4.050	2570
Anteil Anträge an Proben in Prozent	72,5	80,6	91,7	97,1

Proben für den Nationalen Rückstandskontrollplan

Im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplans wurden im Jahr 2021 in den im Landkreis ansässigen Schlachtbetrieben insgesamt 353 amtliche Proben entnommen. Diese werden im Landeslabor auf Rückstände von Tierarzneimitteln und auf Umweltkontaminanten (z. B. Schwermetalle, Dioxin) untersucht. Alle Proben waren ohne auffälligen Befund.

Töten im Herkunftsbetrieb

Seit 2010 gibt es die gesetzliche Möglichkeit, auf Antrag der Tierhalter*innen die Schlachtung von einzelnen Rindern im Haltungsbetrieb zu genehmigen, wenn diese ganzjährig im Freiland gehalten werden. Ebenso besteht diese Möglichkeit für Farmwild, welches normalerweise in einem zugelassenen Schlachtbetrieb geschlachtet werden muss. Im Jahr 2021 genehmigte das Amt 24 Anträge. Diese betrafen insgesamt 34 Tiere.

Ab sofort gibt es die Möglichkeit der Schlachtung von geringen Tierzahlen im Haltungsbetrieb auch für Schweine. Allerdings ist das Verfahren für alle Tierarten geändert. Alle Schlachtungen im Haltungsbetrieb müssen zukünftig in einer mobilen Einheit eines zugelassenen Schlachtbetriebes erfolgen.

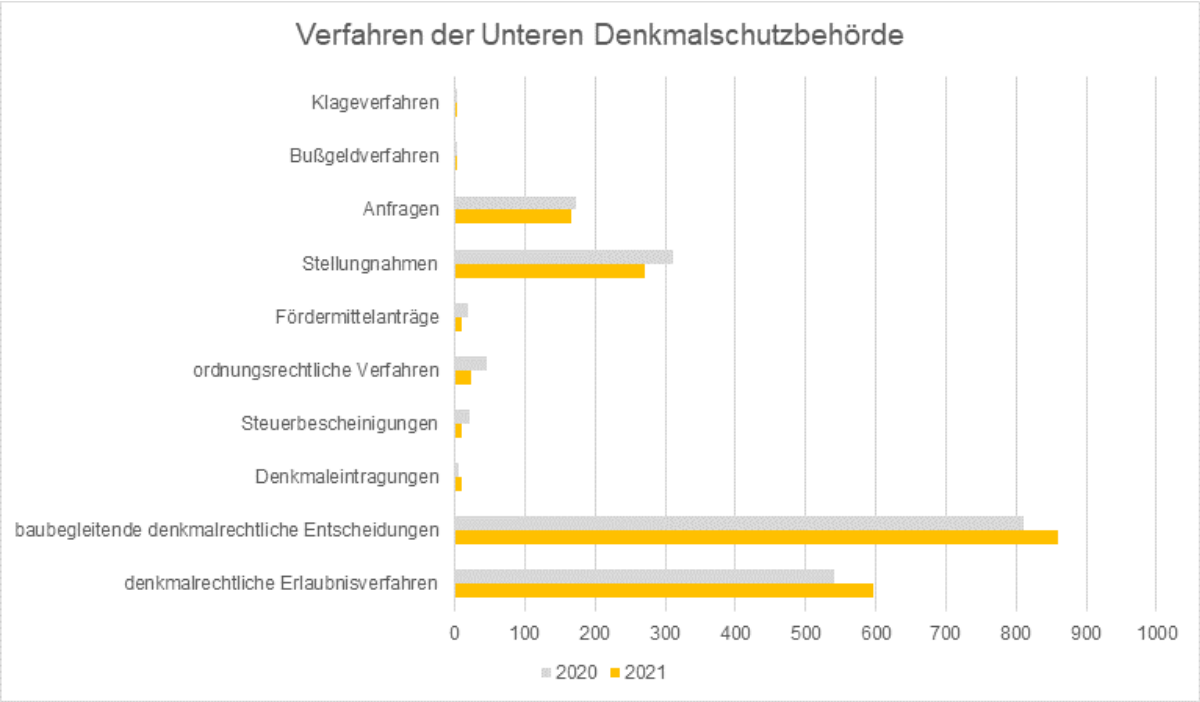
Tabelle 34: Erteilte Genehmigungen zum Töten von Tieren im Herkunftsbetrieb

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
erteilte Genehmigungen	6	17	24	15	31	27	26	24
Anzahl Tiere	7	21	24	18	44	44	34	64

Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde

Die Ziele und Aufgaben des Denkmalschutzes sind 2021 unverändert geblieben. Die folgende Grafik zeigt die Aufgaben der Unteren Denkmalschutzbehörde und ihre jeweilige Arbeitsmenge. Auffallend ist dabei, dass die baubegleitenden Entscheidungen den größten Anteil haben. Mit der Erteilung der Baugenehmigung und der darin konzentrierten denkmalrechtlichen Erlaubnis ist diese Aufgabe nicht abgeschlossen. Vielmehr beginnt dann der wesentliche Teil der Arbeit: die Baubegleitung vor Ort mit zahlreichen Entscheidungen bis ins kleinste Detail. In einer Baugenehmigung sind nämlich viele Detailfragen oft nicht geregelt, wie z. B. die Material- oder Farbwahl von Wandflächen, Fenstern, Türen, Treppen, Fußböden, Dacheindeckungen oder die Gestaltung von Außenanlagen.

Abbildung 8: Grafik: Verfahren der Unteren Denkmalschutzbehörde nach Quantität, Vergleich 2020 und 2021



Im Jahr 2021 sind die Fallzahlen trotz der Pandemie leicht gestiegen, und der Bau- und Immobilienboom setzte sich im Landkreis weiter fort. Aus dem Jahr zuvor sind noch 265 Verfahren nicht abgeschlossen (sogenannte Überhänge).

Die Nachfrage nach denkmalgeschützten Immobilien hält weiter an. Beispielsweise wurden die Gutsanlage Kaltenhausen (Kloster Zinna) und die Turmkaserne in Jüterbog II verkauft.

Weiterhin besteht der Verdichtungsdruck in den berlinnahen Gemeinden, der sich z. B. auf die Umgebung von Denkmalen oder direkt auf Denkmale (Planung Gutshof Dahlewitz, Bücker-Werke Rangsdorf usw.) bezieht.

Denkmalliste

Auch 2021 wurden nur wenige neue Objekte vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum in die Denkmalliste eingetragen.

In den Jahren gleichbleibend hoher Bautätigkeit erweist sich die Strategie des Landesamtes, Denkmale erst dann einzutragen, wenn es akut wird – also im denkmalrechtlichen Erlaubnis- oder im Baugenehmigungsverfahren – als sehr problematisch. Hierdurch entstehen zwangsläufig Verzögerungen im Planungsprozess.

Historische Zeugnisse sind per Gesetz auch dann geschützt, wenn sie (noch) nicht in die Liste eingetragen sind. Die kreisliche Denkmalschutzbehörde muss, wenn sie von der Bauaufsicht beteiligt wird, schnell entscheiden, ob ein nicht verzeichnetes Objekt im Verfahren denkmalrechtlich berücksichtigt werden muss und das Landesamt zur unverzüglichen Eintragung auffordern. Die Denkmalschutzbehörde appelliert an die Bauherrschaften und Planer*innen, insbesondere die kommunalen, die Eintragung solcher Objekte beim Landesamt vor der Planung verschiedener Maßnahmen zu veranlassen. Die Überprüfung eines etwaigen Denkmalwerts geschieht laut § 3 Abs. 1 BbgDSchG auf Anregung Dritter. Das bedeutet, dass jede/r an das Landesamt herantreten und anregen kann, den Denkmalwert seines/ihres Objekts überprüfen zu lassen.

Die Änderungen der Denkmalliste ergeben sich aus den folgenden Tabellen:

Tabelle 35: Eintragungen in die Denkmalliste 2021 Stand 10.01.2022

	Gemeinde, Stadt oder Amt	Anschrift	Objekt	eingetragen am
1	Blankenfelde-Mahlow	Blankenfelde, Blankenfelder Dorfstraße 86	Schornstein der Gutsbrennerei	29.01.2021
2	Rangsdorf	Rangsdorf, Seebadallee 50	Miniaturanlage „Rangssouci“	12.02.2021
3	Ludwigsfelde	Siethen, Siethener Dorfstr. 29	Wohnhaus Köppen mit Vorgartenzaun	15.06.2021
4	Dahme	Dahme, Geschwister-Scholl-Straße 12	Wohnhaus	30.07.2021
5	Luckenwalde	Luckenwalde, Lindenallee	Straßenanlage	09.08.2021
6	Ludwigsfelde	Ludwigsfelde, Brandenburgische Straße 100	Betriebsberufsschule	18.11.2021
7	Luckenwalde	Luckenwalde, Brandenburger Straße 2a	Lehrlingsheim (Mädchen-Berufsschule)	06.12.2021
8	Am Mellensee	Mellensee, Am Wildpark 5	Gaststätte "Wildpark"	13.12.2021
9	Nuthe-Urstromtal	Dobbrikow, Weinbergstr. 30	Villa Grossmann mit Nebengebäude	15.12.2021

Tabelle 36: Erweiterung/Reduzierung/Nachbegründung oder Präzisierung von Listenpositionen

	Gemeinde, Stadt oder Amt	Anschrift	Objekt	eingetragen am
1	Luckenwalde	Luckenwalde, Rudolf-Breitscheid-Str. 78	Pianofabrik Niendorf, bestehend aus Fabrikgebäude, Pförtnerhaus mit Gartenmauer, Fabrikantenvilla, Wohnhaus (sog. Schweizerhaus) und Vorgarten	14.06.2021
2	Jüterbog	Jüterbog, Zinnaer Straße 25	Wohnhaus mit Seitenflügeln und Kelleranlage	05.07.2021

	Gemeinde, Stadt oder Amt	Anschrift	Objekt	eingetragen am
	Zossen	Wünsdorf, Hauptallee	Militär-Turnanstalt bestehend aus Wohnhaus des Kommandeurs, Pferdestall zum Kommandeurhaus, Turnhallengebäude, Hauptgebäude, Dioramagebäude, Beamtenwohnhaus, Badeanstalt, Offizier-Speiseanstalt (Casino), Geräteschuppen, Pumpenhaus, Freibad sowie Leninstatue vor dem Hauptgebäude	26.07.2021

Insgesamt wurden von den etwa 1.900 archäologischen Fundstellen zum Ende des Jahres 2021 circa 95 Prozent über Benachrichtigungsschreiben an die Eigentümer*innen oder öffentlich bekanntgegeben.

Denkmalsanierungen

In allen Kommunen des Landkreises wurden zahlreiche Wohnhäuser, Mietwohnhäuser oder Villen saniert. An dieser Stelle werden allerdings nur die bekannteren Objekte aufgeführt.

Im Jahr 2021 vorbereitete Vorhaben (Auswahl)

- Dahlewitz, Gutsanlage, Bebauungsplanverfahren, Umbau und Sanierung sowie Ergänzung
- Luckenwalde, Alte Post
- Luckenwalde, ehemalige Fabrik Poststraße 25,
- Luckenwalde, F.-Ebert-Schule
- Luckenwalde, R.-Breitscheid-Str. 72, Stadtbad (2.BA)
- Luckenwalde, Kirche St. Jakobi (Dachsanierung)
- Rangsdorf, ehemalige Bücker-Werke
- Zossen, Altes Krankenhaus
- Zossen, Amtsgericht
- Zossen, ehemaliges Lazarett
- Zossen, Stabshaus und ehem. Reiterhalle der ehemaligen Infanterie-Schießschule
- Zossen, Scheunenviertel

Im Jahr 2021 begonnene bzw. fortgesetzte Denkmalsanierungen (Auswahl)

- Blankensee, Dorfkirche, Konservierung und Restaurierung des Holztafelgemäldes ‚Stifter mit Schriftfeld‘
- Frankenförde, Dorfkirche, Aufbau der Orgel aus dem Lehrerseminar in Altdöbern

- Glau, Friedensstadt Weißenberg, Glauer Hof, Sanierung und Ergänzung (Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten für Menschen mit und ohne Behinderung)
- Glashütte, Formwerkstatt (kreiseigene Liegenschaft)
- Groß Machnow, Kirche Dachsanierung
- Jüterbog, Nikolaikirche, Dach- und Fassadensanierung
- Kloster Zinna, Alte und Neue Abtei, Museum
- Lynow, Oscar-Barnack-Straße 1, Sanierung des Forsthauses
- Luckenwalde, Amtsgericht (Sanierung Grundbuchamt, Anbau Aufzug ans Hauptgebäude)
- Luckenwalde, Markt 10 Rathaus (Umbau und Sanierung)
- Mellnsdorf, Kirche, Restaurierung der Decke der Apsis
- Nächst Neuendorf, ehem. Schützenhaus
- Niendorf, Kirche Außensanierung
- Wünsdorf, Kirche
- Zossen, Mannschaftsgebäude der ehem. Infanterie-Schießschule
- Zossen, Wasserturm der ehem. Infanterie-Schießschule

Im Jahr 2021 abgeschlossene Denkmalsanierungen (Auswahl)

- Jänickendorf, Dorfkirche Hüllensanierung
- Jüterbog, Sicherungsarbeiten an den ehemaligen Schlossbuden
- Lichterfelde, Kirche
- Kloster Zinna, Mittelstraße 18, Sicherungsarbeiten
- Liepe, Dorfkirche Innenraumsanierung
- Mehlsdorf, Kirche Gesamtsanierung
- Zossen, Alter Krug

Bei der Innenraumsanierung der Dorfkirche Lichterfelde wurden mittelalterliche Wandfresken entdeckt und restauriert. Als Bestandteil des Forschungsprojekts „Mittelalterliche Wandmalereien in Brandenburg“ ist dies von landesgeschichtlicher Bedeutung.

Bodendenkmalpflege

Im Jahr 2021 stiegen die Fallzahlen der Bodendenkmalpflege auf ein sehr hohes Niveau. Meist fanden archäologische Untersuchungen bei der Errichtung von Einfamilienhäusern und der Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen statt. Dazu startete der Ausbau der Breitband-Infrastruktur mit einer Vielzahl von Einzelanträgen, die oft eine archäologische Dokumentation notwendig machen. Insgesamt wurden 117 archäologische Dokumentationen durchgeführt – 10 mehr als im Jahr 2020.

Außergewöhnliche Funde und Ausgrabungen wurden den Medien bekannt gegeben. In Mahlow wurde bei Baumaßnahmen ein mittelalterlicher Feldsteinkeller des 13./14. Jahrhunderts entdeckt, von dem sogar einige Stufen der Eingangstreppe erhalten waren. In Jüterbog fanden beim Ausbau der B 102 Ausgrabungen am Rand des alten Schloss- und Burgstandortes statt. Dabei wurden hölzerne Bauelemente von Brücken- und Grabenanlagen aus der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts dokumentiert.

Zwischen Jüterbog und Bochow befindet sich ein außergewöhnliches Bodendenkmal – eine Kreisgrabenanlage der Jungsteinzeit aus dem 5. vorchristlichen Jahrtausend. Sie bestand aus zwei Kreisgräben mit mehreren Öffnungen. Es handelt sich um das älteste bekannte Gemeinschaftsbauwerk Brandenburgs. Das so genannte „Woodhenge“ von Bochow ist fast 2000 Jahre älter als das „Stonehenge“ in England und diente als Observatorium und Versammlungsstätte. Das öffentliche und mediale Interesse zielt darauf hin, diese einmalige archäologische Fundstelle nachhaltig zu schützen und in das Tourismuskonzept des Landkreises einzubinden.

Ordnungsverfahren

Die Denkmalschutzbehörde ist auch Sonderordnungsbehörde. Ordnungsrechtliche Verfahren im Denkmalschutz ziehen sich regelmäßig über mehrere Jahre hin, da sie häufig in Klageverfahren münden. Duldungsverfügungen, Erhaltungsanordnungen, Wiederherstellungsverfügungen oder Zwangsgeldforderungen lösen meist eine starke Abwehrhaltung bei den Verfügungsberechtigten von Denkmalen aus. Am Ende des Jahres 2021 sind 114 Verfahren offen, 21 neue kamen hinzu.

Förderung

Wie im Jahr zuvor, wurden auch 2021 keine Maßnahmen im Denkmalschutz aus der MBS-Gewinnausschüttung gefördert.

Aus den kreislichen Mitteln wurden von den zehn Förderanträgen sieben positiv beschieden und konnten gefördert werden. Bewilligt wurden insgesamt 36.500 Euro bei einem Investitionsvolumen von ca. 432.000 Euro. Beantragt waren 149.914 Euro. Es sind 2021 15.500 Euro übriggeblieben, da zwei Anträge erst im Spätsommer gestellt wurden.

Da die Zuwendungsverfahren im Landkreis zu lange dauern, erarbeitet die Denkmalschutzbehörde eine neue Förderrichtlinie im kommenden Jahr.

Eine archäologische Dokumentation wurde mit 500 Euro unterstützt.

Öffentlichkeits- und Vereinsarbeit

Denkmale und ihre Geschichte und Entwicklung finden in der Presse regelmäßig eine sehr hohe Aufmerksamkeit. So wurden auch 2021 zahlreiche Presseanfragen beantwortet. Besonders hervorgehoben sei die mehrteilige Reihe „Lost Places“ der MAZ, die sich den Militärdenkmalen des Landkreises widmete[11]. Die Heeresversuchsstelle Kummersdorf ist regelmäßig in Fernsehbeiträgen präsent, darunter eine Produktion der Seven.One Entertainment Group GmbH in der Reihe „Deutschlands größte Geheimnisse“[12]. Der RBB widmete der Dorfkirche Lichterfelde einen Beitrag in der Reihe „Unser Leben“ vom 6.11.21[13]

Im Berichtsjahr musste zum ersten Mal nach 24 Jahren der Archäologentag abgesagt werden. Er fiel, wie so viele kulturelle Veranstaltungen, der Pandemie zum Opfer.

Der Denkmalkalender trägt weiterhin zum Kennenlernen der historischen Zeugnisse in Teltow-Fläming bei. Zahlreiche Pressemeldungen informierten aktuell über archäologische Funde und Ausgrabungen bei Baumaßnahmen. Die Kolumne „Denkmal des Monats“ musste der internen Aufgabenpriorisierung weichen, sie erscheint daher unregelmäßig.

[11] Lost Places in Teltow-Fläming – MAZ - Märkische Allgemeine (maz-online.de)

[12] Deutschlands größte Geheimnisse | Ranking-Show | Kabel Eins

[13] Das Wunder von Lichterfelde | rbb (rbb-online.de)

Im Jahr 2021 konnte die Denkmalschutzbehörde eine weitere Publikation vorlegen. Es ist die Neuauflage einer kleinen Broschüre über historische Wassertürme, die seit längerem schon vergriffen war. Die neue Ausgabe ist im Text- und Bildteil deutlich erweitert und entspricht dem kreislichen Corporate Design.

Der Tag des offenen Denkmals, der jährlich am 2. Septembersonntag stattfindet, wird regelmäßig von der Denkmalschutzbehörde begleitet. Anders als im Vorjahr, fand er trotz Pandemie nicht virtuell statt.

Die Untere Denkmalschutzbehörde betreut ca. 25 ehrenamtliche Bodendenkmalpfleger. Sie unterstützen die Denkmalbehörden beim Schutz archäologischer Fundplätze und bergen Funde, die sonst durch Korrosion und Bautätigkeit zerstört würden.

Fünf ehrenamtliche Baudenkmalpfleger*innen sind überwiegend in Kummersdorf aktiv.

Projektgruppe Kummersdorf

Die kreisliche Denkmalschutzbehörde ist Gründungsmitglied der interdisziplinären Projektgruppe Kummersdorf. In der Projektgruppe wurde seit ihrem Bestehen auch die Beantragung der Aufnahme des Denkmals in die UNESCO-Welterbeliste diskutiert. Wie im letzten Bericht angekündigt, wurde im Jahr 2021 ein Aufnahmeantrag für die Vorschlagliste des Landes Brandenburg für die Tentativliste der Bundesrepublik Deutschland für die UNESCO-Welterbeliste erstellt und im August von dem Vorsitzenden des Fördervereins Kummersdorf e. V. unterzeichnet und beim Ministerium für Wissenschaft und Kultur des Landes Brandenburg eingereicht. Der Behörde liegen jedoch keine weiteren Kenntnisse zum Verfahrensstand vor.

Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Die Amtsleiterin war bis Ende Oktober Corona-Krisenstabsleiterin und wurde in dieser Zeit von ihrer Stellvertretung, der Sachgebietsleiterin Lebensmittelüberwachung, vollumfänglich vertreten.

Untere Bauaufsichtsbehörde

Die Bauaufsicht kann für das Jahr 2021 auf eine im Vergleich zum Vorjahr wesentlich höhere Zahl an Bauantragseingängen, an erteilten Genehmigungen und auf höhere Gebühreneinnahmen zurückblicken. Probleme bereiteten im Genehmigungsbereich insbesondere die gesetzlich zu priorisierenden Bauanzeige- und vereinfachten Baugenehmigungsverfahren, in denen die Bauaufsicht nur einen bzw. drei Monate Bearbeitungsfrist hat. Durch ihren erheblichen Anstieg verlängerten sich die Bearbeitungszeiten für die übrigen Bauanträge bedenklich. Das führte auch zu viel mehr Beschwerden der Bauherrschaften. Auch litt die Bauantragsbearbeitung unter den Nachwehen der Umstellung auf die neue Version des Bauprogramms, mit dem die Behörde arbeitet.

Bauantragsaufkommen

Tabelle 37 zeigt die Entwicklung der Anzahl der Bauanträge (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Nachträge, Vorbescheide, Bauanzeige- und vereinfachte Genehmigungsverfahren) der vergangenen vier Jahre.

Tabelle 37: Entwicklung der Anzahl der Bauanträge

Jahr	2018	2019	2020	2021
Antragsaufkommen	1.667	1.542	1.687	1.818

Im Vergleich zum Vorjahr gab es eine Steigerung um 131 Anträge. Das ist mehr, als eine erfahrene Person in der Bauantragsbearbeitung in einem Jahr durchschnittlich erledigen kann. Dabei haben wir eine hohe Erledigungsquote je Sachbearbeiter*in für Baugenehmigungsverfahren von durchschnittlich 110 Bauantragsverfahren jährlich, während der Landesdurchschnitt nur bei knapp unter 100 Verfahren liegt.

Tabelle 38 zeigt die Entwicklung des Antragsaufkommens im Wohnungsneubau in den Gemeinden des Landkreises. Dabei wird zwischen dem nördlichen Kreisgebiet (engerer Verflechtungsraum), der circa ein Drittel der Fläche des Landkreises bedeckt, und dem zwei Drittel der Kreisgebietsfläche beanspruchenden Süden (äußerer Entwicklungsraum) unterschieden.

Ein extremer Zuwachs ist dabei für 2021 in der Gemeinde Am Mellensee zu verzeichnen. Hier stieg die Zahl der Wohnungsbauanträge von 38 im Jahre 2020 auf 150 im Berichtsjahr. Aber auch in Ludwigsfelde (+66), Nuthe-Urstromtal (+26), Luckenwalde (+25), Blankenfelde-Mahlow (+22) und Rangsdorf (+20) stieg die Zahl der Anträge, die den Wohnungsbau betreffen, markant.

Tabelle 38: Entwicklung des Antragsaufkommens im Wohnungsbau (Neubau von Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern)

Stadt/Gemeinde/Amt	2018	2019	2020	2021
Nordkreis				
Blankenfelde-Mahlow	150	159	109	131
Großbeeren	30	20	29	15
Rangsdorf	64	76	55	75
Trebbin	43	54	39	43
Zossen	135	119	162	179
Ludwigsfelde	160	65	220	286
Summe	582	493	614	729
Südkreis				
Baruth/Mark	20	24	13	15
Dahme/Mark	5	7	5	22
Am Mellensee	63	40	38	150
Niedergörsdorf	5	10	10	19
Nuthe-Urstromtal	15	21	13	39
Jüterbog	28	24	12	15
Luckenwalde	29	42	28	45
Summe	165	168	119	305
Summe gesamt	**747**	**661**	**733**	**1034**

Bautätigkeit in den Gemeinden

Tabelle 39 macht für die vergangenen vier Jahre die in den Gemeinden unterschiedliche Entwicklung der Bautätigkeit in Bezug auf alle baugenehmigungspflichtigen Vorhaben deutlich.

Tabelle 39: Entwicklung der Bautätigkeit 2018 bis 2021 (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid, Bauanzeige, vereinfachte Baugenehmigungsverfahren und Nachträge)

Stadt/Gemeinde/Amt	2018	2019	2020	2021
Nordkreis				
Blankenfelde-Mahlow	322	296	252	238
Großbeeren	71	57	65	47
Rangsdorf	126	139	130	137
Trebbin	123	126	113	91
Zossen	272	246	309	280
Ludwigsfelde	283	178	336	379
Summe	1.195	1042	1205	1172
Südkreis				
Baruth/Mark	52	59	68	48
Dahme/Mark	49	47	51	65
Am Mellensee	108	77	91	186
Niedergörsdorf	21	41	30	47
Nuthe-Urstromtal	42	66	65	64
Jüterbog	73	76	54	78
Luckenwalde	127	134	115	158
Summe	472	500	474	646
Summe gesamt	**1.667**	**1542**	**1679**	**1818**

Die Anzahl der Bauanträge insgesamt ist in der Gemeinde Am Mellensee am stärksten gestiegen. Sie hat sich mehr als verdoppelt.

Als Indiz für den Grad der Abarbeitung von Bauanträgen kann die Zahl der positiv beschiedenen Bauanträge und Vorbescheide herangezogen werden. Hier verzeichnen wir eine Steigerung von 20 Prozent. Diese erklärt sich unter anderem durch die Zunahme von zu priorisierenden Vorgängen wie Bauanzeigen, Anträgen im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren, Bauanträgen zu öffentlichen Bauvorhaben wie Kitas und Schulen sowie, auf ministerielle Anordnung hin, auch Funkmasten. Sie gründet aber auch in einer Zunahme eingearbeiteter Kolleginnen und Kollegen im Genehmigungsbereich.

Besonderheiten in der Bauantragsbearbeitung nach Prüfbezirken

Im Zuständigkeitsbereich der Prüfgruppe 1 der Technischen Bauaufsicht (**Blankenfelde-Mahlow, Großbeeren, Ludwigsfelde**) ist die hohe Anzahl von 204 Ein- und Zweifamilienhäusern, die 2021 im Rousseau-Park in Ludwigsfelde genehmigt wurden bzw. deren Bau freigegeben wurde, besonders zu erwähnen.
Hinzu kamen dort Genehmigungen für fünf Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 90 Wohnungen und einem benachbarten Lebensmittelmarkt, der Genehmigungsgebühren in Höhe von 50.400 Euro einbrachte.
Für zwei Rechenzentren im Brandenburg-Park wurden Gebühren von 180.500 Euro erhoben.
Auch konnte die Kita am Westverbinder in Ludwigsfelde nach nur 10 Wochen Bearbeitungsdauer noch 2021 genehmigt werden.

Im Zuständigkeitsbereich der Prüfgruppe 2 der Technischen Bauaufsicht (**Amt Dahme/Mark, Jüterbog, Luckenwalde, Niedergörsdorf, Nuthe-Urstromtal, Trebbin**) widmete sich die Bautätigkeit auch im Jahre 2021 vor allem Wohnbau- und mittleren und kleineren gewerblichen Vorhaben.
An kommunalen Vorhaben wurden die Modernisierung und Erweiterung der Kita Hennickendorf und die Nutzungsänderung eines Veranstaltungsgebäudes in einen Hort in Trebbin genehmigt.
Als gewerbliche Vorhaben wurden beispielsweise der Neubau eines Logistiklagers in Luckenwalde und die Nutzungsänderung eines Stallgebäudes in eine Holz- und Metallwerkstatt für straffällig gewordene Menschen in der Gemeinde Niedergörsdorf genehmigt, aber auch die Erweiterung und Umgestaltung eines Lebensmittel- und Drogeriemarktes in Jüterbog.
Im Bereich des Gesundheitswesens sind in Luckenwalde die teilweise Nutzungsänderung eines Gebäudes in eine Physiotherapie und die Nutzungsänderung von Büroräumen in eine Arztpraxis zugelassen worden.
Zu den genehmigten Vorhaben gehören auch altersgerechte Wohnungen, die durch Neubau von drei Mehrfamilienhäusern in Trebbin und als „Haus der Inklusion“ durch Sanierung und Umbau von zwei denkmalgeschützten Gebäuden sowie dem Neubau von zwei Mehrfamilienhäusern in Glau entstehen werden.

Im Zuständigkeitsbereich der Prüfgruppe 3 (**Am Mellensee, Baruth/Mark, Rangsdorf, Zossen**) sind 2021 in den Gebieten der Stadt Zossen und Baruth sowie der Gemeinden Am Mellensee und Rangsdorf überwiegend Baugenehmigungen für Wohngebäude erteilt worden. Hier gewinnen neben den klassischen Einfamilienhäusern die Mehrfamilienhäuser (mehrgeschossiger Wohnungsbau) an Bedeutung. Folge dieser Entwicklung ist der zunehmende Bedarf an Kita- und Schulplätzen, der sich auch im Berichtsjahr in entsprechenden Baugenehmigungsverfahren niederschlug.
Im Ortsteil Klausdorf der Gemeinde Am Mellensee wurden für ein komplett neues Wohngebiet im Bebauungsplan „Wohnen Am Mellensee“ die Baugenehmigungen für die Errichtung von 15 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 101 Wohneinheiten erteilt. Im gleichen Zuge wurden Baugenehmigungen für den Neubau einer Kita für 90 Kinder und einer Tagespflege für 22 Pflegebedürftige mitbeantragt.
Gleichzeitig entsteht im Ortsteil Klausdorf ein neues Wohngebiet im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Wohnen in der Ortsmitte“, wofür im Berichtsjahr vorwiegend Baugenehmigungen für die Errichtung von Einfamilienhäusern erteilt wurden.
Im Ortsteil Rehagen entsteht ebenfalls ein komplett neues Wohngebiet im Bereich des Bebauungsplans „Rehagener Bahnhofstraße“, wofür im Jahr 2021 Baugenehmigungen erteilt wurden. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Erweiterungsbau an die Kita in Rehagen für 30 Kinder genehmigt.
Auch die Gemeinde Rangsdorf verdichtet sich innerhalb ihres Gemeindegebiets vorwiegend durch die Errichtung von Wohngebäuden. Für den Anbau einer Einfeldsporthalle mit Schulspeisung und Mehrzweckbereich für 130 Schüler*innen und 199 Personen bei Veranstaltungen sowie für den Neubau eines neuen Hortgebäudes für 54 Kinder und für die Nutzungsänderung einer ehemaligen Hausmeisterwohnung für 15 Grundschüler der bestehenden Grundschule inklusive baulicher Änderungen konnten die Baugenehmigungen erteilt werden.
Im Industriegebiet Baruth konnte die Errichtung einer weiteren Blocklagerhalle mit einem Gebäudevolumen von 75 000 m³ umbautem Raum genehmigt werden.

Gebührenfestsetzungen der Bauaufsicht

Die Summe der festgesetzten Gebühren stieg 2021 im Verhältnis zum Vorjahr um fast eine halbe Million auf 4.239.645 Euro. Davon entfielen 3.907.300 Euro auf die Bauantragsverfahren.

148.145 Euro wurden im Zusammenhang mit der Führung des Baulastenverzeichnisses vereinnahmt, was einen Anstieg von über 30.000 Euro im Vergleich zum Vorjahr bedeutet.
11.138 Euro wurden durch Gewährung von Akteneinsichten eingenommen. Die sonstigen Festsetzungen beliefen sich 2021 auf 173.061 Euro, darunter 34.424 Euro Bußgeldanordnungen und 57.800 Euro Zwangsgeldfestsetzungen.

Ordnungsverfügungen

Im Jahr 2021 wurden 380 bauordnungsrechtliche Verfahren neu eingeleitet (2020: 387). Zum größten Teil handelte es sich wie in den vergangenen Jahren um Verfahren wegen Bauens bzw. Nutzungsänderung ohne Baugenehmigung. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 296 Verfahren abgeschlossen werden (2020: 313). Es wurden 223 Anhörungen geschrieben (2020: 340) und unter anderem 17 Baueinstellungsverfügungen, 13 Nutzungsverbote, 13 Beseitigungsanordnungen sowie 14 sonstige Ordnungsverfügungen, z. B. zum Zweck der Sicherung baulicher Anlagen, erlassen. In 31 Fällen mussten Zwangsmittel (Zwangsgeld) zur Durchsetzung der bauaufsichtlichen Anordnungen festgesetzt werden.

Im Durchschnitt hat jede*r der sechs Beschäftigten etwa 236 laufende Verfahren in das Jahr 2022 mitgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen erneuten Anstieg von etwa acht Verfahren pro Person. Insgesamt waren am Ende des Berichtszeitraumes noch 1.415 Verwaltungsverfahren in Bearbeitung.

Widerspruchssachbearbeitung und Ersetzungsverfahren

Im Rahmen der Widerspruchssachbearbeitung und Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens waren im Berichtszeitraum 149 Eingänge zu verzeichnen (2020: 169). Abgeschlossen wurden 123 Verfahren. Die meisten Widersprüche im Jahr 2020 richteten sich gegen die Ablehnung von Baugenehmigungen, (negative) Vorbescheide, bauaufsichtliche Ordnungsverfügungen sowie gegen Gebührenentscheidungen. Im Berichtsjahr waren mit nur neun Fällen wesentlich weniger Drittwidersprüche zu verzeichnen (2020: 35). In der Regel handelt es sich bei diesen Widersprüchen um solche von Nachbar*innen, die sich durch ein zugelassenes Vorhaben in ihren Rechten verletzt sehen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtzahl der eingegangenen Widersprüche um etwa zwölf Prozent gesunken.

2021 wurden zudem zehn neue Verfahren zur Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens eingeleitet. Abgeschlossen werden konnten mit Überhängen aus dem Jahr 2020 zwölf Verfahren. Nur in vier Verfahren wurde das Einvernehmen ersetzt, in drei weiteren Verfahren nachträglich von der Gemeinde selbst noch erteilt. In fünf Fällen war das Einvernehmen durch die Gemeinde rechtmäßig versagt worden.

Ordnungswidrigkeiten

Der Bereich Ordnungswidrigkeiten wurde im ersten Quartal 2021 durch den Wechsel eines langjährigen Mitarbeiters in eine Führungsposition personell geschwächt. Zudem musste der verbleibende Mitarbeiter in anderen Arbeitsbereichen unterstützen, weshalb der Bußgeldbereich lange Zeit nicht effektiv arbeiten konnte. Dennoch wurden im Jahr 2021 Einziehungs- und Bußgeldbescheide mit einem Gesamtvolumen von 34.424 Euro rechtskräftig.

Baulastenverzeichnis

Im Bereich Baulasten wurden 1.878 Vorgänge registriert. Hiervon waren 1.704 Auskünfte aus dem Baulastenverzeichnis (2020: 1.400). Hinzu kamen 170 Anträge auf Baulasteneintragung und weitere vier Anträge auf Baulastenlöschung. Die letzten beiden Zahlen entsprechen etwa dem Vorjahreswert.

Umweltamt

Bereich Amtsleitung

Im Bereich Amtsleitung werden unter anderem Widersprüche und Auskunftsersuchen nach Umweltinformationsgesetz bearbeitet. Der Amtsleitung ist auch die Klimaschutzkoordinierungsstelle zugeordnet.

Bestehende Verzögerungen in der Widerspruchsbearbeitung sind durch die erfolgreiche Nachbesetzung einer Stelle deutlich abgebaut worden.

Das Umweltamt betreute eine Auszubildende und zwei Student*innen (ÖVBB).

Tabelle 40: Aufgaben Amtsleiterbereich Umweltamt, Art und Anzahl

Aufgaben	2019	2020	2021
Widersprüche (einschließlich Einsprüche)	21	20	28
Auskunftsersuchen nach Umweltinformationsgesetz	13	14	18

Die Schwerpunkte der Arbeit der Klimakoordinierungsstelle sind als Klimaschutzbericht nach dem Bericht der unteren Umweltbehörden beigefügt. Künftig wird gemäß den Kreistagsbeschlüssen (insbesondere Nachhaltigkeitsrichtlinie) ein gesonderter Nachhaltigkeitsbericht erstellt werden.

Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall

Das Sachgebiet umfasst die Produkte Gewässerschutz, Bodenschutz und Abfallwirtschaft mit der Umweltstreife.

Gewässerschutz (Untere Wasserbehörde, UWB)

Die Tätigkeit der Unteren Wasserbehörde lag nahezu ausschließlich in der Gewährleistung reibungsloser Abläufe der Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren sowie der ausgedehnten Überwachungs- und Kontrolltätigkeiten und den Beteiligungsverfahren (Kernaufgaben, siehe Tabelle) unter Corona-Bedingungen.

Auf Antrag des Wasserver- und Abwasserentsorgungs-Zweckverbandes Region Ludwigsfelde (WARL) wurde das Verfahren zur Unterschutzstellung des Trinkwasserschutzgebietes Schönhagen weitergeführt.

Tabelle 41: Aufgaben UWB/Anzahl Fälle 2019-2021

Aufgabenfeld UWB	2019	2020	2021
Genehmigungsbehörde	1.061	1.125	1.170
Sonderordnungsbehörde	2.210	1.754	1.345
Widerspruchsbehörde	0	0	0
Stellungnahmen TÖB	1.168	1.085	885
fachübergreifende Aufgaben	240	148	176

Bodenschutz (Untere Bodenschutzbehörde, UBB)

Die Sanierungsanlage in Neues Lager „Chemische Reinigung“ (größte militärische Altlast des Landkreises) wurde weiter optimiert. Bisher wurden insgesamt bereits über 40 Tonnen chlorierte Kohlenwasserstoffe (CKW) aus der Umwelt entfernt.

Das Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekt „Wäscherei Blankenfelde“ (größte zivile Altlast des Landkreises) wurde ebenfalls kontinuierlich fortgeführt. Bisher konnten insgesamt aus der Bodenluft circa 7 Tonnen CKW und aus dem Grundwasser über 10 Tonnen CKW entfernt werden.

Gemeinsam mit der Berliner Stadtreinigung wird ein Grundwasserschaden mit chlorierten Kohlenwasserstoffen (CKW) an der Deponie Schöneiche weiter erkundet. Zu klären ist, ob weitere Gefahrenabwehrmaßnahmen erforderlich sind oder nicht.

Tabelle 42: Aufgaben UBB/Anzahl Fälle 2019-2021

Aufgabenfeld UBB	2019	2020	2021
Genehmigungsbehörde	49	70	67
Sonderordnungsbehörde	68	105	20
Widerspruchsbehörde	0	1	2
Stellungnahmen TÖB	355	306	307
Fachübergreifende Aufgaben	436	674	452

Abfallwirtschaft (Untere Abfallwirtschaftsbehörde, UAB)

2021 kam es wieder zu einem deutlichen Anstieg illegaler Ablagerungen von gefährlichen Bauabfällen. Die Gründe sind vermutlich deutlich gestiegene Entsorgungspreise und die Corona-Pandemie. Es wurde daher dazu übergegangen, noch stärker und gründlicher zu kontrollieren – zumindest bekannte Abrissvorhaben.

2021 wurde das Projekt „Waldläufer“ ins Leben gerufen. Teilnehmer*innen aus einer Arbeitsförderungsmaßnahme meldeten dabei auch illegale Abfallablagerungen, die dann durch die Umweltstreife oder den Südbrandenburgischen Abfallzweckverband (SBAZV) entfernt wurden.

Zur Verbesserung des Meldeservice richtete der Landkreis die spezielle E-Mailadresse muell@teltow-flaeming.de für die Bürger*innen ein.

Ein Schwerpunkt war die ständige Kontrolle der aktiven Rekultivierungsbaustellen von sogenannten „Bürgermeisterdeponien“. Besonderes Augenmerk galt auch 2021 der Baustelle Malterhausen. Klärungsbedürftig waren immer noch die Baustellenlogistik und der Bauablauf.

Seit Mitte 2021 findet keine systematische fachliche Arbeit in der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde mehr statt. Der Ersatz der fehlenden Beschäftigten gestaltet sich sehr schwierig. Die dringendsten Anträge und Sachverhalte werden vom Sachgebietsleiter bearbeitet.

Tabelle 43: Aufgaben UAB/Anzahl Fälle 2019-2021

Aufgabenfeld UAB	2019	2020	2021
Genehmigungsbehörde	31	23	25
Sonderordnungsbehörde	462	807	792
Widerspruchsbehörde	0	0	0
Stellungnahmen TÖB	25	68	40
fachübergreifende Aufgaben	3	100	40

Die **Umweltstreife** hat folgende illegal abgelagerte Abfallmengen eingesammelt und einer sachgerechten Verwertung oder Beseitigung zugeleitet:

Tabelle 44: Beseitigung von Abfällen durch die Umweltstreife 2019-2021

Abfallart	2019	2020	2021
hausmüllähnliche Abfälle in kg	49.400	43.380	86.240
Kühlgeräte in Stück	21	19	33
Reifen in Stück	295	445	1.506
Batterien in Stück	0	0	0
elektronische Geräte in Stück	25	50	22
Sonderabfälle in kg	1850	5680	14.839

Sachgebiet Untere Naturschutzbehörde

Dieser Fachbereich umfasst die Aufgabenbereiche Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, -objekte, Artenschutz und Landschaftspflege sowie die dazu gehörenden Verwaltungsverfahren.

Bei der Begleitung von Vorhaben der BADC (Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH) im Rahmen des **interkommunalen Flächen- und Maßnahmenpools** im Flughafenumfeld (INKOF BER) wurde das Einzelprojekt im Bereich der Tauentzienkaserne in Blankenfelde weitestgehend abgeschlossen. Im Projekt „Komplexmaßnahmen Zülowniederung“ auf den Flächen des Landkreises steht nun die Begleitung der Pflegemaßnahmen im Vordergrund. Auf Grund der vergangenen sehr warmen und trockenen Sommer wurde eine intensive Begleitung insbesondere der Gehölzpflanzungen erforderlich. Neben der Festsetzung weiterer Maßnahmen mussten bei den Nachpflanzungen seitens der Behörde Vorgaben zu Änderungen in der Artenauswahl getroffen werden.

Die Zusammenarbeit mit der Flächenagentur Brandenburg läuft weiterhin gut. Die dort erarbeiteten Maßnahmen werden sehr schnell an Eingriffsverursacher vergeben. Die fachlichen Bewertungen von vorgezogenen Flächen- und Maßnahmenpools wurden in der Unteren Naturschutzbehörde abgeschlossen. Die Eigentümer der Flächen werden nun bei der Vergabe und Umsetzung unterstützt.

Im Rahmen der **Managementplanung** wurden im Fauna-Flora-Habitat-Gebiet DE 3943-303 „Heide Malterhausen“ die 2020 begonnenen Pflegemaßnahmen (Entbuschung, Mahd und teilweise Entmunitionierung) zum Erhalt des Lebensraumtyps (Trockene Europäische Heiden) fortgesetzt. Diese Fläche hat eine Größe von ca. 40 ha. Die Einzelmaßnahmen wurden mit der zuständigen Forstbehörde abgestimmt.

Der Konfliktmanagementbedarf beim **Biber** ist nach wie vor hoch. Die Art erschloss sich neue Reviere. Das Hammerfließ hat seit 2021 eine Ansiedlung nördlich von Paplitz und ist somit auf der ganzen Länge besiedelt. Südlich von Zossen im Bereich des Mellensees und der Wünsdorfer Seen scheint es noch keine Ansiedlungen zu geben. Dies wird sich aber in den kommenden Jahren ändern. Im Bereich der Seen ist das Konfliktpotenzial aber gering. Im Bereich der Grabensysteme treten durch Dammbauten und die Verstopfung von Durchlässen verstärkt Probleme auf. Seit April 2020 ist eine neue Biberverordnung in Kraft, die für einzelne Konfliktfälle neue Abstimmungen bzw. andere rechtliche Verfahrensweisen mit den betroffenen Akteuren*innen vor Ort notwendig machen.

Die Zusammenarbeit mit den Gewässerunterhaltungsverbänden in Bezug auf die Entschärfung von „Problemfällen“ ist gut. Entsprechende Abstimmungsprozesse laufen derzeit für den Schöpfwerksgraben bei Berkenbrück und das Pfefferfließ bei Gottsdorf.

Im Januar 2021 wurde der UNB ein **Fledermaus**quartier in der Alten Brauerei in Luckenwalde bekannt. Die Volks- und Raiffeisenbank will dieses Gelände einer Wohnbebauung zuführen. In Zusammenarbeit mit der VR-Bank, der Stiftung Naturlandschaften und der Unteren Naturschutzbehörde konnte im September 2021 ein Ersatzquartier eingeweiht werden. Die Abrissarbeiten finden nun unter Begleitung eines Fledermauskundlers im Winter 2021/2022 statt. Auch der Umbau des Winterquartiers „Burg“ in Luckenwalde wird entsprechend den Auflagen der UNB von einem sachkundigen Ornithologen und Fledermauskundler betreut.

Die Untere Naturschutzbehörde unterstützte eine Anwohnerinitiative zur Ansiedlung von **Schleiereulen** in der Kirche von Löwenbruch. Im Januar 2021 wurde dafür ein spezieller Nistkasten im Kirchturm angebracht.

Obwohl die maßgebliche Zuständigkeit für den **Wolf** beim Landesamt für Umwelt liegt, war die Untere Naturschutzbehörde immer wieder in Vorkommnisse involviert. So erhielt die UNB eine Anzeige wegen Verdachts auf einen illegalen Wolfsabschuss mit Beweismitteln in Form eines entsprechenden Chatverlaufs. Da es sich bei einem solchen Abschuss um eine Straftat handelt und eine solche Tat eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfährt, ist hier überlegtes und konsequentes Handeln der UNB gefragt. Die Anzeige wurde an die Polizei und die Staatsanwaltschaft abgegeben. Die UNB war dann später auch an dem Ermittlungsverfahren als Zeuge beteiligt. Letztlich konnte die Tat jedoch nicht nachgewiesen werden.

Darüber hinaus betreibt die UNB sachliche Öffentlichkeitsarbeit und berät die Bürger, die Wölfe beobachtet haben, verunsichert sind oder allgemein wissen möchten, wie sie sich bei Begegnungen mit dem Tier verhalten sollten. Übergriffe auf Weidetiere werden an die entsprechende Hotline des Landes Brandenburg weitergeleitet.

Im Landkreis gab es vom 1. Januar bis zum 30. November 2021 54 gemeldete Fälle von Übergriffen auf Nutztiere, die dem Wolf zugeordnet werden konnten bzw. bei denen der Wolf als Verursacher nicht auszuschließen war. Davon waren insgesamt 209 Schafe, 17 Rinder, 4 Ziegen, ein Pferd und ein Alpaka betroffen. Im Wolfsjahr 2020/2021 wurden im Landkreis 5 Wolfsrudelterritorien erfasst (Luckenwalde, Dobbrikow, Fresdorfer Heide, Sperenberg-Wünsdorf und Jüterbog) und 2 Territorien mit unklarem Status (Baruth und Dahmetal). Darüber hinaus wurden 2021 im Landkreis 2 Wölfe Opfer des Straßenverkehrs.

Der **Wildpark Johannismühle** hat die Untere Naturschutzbehörde weiterhin stark beschäftigt. Nachdem der Betreiber 2019 Klage gegen den Genehmigungsbescheid der UNB eingereicht hatte, konnte zum Ende des Jahres 2021 ein Vergleich mit Beschluss des Verwaltungsgerichts Potsdam erzielt werden. Die Verhandlungen benötigten mehrere Runden mit immer wieder abgeänderten Schriftsätzen und erforderten eine ämterübergreifende Koordination unter Federführung des Rechtsamtes und unter Beteiligung von Veterinäramt, Unterer Bauaufsicht und Unterer Naturschutzbehörde bzw. des Verwaltungsbereichs des Umweltamtes. Im Ergebnis können nun voraussichtlich unbefristete Genehmigungsbescheide für den Wildpark und die angegliederte, aber selbstständige Greifvogelflugschau erteilt werden.

Zunehmend ist die Untere Naturschutzbehörde mit den sogenannten **Zugriffsverboten des besonderen Artenschutzes im Zusammenhang mit Bauvorhaben** befasst. In vielen Fällen siedeln sich inzwischen Arten des ländlichen Raums – hier insbesondere Feldvogelarten wie die Feldlerche oder die inzwischen bei Investoren unbeliebte europarechtlich geschützte Zauneidechse – auf Flächen an, die zeitweilig brach liegen und zur Bebauung vorgesehen sind. In den Bauleitplan- und Baugenehmigungsverfahren kommt es dann zu teils aufwändigen Kartierungen und Maßnahmen, die zur Vermeidung von Schädigungen der besonders geschützten Arten durch die UNB einzufordern und zu prüfen sind.

Im vergangenen Jahr nahm der Ausbau des schnellen Internets (Breitbandausbau) ständig zu. Die Untere Naturschutzbehörde muss für die **Trassen** im Außenbereich und zum Teil auch im Innenbereich Genehmigungen erteilen. Neu wurde im letzten Jahr eine Bündelung im Hause durch die UNB durchgeführt, was sich als investorenfreundlich darstellt. Für eine zeitnahe Bearbeitung ist aber auch die Nachbesetzung von offenen Stellen eine Grundvoraussetzung.

Auf Grund des Klimawandels, der ständig steigenden Trockenheit und der damit verbundenen erhöhten Waldbrandgefahr wurde auch im vergangenen Jahr intensiv an der Erarbeitung und Umsetzung von **Waldbrandschutzkonzepten** auf den ehemaligen Truppenübungsplätzen im Landkreis gearbeitet. Es konnten alle drei begonnenen Konzepte (Jüterbog West, Heidehof und Sperenberg/Kummersdorf) genehmigt werden.

Es wurden spezielle Vorbeugungs- und Abwehrmaßnahmen für Waldbrände geplant und einige Maßnahmen bereits umgesetzt. Dazu waren intensive Abstimmungen zwischen den Eigentümer*innen, dem Sachgebiet Brand-und Katastrophenschutz, den Forstbehörden, den Städten und Gemeinden, den anerkannten Naturschutzverbänden und der Unteren Naturschutzbehörde erforderlich. Alle 3 Truppenübungsplätze sind zum größten Teil Naturschutz- und FFH-Gebiete, daher sind die Einzelmaßnahmen mit den naturschutzrechtlichen Vorschriften in Einklang zu bringen.

In der UNB wird die Vorgangsverwaltungssoftware **Pro UMWELT** eingeführt. Die notwendigen hausinternen Verfahren zur Freigabe der Software konnten nahezu abgeschlossen werden, so dass der Beginn des Echtbetriebes kurz bevorsteht.

Auf Grund der seit Mai 2021 noch nicht nachbesetzten Stelle konnten nur die besonders gefährdeten 42 **Naturdenkmale** gutachterlich kontrolliert werden. Es erfolgte die Ausschreibung für die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen. Die Beschlussvorlage zur Aktualisierung der Rechtsverordnung zu den Naturdenkmalen der Kategorie B (Bäume, Baumgruppen, Baumreihen, Relikte natürlicher Wälder) wurde im Frühjahr zurückgezogen. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt und der Naturschutzbeirat unterbreiteten den Vorschlag, einen öffentlichen Aufruf zu starten. Die Bürger*innen konnten der Unteren Naturschutzbehörde bis Ende Juli weitere Neuvorschläge für Naturdenkmale unterbreiten. Diese Vorschläge sind jetzt von der UNB zu prüfen und dann ggf. in die Verordnung mit aufzunehmen. Da die Stelle der Schutzgebietsbearbeitung noch nicht wieder besetzt ist, wird sich die Bearbeitung noch etwas verzögern. Anfragen von Kreistagsabgeordneten und daraus resultierende Aufgaben zu Schutzgebietsausweisungen wie zum geplanten LSG Wierachteiche – Zossener Heide und zum Naturpark Baruther Urstromtal mussten von anderen Sachbearbeitern*innen zusätzlich bearbeitet werden.

Auf Grund der eingeschränkten Reisetätigkeit der Bürger*innen durch Corona ist der Druck auf die Schutzgebiete im Landkreis massiv angestiegen. Es wurden daher mehr Verstöße gegen naturschutzrechtliche Vorschriften angezeigt.

Der neue **Naturschutzbeirat** des Landkreises wurde im April 2021 mit Beschluss des Kreisausschusses von der Landrätin berufen. 2021 fanden 5 Sitzungen statt. Auf Grund der Corona-Situation wurden die Mitglieder des Naturschutzbeirates auch des Öfteren wieder elektronisch beteiligt.

Tabelle 45: Aufgaben UNB - Anzahl Fälle 2019 bis 2021

Aufgabenfeld UNB	2019	2020	2021
Genehmigungsbehörde	2.436	1.848	2279
Sonderordnungsbehörde	316	238	144
Widerspruchsbehörde	19	27	25
Stellungnahmen TÖB	364	227	250
fachübergreifende Aufgaben	250	241	346

Klimaschutz-Koordinierungsstelle

Nachhaltigkeitsrichtlinie

Ein Kreistagsbeschluss aus 2020 beinhaltet den Auftrag zur Erarbeitung einer umfassenden Nachhaltigkeitsrichtlinie mit den drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales, angelehnt an den internationalen Berichtsstandard Global Reporting Index (GRI). Grundlage des Handelns sind die von den Vereinten Nationen verabschiedeten 17 Nachhaltigkeitsziele (17 Sustainable Development Goals, kurz SDG).

Die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsrichtlinie stellt – insbesondere in Corona-Zeiten – eine besondere Herausforderung an die Beschäftigten dar. Im Jahr 2021 wurde der finale Entwurf der Nachhaltigkeitsrichtlinie zur Beratung in die einzelnen Ausschüsse des Kreistages eingebracht. Die eingegangenen Änderungsanträge und Stellungnahmen der Fraktionen wurden auch mit den jeweilig zuständigen Ämtern beraten. Die AG Klimaschutz, in der alle Fachämter vertreten sind, diente der Information über den aktuellen Sachstand zur Nachhaltigkeitsrichtlinie. Abschließend erfolgt eine Votierung aller Änderungs- und Ergänzungsanträge durch den federführenden Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt. Der Beschluss der Nachhaltigkeitsrichtlinie im Kreistag soll Anfang 2022 erfolgen.

Netzwerk

Zur Sicherstellung der Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen wird in Teltow-Fläming das „Netzwerk Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ gegründet. Das Aktionsbündnis wird als Multiplikator und Impulsgeber für weitere Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsprojekte im Landkreis fungieren. Die Verstetigung und der Ausbau der Netzwerkarbeit im Kontext von Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind Bestandteil der Kreistagsbeschlüsse zum Klimaschutz.

In der AG Klimaschutz 2021 wurden erste Ideen zum Aufbau des Netzwerkes dargestellt. Verschiedene Bereiche der Gesellschaft sollen in diesem zukünftig vertreten sein. Diese sollen „Banken“ zugeteilt werden, um einzelne Themen intensiv zu betrachten und abschließend Empfehlungen bspw. an den Kreistag abgeben zu können.

Die Einladung zahlreicher Vertreter*innen aus den unterschiedlichsten Altersgruppen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Vereinen und Verbänden und Wissenschaft zu einer ersten Veranstaltung ist für das erste Halbjahr 2022 vorgesehen.

Aktionsbündnis Fair – regional – nachhaltig in Teltow-Fläming

Die Klimaschutzkoordinierungsstelle des Landkreis Teltow-Fläming erweitert die Palette an klimarelevanten Wirkungsfeldern. Neben konkreten Maßnahmen der Verwaltung gilt es, die breite Öffentlichkeit und besonders die Menschen mit auf den Weg zu nehmen, die sich durch ihre täglichen Entscheidungen und ihr Wirken in der Region mit Nachhaltigkeit und Klimaschutz auseinandersetzen. Was können wir vor Ort tun, um sozial und ökologisch gerechter zu konsumieren? Wie gelingt es, die gemeinsame Verantwortung für eine globale, nachhaltigere und für alle Menschen gerechte Zukunft zu stärken? Ende 2020 entstand das Aktionsbündnis „Fair – regional – nachhaltig in Teltow-Fläming“. Durch Aktionen, Kampagnenarbeit und Vernetzung sollen der faire und regionale Handel und eine nachhaltigere Lebensweise im Landkreis Teltow-Fläming vorangebracht werden.

In drei digitalen Treffen sind die Teilnehmenden miteinander ins Gespräch gekommen, hörten, was andere tun und entwickelten gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen. Eine Steuerungsgruppe plant und organisiert die Veranstaltungen und setzt inhaltliche Schwerpunkte.

Weiterhin beteiligt sich der Landkreis am Projekt „Global nachhaltige Kommune Brandenburgs 2021“, gefördert durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Eine spannende Zusammenarbeit mit den ebenfalls teilnehmenden Kommunen Baruth und Nuthe-Urstromtal wird 2022 fortgeführt. Das Bündnis wächst, ist kreativ und setzt sich aktiv dafür ein, eine lebenswerte Region für alle Menschen zu gestalten.

Stadtradeln

Bereits zum vierten Mal in Folge nahm der Landkreis Teltow-Fläming im September 2021 am internationalen Wettbewerb „STADTRADELN“ teil.

Im Aktionszeitraum vom 4. bis zum 24. September 2021 legten die 564 aktiven Radler*innen in 68 Teams insgesamt 132.246 Kilometer mit dem Fahrrad zurück. Das ist ca. 3,3-mMal um den Äquator! Die Radler*innen haben damit mehr als 19 Tonnen Kohlendioxid vermieden.

Fünfzehn Kommunalpolitiker*innen fuhren insgesamt eine Strecke von 3.483 Kilometern.

Auf eine gemeinsame Ehrung der STADTRADELN-Gewinner*innen musste 2021 erneut pandemiebedingt verzichtet werden. Die Preise und Pokale wurden größtenteils versendet.

Weitergehende Sensibilisierung der Bevölkerung

Pandemiebedingt waren öffentlichkeitswirksame Maßnahmen 2021 nur eingeschränkt möglich. In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule bewarb sich der Landkreis erfolgreich für das geförderte Bildungsprogramm klima-fit. Im Frühjahr 2022 erfolgt die Umsetzung.

Klimapartnerschaft mit Katima Mulilo

Die Klimapartnerschaft mit der namibischen Kommune Katima Mulilo wurde bis zum Beginn der Corona-Pandemie intensiv weiterentwickelt. Als eine von elf bundesdeutschen Kommunen nimmt Teltow-Fläming seit 2019 an dem internationalen Projekt „Kommunale Klimaschutzpartnerschaften“ teil, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu hundert Prozent gefördert wird.

Auf Grund unterschiedlicher Shutdown-Zeiten, zusätzlich übertragener Aufgaben während der Bewältigung der Pandemie auf die Beschäftigten in beiden Partnerkommunen und zeitweiligen IT-Problemen bei den namibischen Partnern war die Projektarbeit deutlich beeinträchtigt. Die Erarbeitung und Weiterführung eines gemeinsamen Handlungsfeldes zum Klimaschutz ist 2021 leider zum Stillstand gekommen.

Eine gemeinsame Umsetzung von Maßnahmen zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit wie zum Beispiel die Durchführung eines gemeinsamen World-Cleanup-Days ist jedoch angedacht, auch mit den Partnerkommunen des Landkreises (Kreis Paderborn, Kreis Gniezno und Berlin Tempelhof-Schöneberg).

Emissionen, Mobilität

Der Fuhrpark der Kreisverwaltung selbst besitzt nun neu zwei Elektrofahrzeuge (Pkw) nebst Ladeinfrastruktur. Zusätzlich wurde die vorhandene Dienstfahrradflotte des Landkreises um zwei Elektrofahrräder erweitert. Mit einem genehmigten Fördermittelbescheid des Landes durften zudem zwei elektrische Lastenräder bestellt werden, die den Hausmeistern zukünftig einen klimafreundlichen Transport von Materialen ermöglichen.

Papieratlas 2021

Der Landkreis Teltow-Fläming darf seit 2021 das Papieratlas-Siegel tragen, weil er konsequent Papier mit dem Blauen Engel nutzt und damit zu den recyclingpapierfreundlichsten Landkreisen Deutschlands gehört. Im Papieratlas-Landkreiswettbewerb 2021 der Initiative Pro Recyclingpapier (IPR) belegte Teltow-Fläming gemeinsam mit dem Landkreis Schweinfurt und dem Kreis Warendorf den fünften Platz. Mit einer Steigerung der Recyclingpapierquote um 46,15 Prozentpunkte innerhalb eines Jahres belegt der Teltow-Fläming zugleich den dritten Platz der „Aufsteiger des Jahres“. Der Papieratlas bildet seit 2018 den Verbrauch von Papier und den Anteil von Papier mit dem Blauen Engel in deutschen Landkreisen ab. Partner sind das Bundesumweltministerium, das Umweltbundesamt und der Deutsche Landkreistag.

Der Landkreis Teltow-Fläming hat bereits Mitte 2019 mit der Umstellung der Papier-Beschaffung des Landkreises auf 100-Prozent-Recycling-Paper begonnen und das Vorhaben im Frühjahr 2020 komplett umgesetzt. Auch kreiseigene Einrichtungen wie Schulen und das Oberstufenzentrum werden zu 100 Prozent mit Recycling-Papier versorgt.

Mit der Verwendung von Recyclingpapier leistet der Landkreis einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz: Im Vergleich zu Frischfaserpapier spart die Herstellung mindestens 60 Prozent Wasser und Energie und verursacht deutlich weniger CO2-Emissionen. So konnte der Landkreis Teltow-Fläming im vergangenen Jahr eine Einsparung von mehr als 711.000 Liter Wasser und über 146.000 Kilowattstunden Energie bewirken.

DEZERNAT IV

Straßenverkehrsamt

Die Corona-Pandemie hat mit ihren Einschränkungen auch im Jahr 2021 die Erfüllung der Aufgaben des Straßenverkehrsamtes beeinflusst.

Der Betrieb der Kfz-Zulassungsstellen und der Führerscheinstelle konnte mit den bereits im Vorjahr ergriffenen Maßnahmen zur Steuerung des Zutritts während der Öffnungszeiten aufrechterhalten werden. Dauerhafte Einschränkungen im Betrieb gab es an beiden Standorten deshalb nicht, wie die statistischen Daten zeigen.

Die Zusammenarbeit mit allen Städten und Gemeinden sowie dem Amt Dahme/Mark bei der Annahme von Anträgen im Fahrerlaubnisrecht auf der Grundlage der Zuständigkeitsordnung des Landes hat sich erneut ausgezahlt. Mit einer (ersten) personellen Verstärkung der Führerscheinstelle wurde die erste Phase (per 19.01.2022) des gesetzlichen Pflichtumtausches von Führerscheinen bewältigt. Im Landkreis haben 3.638 Betroffene einen entsprechenden Antrag gestellt und damit die prognostizierte Anzahl von 3.500 um fünf Prozent überschritten.

Im Aufgabenbereich Kfz-Zulassung haben mehr Antragsteller*innen das Onlineangebot Internetbasierte Kfz-Zulassung, kurz „i-Kfz“ genutzt. Die tendenzielle Entwicklung bei der Anzahl der zugelassenen Fahrzeuge und Anhänger hat sich auch in diesem Jahr bestätigt. Bei einem Zuwachs von 3.068 Zulassungen sind nunmehr rund 160.000 Fahrzeuge und Anhänger im Zulassungsbezirk registriert und zu überwachen. Die Anzahl der e-Fahrzeuge hat sich in diesem Jahr verdoppelt, liegt aber weiterhin unter ein Prozent.

Die Leistungsfähigkeit des Landkreises manifestiert sich auch in der Anzahl der Entscheidungen als untere Straßenverkehrsbehörde; mit 4.260 wurde das Niveau von 2019 erreicht. 3.060 verkehrsrechtliche Anordnungen erfolgten wegen Baumaßnahmen, die sich auf den Straßenverkehr auswirkten. Im kommenden Jahr wird die Anzahl deutlich steigen, weil im September 2021 wegen des Ablaufs des Standarderprobungsgesetzes die Teilzuständigkeiten der Stadt Zossen im Straßenverkehrsrecht automatisch auf den Landkreis zurückgefallen sind.

Bereich Amtsleitung

Durch die Amtsleitung erfolgen unter anderem sachgebietsübergreifend die IT-Verfahrenskoordination, die Haushaltssachbearbeitung sowie die Bearbeitung von Widersprüchen und gegebenenfalls Klageverfahren.

Arbeitsschwerpunkt bildete die Sicherstellung der Leistungserbringung. Die Beantwortung von Fragen zur Aufgabenwahrnehmung des Amtes hat im Verlaufe des Jahres zugenommen.

Auch in diesem Jahr haben Halter*innen eines Fahrzeuges, Antragsteller*innen und Inhaber*innen einer Fahrerlaubnis oder einer Fahrschule ihr Recht genutzt, Ordnungsmaßnahmen zu widersprechen beziehungsweise diese auch durch ein Gericht überprüfen zu lassen. Gegenüber dem Vorjahr (2020) hat sich die Anzahl der Widersprüche um rund 5,8 Prozent erneut reduziert. Die Anzahl der Entscheidungen, bei denen auch ein Gericht urteilen sollte, hat sich wieder verringert.

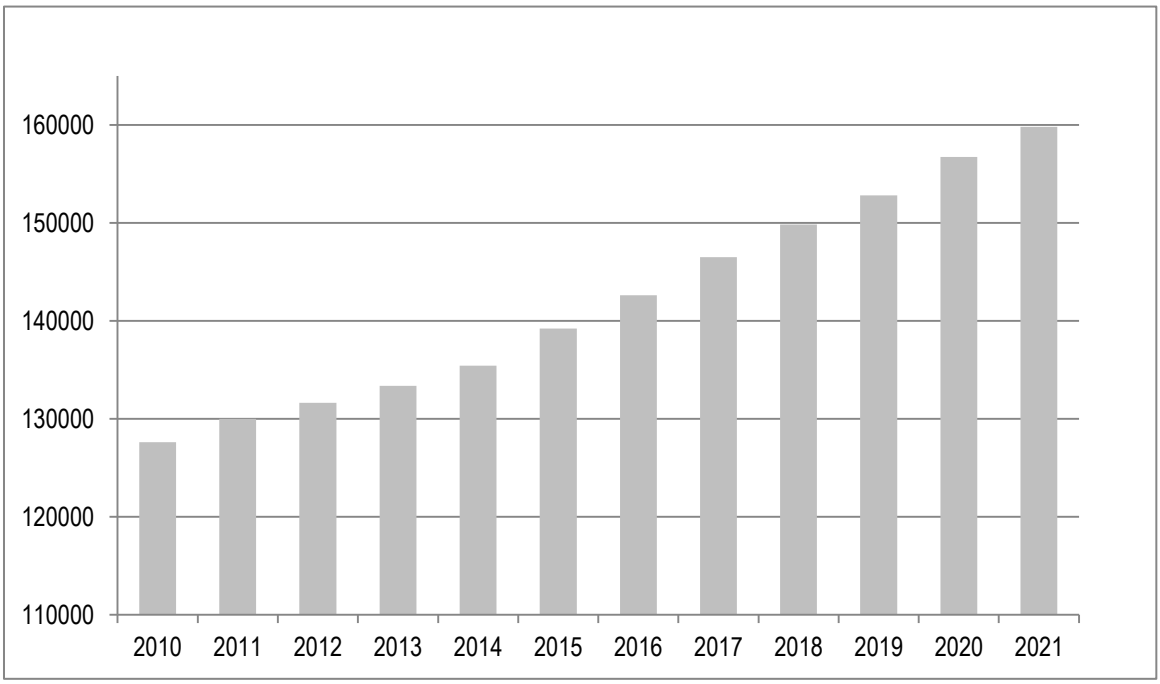
Tabelle 46: Anzahl der Widersprüche und gerichtlichen Verfahren

Verfahren	2018	2019	2020	2021
Widersprüche/vorgerichtliche Verfahren	137	92	84	77
Zuarbeiten bei Gerichtsverfahren	81	16	59	49

Sachgebiet Kraftfahrzeug-Zulassung

Mit Stichtag 31. Dezember 2021 waren im Landkreis 159.794 Fahrzeuge (Vorjahr: 156.726) gemeldet. Die Anzahl der registrierten Fahrzeuge und Anhänger stieg um 3.068 (Vorjahr: +3.925) weiter an. Gegenüber dem Jahr 2020 hat sich damit die Anzahl der im Landkreis gemeldeten Fahrzeuge um rund zwei Prozent erhöht.

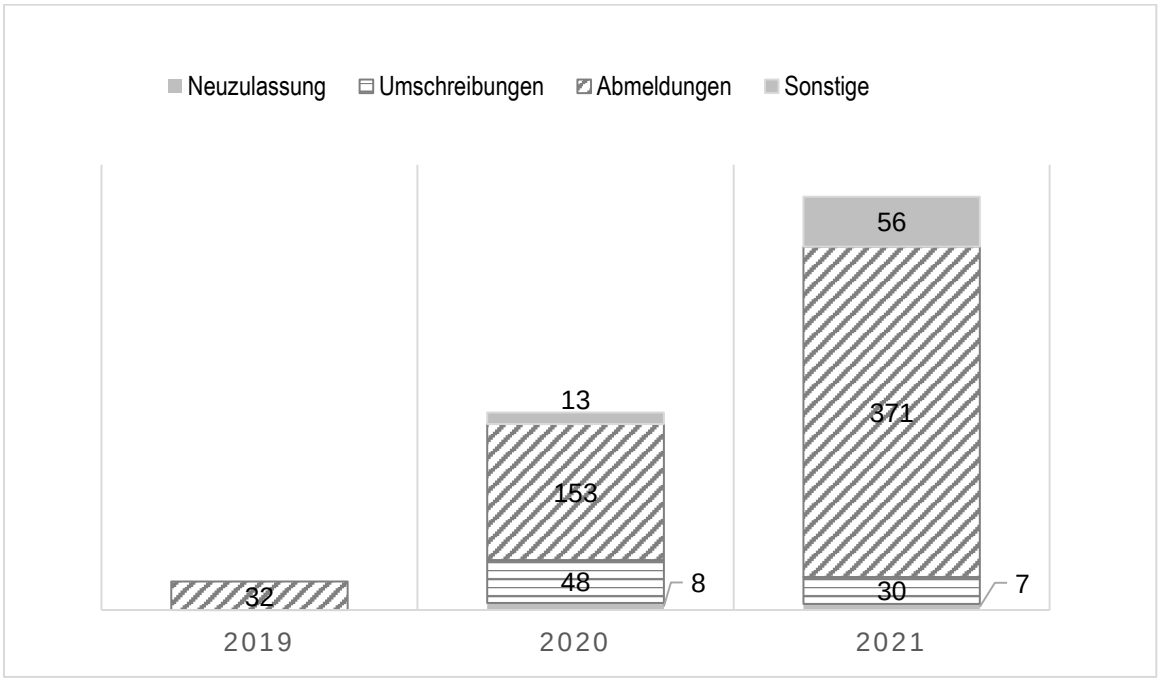
Abbildung 9: Anzahl der registrierten Fahrzeuge



Von den 105.842 gemeldeten Personenkraftwagen (Vorjahr: 104.382) haben 959 Fahrzeuge (Vorjahr: 460) einen reinen Elektroantrieb. Das ist ein Anteil von 0,91 Prozent (Vorjahr: 0,44 Prozent). Bei den Lastkraftwagen haben von den 12.094 gemeldeten Fahrzeugen (nur) 36 einen rein elektrischen Antrieb, das ist ein Anteil von 0,3 Prozent.

Im Jahr haben sich 1.011 Bürger*innen auf der Internetseite des Landkreises über das Online-Angebot zur Kfz-Zulassung „i-Kfz“ informiert und 472 Anträge abschließend gestellt. Von den angebotenen Funktionen wurde vorwiegend die Außerbetriebsetzung genutzt und 370 entsprechende Anträge hierüber gestellt. Im Jahr der Eröffnung des Portals 2020 (April) hatten 153 Halter*innen hier ein Fahrzeug abgemeldet.

Abbildung 10: Nutzung Online-Zulassung „i-Kfz“

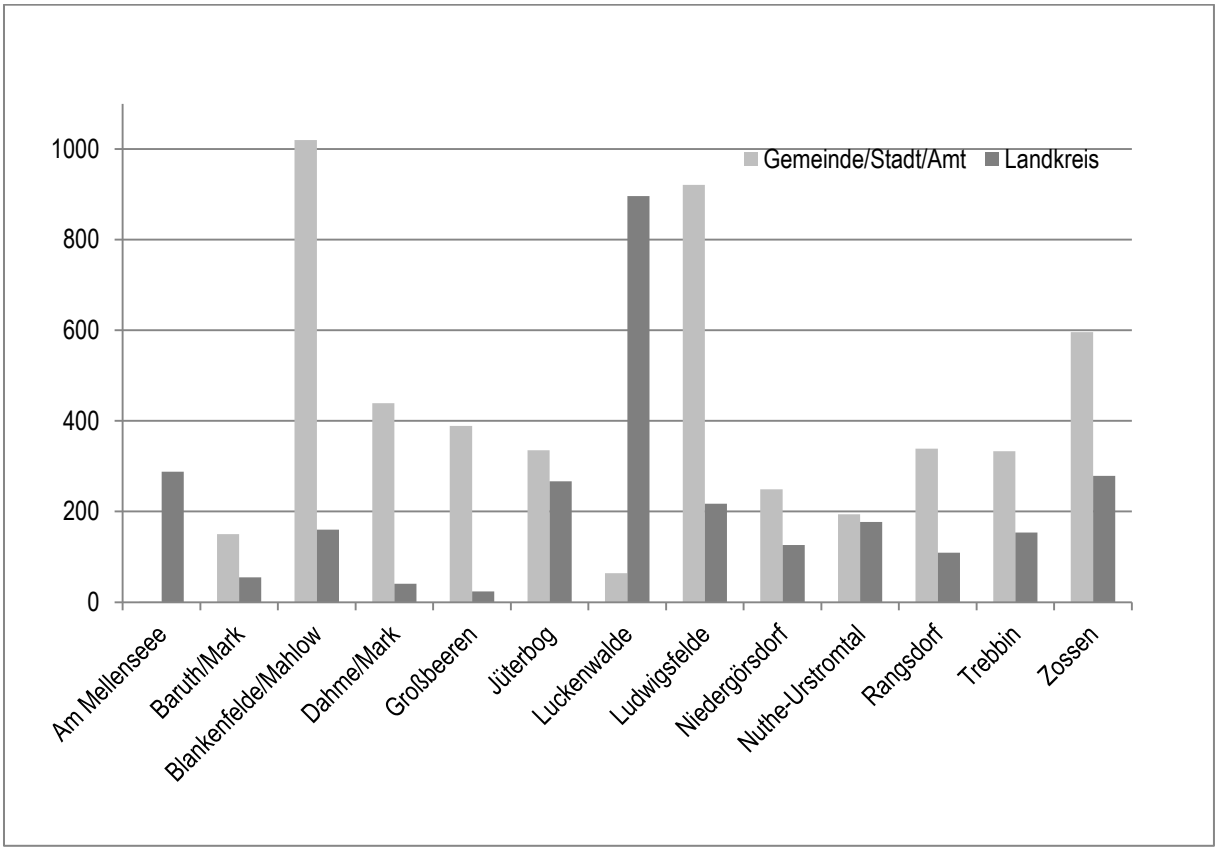


Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen

2021 haben 3.638 Personen einen Antrag auf Umtausch in einen neuen EU-Kartenführerschein gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr (860) entspricht dies mehr als einer Vervierfachung der Antragszahlen.

Die Städte, Gemeinden und das Amt Dahme/Mark nahmen 5.030 Anträge (64,3 Prozent) der insgesamt 7.823 Anträge auf Erteilung, Erweiterung, Verlängerung und Umschreibung einer Fahrerlaubnis im gesamten Landkreis entgegen. Gegenüber dem Vorjahr (41,13 Prozent) hat sich der Anteil, auch bedingt durch die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie, deutlich erhöht. Allein die Anträge auf Umtausch in einen EU-Führerschein machen 71 Prozent aller entgegengenommenen Anträge bei den Gemeinden aus.

Abbildung 11: Anträge auf Erteilung einer Fahrerlaubnis – Verteilung der Entgegennahme 2021



Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten

Mit der am 19. Oktober 2021 im BGBl Teil I Nr. 74 herausgegebenen „Ersten Verordnung zur Änderung der Bußgeld-Katalog-Verordnung“, wurden unter anderem die Geldbußen für Geschwindigkeitsüberschreitungen neu geregelt. Diese Änderungsverordnung trat zum 9.November 2021 in Kraft.

Im Berichtsjahr hat sich die Anzahl der Messpunkte nur geringfügig erhöht.

In den zwölf Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme, in denen der fließende Verkehr durch das Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten kontrolliert wird, gab es im vergangenen Jahr 151 mobile und sechs stationäre Messpunkte.

Davon wurde ein weiterer Messplatz im geschwindigkeitsreduzierten Bereich in der Dahlewitzer Bahnhofstraße, Höhe Schule (in Richtung Blankenfelde) hinzugewonnen, sodass 2021 an insgesamt 157 Kontrollpunkten Messungen möglich waren (2020 waren es 156 Messpunkte).

Nach wie vor liegt der Fokus auf Kontrollen vor Kindereinrichtungen und Schulen. Hier ist der Schutzbedarf weiterhin hoch, um mitzuhelfen, dass Geschwindigkeitsunfälle vermieden werden.

Von den derzeit 157 Geschwindigkeitskontrollpunkten befinden sich 69 Prozent an Schul- und Spielwegen, 26 Prozent an Stellen mit besonderer Gefährdung (unter anderem wegen der Querung der Flaeming-Skate über Bundesstraßen oder infolge von Baumunfällen) und fünf Prozent an Hauptverkehrsstraßen vor Senioreneinrichtungen und Krankenhäusern.

Die häufigsten Geschwindigkeitsüberschreitungen wurden am stationären Messpunkt auf der Bundesstraße 96 in Zossen, Straße der Jugend, in Fahrtrichtung Wünsdorf gemessen. Dieser Messpunkt war auch im Vorjahr der mit den häufigsten Verstößen. Wegen des Seniorenheims gilt dort tagsüber zwischen 6 und 22 Uhr eine auf Tempo 30 reduzierte Geschwindigkeit.

Bezogen auf die Gesamtzahl aller geblitzten Fahrzeuge hielten sich an diesem Standort in Fahrtrichtung Wünsdorf 46 Prozent der Fahrer*innen nicht an das dort vorgeschriebene Tempo. Statt die dort bis 22 Uhr innerorts zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 Kilometern pro Stunde einzuhalten, fuhr eine Person mit 98 Kilometern pro Stunde (ohne Toleranzabzug) durch den Kontrollpunkt. Weil die Verkehrsordnungswidrigkeit noch vor dem Inkrafttreten der geänderten BKatV geschah, sind dafür drei Monate Fahrverbot, zwei Punkte im Fahreignungsregister in Flensburg und ein Bußgeld von 480 Euro vorgesehen.

2021 haben die Sachbearbeiter*innen 149 Führerscheine aus Verfahren der Kreisverwaltung in amtliche Verwahrung genommen. Davon mussten 139 Personen den Führerschein einen Monat (2020: 166), sechs Fahrer*innen zwei Monate (2020: zehn) und vier Personen drei Monate abgeben (2020: sechs Personen). Das sind 33 Personen weniger als 2020 (182).

Durch die temporäre Unterstützung bei der Pandemiebekämpfung konnte das Sachgebiet seine Kontrollen nicht immer wie geplant durchführen.

Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung

Die Anzahl der Anträge für Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum hat sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt, wobei das Niveau des Jahres 2019 noch nicht erreicht wurde. Auch die Zahl der Anträge auf Ausnahmegenehmigungen vom Sonn- und Feiertagsfahrverbot haben noch nicht wieder das Niveau von 2019 erreicht. Dies ist wie im vergangen Jahr vorrangig auf den Erlass einer allgemeinen Ausnahmegenehmigung auf Landesebene zurückzuführen. Bei der Anzahl der verkehrsrechtlichen Anordnungen zur Baustellensicherung im öffentlichen Verkehrsraum ist erneut eine leichte Steigerung der Fallzahlen zu verzeichnen. Dies lässt den Schluss zu, dass die Bautätigkeit im öffentlichen Verkehrsraum nicht durch die Pandemie beeinträchtigt wurde.

Räumliche Schwerpunkte der verkehrsrechtlichen Anordnung zur Sicherung von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum sind nach wie vor der Norden des Landkreises und die Kreisstadt Luckenwalde.

Verkehrsschauen konnten im Jahr 2021 aufgrund der pandemiebedingten Beschränkungen nicht durchgeführt werden. Für die Aussetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Verkehrsschauen wurde die erforderliche Genehmigung der Obersten Straßenverkehrsbehörde eingeholt.

Die Erstellung von Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange umfasst sämtliche Planungsverfahren einschließlich Entwicklungskonzeptionen mit Bezug zum Landkreis, aber auch Genehmigungsverfahren hauptsächlich der unteren Bauaufsicht.

Statistik

Tabelle 47: Zugelassene Fahrzeuge 2020, 2021

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021	davon Elektro
Fahrzeugbestand gesamt, davon	156.726	159.794	
- Kräder	11.442	11.899	31
- Pkw	104.380	105.842	959
- Lkw	11.780	12.094	36
- Zugmaschinen	3.720	3.853	3
- sonstige Kfz	846	868	2
- Kfz-Anhänger	24.381	25.066	0
- KOM	175	172	0

Tabelle 48: Fahrerlaubniswesen 2020, 2021

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021
Ersterteilung oder Erweiterung von Fahrerlaubnissen	2.073	2.020
Umschreibung einer		
- Dienstfahrerlaubnis	23	18
- EU/EWR-Fahrerlaubnis	55	14
- Drittstaat-Fahrerlaubnis	196	139
Anerkennung von ausländischen Fahrerlaubnissen		
- EU/EWR	0	0
- Drittstaat	4	0
Umstellung auf neuen EU-Führerschein	860	3.638
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der Fahrerlaubnis, einschließlich Beratung	348	330
Versagung eines Antrages auf Erteilung einer Fahrerlaubnis	14	31
Verzicht auf einen Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis	610	963
Verzicht auf die Fahrerlaubnis und Rückgabe des Führerscheins	77	156
Rücknahme oder Widerruf einer Fahrerlaubnis	1	2
Internationaler Führerschein	186	133
Erteilung, Erweiterung oder Verlängerung einer Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	241	312
Entziehung von Fahrerlaubnissen, Verhängung von isolierten Sperrfristen sowie Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung		

Bestand oder Vorgang	**Stand 31.12.2020**	**Stand 31.12.2021**
- durch Gericht	106	101
- durch Fahrerlaubnisbehörde	40	57
Erfassung von vorläufigen Entziehungen von Fahrerlaubnissen	154	138
Maßnahmen gem. Fahreignungs-Bewertungssystem (§ 4 Abs. 5 StVG)		
- Ermahnungen	537	386
- Verwarnungen	114	85
- Entzüge (siehe Entziehung von Fahrerlaubnissen durch Fahrerlaubnisbehörde)	0	0
Maßnahmen im Rahmen der Fahrerlaubnis auf Probe (§ 2a StVG)		
- Anordnung Aufbauseminar (ASF)	75	80
- Verwarnungen	27	26
- Entzüge (siehe Entziehung von Fahrerlaubnissen durch Fahrerlaubnisbehörde)	0	0
Zwangsgeldfestsetzungen	6	23
Verlängerung Fahrerlaubnis (Lkw- und Busklassen)	956	803
Ausstellung Ersatzführerschein	2.652	2.973
- davon Nachweis der Berufskraftfahrerqualifikation	779	276
Anordnung und Auswertung von ärztlichen oder medizinisch-psychologischen Gutachten	303	154
Begleitetes Fahren mit 17 Jahren		
- Anträge	723	772
- Erteilung Prüfungsbescheinigungen	493	637
Punktereduzierung (§ 4 Abs. 7 StVG)		
- Anträge	3	6
- gewährte Punktereduzierung	2	6
Fahrerlaubnisklasse AM mit 15 Jahren	101	99
Auslösung Sach- und Personenfahndung	10	15
Kursanordnungen nach § 70 FeV	2	7
Ausstellung von vorläufigen Fahrberechtigungen	543	536
Erfassung von Fahrverboten	999	890
Ausfertigung von Karteikartenabschriften	337	692

Tabelle 49: Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung 2020, 2021

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021
Digitale Kontrollgerätekarten: Fahrerkarten, Unternehmerkarten, Werkstattkarten		
- Erteilung, Verlängerung, Ersatz	701	1004
- Reklamation	2	11

Tabelle 50: Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen 2020, 2021

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	34	33
Erteilung/Erweiterung Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis	4	3
Verzicht auf Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis und Rückgabe der Urkunde	1	2
Widerruf einer Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis	0	1
Anzahl der Fahrlehrer		
- registrierte Fahrlehrer*innen	111	124
- tätige Fahrlehrer*innen	73	82
Erteilung/Erweiterung/Neuerteilung Fahrlehrererlaubnis		
- Antrag (mit Prüfungszulassung)	8	8
- Erteilung	2	10
Umschreibung einer Fahrlehrererlaubnis (Bundeswehr) – ohne Prüfung	0	0
Verzicht auf die Fahrlehrererlaubnis und Rückgabe Fahrlehrerschein	3	1
Widerruf einer Fahrlehrererlaubnis und Rückgabe Fahrlehrerschein	0	0
Neuausstellung eines Fahrlehrerscheines (z. B. Ein- oder Austragung eines Beschäftigungsverhältnisses)	16	11
Bearbeitung von Punktemitteilungen gegen Fahrlehrer	8	3
Überwachung und Erfassung Fortbildung	26	31
Überwachung Ablauf Fahrerlaubnis	9	8
Anzahl der Seminarleiter*innen für		
- Aufbauseminare nach § 2a StVG	8	8
- Teilmaßnahme der Fahreignungsseminare nach § 4a StVG	6	6

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021
Erteilung einer Seminarerlaubnis	0	0
Verzicht auf eine Seminarerlaubnis und Rückgabe Seminarerlaubnis	0	0
Anordnung und Auswertung von Fahrschulüberwachungen (Fahrschulen, Fahrlehrer*innen, Seminare)		
- Überwachung durch Dritte ohne Mängel	9	8
- Überwachung durch Dritte mit Mängeln	0	1
- eigenständige Überwachung ohne Mängel	2	4
- eigenständige Überwachung mit Mängeln	0	1
Überwachung von Fahrschulen als Ausbildungsstätten nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz		
- Prüfung der Anzeigen	112	81
- Prüfung der ausgestellten Bescheinigungen ohne Maßnahmen	383	130
- Prüfung der ausgestellten Bescheinigungen mit Maßnahmen	0	0
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren		
- Fahrlehrer	1	1
- Fahrschulen	0	2
- Seminarleiter	0	0

Tabelle 51: Gewerblicher Personenverkehr 2020, 2021

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021
Unternehmen im Gelegenheitsverkehr mit		
- Taxen	10	9
- Mietwagen	23	28
- Taxen und Mietwagen (zwei Konzessionen)	20	17
Mischkonzessionen		
- Taxi und Mietwagen mit einem Fahrzeug	1	1
- Ausflugsfahrten und Ferienziel-Reisen	1	1
Erteilung/Verlängerung/Erweiterung von Konzessionen im Gelegenheitsverkehr	27	22
Mahnungs- und Widerrufsverfahren	1	1

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge		
- mit Konzessionen	198	204
- im freigestellten Personenverkehr	67	65
Fahrzeugtausch	24	13
Überprüfung im Rahmen der Aufsicht		
- Fahrzeugabnahmen	40	39
- Betriebsprüfungen im Rahmen der Konzessionsverlängerung	2	9
- Fahrzeug- und Fahrerkontrollen z. B. an Taxenstandplätzen	18	31
- Erfassung Hauptuntersuchung und Eichbelege	323	342
- Erfassung Hauptuntersuchung freigestellter Personenverkehr	67	65
- Überwachung freigestellter Personenverkehr	10	10
Beteiligung am Anhörungsverfahren für Konzessionen mit Kraftomnibussen	0	2
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren	3	4
Ortskundeprüfungen	11	0

Tabelle 52: Fahrtenbuchauflagen 2020, 2021

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021
Prüfung der Anträge auf Anordnung eines Fahrtenbuches	0	0
Anordnung eines Fahrtenbuches	0	0
Überwachung eines Fahrtenbuches	0	0
Androhung für den Wiederholungsfall	0	0
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren	0	0

Tabelle 53: Ausnahmegenehmigungen 2020, 2021

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021
Anträge nach § 43 BOKraft	33	43
- davon erteilte Ausnahmen	31	42
Anträge nach § 74 FeV	5	2
- davon erteilte Ausnahmen	2	1

Tabelle 54: Verkehrsordnungswidrigkeiten 2020, 2021

Vorgang	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021
eingeleitete Bußgeldverfahren	2.281	3.145
- stationär	1.920	2.725
- mobil	48	106
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	313	314
eingeleitete Verwarnungsgeldverfahren	15.347	19.270
- stationär	14.537	18.023
- mobil	579	949
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	231	298
Bußgeldverfahren aus Verwarnungsgeldverfahren	570	682
- stationär	484	574
- mobil	18	32
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	68	76
gesamt	*18.198*	*23.097*

Tabelle 55: Mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark 2020, 2021

Stadt/Gemeinde/Amt	Anzahl der Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte Geschwindigkeits-überschreitungen	
Jahr	2020	2021	2020	2021	2020	2021
Gemeinde Am Mellensee	11	11	4*	10*	6	23*
Stadt Baruth/Mark	16	16	13	32	75	239
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	27	28	51	46*	300	522*
Gemeinde Großbeeren	5	5	6	8	50	30
Stadt Jüterbog	14	14	6*	1*	11	0*
Stadt Luckenwalde	15	15	4*	6*	13	66*
Gemeinde Niederer Fläming	9	9	2	2*	1	1*
Gemeinde Niedergörsdorf	4	4	0	1	0	1
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	6	6	0	4	0	17
Gemeinde Rangsdorf	7	7	10	7*	77	36*
Stadt Trebbin	8	8	10	7	24	26
Stadt Zossen	20	20	30*	37	88	105
Amt Dahme/Mark	8	8	0	7	0	21
gesamt	150	151	136	168	645	1.087

*reduzierter Einsatz wegen Straßenbaumaßnahmen

Tabelle 56: Verkehrssicherheit und –lenkung 2020, 2021

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021
Stellungnahmen (allgemeine Planvorhaben, Straßenbauvorbereitung)	271	282
Erlaubnisse, Veranstaltungen § 29 StVO (Anträge)	96	177
Ausnahmegenehmigungen § 46 StVO (Anträge)	367	438
Verkehrsrechtliche Anordnungen von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum nach § 45 Abs. 1 Nr. 1 StVO einschließlich Beteiligungen nach § 45 Abs. 2 StVO	2954	3060
Anträge auf Verkehrsregelung	291	303
- davon erteilte Anordnungen für Verkehrsregelungen gemäß § 45 StVO	131	141
Verkehrsschauen	9	0

Kataster- und Vermessungsamt

Im Berichtsjahr 2021 wurden die Tätigkeitsfelder der Katasterbehörde von den Beschränkungen der Corona-Pandemie weniger beeinflusst als im Jahr 2020. Durch die getroffenen Regelungen zum Schutz der Beschäftigten wurden Abläufe der Katasterführung und Katasterauskunft verändert. Die Katasterbehörde Teltow-Fläming konnte 2021 ausreichend Homeoffice-Arbeitsplätze mit Zugang zu den Fachverfahren ausstatten. Notwendig wurden Umstrukturierungen, um das konstant hohe Antragsniveau im Bereich Auskunft, Datenabgabe und Katasterübernahme zu bewältigen. Mehrere Workshops zu den aktuellen Themen der Katasterverwaltung wurden als Web-Konferenz durchgeführt, beispielsweise zur Qualitätsverbesserung des Liegenschaftskatasters (QL), Grundsteuer, Abgabe von digitalen personenbezogenen Daten aus dem Liegenschaftskataster, Beratung zu den Mess-, Auswerte- und Informationssystemen der Katasterbehörden (MAIS-Beratung) und andere. ,. Das Feedback der Beteiligten zu den gut vorbereiteten, digital abgehaltenen Veranstaltungen war im Ergebnis überwiegend positiv.

Ein Mitarbeiter der Katasterbehörde wird weiterhin für wöchentlich zwei Tage vom Gesundheitsamt angefordert. Zusätzlich hat die Katasterbehörde im III. Quartal 2021 die Organisation des Corona-Bürgertelefons der Kreisverwaltung übernommen.

Die Vorgaben des Prioritätenerlasses III in Bezug auf die Übernahmezeiten wurden wegen fehlender Personalkapazitäten teilweise verfehlt. Die Übernahme des Bodenordnungsverfahrens „Oehna“ gelang nach mehrmonatiger Verzögerung zum Ende des Jahres. Nach wie vor erfordert die Prüfung und Berichtigung von Karten- und Identifizierungsfehlern hohen Zeitaufwand und bindet Personal.

Gutachterausschuss

Die im Jahr 2021 ausgewerteten Kaufverträge weisen sowohl im Berliner Umland als auch im weiteren Metropolenraum auf ein wiederum ansteigendes Preisniveau des Immobilienmarktes hin. Die sehr gute infrastrukturelle Anbindung von Wohnstandorten erzeugt bis weit in das südliche Kreisgebiet verstärkte Nachfrage nach Grundstücken des individuellen Wohnungsbaus, nach bebauten Grundstücken und Eigentumswohnungen. Daraus resultieren wiederum beständige Bodenpreisanstiege. Insbesondere im Berliner Umland werden rasante Preisanstiege beim Kauf und Verkauf von bebauten und unbebauten Grundstücken verzeichnet. Die zum 01.01.2022 zu beschließenden Bodenrichtwerte werden deshalb erhebliche Anstiege der Bodenrichtwerte von Wohn- und Mischgebieten aufzeigen.

Mit der Reform der Grundsteuergesetzgebung ergibt sich im Land Brandenburg die Notwendigkeit der Ermittlung von flächendeckenden Bodenrichtwerten. Bodenrichtwerte für Wohnbauflächen im Außenbereich werden erstmalig bereitgestellt. Die Beratungen zur Vorgehensweise nahmen die Geschäftsstelle und den Gutachterausschuss intensiv in Anspruch.

Aufgrund der großen Nachfrage nach Bauland, bebauten Grundstücken, Wohnungseigentum, landwirtschaftlichen Flächen und anderem, erreichten die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses mit 2.800 Immobilienkaufverträgen circa 500 auszuwertende Verträge mehr als im Vorjahr. Das zu bewältigende breite Aufgabenspektrum wurde unter anderem in den fundierten Analysen des Grundstücksmarktberichtes 2020 und in den für das erste Halbjahr 2021 veröffentlichten Tendenzen des Grundstücksmarktes, aber auch in dem sich verstärkenden Interesse aus Politik und Verwaltung deutlich.

Ausbildung

Im Jahr 2021 wurde der zweite Ausbildungsvertrag für ein duales Studium im Fach „Vermessung und Geoinformatik“ geschlossen. Der in der Katasterbehörde ausgebildete Vermessungstechniker nahm sein Studium im Oktober 2021 an der Hochschule Anhalt auf.

Die Suche nach geeigneten Bewerber*innen für den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr für die Ausbildung als Vermessungstechniker gestaltete sich so schwierig, dass nach drei Ausschreibungsverfahren kein Ausbildungsvertrag geschlossen werden konnte. Damit wird die langjährige Ausbildungsreihe leider unterbrochen. Ausgebildet wurde im zweiten und dritten Ausbildungsjahr jeweils ein Vermessungstechniker.

Um die künftigen Vermessungstechniker optimal auf ihren Beruf vorzubereiten, werden sie verstärkt in die Themen Geographische Informationssysteme (GIS) und Geodatenmanagement einbezogen. Die Katasterbehörde Teltow-Fläming bietet Unterweisungsgemeinschaften an, die von den Azubis der Katasterbehörde und von sieben Auszubildenden der kreisansässigen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure wahrgenommen werden.

Leider fand der Zukunftstag in diesem Jahr nicht statt. Die Ausbildungsmesse Teltow-Fläming wurde digital abgehalten.

Antragsstatistik

Im Kataster- und Vermessungsamt wurde zum Ende des Jahres 2021 in den 166 Gemarkungen des Landkreises der Nachweis von 213.712 Flurstücken in 86.331 (2020: 84.565) Grundbuchblättern geführt. Die gestiegene Anzahl der Grundbücher weist auf die aktuelle Grundstücksnachfrage, die weitere Parzellierung von Grundstücken, aber auch auf die hohe Auslastung der Katasterbehörde hin.

Im Berichtszeitraum wurden 2.390 (2020:1.850) analoge Flurkartenauszüge und Eigentümernachweise erarbeitet und verkauft.

An 140 Betreiber*innen von graphischen Informationssystemen – das sind die Städte und Gemeinden des Landkreises, land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, Energie- und Wasserversorger und andere – wurden 2021 umfangreiche digitale Datenbestände, rund eine Millionen flurstücksbezogene Datensätze in verschiedenen Datenformaten, herausgegeben.

Die Katasterbehörde übernahm rund 300 Grenzfeststellungen und 600 Gebäudeeinmessungen, die von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren eingereicht wurden, in die Nachweise des Liegenschaftskatasters. Diese Zahlen weisen auf eine rege Bautätigkeit im Landkreis und auf die sehr gute Auftragslage der rund 160 Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Land Brandenburg hin. Das Kataster- und Vermessungsamt als Vermessungsstelle war gemäß dem Prioritätenerlass vorrangig bei amtseigenen Projekten der Geometrieverbesserung im Einsatz.

Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Sachgebiet Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität

Wirtschaftsförderung

Öffentlichkeitsarbeit/Standortmarketing

Auf Grund der vorherrschenden Corona-Krise wurde der Internetauftritt des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung überarbeitet und erweitert. Gleichzeitig wurden, angepasst an die jeweiligen Fördermaßnahmen des Bundes, entsprechende Internetbeiträge zu wirtschaftlich relevanten Themen verfasst. Die Veröffentlichung des Kurzfilms zum Wirtschaftsstandort Teltow-Fläming erfolgte im ersten Quartal des Jahres 2021. Im Rahmen des Standortmarketings konnte der Landkreis im MAZ-Business-Einleger als Wirtschaftsstandort umfangreich präsentiert werden. Es erfolgten weitere Veröffentlichungen in Wirtschaftsmagazinen zum Thema Wirtschaftsstandort Teltow-Fläming.

Netzwerk Schule Wirtschaft

Die jährliche Berufsorientierungstournee wurde pandemiebedingt im Jahr 2021 durch das Filmprojekt „Deine Ausbildung in TF“ ersetzt. Gleichzeitig wurde das Format „Ausbildungs- und Praktikumsführer TF 2021/2022“ erarbeitet und veröffentlicht. Die Internetpräsenz des Netzwerkes wurde entsprechend angepasst und beide Formate auf der Internetseite des Landkreises unter Berufsorientierung | Landkreis Teltow-Fläming (teltow-flaeming.de) präsentiert.

Online wurden zwei Netzwerksitzungen gemeinsam mit Schulen, Unternehmen und Institutionen durchgeführt. Die Steuerungsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer, Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming, Jugendberufsagentur Teltow-Fläming, Gemeinnütziger Arbeitsförderungsgesellschaft Klausdorf und der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg tagte quartalsweise, um digitale Berufsorientierungsprojekte zu entwickeln. Im Rahmen des Arbeitskreises Ausbildungsmesse Teltow-Fläming wurde das digitale Format der Ausbildungsmesse geplant und im September 2021 umgesetzt. Des Weiteren wurde der Tag der Logistik geplant und umgesetzt. Der Bereich nahm gemeinsam mit der Jugendberufsagentur an den messen KarriereKick Handwerk und Ausbildungsmesse Dahme teil. Im Rahmen der Wirtschaftswoche 2021 wurden einzelne Veranstaltungen durch das Netzwerk Schule-Wirtschaft Teltow-Fläming zu Themen der Fachkräftegewinnung unterstützt.

Betreuung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Im Rahmen der klassischen Mittelstandsbetreuung werden Unternehmen über aktuelle Förderproramme und Initiativen auf dem Gebiet der Arbeits- und Fachkräftesicherung, der Investitionsförderung und der Förderung energieeffizienter Projekte informiert.

Im Jahr 2021 lagen die Schwerpunkte bei der Beratung zu Förderprogrammen, welche aus der Corona-Krise heraus durch Bund und Länder beschlossen wurden sowie zu Förderungen im Zusammenhang mit der Erweiterung und Neuerrichtung von Unternehmen. Unabhängig von der Corona-Krise nahmen Beratungen zu Investitionsvorhaben auf Grundlage der Richtlinie zur Verbesserung der Regionalen Wirtschaft (GRW) zu. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 135.841.879,10 Euro, beinahe doppelt so hoch im Vergleich zum Vorjahr, wurden zahlreiche unternehmerische Projekte vom Landkreis Teltow-Fläming begleitet und unterstützt. Hierbei investierten kleine und mittelständische Unternehmen zu 57 Prozent in die Erweiterung ihrer vorhandenen Betriebsstätten. 43 Prozent der angesprochenen Unternehmen siedelten sich im Landkreis Teltow-Fläming an und investierten vor allem in die Errichtung neuer Betriebsstätten.

Schwerpunkte der kleinen und mittelständischen Unternehmen liegen weiterhin bei der Arbeits- und Fachkräfteproblematik, der damit verbundenen schwierigen Nachwuchsgewinnung und Unternehmensnachfolge sowie zunehmend bei der Anwendung und Umsetzung neuer Geschäftsmodelle und arbeitsmarktpolitscher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Digitalisierung. Hierzu wurden Kontakte zu dem neuen Zukunftszentrum Brandenburg im Bereich der Digitalisierung und digitalen Umstrukturierung des Arbeitsmarktes geknüpft. In diesem Zusammenhang wurde beim Mittelstandsforum Teltow-Fläming, das im Rahmen der Wirtschaftswoche organisiert wurde, über aktuelle Weiterbildungsmöglichkeiten für kleine und mittelständische Unternehmen im Bereich der Digitalisierung informiert.

Die epidemische Lage führte des Weiteren zu zeitweiligen Produktionsausfällen und gestörten Lieferketten. Von den Auswirkungen der Pandemie sind weiterhin die Tourismusbranche, Gastronomie und Hotellerie stark betroffen. In digitalen Sitzungen des Netzwerks Mittelstand sowie über Veröffentlichungen auf der Homepage des Landkreises Teltow-Fläming wurde über die Änderungen und Möglichkeiten der Finanzierungshilfen informiert.

Netzwerk Mittelstand

Das Netzwerk Mittelstand hat die Aufgabe, die regionalen Akteur*innen im Bereich der Wirtschaftsförderung, Kammern und Verbänden sowie wirtschaftsnahe Institutionen untereinander zu vernetzen und Wissenstransfer zu organisieren. Dies geschieht in Form von Netzwerksitzungen. Im Jahr 2021 wurden aufgrund der Pandemie und der damit verbundenen Regelungen lediglich digitale Netzwerksitzungen zu den Coronahilfen und Unterstützungsmöglichkeiten realisiert.

Zudem ist festzuhalten, dass die Nachfrage nach Gewerbeflächen trotz Pandemie nicht abgenommen hat. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg werden in Form einer Flächenwerkstatt in mehreren Sitzungen die aktuellen Kapazitäten einer Gewerbeflächenentwicklung analysiert. Dies dient als Vorarbeit der Potenzialanalyse und Erarbeitung von einem Gewerbeflächenkonzept für den Landkreis Teltow-Fläming.

Wirtschaftswoche Teltow-Fläming

Ganz im Zeichen der Wirtschaft und unter Einhaltung aller Reglungen aus der Corona-Verordnung wurde 2021 mit zahlreichen kommunalen und überregionalen Partnern die Wirtschaftswoche TF organisiert. Unter dem Motto „Teltow-Fläming – Wir gestalten die Zukunft“ wurden aktuelle wirtschaftliche Themen erörtert. So gab es zum Auftakt einen Impulsvortrag zum Trendthema „Industrie 5.0 – New Work“. Dabei ging es unter anderem um Geschäftsprozesse und Auswirkungen auf kleine und mittelständische Unternehmen. Zudem wurde am Modell des Bahnhofsquartiers „Eco City Wünsdorf – Stadt und Region im Klimawandel“, ein zukunftsweisendes Herangehen der Stadtplanung unter Berücksichtigung ökologischer und wirtschaftlicher Aspekte aufgezeigt.

Beim Mittelstandsforum Teltow-Fläming wurden die Luckenwalder Präsenzstelle der Hochschulen und das Zukunftszentrum Brandenburg vorgestellt. Es wurden Herausforderungen für die Unternehmen im Zuge des digitalen Wandels beleuchtet sowie die Ausrichtung der neuen GRW-Förderrichtlinie ab 2022 der Investitionsbank des Landes Brandenburg.

Bei den traditionellen Fläminger Tourismusgesprächen ging es um dringend benötigte Arbeits- und Fachkräfte für touristische Dienstleistungen und um den Stellenwert des Tourismus bei der einheimischen Bevölkerung. Weitere Veranstaltungen an diesem und an den Folgetagen widmeten sich ebenfalls dem brisanten Thema Arbeits- und Fachkräftegewinnung, sei es die Arbeitsmarktintegration ausländischer Fachkräfte oder die Fachkräftesicherung in der Flughafenregion.

Des Weiteren wurden die Leistungen des Lotsendienstes anlässlich seines 20-jährigen Bestehens feierlich gewürdigt.

Preis der Wirtschaft Teltow-Fläming 2021

Den „Preis der jungen Wirtschaft“ erhielt das Unternehmen Trebbin Clean GmbH für gute Mitarbeitermotivation, eine gelungene Nachfolge sowie innovative Weiterentwicklung – etwa Digitalisierung oder Reinigung von Solaranlagen.

Mit dem Sonderpreis „Zukunft gestalten“ wurde das Unternehmen gfd GmbH aus Ludwigsfelde für außerordentliches Wachstum, eine hohe Mitarbeiterzufriedenheit und Investitionskultur ausgezeichnet.

Preisträger in der Kategorie „Industrie und Gewerbe“ wurde das EDEKA Center Specht in Ludwigsfelde. Als „Marke mit Strahlkraft“ für Teltow-Fläming und darüber hinaus übernimmt der Familienbetrieb unternehmerische und gesellschaftliche Verantwortung, schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze und fördert die Regionalität.

Den Preis der Kategorie „Handwerk“ erhielt das Dentallabor Luckenwalde. Das seit über 30 Jahren in Luckenwalde ansässige Unternehmen zeigt, dass trotz modernster Technologien wie CNC-Fräse oder 3D-Drucker die tagtägliche Arbeit mit der Hand, Erfahrung und Fingerspitzengefühl unerlässlich ist. .

Breitbandausbau

Das Hauptaugenmerk des Fachbereichs lag auch im Jahr 2021 auf der Umsetzung des Bundesprogramms Breitband. Das Programm zielt auf die Förderung von Adresspunkten ab, deren Breitbandversorgung unter 30 Megabit pro Sekunde liegt. Im Landkreis Teltow-Fläming betrifft dies circa 7.000 Adresspunkte, die mit Hilfe des Förderprojekts einen zukunftsfähigen Glasfaseranschluss erhalten.

Nachdem im Jahr 2020 ein europaweiter Teilnehmerwettbewerb durchgeführt wurde, wurde die Umsetzung des Bundesprogramms Breitband in zwei Lose vergeben. Los 1 (Ost) ging hierbei an die Deutsche Telekom und das Los 2 (West) an die e.discom. Das Jahr 2021 stand für beide Telekommunikationsunternehmen im Rahmen der Feinplanung. Hinzu kam, dass der Landkreis, beschlossen vom Kreistag, ein Nachtragsangebot auf Grundlage des Vortriebs (Reservekapazitäten auf Grundlage passiver Infrastruktur) als Nachtragsangebot von den Telekommunikationsunternehmen einforderte, was politisch die richtige Entscheidung war, allerdings mit einer erheblichen Verlängerung der Planungszeit einherging.

Im Bereich Los West wurden zahlreiche Mandatsträger- und Einwohnerversammlungen von der e.discom gemeinsam mit den Stadtwerken Schwedt durchgeführt. Hier wurden aktuelle Informationen flächendeckend „gestreut“, und Bürgerinnen und Bürger konnten ihren Wunsch nach einem Breitbandanschluss anmelden.

Ein großes Problem im gesamten Ausbaugebiet sind potenzielle „weiße Flecken“, die sich erst im Laufe der Feinplanungen aufgetan haben. So mussten einzelne Straßenzüge in Ortsteilen bis hin zu Orten wie Märtensmühle (Nuthe-Urstromtal) in die Planungen aufgenommen werden. Diese Erfassung von zusätzlichen weißen Flecken in Verbindung mit der Prüfung der Förderfähigkeit erforderte ein hohes Arbeitspensum.

Nicht zuletzt trug die angespannte personelle Situation im Fachbereich dazu bei, dass das Projekt, Anfragen oder zu klärende Sachverhalte nicht in den gewünschten Zeitschienen umgesetzt werden konnten. Mit dem Jahreswechsel konnte der Fachbereich eine neue Stellenbesetzung vornehmen und hofft diesbezüglich 2022 auf Kontinuität.

Kommunaler Öffentlicher Personennahverkehr (kÖPNV)

Der kommunale Öffentliche Personennahverkehr (kÖPNV) war auch im Jahr 2021 stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Teillockdown, Homeschooling und Wechselunterricht sowie die verstärkte Ausweitung von Homeoffice führten zu einer erheblichen Verringerung der Fahrgästezahlen und damit verbundenen Einnahmeverlusten bei den vertraglich gebundenen Verkehrsunternehmen des Landkreises. Aufgrund der Aufrechterhaltung des regulären Fahrplans und teilweise steigender Betriebskosten der vertraglich gebundenen Verkehrsunternehmen mussten höhere Ausgleichszahlungen aus dem Kreishaushalt geleistet werden. Dank des Corona-Rettungsschirms konnten die Auswirkungen diesbezüglich im Rahmen gehalten werden.

Im Kreistag am 26.04.2021 wurde nach nur 10 Monaten Arbeitsaufwand der Nahverkehrsplan für den kommunalen ÖPNV des Landkreises Teltow-Fläming im Zeitraum 2021 bis 2025 beschlossen. Dieses aktuelle Werk bildet die Grundlage für die weitere Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis. Dieser wird durch die ab 1. August 2016 abgeschlossenen „Öffentlichen Dienstleistungsaufträge“ (ÖDA) mit den im Landkreis ÖPNV-Leistungen erbringenden Verkehrsunternehmen, entsprechend der Vorgaben aus dem Nahverkehrsplan 2021 bis 2025, derzeit bis einschließlich 2026 abgesichert.

Im Jahr 2021 wurden auf der Grundlage von im Jahr 2017 angepassten Vereinbarungen mit dem Landkreis Elbe-Elster, dem Landkreis Dahme-Spreewald, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und dem Senat von Berlin die landkreisübergreifenden Verkehre sowie die verkehrliche Anbindung der JVA Heidering fortgesetzt und dazu notwendige Ausgleichszahlungen gesichert.

Den Gesamtaufwendungen für den Öffentlichen Personennahverkehr in Höhe von 11.422.200 Euro standen Gesamterlöse von 5.454.400 Euro gegenüber. Sie setzen sich aus 5.215.200 Euro Landeszuweisungen und 239.200 Euro Beteiligungen von anderen Landkreisen zusammen. Der Landkreis musste dementsprechend 5.967.800 Euro als Eigenmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr bereitstellen.

Zusammenarbeit mit dem VBB

Mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) gibt es eine enge Zusammenarbeit. Durch die Mitarbeit der Landrätin im Aufsichtsrat und des Leiters des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung im Beirat der Gesellschafter der VBB GmbH nahm der Landkreis Teltow-Fläming erfolgreich auf die weitere positive Entwicklung des gesamten Öffentlichen Personennahverkehrs im Verbundgebiet Einfluss. Der annähernde Halbstunden-Takt bis Ludwigsfelde auf der Trasse des RE 3/RE 4 wurde auch im Jahr 2021 beibehalten. Ebenso wurde über den Erhalt des Stundentaktes und einen annähernden Halbstundentakt in den Hauptverkehrszeiten für Pendler*innen aus dem südlichen Bereich des Landkreises (zumindest ab/bis Jüterbog) weiterhin eine gute Anbindung an die Hauptstadtregion ermöglicht. Die Anschlussverknüpfungen zwischen den anbindenden Buslinien und den RE wurden weitestgehend angepasst und zum Teil verbessert.

Im Zuge der vorbereitenden Maßnahmen zur Anbindung der Verkehre an den BER wurde im Jahr 2020 gemeinsam von VBB und Landkreis die Erstellung eines Gutachtens für die Nordraumregion in Teltow-Fläming beauftragt. Auf der Grundlage dieses Gutachtens wurde im Jahr 2021 intensiv an der weiteren Optimierung der vorhandenen Verkehre gearbeitet. In den Folgejahren sollen die Verkehre entsprechend der finanziellen Absicherung über den Kreishaushalt weiter angepasst und erweitert werden. Dazu wird der Bau eines Busknotens in der Gemeinde Großbeeren notwendig, dessen Umsetzung durch den Landkreis unterstützt wird. Das geschieht durch eine Förderung über die „Richtlinie Investitionen üÖPNV“ des Landkreises zur Förderung von Investitionen in Anlagen der Infrastruktur, Leit- und Informationssysteme.

Coronabedingt musste die achte geplante Veranstaltung der 48-Stunden-Aktion des VBB im Landkreis Teltow-Fläming im Bereich „Baruth-Fläming-Urstromtal“ erneut abgesagt werden. Die bereits für 2020 vorbereitete Aktion soll in Abstimmung mit der Stadt Trebbin als ein weiterem Veranstalter dieser Aktionen durch einen erneuten Versuch im Jahr 2022 im Bereich Baruth umgesetzt werden. Für die Region „Nuthe-Nieplitz“ besteht dann im Folgejahr 2023 die Möglichkeit einer Fortsetzung der jährlich wechselnden Veranstaltungsreihe.

PlusBus

Die zwei seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2018 verkehrenden PlusBus-Linien im Landkreis Teltow-Fläming zwischen Ludwigsfelde und Zossen mit Anschluss an den PlusBus zwischen Ludwigsfelde und Potsdam haben sich etabliert. Ihre Nutzungszahlen steigen stetig. Die Linien bieten eine weitere Verbesserung der stündlichen Querverbindung zur Landeshauptstadt an und sichern den Anschluss an den Regionalverkehr sowohl in den südlichen als auch in den nördlichen Teil des Landkreises.

Ruf-Bus

Der Landkreis als Aufgabenträger des kommunalen ÖPNV finanziert nunmehr alle bestehenden Rufbusangebote aus seinen Haushaltsmitteln. Mit Beschluss des gültigen Nahverkehrsplanes von 2021 bis 2025 ist das Rufbusangebot in Teilen des Landkreises als Grundbedarf festgelegt worden. Damit und mit dem innovativen Bestellsystem wurde ein über die Kreis- und Landesgrenzen hinaus beispielhaftes Mobilitätsprojekt im Landkreis Teltow-Fläming umgesetzt.

Die Umsetzung der Verkehre durch alternative Bedienformen im Landkreis wurde auch im Jahr 2021 verstetigt und erweitert. In enger Zusammenarbeit mit der VTF mbH wurde das bedarfsgerechte Verkehrsangebot in den südlichen Teilen des Landkreises weiter aufgewertet. Bestehende Verkehre wurden optimiert und durch die enge Zusammenarbeit von Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Kommunen noch bedarfsgerechter gestaltet.

Im Mai 2021 beauftragte der Landkreis eine Erweiterung des bestehenden Rufbusangebotes in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal auf das Territorium der Stadt Baruth/Mark und der umliegenden Gemeinden. Die dadurch erfolgte Zusammenlegung der beiden Rufbusangebote Nuthe-Urstromtal und Baruth/Mark führt zu einer effektiveren Nutzung der Rufbuskapazitäten. Weiterhin wurde das Rufbusangebot in der Gemeinde Niedergörsdorf nach Beschluss des Kreistages eingeführt und erfreut sich seither großer Beliebtheit.

Das im Jahr 2019 als Pilotprojekt gestartete Rufbusangebot für das Gebiet um Trebbin wurde im Jahr 2021 erfolgreich fortgesetzt, optimiert und ab Juni 2021 auf alle Ortsteile der Stadt Trebbin ausgeweitet.

Mit über 20.000 Fahrgästen im Jahr 2021 leisten die Rufbussysteme im Landkreis Teltow-Fläming einen wesentlichen Beitrag für einen bedarfsgerechten und flexiblen ÖPNV.

Mit Beschluss des Kreistags vom 13.12.2022 wird das Rufbusangebot 2022 auf die Gemeinde Am Mellensee, die Stadt Zossen und die Ortsteile der Stadt Ludwigsfelde ausgeweitet.

Investitionen

2021 wurden ÖPNV-Investitionen durch die Bereitstellung von insgesamt 70.579 Euro aus der Investitionsrichtlinie des Nahverkehrsplans unterstützt. Gefördert wurde die Erweiterung des rechnergestützten Betriebsleitsystems der Firma Herz-Reisen GmbH zur Einbindung in das Mandantensystem der VTF mbH.

Nahverkehrsbeirat

Der Nahverkehrsbeirat Teltow-Fläming tagte im Jahr 2021 nur zweimal. Coronabedingt wurden diese Tagungen digital durchgeführt, um den Nahverkehrsplan 2021 bis 2025 in den Kreistag am 26.04.2021 einbringen zu können. Weitere Beratungen wurden coronabedingt nicht durchgeführt.

Im Beirat wirken der Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, der Sachgebietsleiter Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität sowie die Sachbearbeiterin für Öffentlichen Personennahverkehr aktiv mit.

Tourismus

Touristische Netzwerke

In der zweiten Jahreshälfte 2021 intensivierte der Funktionsbereich Tourismus die kontinuierliche Teilnahme an Beratungen touristischer Netzwerke und Stammtische im Landkreis Teltow-Fläming. Ziel ist die gegenseitigen Kompetenz-Stärkung, der Erfahrungsaustausch, die Bündelung von Know-how, das Aufsetzen gemeinsamer Maßnahmen und das Erreichen eines Verständnisses für die Belange der Leistungsträger im Landkreis.

Zu den aktivsten Netzwerken gehören der „Touristische Stammtisch Teltow-Fläming“ und der „Runde Tisch Baruther Glashütte“. Gemeinsam mit den Glashütter Akteuren begann im Sommer 2021 die Umsetzung des durch die Lokale Aktionsgruppe „Rund um die Flaeming-Skate“ geförderten Leitbildentwicklungsprozesses für das Museumsdorf Baruther Glashütte. Ziel ist es, das touristische Potenzial dieses „Leuchtturms“ weiterzuentwickeln, Wertschöpfung in der Region zu generieren, Arbeitsplätze zu sichern und Glashütte als Wirtschaftsstandort langfristig zu stärken.

Aus den Treffen des Tourismusstammtisches Teltow-Fläming ging hervor, dass (unter anderem auch pandemiebedingt) hoher Arbeitskräftemangel vorherrscht und damit viele touristische Betriebe bedroht sind. Der Fachbereich griff dieses Thema auf und bot im Rahmen der Fläminger Tourismusgespräche während der Wirtschaftswoche Teltow-Fläming Raum zur Diskussion. Weiterhin wurde der Kontakt zwischen den touristischen Leistungsträgern und dem im Landkreis Teltow-Fläming angesiedelten Projekt „Integrationsbegleitung“ angebahnt. Ziel ist die Integration von Arbeitskräften aus der Region in die Tourismusbranche und damit das Sichern des Fortbestands vieler etablierter Betriebe.

Auch die im Vorjahr begonnene Vermarktung des Wanderweges „Baruther Linie“ fand im Tourismusstammtisch eine Fortführung. Neben der Überarbeitung des Flyers wurde ein eigener Aktionstag „Tag der Baruther Linie“ im Mai 2022 initiiert. Damit soll der für Teltow-Fläming bedeutende Wanderweg überregional bekanntgemacht werden.

Die Teilnahme an Beratungen wie zum Beispiel der „Arbeitsgemeinschaft Berlin–Leipzig“ zielte zusätzlich auf die Vermarktung der touristischen Infrastruktur des Landkreises. Hier wurden unter anderem neue Flyer inklusive einer Übersichtskarte der touristischen Highlights entlang der Strecke erstellt und die dazugehörige Internetseite überarbeitet.

Auch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband Teltow-Fläming e. V. stellte eine wichtige Säule der touristischen Netzwerkarbeit dar. Der Fachbereich nahm regelmäßig an Netzwerk- und Marketingausschusssitzungen teil und fungierte im Anschluss als Sprachrohr für die tourismusrelevanten Themen in die Region. Das Netzwerk Flaeming-Skate mit den Partnern und Leistungsträgern im Einzugsgebiet der gleichnamigen Region konnte sich 2021 nicht in Präsenz treffen. Informationen wurden hier mehrmals im Jahr per Mailing gestreut.

Flaeming-Skate

Im Jahr 2021 war die Reiseregion rund um die Flaeming-Skate sehr stark nachgefragt. Der Anstieg des Interesses war zum Teil pandemiebedingt und resultierte aus dem damit einhergehenden Wertewandel. So werden die Trendthemen naturnaher Tourismus, Regionalität, Nachhaltigkeit, Wunsch nach Authentizität, Resonanztourismus, Workation und vieles mehr an der Flaeming-Skate gut bedient und sprechen damit viele potenzielle Gäste an.

Trotz ihres Alleinstellungsmerkmals und ihrem Charakter als touristischer Leuchtturm im Landkreis Teltow-Fläming kämpft die Strecke mit Herausforderungen wie der Überalterung der Akteure, den veränderten Strukturen in den Dörfern, dem Arbeitskräftemangel und der schwierigen Professionalisierung der Akteure im Bereich Marketing. Es wird eine Art „Neustart“ benötigt. Aus diesem Grund begann die Arbeit an einem „Zukunftskonzept Flaeming-Skate“ mit dem Ziel, das Potenzial der Strecke auch zukünftig nachhaltig zu nutzen. In diesem Rahmen soll auch die Möglichkeit der Anbindung des nördlichen Landkreises an die Flaeming-Skate geprüft werden, um die Strahlkraft der Strecke auf die gesamte Reiseregion Teltow-Fläming auszuweiten. Eine Förderfähigkeit durch die Lokale Aktionsgruppe „Rund um die Flaeming-Skate“ ist bereits bestätigt. Projekteinreichung soll März 2022, Projektstart Herbst 2022 sein.

Für die Vermarktung der Flaeming-Skate stellte der Fachbereich die Broschüre Flaeming-Skate 2021 mit allen relevanten Inhalten zur Region zu Beginn des Jahres fertig und verteilte sie flächendeckend. Parallel zu diesem Angebot gab es die zweite Auflage der Ausgabe „Radwegekarte des Landkreises Teltow-Fläming“ mit der Darstellung möglicher Routen in Text und Bild als Faltplan.

Das Fertigen neuer Imagefotos und Pressetexte sowie die Gestaltung von Inseraten für nationale und internationale Veröffentlichungen gehörte nach wie vor zum laufenden Tagesgeschäft des Bereiches Flaeming-Skate. Gleiches gilt für den Versand aller Reiseinformationen per E-Mail beziehungsweise Post und die Aktualisierung der Internetpräsenz www.flaeming-skate.de.

Im Bereich Merchandise/Flaeming-Skate-Fanshop erfolgte eine Bedarfsabfrage bei den Leistungsträgern und anschließende Auslieferung von Flaeming-Skate-Fanshop-Artikeln vorrangig in die örtliche Gastronomie. Weiterhin begann der Fachbereich mit der Erstellung eines neuen Flaeming-Skate-Merchandise- und Fanshop-Konzeptes.

Die Präsentation der Region auf Messen entfiel 2021 pandemiebedingt. Dennoch konnte die Region zur weltweit größten Sportveranstaltung für Inline-Skater – dem Berlin Marathon – direkt am Brandenburger Tor Ende September mit Werbebannern präsentiert und Broschüren in Umlauf gebracht werden. Informationsmaterial wurde weiterhin erfolgreich über die Vertriebswege von touristisch relevanten Zeitschriften in unterschiedlichen Regionen Deutschlands sowie deren Social-Media-Kanälen verteilt. Auch nutzte man die Möglichkeit des Beilegens zu den Startunterlagen regionaler Großveranstaltungen sowie einen Berliner Verteiler-Service.

Der Fachbereich betreute 2021 vier Schülerpraktikant*innen und gab hier wesentlichen Einblick in die behördliche Struktur und die Arbeiten der Wirtschaftsförderung, insbesondere im Bereich Flaeming-Skate. Besondere Aufmerksamkeit galt hier unter anderem der Eventvorbereitung und der Recherche neuer Flaeming-Skate-Werbeträger. Selbige wurden darauffolgend umgesetzt.

Wiederum war durch die coronabedingten Einschränkungen ersichtlich, welche Bedeutung das Wegenetz Flaeming-Skate als touristischer Baustein in Teltow-Fläming hat. Da die Flaeming-Skate für alle zugänglich ist, wurde der Wunsch nach einer aktiven Outdoor-Freizeitgestaltung in unmittelbar erreichbarer Nähe für viele Gäste und auch Einheimische erfüllt. Auffällig hier 2021 war der besonders hohe Anteil an Ski-Roller-Sportler*innen in der Region.

Skate-Arena Jüterbog

Trotz der schwierigen Situation fand der Sport- und Veranstaltungsbereich für sich neue Möglichkeiten. Die Events und Trainings im ersten Halbjahr gestaltete man mit erhöhtem, aber machbarem Aufwand in Form von Individualterminen für die Gäste.

Ab Mai konnte der reguläre Nutzungsbetrieb für Vereine wieder aufgenommen werden. Die positive Erfahrung eines offenen Trainings für Speedskating-Athleten wurde vom Vorjahr übernommen und erfolgreich fortgesetzt. Der hohen Nachfrage an Inline-Kursen für kleine und große rollende Gäste der Region konnte man mit individuellen Angeboten gerecht werden.

Mit Beginn des neuen Schuljahres gingen alle in Planung befindlichen Veranstaltungen in ihre Durchführung. Dazu zählten die 18. 100-km-Flaeming-Skate-Inlinetour, der 9. Flaeming-Skate-Junior-Cup, das Abschlussevent der nationalen KM-Challenge sowie das Ski-Roller-Treffen.

Der jährliche Kids-Skate-Day wurde den Schulen des Landkreises Teltow-Fläming in einer kompakten Woche vor den Herbstferien angeboten. Durch die Zusammenarbeit mit einem Sportlehrer entstand hier ein neues Format für Grundschulen der Region, welches künftig zusätzlich umgesetzt werden kann.

Erstmalig seit 2014 war der Brandenburgische Landesleistungsstützpunkt Skate-Arena Jüterbog Ausrichter der Landesmeisterschaften im Speedskating als offener Dreiländerwettkampf gemeinsam mit Berlin und Meißen.

Die vielfältigen und großflächigen Nutzungsmöglichkeiten der Sportstätte bieten Gästen und Sportler*innen nach wie vor viel Spielraum für ihre Trainings und sportlichen Vorhaben.

Touristische Infrastruktur

Die Unterlagen zum Antrag zur Bewilligung der Erarbeitung des Knotenpunkt-Wegweisungskonzeptes (Radeln nach Zahlen) unter Betrachtung sämtlicher Radrouten im Landkreis Teltow-Fläming wurden präzisiert. Der Antrag ist bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) in Bearbeitung. Coronabedingt ist der Bewilligungsbescheid erst 2022 zu erwarten. Der Landkreis verfügt über ein circa 1.260 Kilometer umfassendes Radrouten- und Radwegenetz. Im Zuge der zukunftsfähigen Radwegemodernisierung soll es mit dem Knotenpunkt-Wegweisungssystem ausgestattet werden.

Der Fachbereich schloss die Vorbereitungen zur coronabedingt erneuten Beantragung der Fördermittel gemäß der Richtlinie „Digitalisierung Tourismus“ für die Errichtung von 23 digitalen Displays im Landkreis Teltow-Fläming ab. In Absprache mit den Kommunen, die sich dazu bereit erklärt haben, erfolgt eine Errichtung dieser digitalen Displays an 23 touristisch bedeutsamen Orten. Über die digitalen Displays sollen Museen, Sehenswürdigkeiten, Restaurants, Veranstaltungen, touristische Routen (Skaten, Rad, Wandern) usw. abrufbar sein. Eine vertiefende Digitalisierung im Tourismus ist besonders im ländlichen Bereich von Teltow-Fläming von großer Bedeutung, um den Gästen den Zugang zu Informationen an allen Wochentagen und zu jeder Tageszeit zu gewähren.

Des Weiteren wurden das Vergabeverfahren „Beschilderung von Wanderwegen/Flaeming-Skate“ und „Errichtung Radroutentafel“ sowie das Genehmigungsverfahrens für die Neubegründung des Fernneuendorfer Rundwanderweges durchgeführt.

Weitere Aktivitäten zur Sicherung der touristischen Infrastruktur waren unter anderem die Abstimmungen mit Beteiligten bezüglich der Umplanung des Fontanewanderweges F4, die Stellungnahmen im TÖB-Verfahren zur Vereinbarkeit dieser Planungen mit der Aufrechterhaltung der touristischen Wegeinfrastruktur im Landkreis Teltow-Fläming, die Materialausgabe an Pflegevertragspartner zur Ertüchtigung von Wander- und Radwanderrouten sowie die Zuarbeiten an Kartenverlage zwecks Aktualisierung von deren Radwanderkarten.

Sachgebiet Kreisentwicklung

Zu den allgemeinen Aufgabenschwerpunkten des Sachgebietes Kreisentwicklung gehören

- die planerische Beurteilung verschiedener Vorhaben und Planungen sowie die Bündelung fachlicher Stellungnahmen der Kreisverwaltung, insbesondere zu übergeordneten Entwicklungsplänen, zu Bauleit- und Verkehrsplanungen sowie zu Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz,
- die Erarbeitung eigener Konzepte zur kreislichen Entwicklung und zur Weiterentwicklung sowohl der Verkehrs- als auch der touristischen Infrastruktur,
- Planung, Bearbeitung, Betreuung und Abrechnung neuer Verkehrswege,
- die Prüfung und Bescheidung von Genehmigungsanträgen zu Bauleitplänen in Wahrnehmung der Funktion der höheren Verwaltungsbehörde nach Baugesetzbuch.

Folgende Vorhaben und Entwicklungen waren von besonderer Bedeutung:

Infrastruktur

Vierstreifiger Ausbau der B 101 – Fortführung der Radwegeplanung L 795 Thyrow-Siethen

Der erste Teilabschnitt des im Zuge der Ortsumfahrung Thyrow vom Landkreis initiierten Radweges entlang der L 795 von Thyrow nach Siethen ist bauseitig bereits fertiggestellt. Für den zweiten Teilabschnitt des Radweges wurde das Planfeststellungsverfahren beim Landesamt für Bauen und Verkehr fortgeführt. Mit dem Planfeststellungsbeschluss, der das erforderliche Baurecht schafft, wird im Laufe des Jahres 2022 gerechnet.

Einstufung von Straßen

Der Umstufungsprozess von Kreisstraßen gestaltet sich vor allem wegen der Folgekosten insgesamt äußerst schwierig. Die angespannte Personalsituation im Bereich kam erschwerend hinzu. So konnte zum 1. Januar 2022 keine Umstufung zur Gemeindestraße durchgeführt werden. Die vakante Stelle im Bereich der Verkehrsplanung wurde zu Beginn des Jahres 2022 wiederbesetzt. Der Prozess zur Bewertung und Umstufung von Kreisstraßen wird 2022 fortgeführt.

Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt blieb weiterhin die Auseinandersetzung mit dem Strategiepapier „Perspektiven für das Landesstraßennetz – Abstufungskonzept und Weiterentwicklung“ des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung. Dieses sieht für den Landkreis die Abstufung von rund 113 Kilometern Landesstraßen vor. Weitgehend unklar sind dabei nach wie vor Fragen der methodischen Vorgehensweise, der netzkonzeptionellen und straßenrechtlichen Bewertung sowie der finanziellen Rahmenbedingungen. Der diesbezüglich unveränderte Standpunkt des Landkreises und seine Forderungen wurden gegenüber dem Landkreistag und dem Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg erneut definiert und dargelegt. Eine Einzelbetrachtung für jede umzustufende Landesstraße ist danach unbedingt erforderlich; nach festgestellter Verkehrsbedeutung durch das Land ist an den zuständigen Straßenbaulastträger umzustufen. Es wird erwartet, dass es hierzu im Jahr 2022 weitere Abstimmungen mit dem Landesbetrieb Straßenwesen geben wird.

Stellungnahmen zu Planverfahren

Unter Beteiligung der einzelnen Fachämter wurden Stellungnahmen des Landkreises zu 39 Planverfahren für sonstige Infrastrukturmaßnahmen des Bundes, Landes, der Kommunen und sonstiger Träger erarbeitet. Darunter befanden sich zwölf Plangenehmigungs- beziehungsweise Planfeststellungsverfahren.

Entwicklung des Radverkehrs

Bei der Umsetzung des Radwegekonzeptes im Landkreis ist für die einzelnen Maßnahmen folgender Verfahrensstand festzustellen:

Zur Fortführung von Planung und Bau des touristischen Verbindungsweges zwischen Zesch am See und Egsdorf gab es weitere Gespräche zur gemeinsamen Umsetzung des Vorhabens mit dem Landkreis Dahme-Spreewald. Im Ergebnis wird die Fortführung der Planung jedoch kritisch gesehen. Zum weiteren Vorgehen soll im Jahr 2022 eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Auch zum beabsichtigten kreisübergreifenden Radwegeneubau an der K 7236 und K 6157 zwischen Groß Machnow und Mittenwalde gab es einen Austausch mit dem Landkreis Dahme-Spreewald. Der Radweg hat in beiden Landkreisen höchste Priorität. Eine enge Zusammenarbeit auf der Grundlage einer Vereinbarung wird angestrebt. Voraussetzung für den Beginn der Planung im Jahr 2022 ist darüber hinaus die Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln – in beiden Landkreisen.

Der vorliegende Planungsstand zum geplanten dritten Bauabschnitt eines straßenbegleitenden Radweges an der K 7241 zwischen Genshagen und Großbeeren ist überarbeitungsbedürftig. Fachlicher Schwerpunkt dabei ist die Radwegeführung im Bereich der Eisenbahnunterführung. Die Gemeinden Ludwigsfelde und Großbeeren bemühen sich derweil um eine alternative Streckenführung abseits der Straße. Ob diese Streckenführung einen kreisstraßenbegleitenden Radweg ersetzen kann und wie konkret der aktuelle Planungsstand der Gemeinden ist, wird in die anstehende Klärung einzubeziehen sein.

Fortgesetzt wurde die Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Kommunen Brandenburg“ (AG FK Brandenburg). Die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft als wichtige Schnittstelle zwischen Landes- und Kommunalpolitik kommt auch durch die stetig steigende Zahl der Mitgliedskommunen zum Ausdruck. Es wurden insgesamt drei neue Mitglieder aufgenommen. Im Landkreis sind neben ihm selbst weiterhin die Städte Luckenwalde, Ludwigsfelde und Trebbin Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Der Informations- und Erfahrungsaustausch mit dem Ziel der integrierten Weiterentwicklung des Radverkehrs wurde ausgebaut.

Die Teilnahme des Landkreises an der bundesweiten Kampagne „Stadtradeln – Radeln für ein gutes Klima“ war eine weitere Maßnahme unter Einhaltung der Corona-Abstandsregeln, um das Fahrradfahren im Landkreis attraktiver zu machen. Zugleich wurde gemeinsam mit den Städten Trebbin, Luckenwalde, Ludwigsfelde und der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow erfolgreich ein Zeichen für den Klimaschutz gesetzt. Prämiert mit Pokalen wurden die beste Gemeinde und diverse Einzelwertungen. Die Zusammenarbeit mit den teilnehmenden Kommunen wurde gestärkt. (s. auch Umweltamt: Stadtradeln).

Weitere Aktivitäten richteten sich auf die Fortführung des mit den Kommunen entwickelten überregionalen Radroutennetzes. Die Umsetzung der gemeinsam ermittelten prioritären Radwegemaßnahmen wird fortgesetzt. Dazu wird das vorliegende Mobilitätskonzept LK-TF2030, Teil Radwege (Entwurf 05/2017) gemäß Kreistagsbeschluss vom 22. Juni 2020 überprüft und aktualisiert. Es wurden Fördermittel für die erforderliche Planungsleistung beantragt und bewilligt. Die Ausschreibung der Planung wurde vorbereitet und soll Anfang 2022 erfolgen. Hierzu wurden eine fachämterübergreifende Arbeitsgruppensitzung und erste Abstimmungen mit der Beauftragten für Bürgerbeteiligung durchgeführt. Ferner wurden alle kreisangehörigen Kommunen in die Grundlagenermittlung einbezogen. Die nach Kreistagsbeschluss zur Begleitung der Planung zu gründende Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen der Städte und Gemeinden, des Landesbetriebes Straßenwesen und des ADFC hat sich im November konstituiert. Zum Jahresende wurde im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung sowie im Kreistag über den Sachstand der Arbeiten informiert.

Bauleitplanung

Planungsrechtlich wurden insgesamt 94 Bauleitplanungen in unterschiedlichen Beteiligungsstufen begleitet. Zudem fungierte das Sachgebiet im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange als Bündelungsbehörde für die Stellungnahmen der Fachbehörden in der Kreisverwaltung.

Bei den von den Gemeinden aufgestellten Bauleitplanungen ist weiterhin ein Bedarf an gewerblichen Bauflächen zu verzeichnen. Zudem verfolgen die Kommunen nicht nur im Umland von Berlin nach wie vor eine verstärkte Entwicklung von Wohnbauflächen, um dem Siedlungsdruck aufgrund der steigenden Nachfrage nach infrastrukturell günstig gelegenen Wohnbauflächen begegnen zu können. Im Zuge dessen wird die weitere Verbesserung von günstig gelegenen Einzelhandelsangeboten intensiviert. Dabei geht es einerseits um neue Standorte, andererseits um Standorte bestehender Betriebe, die im Sinne einer Neuordnung, Erweiterung und Ergänzung neu strukturiert werden. Auch der Trend zu Planungen, die verstärkt auf erneuerbare Energien setzen, wurde von den Kommunen fortgesetzt. 2021 standen Bebauungspläne mit Regelungen, die die Schaffung von Sonderbauflächen/-gebieten für die Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie zum Inhalt hatten, im Fokus.

Zu insgesamt 134 Auskunftsersuchen zu planungsrechtlichen Fragen wurden fachliche Beratungen mit Kommunen, Planungsbüros, Bürger*innen und Fachbehörden der Kreisverwaltung geführt. Es konnten Handlungsempfehlungen gegeben und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Als Koordinierungsstelle für Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz wurden mehr als 200 Aktivitäten unterschiedlichster Art betreut. Diese umfassten die Beteiligung der kreisinternen Behörden an den Vorgängen, den Austausch und die Ergänzung von Unterlagen, koordinierende und vermittelnde Funktionen zwischen dem Landesumweltamt und den hiesigen Fachämtern sowie die bereits wahrgenommene planungsrechtliche Begleitung der Vorhaben.

Übergeordnete Raumentwicklungsplanung

Im Rahmen der Mitwirkung an der Regionalplanung ergaben sich inhaltliche Schwerpunkte insbesondere im Kontext der Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Unter Einbeziehung weiterer Fachämter wurden zu inhaltlichen Vorab-Informationen der Planungsstelle kreisliche Zuarbeiten gefertigt. Die Beteiligung des Landkreises innerhalb des Scopingverfahrens zur Vorbereitung der Umweltprüfung wurde abgesichert. Für die Juni-Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung konnte die Planungsstelle für einen Bericht zum Stand der Planungsarbeiten gewonnen werden. Der Regionalplanentwurf vom 5. Oktober schließlich wurde im November von der Regionalversammlung Havelland-Fläming gebilligt. Die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens und die öffentliche Auslegung der Unterlagen wurden beschlossen. Die Auslegung beim Landkreis Teltow-Fläming war räumlich und organisatorisch vorzubereiten. Sie beginnt voraussichtlich im Februar 2022. Zu den einzelnen Gremiensitzungen der Planungsgemeinschaft wurden inhaltliche Vorbereitungen erarbeitet, die wiederum teils mit weiteren Fachämtern abzustimmen waren.

Hinsichtlich der anstehenden teilweisen Überarbeitung des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin Brandenburg (LEP HR) sind im Rahmen einer Befragung zu Bedarf und Hemmnissen für die Wohn- und sonstige Siedlungsentwicklung erste Hinweise aus kreislicher Sicht vermittelt worden.

Die Festlegungen der übergeordneten Raumplanung, die aktuellen Sachstände ihrer Fortschreibung sowie die Entwicklungsgrundsätze aus dem Leitbild des Landkreises wurden in weitere Beteiligungsverfahren und Zuarbeiten eingebracht.

GIS

Das geografische Informationssystem (GIS) begleitete alle Aufgabenbereiche unterstützend. Folgende Projekte wurden bereitgestellt:

- Covid-19-Karte zu verschiedenen Thematiken: Erstellung, Anpassung sowie stetige Daten- Aktualisierung
- Aktualisierungen von Karten für die interne Verwendung
- kartografische Darstellung des Straßennetzes und der Netzknotenpunkte im Landkreis
- Aktualisierung des Themas Einwohnerentwicklung im Landkreis
- Eigentümerrecherche und Kartenerstellung im Rahmen des Breitbandausbaus

Dem Aufgabenbereich der ergänzenden und fortlaufenden Digitalisierung von Bauleitplänen der Städte und Gemeinden konnte das Sachgebiet aufgrund der noch unbesetzten zweiten Stelle nicht gerecht werden. Somit kann die aktuelle Bereitstellung dieser Daten im GIS- und Geoportal nicht vollumfänglich gewährleistet werden.

Weitere GIS-Projekte wurden fortgeführt und gegebenenfalls erweitert:

- Access-Datenbanken der Bauleitplanung
- Daten- und Kartengrundlagen zum Radwegekonzept des Landkreises sowie Aufarbeitung und Ergänzung des Datenbestandes zu den Radwegen im Landkreis und in den Nachbarlandkreisen
- Daten- und Kartengrundlagen sowie Aufarbeitung und Ergänzung des Datenbestandes für das Projekt Endlagersuche

Höhere Verwaltungsbehörde

Gemäß Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung obliegt dem Landkreis die Aufgabe der höheren Verwaltungsbehörde. Die mit dieser Aufgabe verbundene Prüf- und Beratungstätigkeit blieb dabei unverändert. Für sieben Bauleitpläne wurde ein Antrag auf Genehmigung gestellt. Davon wurden drei Bauleitpläne genehmigt, die Anträge auf Genehmigung der anderen wurden zurückgenommen. Im Rahmen von Bauantragsverfahren wurde für drei Bauleitplanverfahren die Planreife geprüft. Das Amt Dahme/Mark, die Städte Trebbin, Zossen, Ludwigsfelde, Jüterbog und die Gemeinden Großbeeren und Nuthe-Urstromtal wurden in Bauleitplanungsfragen beraten.

Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik

Förderung der Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften

Der Schwerpunkt der Arbeit lag wie auch in den vorherigen Jahren auf der Erfüllung der Zielvorgaben aus den Zuwendungsbescheiden der Arbeitsmarktförderprogramme. Die beiden Projekte Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften wurden nach dreieinhalb Jahren Laufzeit zum 31. Januar 2021 erfolgreich abgeschlossen.

Dies ist das Ergebnis eines schlüssigen Konzeptes wie auch der bisherigen gelungenen Arbeit. Die Zuwendung aus dem Europäischen Sozialfonds für die beiden bewilligten Projekte betrug 869.790,39 Euro, die über drei Jahresscheiben verteilt wurden. Beginn der Maßnahmen war der 1. Februar 2018. Ziel der Förderung bis 31. Januar 2021 war die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden sowie die Verbesserung ihrer sozialen Situation. Zusatzziel war die Stärkung und Festigung des Zusammenlebens in den teilnehmenden Familien, insbesondere mit Blick auf die Entwicklung der Kinder. Als messbare Größe der erfolgreichen Arbeit sollten nach Ablauf des Projektes mindestens 25 Prozent der teilnehmenden langzeitarbeitslosen Bürger*innen in Arbeit oder Bildung vermittelt sein.

Je Projekt arbeiteten zwei Integrationsbegleiterinnen, deren Personalkosten zu 100 Prozent gefördert waren. Insgesamt wurden für die beiden abgelaufenen Projekte bis zum Januar 2021 Fördermittel in Höhe von 838.480,10 Euro ausgezahlt. Der Abschluss der Prüfungen der Verwendungsnachweise durch die ILB steht noch aus. Jede Integrationsbegleiterin hatte in der Gesamtlaufzeit mindestens 50 Teilnehmende zu betreuen. Mindestens 25 Prozent der Teilnehmenden sollten beim endgültigen Austritt aus der Maßnahme in Erwerbstätigkeit oder in Bildung übergehen.

Bis zum 31. Januar 2021 wurden im Projekt I insgesamt 102 Langzeitarbeitslose, davon 69 Frauen, betreut und beraten. Es wurden 27 Teilnehmende in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und vier in Bildung vermittelt. Im Projekt II wurden im selben Zeitraum insgesamt 109 Langzeitarbeitslose, davon 64 Frauen, betreut und beraten. Es wurden bisher 31 Teilnehmende in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt, sieben in Bildung und eine Person in Selbständigkeit. Für den Zeitraum vom 1.Februar 2021 bis zum 31.Juli 2022 wurde ein Folgeprojekt eingeworben. Ziel ist es hier, 60 Personen die Projektteilnahme zu ermöglichen und davon 20 Prozent in sozialversicherungspflichtige Tätigkeit oder Bildung zu vermitteln. Auch für dieses Projekt werden zwei Integrationsbegleiterinnen gefördert, deren Personalkosten zu 100 Prozent erstattet werden. Für die Förderperiode sind Zuwendungen in Höhe von 284.760,69 Euro zugesagt. Bis zum 31.12.2021 sind davon bereits 172.210,15 Euro bewilligt worden.

Bis zum Stichtag 31.12.2021 wurden 64 Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften, davon 44 Frauen, betreut und beraten. Erfolgreich vermittelt wurden zehn Teilnehmende in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und drei in Bildung.

Eine Veranstaltung zum Stand der Ergebnisse im Projekt wurde im September durchgeführt. Sie diente neben der Bewertung aus Sicht der Akteure auch dem Austausch untereinander.

Eine weitere Veranstaltung fand im Rahmen der Wirtschaftswoche zum Thema „Personal gewinnen – Vielfalt nutzen“ als Austausch zwischen Unternehmen, Verwaltung und Trägern gemeinsam organisiert mit der Stadt Luckenwalde statt.

Alle Aktivitäten der Integrationsbegleiterinnen erfolgten unter Berücksichtigung der ESF-Querschnittsziele (Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern, Sicherung der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung). Es wurde eine Vielzahl von qualitativen Ergebnissen (zum Beispiel Verbesserung der sozialen Situation, des Wohnens, der Teilhabe, der Gesundheit, Finanzen, des Zusammenlebens in der Familie) durch gezielte Strategien erzielt. Hiermit wurde ein wertvoller Beitrag zur Vermeidung von Armutsfolgen und Kinderarmut geleistet. Erwähnt sei hier, dass im laufenden Projekt 68 Kinder unter 18 Jahren von der Förderung profitieren.

Lotsendienst Teltow-Fläming

Der Landkreis erhielt auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF-Förderperiode) den Zuwendungsbescheid für die Durchführung des Lotsendienstes Teltow-Fläming in der Zeit vom 01.01.2018 bis 31.10.2022. Auch in dieser Förderperiode ist die Investitionsbank des Landes Brandenburg Zuwendungsgeber. Die Personalkosten der Lotsin und die Sachkosten werden zu 100 Prozent gefördert. Die Zuwendung aus Europäischen Sozialfonds/Landesmitteln beträgt 897.360 Euro.

Der Lotsendienst Teltow-Fläming bietet kostenlose Beratungs- und Qualifizierungsleistungen für Gründungsinteressierte an, die Hilfe bei der Strukturierung, Planung und Umsetzung ihrer Gründungsideen benötigen. Für die gesamte Projektlaufzeit sind als Zielindikatoren insgesamt 39 Development Center und 204 qualifizierende Beratungen geplant. Insgesamt sollen mindestens 122 Existenzgründungen oder Unternehmensübernahmen erfolgen. Ziel ist es, eine Gründungsquote von mindestens 60 Prozent zu erreichen.

Seit Juni 2018 haben insgesamt 304 Interessierte den Lotsendienst aufgesucht. 173 Personen haben nach dem Erstgespräch an einem der 32 durchgeführten Development Center teilgenommen. 170 Gründungsinteressierte wurden in das Projekt aufgenommen und haben eine qualifizierende Beratung erhalten. 156 Teilnehmende haben das Projekt zum 31. Dezember 2021 beendet; 118 Gründungen wurden bisher vollzogen.

Um die Qualität der Gründungsberatung im Landkreis Teltow-Fläming zu erhöhen und noch mehr Gründungsinteressierte vor Ort beraten und begleiten zu können, besteht eine enge Kooperation zwischen dem Lotsendienst Teltow-Fläming, dem Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten und der Gründungswerkstatt „enterprise“. Ziel ist nach wie vor, den gleichzeitigen Zugang zu den zielgruppenspezifischen Beratungsangeboten im Landkreis Teltow-Fläming für alle Gründungswilligen – unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Lebensphase, besonderen Lernbedürfnissen oder körperlichen Verfassung – zu vereinfachen und zu bündeln.

Vor 14 Jahren wurde der Lotsendienst im Landkreis TF initiiert und seitdem ein flächendeckendes Unterstützungsmodell für alle Gründungsinteressierten vor Ort aufgebaut. Seit 9 Jahren ist der Lotsendienst in Trägerschaft des Landkreises. Durch die Bündelung von Kompetenzen und das Nutzen von Synergien konnte das Projekt eine nachhaltige Verbesserung des Gründungsklimas in der Region erreichen.

Im Rahmen der Wirtschaftswoche wurde eine Veranstaltung anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Landesrichtlinie Förderung von Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen bei Existenzgründungen organisiert, um im eigenen Projekt einen Rückblick auf die vergangenen Jahre zu bieten. Es waren Existenzgründer*innen, Unternehmensberater*innen, Vertreter*innen der Wirtschaft, Institutionen und Verwaltung geladen.

Regionalbudget des „Bündnisses für Brandenburg“ zur Integration geflüchteter Menschen

Auf der Grundlage der Fördergrundsätze „Bündnis für Brandenburg – Zur Bewirtschaftung Regionalbudget für Landkreise und kreisfreie Städte“ fördert die Staatskanzlei Projekte und Maßnahmen mit dem Ziel, Offenheit, Akzeptanz und Hilfsbereitschaft der brandenburgischen Bevölkerung zu erhalten, alle gesellschaftlichen Akteure in ihrem Engagement zu unterstützen und den solidarischen Zusammenhalt zu stärken. Für das Jahr 2021 wurden zwei Projekte mit einer Summe von je 12.500 Euro bewilligt. Antragsteller waren die Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming e. V. und die Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft Klausdorf gGmbH.

Die Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming e. V. legte den Schwerpunkt auf die Kontaktherstellung von Flüchtlingen und Bürger*innen sowie Unternehmen und zu Akteuren von Unterstützungs- und Bildungsangeboten in Teltow-Fläming. Die Werkstattgespräche haben sich wieder bewährt und wurden weitergeführt. Ein weiteres Ziel war das gemeinsame Handwerken mit Kindern und Eltern, um Gespräche zu Themen wie Demokratie, Freiheit und Tradition zu führen und ein gegenseitiges Verständnis auszubauen. Des Weiteren waren der Austausch und die gegenseitige Information zur Handwerksgeschichte, der Entstehung von Traditionen bis hin zu heutigen Strukturen der beruflichen Bildung und Qualifizierung von Bedeutung.

Besonders Familien sollten die Möglichkeiten haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Somit fanden Werkstatttermine, individuelle Termine mit verschiedenen Altersgruppen, Gespräche zu Festtagen, zur Darstellung der Bedeutung der beruflichen Bildung des Handwerks, schulische Bildung, Qualifizierung, Aufstiegsförderung und Beschäftigungsmöglichkeiten statt, insbesondere in Handwerksunternehmen und zum Wirtschaftsstandort Teltow-Fläming. Weiterhin wurden Vorlagen zu Traditionen im Heimatland und in Deutschland erarbeitet.

Die Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft Klausdorf gGmbH führte die Koordinierungsstelle weiter. Der Arbeitsschwerpunkt lag auch im Jahr 2021 auf Familien, Frauen und Kindern. Frauen sollten ihre Leidenschaft zur Berufung machen. So trafen sich Frauen und Kinder verschiedener Herkunftsländer, um gemeinsam landestypische Spezialitäten zu kochen. Diese Kochkünste konnten auf der Veranstaltung der Stadt Luckenwalde „Kultur und Streetfood“ präsentiert und kulinarisch erlebt werden. Zusätzlich wurde mit den Kindern ein deutsches und ein englisches YouTube-Video zum Thema Schulsystem in Kooperation mit der Stadt Luckenwalde erstellt. Auch wurden die Kinder an das politische System herangeführt. Sie stellten sich unter anderem den Themen „Rassismus“ und „Kinderrechte sind Menschenrechte“. In Form von erlebnispädagogischen und praktischen Aufgaben konnten erneut die Werkstätten genutzt werden. Kinder aus drei Schulen und drei Jugendhilfeeinrichtungen des Landkreises profitierten davon.

Landwirtschaftsamt

Landwirtschaftsschule

Die Corona-Eindämmungsverordnungen hatten und haben Einfluss auf die Umsetzung der Bildungsarbeit der Landwirtschaftsschule. Die prüfungsvorbereitenden Lehrgänge wie Vorbereitung auf die Meisterprüfung Landwirt/in, Erwerb des Nachweises der Pflanzenschutz-Sachkunde, Erlangen der Sachkunde nach § 4 Tierschutz-Schlachteverordnung und nach Artikel 7 VO (EG) Nr. 1099/2009 wurden ohne Begrenzung der Teilnehmerzahl, aber unter Einhaltung der geltenden Corona-Bestimmungen durchgeführt.

Der Unterricht in den Meisterlehrgängen fand im Präsenz-, Online- und Hybridformat statt.

Eine Herausforderung war die Einrichtung und Nutzung eines Online-Konferenzraumes zur Umsetzung des Online-Unterrichts in Zusammenarbeit mit dem IT-Bereich und dem Datenschutzbeauftragten der Kreisverwaltung.

2021 nahmen zwei Landwirte ihren Facharbeiterbrief und acht Landwirtschaftsmeister ihren Meisterbrief in Empfang. Besonders stolz ist die Landwirtschaftsschule auf den besten Meister der Grünen Berufe aus dem Land Brandenburg, der seine Ausbildung an der Landwirtschaftsschule Teltow-Fläming absolviert hat.

Die weitgefächerten Fortbildungen sprachen die aktuellen Kerninteressen der Landwirte an und boten neben Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten auch die Möglichkeit zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch.

Dabei standen Themenschwerpunkte im Vordergrund wie:

- Aufzeichnungspflichten entsprechend der Düngeverordnung
- anerkannte Weiterbildungen im Pflanzenschutz
- tierwohlgerechte, umweltschonende und nachhaltige Landwirtschaft

Leider mussten auch 2021 pandemiebedingt geplante Winterschulungen der Landwirte und Gartenfachberater, ein Feldtag, Exkursionen, der Tag der Landjugend sowie ein Ausbilder und ein Azubi-Stammtisch abgesagt werden.

Insgesamt führte die Landwirtschaftsschule Teltow-Fläming 30 Bildungsmaßnahmen mit 376 Teilnehmer*innen durch.

Statistik

Ernte

2021 wurden von 29 Betrieben Ernte- und Betriebsberichtserstattungen über Feldfrüchte und Grünland (April bis Dezember) abgefordert.

An der besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung nahmen 2021 insgesamt 40 Betriebe teil. Diese Betriebe reichten 46 Proben (28 Roggen-, Weizen-, Rapsproben und 18 Gerste-, Hafer-, Triticaleproben) sowie 28 zusätzliche Proben ein, die zur Schadstoffanalyse nach Detmold geschickt wurden. Außerdem wurden 18 Erkennungsnachweise zur Kartoffelernte eingereicht.

Im Jahr 2020 lag der Durchschnittsertrag der Getreideernte bei 49,3 Dezitonnen pro Hektar; im Vergleich dazu ist der Ertrag 2021 um 4,4 Dezitonnen pro Hektar auf 44,9 Dezitonnen pro Hektar gesunken. Gemessen am langjährigen Durchschnitt, der bei 46 Dezitonnen pro Hektar liegt, war der Ertrag der gesamten Getreideernte um 1,1 Dezitonne pro Hektar unter dem Durchschnitt.

Beim Winterraps sank der Ertrag im Vergleich zu 2020 ebenfalls von 32,6 Dezitonnen pro Hektar auf 27,9 Dezitonnen pro Hektar.

Der Ertrag bei den Kartoffeln liegt bei 411 Dezitonnen pro Hektar und somit unter dem langjährigen Durchschnitt von 415 Dezitonnen pro Hektar.

Beim Silomais wurden 2021 durchschnittlich 334 Dezitonnen pro Hektar geerntet. Dies ist im Vergleich mit dem Durchschnitt der Vorjahre ein besserer Ertragswert.

Betriebsregister

Zurzeit sind 427 landwirtschaftliche Betriebe beim Landwirtschaftsamt des Landkreises Teltow-Fläming angemeldet.

Tabelle 57: Landwirtschaftsamt, Aufgaben und Fallzahlen 2019 bis 2021

Aufgaben	2019	2020	2021
Bearbeitung Anträge Agrarförderung	301	302	306
Abtretungen	54	54	50
Pfändungen	28	16	15
Antragsteller Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	95	97	94
Anträge Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	124	128	124
Pachtverträge	11.650	11.970	11.281
Grundstücksverkehr	325	305	348
Bearbeitung Klärschlammanträge	19	12	21
Kontrolle Düngeverordnung und CC-Kontrollen	16	1	5
Teilnehmer*innen an Kursen der Landwirtschaftsschule	726	358	376
Anträge investive Förderung Landwirtschaft	8	15	8
Vor-Ort-Kontrollen	120	122	109

Sachgebiet Agrarstruktur

Investive Förderung

Auch im Jahr 2021 nutzten sieben landwirtschaftliche Unternehmen des Landkreises die Möglichkeit zur Förderung geplanter Investitionsmaßnahmen. Die gestellten acht Anträge umfassen zusammen ein Investitionsvolumen von circa zwei Millionen Euro, die geplanten Gesamtzuwendungen belaufen sich auf rund 500 Tausend Euro. Die Betriebe investierten hauptsächlich im technischen Bereich der Beregnung, des Gemüse- und Weinanbaues. Aber auch Maßnahmen in der mobilen Hühnerhaltung waren Gegenstand der Antragstellung. Die Erstellung der Bewilligungsbescheide ist für das aktuelle Jahr im Dezember 2021 noch nicht abgeschlossen.

Derzeit beteiligt sich ein landwirtschaftlicher Betrieb an einem Projekt im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) "Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit".

Kommunalwald

Der Landkreis besitzt rund 370 Hektar Kommunalwald. Der überwiegende Teil liegt im Bereich Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf. Er dient im Wesentlichen als Naherholungsgebiet für die urbane Bevölkerung der umliegenden Gemeinden, wird aber auch zu umweltpädagogischen Bildungszwecken genutzt. Im Jahr 2021 wurden durch den Verkauf von Holz und die Erteilung von Gestattungen rund 1.200 Euro sowie 4.747 Euro Jagdpacht eingenommen.

Landwirtschaftliche Flächen

Von den im Besitz des Landkreises befindlichen 270 Hektar Acker- und Grünlandflächen sind rund 223 Hektar an landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet. Die jährlichen Pachteinnahmen hieraus betrugen rund 21.000 Euro.

Ehemalige Bodenreformflächen

Der Landkreis wurde gemäß Artikel 233 Paragraph 2 Absatz 3 Einführungsgesetzbuch zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) zum gesetzlichen Vertreter ehemaliger Bodenreformeigentümer*innen bestellt. Damit hat er derzeit die Rechts- und Vermögensinteressen von 64 Eigentümer*innen zu vertreten beziehungsweise deren Rechtsnachfolge wahrzunehmen. Es handelt sich dabei um Fälle, in denen der Aufenthalt der Eigentümer*innen beziehungsweise deren Erben unbekannt ist. Die betroffenen Flächen sind an 26 landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet; der Landkreis verwaltet die jährlichen Pachteinnahmen.

Bodenschutz

Der wesentliche Aufgabenschwerpunkt im landwirtschaftlichen Bodenschutz liegt in der Überwachung der Einhaltung des Düngerechtes. Dem Landwirtschaftsamt obliegen dabei die Zuständigkeit für die Düngeverordnung, die Stoffstrombilanzverordnung und die Brandenburgische Düngeverordnung sowie der Kontrollauftrag für die Wirtschaftsdüngerverordnung und die seit 2021 geltende Brandenburgische Wirtschaftsdüngermeldeverordnung.

Die Wahrnehmung der entsprechenden Kontroll- und Vollzugsaufgaben bezog sich im Jahr 2021 auf eingegangene Anzeigen sowie coronabedingt auf eine wiederholt reduzierte Stichprobenauswahl von Kontrollen im Rahmen des Fachrechts und der Agrarförderung und auf aus dem Anlass heraus durchgeführten Kontrollen. Insgesamt führte die Feststellung von drei Verstößen zur Ahndung nach Fachrecht oder zur Sanktion durch Kürzung der Agrarförderung.

Nach Düngeverordnung besteht die Möglichkeit, Anträge auf Verschiebung oder Ausbringung innerhalb des gesetzlich festgelegten Ausbringverbotszeitraumes für Düngemittel zu stellen. Für drei Anträge wurden Ausnahmegenehmigungen erteilt.

Des Weiteren erfolgt auch die düngerechtliche Beteiligung und damit Prüfung für die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm und Klärschlammkompost. Insgesamt wurden 21 Vorgänge zur Verwertung von Klärschlamm angezeigt. Die tatsächliche Aufbringung erfolgte auf rund 210 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Weitere Aufgabenschwerpunkte sind die düngerechtliche Prüfung und Bewertung der ordnungsgemäßen Verwertung und Lagerung von Wirtschafts- und Sekundärrohstoffdüngern bei Beteiligungen an Verfahren Träger öffentlicher Belange, zum Beispiel bei Anträgen nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und Brandenburgischer Bauordnung (BbgBO).

Flurbereinigungsverfahren und Träger öffentlicher Belange (TöB)

Der Landkreis sieht Flurbereinigungsverfahren als ein wichtiges Instrument zur Gestaltung des ländlichen Raumes. Die Förderung der Flurneuordnung ist Bestandteil einer gebündelten Förderung von Maßnahmen im ländlichen Raum. Diese soll zu einer positiven Entwicklung der Agrarstruktur sowie einer nachhaltigen Stärkung der Wirtschaft beitragen, um den ländlichen Raum als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum nachhaltig und mit größtem Effekt zu entwickeln.

An den seit 1993 geführten großräumigen Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz sind circa 4.147 Eigentümer mit einer Gesamtfläche von ungefähr 21.187 Hektar beteiligt. Das entspricht circa 23 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Landkreis. Für 955 Teilnehmende mit einer Gesamtfläche von 3.035 Hektar wurden die Verfahren inzwischen abgeschlossen.

Der Gesamtinvestitionsumfang in den Flurbereinigungsverfahren resultiert aus der Herstellung gemeinschaftlicher Anlagen (landwirtschaftlicher Wegebau und Nebenanlagen, Herstellung meliorationstechnischer Anlagen, Ausgleichs und Ersatzmaßnahmen, Vermessungsnebenkosten und Mitgliedsbeiträgen des Verbandes für Landentwicklung und Flurneuordnung des Landes Brandenburg.

Der vorläufige Gesamtinvestitionsumfang der angeordneten Verfahren beträgt circa 11 Millionen Euro. Davon wurden circa 8 Millionen Euro als Fördermittel in Anspruch genommen und circa 3 Millionen Euro als Eigenmittel durch die Mitglieder der Teilnehmergemeinschaften aufgebracht.

2021 wurden im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange 252 Verfahrensvorgänge bearbeitet. Davon sind federführend vom Landwirtschaftsamt für die Kreisverwaltung Teltow-Fläming vier Stellungnahmen zu Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz erarbeitet worden.

Grundstücksverkehr und Landpacht

2021 wurden 348 Grundstücksverträge bearbeitet. Dabei handelte es sich um 212 Kaufverträge, fünf Schenkungsverträge, 97 Übertragungs- und Überlassungsverträge, 26 Erbauseinandersetzungsverträge und acht Tauschverträge.

Von den 212 vorliegenden Kaufverträgen haben in 90 Fällen landwirtschaftliche Unternehmen eine Fläche von 611,29 Hektar und in 122 Verträgen sonstige Erwerber 4.138,54 Hektar erworben.

Der Landwirtschaft wurden Flächen von 2,59 Hektar für den Wohnungsbau, Flächen im Flächennutzungsplan als gewerbliche Bauflächen oder Gewerbegebiet und für Sport- und Freizeitflächen (Golfplatz), für Radwege, für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entzogen. Im Landwirtschaftsamt liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt 11.281 angezeigte Pachtverträge von landwirtschaftlichen Unternehmen mit einer Fläche von circa 74.025 Hektar vor.

Messeauftritt „Internationale Grüne Woche“

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte sich der Landkreis zur Internationalen Grünen Woche 2021 nicht am eigenen Marktstand in der Brandenburg-Halle präsentieren.

Dorfwettbewerb

Es wurde der 10. Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ mit Sonderwettbewerb unter dem Motto „Besonders Zukunftsfähiges in den Dörfern von Teltow-Fläming“ durchgeführt. Sechs Dörfer wurden nach den vier Bewertungsbereichen beurteilt. Als Kreissieger wird der Ort Hennickendorf, Ortsteil der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, den Landkreis beim 11. Landeswettbewerb im Jahr 2022 vertreten. Für den Sonderwettbewerb wurden 28 Prämierungsvorschläge eingereicht. Dank des Sponsorings durch die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam können auch hier Preisgelder ausgezahlt werden. Dieser Kreiswettbewerb hat wieder wichtige Entwicklungsimpulse für die ländlichen Räume gegeben. Aufgrund der Corona-Pandemie ist die Auszeichnungsveranstaltung in das Frühjahr 2022 verschoben worden.

Lokale Aktionsgruppe (LAG) „RUND um die Flaeming-Skate“ e. V.

Die Zusammenarbeit des Landkreises mit der Lokalen Aktionsgruppe „RUND um die Flaeming-Skate“ e. V. wurde weiter vertieft. So wurden 2021 über das LEADER Förderprogramm und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Ararstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) 29 Projekte mit Zuschüssen von ca. 7,6 Millionen Euro vom Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung bewilligt. Mit Umsetzung dieser Projekte wird die Entwicklung des ländlichen Raumes im Landkreis in starkem Maße weiter gefördert.

Sachgebiet Agrarförderung

Trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie und Personalmangel gelang es, die laufenden Arbeiten im Amt wie auch im Rahmen der Antragstellung auf Agrarförderung termingerecht über das Jahr zu erfüllen.

Direktzahlungen und benachteiligte Gebiete

Insgesamt 306 landwirtschaftliche Betriebe haben einen Antrag auf Agrarförderung gestellt. Basis für die Gewährung der Zuwendungen sind die angemeldeten Flächen:

Tabelle 58: Landwirtschaftsamt, angemeldete Flächen

Art der Fläche	Größe
Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)	91.956 ha
darunter Ackerland	73.288 ha
darunter Dauerkulturen	556 ha
darunter Grünland	17.474 ha
darunter Grünland - Etablierte Lokale Praktiken (ELP)	505 ha

Für die 284 gestellten Anträge auf Direktzahlungen konnten Zuwendungen in einer Höhe von 23,4 Millionen Euro aus dem Haushalt der Europäischen Union bewilligt werden. Darin sind finanzielle Mittel für die Gewährung der Basis-, Greening- und Umverteilungsprämien sowie die Prämien für Junglandwirte und Neueinsteiger enthalten.

Mehr als 50 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises fallen unter die Rubrik „Benachteiligtes Gebiet“. Von 219 gestellten Anträgen für dieses Förderprogramm konnten 198 bewilligt und Fördermittel in Höhe von circa 1,6 Millionen Euro ausgezahlt werden.

Junglandwirte

Im Antragsjahr 2021 wurden 21 Anträge auf Junglandwirteprämie gestellt.

Darunter sind vier Neuantragsteller*innen, die zusätzlich Zahlungsansprüche als Junglandwirte erhalten haben. Hier wurden 118 Zahlungsansprüche neu zugewiesen.

Neueinsteiger

Eine Person hat einen Antrag als Neueinsteiger gestellt, musste aber abgelehnt werden, da die Voraussetzungen nicht erfüllt wurden.

Kleinerzeuger

Sieben Antragsteller*innen haben ihre Direktzahlungen im Rahmen der Kleinerzeugerregelung erhalten.

Einzug von Zahlungsansprüchen

2021 mussten von 46 Antragsteller*innen Zahlungsansprüche wegen zweijähriger Nichtnutzung eingezogen werden.

Kulturlandschaftsprogramm, Natura 2000 und Förderung von Ackerrand- und mehrjährigen Blühstreifen

Im Jahr 2021 wurden im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) 102 Anträge bearbeitet und entschieden.

Die verschiedenen Maßnahmen innerhalb des Förderprogrammes werden auf einer Fläche von 15.978,91 Hektar durchgeführt. Dies entspricht 17,40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche unseres Landkreises. Für die Ertragsausfälle durch extensive und ökologische Bewirtschaftung erhielten die Antragsteller*innen insgesamt einen Ausgleich von 2,7 Millionen Euro.

Zum Ende des Jahres 2021 wurden mit der KULAP-Antragstellung insgesamt 64 Neu-, Erweiterungs- und Verlängerungsanträge für das Jahr 2022 gestellt. Insgesamt haben 53 landwirtschaftliche Unternehmen diese Möglichkeit genutzt.

Seit 1. Januar 2020 wird ein neues Förderprogramm zur Förderung naturbetonter Strukturelemente im Ackerbau in Form von Ackerrand- und/oder Blühstreifen für landwirtschaftliche Unternehmen angeboten.

Ziel der Förderung ist die Anwendung besonders nachhaltiger Verfahren zur Verbesserung der natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen durch Herausnahme von Ackerflächen aus der Produktion sowie Bereitstellung von naturbetonten Strukturelementen der Feldflur.

Für das Jahr 2021 wurden in diesem Förderprogramm 22 Anträge gestellt. Für 20 Anträge mit einer Fläche von 664,58 Hektar konnten 465.206 Euro bewilligt und ausgezahlt werden.

Zum Jahresende 2021 wurden hier vier Neuanträge und ein Antrag für den Fördernehmerwechsel für das Folgejahr gestellt.

CC-Kontrollen

Die Vorschriften der Cross Compliance (CC) verknüpfen die Prämienzahlungen für landwirtschaftliche Betriebe mit der Einhaltung von Umweltstandards im weiteren Sinne. Die Einhaltung der Standards stellt eine Voraussetzung für den Erhalt der Prämienzahlungen dar. Im Jahr 2021 fanden insgesamt 23 CC-Kontrollen in 16 landwirtschaftlichen Betrieben statt. Dabei kam es zu vier Feststellungen von Verstößen, die mit CC-Sanktionen geahndet werden mussten.

Feldblockpflege

Der Feldblock umfasst eine oder mehrere landwirtschaftlich genutzte Parzellen beziehungsweise Schläge und ist ein Teil des Landwirtschaftlichen Flächenkatasters (LFK) im Rahmen des Systems zur Flächenidentifizierung. Bei der kontinuierlichen Pflege der Daten wurden insgesamt 2.148 Referenzpflegeaufträge (RPA) mit notwendigen Feldblockkorrekturen abgearbeitet. Des Weiteren wurden 1.071 Referenzpflegeaufträge nach Bildschirmsichtung abgewiesen. Nach der Antragstellung zum Agrarförderantrag im Mai waren 146 Hinweispunkte zu bearbeiten. Teilweise waren dafür Vor-Ort-Kontrollen nötig. Insgesamt wurden 109 Feldblöcke und Landschaftselemente zur Grenzfeststellung besichtigt beziehungsweise vermessen.

Abtretungen/Pfändungen

Im Jahr 2021 waren im Landwirtschaftsamt insgesamt 50 Abtretungen zu bearbeiten, wovon 30 im Jahr 2021 neu eingingen; 20 Abtretungen gingen in den Vorjahren ein und beziehen sich fortlaufend auf mehrere Jahre. Es waren 15 Pfändungen zu bearbeiten, wovon 14 im Jahr 2021 neu eingingen. Insgesamt beläuft sich die Forderungshöhe auf circa 7,4 Millionen Euro.

Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Auch 2021 unterstützte das Landwirtschaftsamt die Arbeit des Gesundheitsamtes bei der Bewältigung der Corona-Pandemie. Neben der Arbeit im Krisenstab der Verwaltung gehörten zu dieser Aufgabe die Leitung und Organisation des Bürgertelefons. Hierbei waren eigene Beschäftigte sowie weitere Beschäftigte aus anderen Ämtern anzuleiten und deren Einsatz zu planen. Aufgrund der angespannten Personaldecke im Amt wurde diese Aufgabe im Herbst abgegeben.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Foto Erweiterungsbau Fontane-Gymnasium Rangsdorf, Foto: Kai Wünsche ... 48
Abbildung 2: Foto Marie-Curie-Gymnasium Ludwigsfelde ... 49
Abbildung 3: Anzahl der täglich an das RKI gemeldeten ovidCovid-19-Neuinfektionen in Teltow-Fläming ... 94
Abbildung 4: Anzahl der Gesundheits- und Krankenpfleger*innen und Altenpfleger*innen im Landkreis TF im Jahresvergleich 2012 und 2021 ... 98
Abbildung 5: Übersicht der Anzahl der Klienten und Kontakte von 2019 bis 2021 ... 104
Abbildung 6: Entwicklung der Anzahl der Kriseninterventionen in den Jahren 2016 bis 2021 ... 105
Abbildung 7: Meldungen von Unfallwild an die UJB 2021 ... 120
Abbildung 8: Grafik: Verfahren der Unteren Denkmalschutzbehörde nach Quantität, Vergleich 2020 und 2021 ... 142
Abbildung 9: Anzahl der registrierten Fahrzeuge ... 164
Abbildung 10: Nutzung Online-Zulassung „i-Kfz“ ... 165
Abbildung 11: Anträge auf Erteilung einer Fahrerlaubnis – Verteilung der Entgegennahme 2021 ... 166

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung des Personalbestands....21
Tabelle 2: Einstellungen 2021....21
Tabelle 3: Ausscheiden von Beschäftigten....22
Tabelle 4: Praktika in der Kreisverwaltung....25
Tabelle 5: Verwendung der Mittel des Bundesprogramms "Demokratie leben!"....34
Tabelle 6: MBS-Ausschüttungsmittel....40
Tabelle 7: Privatrechtliche Forderungen....57
Tabelle 8: Öffentlich-rechtliche Forderungen....58
Tabelle 9: Amt für Bildung und Kultur, Investitionen....62
Tabelle 10: Fallzahlen- und Kostenentwicklung im Bereich der Eingliederungshilfe....79
Tabelle 11: Statistikdaten für den Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.2021 (Stichtag: 31.12.2021)....80
Tabelle 12: Statistik....82
Tabelle 13: Entwicklung der Fallzahlen in den Übergangswohnheimen....84
Tabelle 14: Entwicklung der Unterbringungskapazitäten....84
Tabelle 15: Gemeldete Gesundheitsberufe im Landkreis Teltow-Fläming laut BbgGDG....98
Tabelle 16: Untersuchungen und Begutachtungen sowie sonstige Leistungen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes....102
Tabelle 17: Rechtsamt: Anzahl der bearbeitenden Schadensfälle....108
Tabelle 18: Rechtsamt, Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren....112
Tabelle 19: Rechtsamt, Anzahl der Beratungsanfragen....113
Tabelle 20: Ausländer*innen in TF – Entwicklung der vergangenen vier Jahre....124
Tabelle 21:häufigste Staatsangehörigkeiten 2021....124
Tabelle 22: Übersicht befristete Aufenthalte 20....125
Tabelle 23: Übersicht unbefristete Aufenthalte 2021....125
Tabelle 24: ausgestellte elektronische Ausweisdokumente 2021....125
Tabelle 25: Übersicht Asylbewerber, Duldungsinhaber, ausreisepflichtige Personen 2017 bis 2021, jeweils per 31.12....125
Tabelle 26: Maßnahmen zum Ausbau des FTZ....128
Tabelle 27: Prüfung, Wartung, Pflege der Ausrüstung im FTZ....129
Tabelle 28: Tierschutzkontrollen und -maßnahmen....133
Tabelle 29: Betriebskontrollen Lebensmittelüberwachung 2019 und 2020....135
Tabelle 30: Warengruppen mit überdurchschnittlichen Beanstandungsquoten 2021....137
Tabelle 31: Untersuchungen Fleischhygiene....139
Tabelle 32: Untersuchte Trichinenproben 2018 bis 2021 von Wildschweinen....140
Tabelle 33: Trichinenuntersuchung: Anträge auf Gebührenerlass....140
Tabelle 34: Erteilte Genehmigungen zum Töten von Tieren im Herkunftsbetrieb....141
Tabelle 35: Eintragungen in die Denkmalliste 2021 Stand 10.01.2022....143

Tabelle 36: Erweiterung/Reduzierung/Nachbegründung oder Präzisierung von Listenpositionen 143
Tabelle 37: Entwicklung der Anzahl der Bauanträge 148
Tabelle 38: Entwicklung des Antragsaufkommens im Wohnungsbau (Neubau von Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern) 149
Tabelle 39: Entwicklung der Bautätigkeit 2018 bis 2021 (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid, Bauanzeige, vereinfachte Baugenehmigungsverfahren und Nachträge) 150
Tabelle 40: Aufgaben Amtsleiterbereich Umweltamt, Art und Anzahl 154
Tabelle 41: Aufgaben UWB/Anzahl Fälle 2019-2021 154
Tabelle 42: Aufgaben UBB/Anzahl Fälle 2019-2021 155
Tabelle 43: Aufgaben UAB/Anzahl Fälle 2019-2021 156
Tabelle 44: Beseitigung von Abfällen durch die Umweltstreife 2019-2021 156
Tabelle 45: Aufgaben UNB - Anzahl Fälle 2019 bis 2021 159
Tabelle 46: Anzahl der Widersprüche und gerichtlichen Verfahren 164
Tabelle 47: Zugelassene Fahrzeuge 2020, 2021 168
Tabelle 48: Fahrerlaubniswesen 2020, 2021 168
Tabelle 49: Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung 2020, 2021 170
Tabelle 50: Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen 2020, 2021 170
Tabelle 51: Gewerblicher Personenverkehr 2020, 2021 171
Tabelle 52: Fahrtenbuchauflagen 2020, 2021 172
Tabelle 53: Ausnahmegenehmigungen 2020, 2021 173
Tabelle 54: Verkehrsordnungswidrigkeiten 2020, 2021 173
Tabelle 55: Mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark 2020, 2021 174
Tabelle 56: Verkehrssicherheit und –lenkung 2020, 2021 174
Tabelle 57: Landwirtschaftsamt, Aufgaben und Fallzahlen 2019 bis 2021 195
Tabelle 58: Landwirtschaftsamt, angemeldete Flächen 198